

Stenographisches Protokoll

47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 24. Oktober 1972

Tagesordnung

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Inhalt

Nationalrat

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Neuhäuser (S. 3838)

Angelobung des Abgeordneten Bregartner (S. 3838)

Personalien

Krankmeldungen (S. 3838)

Fragestunde (26.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dr. Schmidt (638/M, 688/M), Ing. Helbich (635/M), Horejs (692/M), Suppan (636/M), Troll (671/M), Marwan-Schlosser (645/M), Pansi (657/M), Dipl.-Vw. Josseck (687/M), Hanna Hager (658/M), Wuganigg (666/M), Melter (641/M), Egg (668/M) und DDr. König (639/M) (S. 3838)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 3938)

Verhandlungen

Erste Lesung der Regierungsvorlage (460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Redner: Dr. Koren (S. 3851), Bundesminister Dr. Androsch (S. 3857, S. 3889, S. 3915 und S. 3919), Marsch (S. 3861), Zeillinger (S. 3866), Dr. Tull (S. 3874), Bundesminister Dr. Broda (S. 3882), Doktor Withalm (S. 3883), Sekanina (S. 3892), Dr. Broesigke (S. 3897), Anneliese Albrecht (S. 3901), Dr. Mock (S. 3905 und S. 3919), Dipl.-Vw. Josseck (S. 3916), Ulbrich (S. 3920), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 3929), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 3933) und Sandmeier (S. 3935)

Zuweisung (S. 3938)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

459: Bundesverfassungsgesetz über nasse Grenzen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland und über die österreichische Delegation in der ständigen gemischten Grenzkommission (S. 3850)

481: 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle

489: Vertrag mit der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf über die Errichtung eines Internationalen Patentdokumentationszentrums

500: Mühlengesetz-Novelle 1972

512: Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958 (S. 3851)

518: Bergbauförderungsgesetz 1973 (S. 3851)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Heinz Fischer, Dr. Gruber und Genossen betreffend Verschiebung der Hochschülerschaftswahlen (56/A)

Ing. Helbich, Dr. Gruber, Breiteneder, Hahn und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die städtebauliche Erneuerung (Stadterneuerungsgesetz) (57/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Reinhart, Skritek, Schieder, Blecha, Lona Murowatz, Kriz und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Strafvollzugsforschung (846/J)

Haberl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau der Schoberpaß-Bundesstraße zwischen Rottenmann und Liezen (847/J)

Dr. Reinhart, Horr, Sekanina, Egg, Pansi, Treichl und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend § 444 Abs. 4 ASVG (848/J)

Meißl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Siloverzichtszuschlag (849/J)

Regensburger, Brandstätter, Scherrer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Besteuerung der Anschaffungen von Feuerwehren (850/J)

Regensburger, Westreicher, Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Schaffung eines Zollausschlußgebietes (851/J)

Regensburger, Huber und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend ÖBB-Lehrlinge, die auf Bahnhöfen ausgebildet werden (852/J)

Dr. Ermacora, Dr. Pelikan, Dr. Blenk und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Schutz der Privatsphäre vor EDV-Mißbrauch (853/J)

Dr. Ermacora, Dr. Prader, Marwan-Schlosser und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Referat vor dem erweiterten Klub der SPÖ-Fraktion (854/J)

Breiteneder und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Mühlkreisautobahn (855/J)

DDr. Neuner, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Abhörung des Telefons eines zur Verschwiegenheit verpflichteten Parteienvertreters (856/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen (763/A. B. zu 780/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (764/A. B. zu 779/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Serinzi und Genossen (765/A. B. zu 794/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Hellwagner und Genossen (766/A. B. zu 777/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Hahn und Genossen (767/A. B. zu 788/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Ofenböck und Genossen (768/A. B. zu 792/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Hellwagner und Genossen (769/A. B. zu 781/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 45. und 46. Sitzung des Nationalrates vom 18. Oktober 1972 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeantwortet geblieben.

Krank gemeldet sind die Herren Abgeordneten Gratz, Peter und Tödling.

Angelobung

Präsident: Seitens der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle des Herrn Abgeordneten Ernst Neuhauser, der sein Mandat zurückgelegt hat, Herr Karl Bregartner in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und Herr Bregartner im Hause anwesend ist, nehme ich sogleich dessen Angelobung vor.

Der Schriftführer wird die Angelobungsformel verlesen; sodann wird der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer, Frau Abgeordnete Winkler, die Angelobungsformel zu verlesen.

Schriftführer Herta Winkler verliest die Gelöbnisformel. — Abg. Bregartner leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. (Allgemeiner Beifall.)

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen nun zur Fragestunde. Ich beginne, um 10 Uhr 2 Minuten, mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Wir kommen zur 1. Anfrage: Es ist die des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

638/M

Werden Sie das Bundesstraßengesetz 1971 bezüglich des für Wien vorgesehenen Autobahn- und Schnellstraßennetzes einer Überprüfung unterziehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Abgeordneter! Nach meiner Meinung besteht derzeit keine Veranlassung, das Bundesstraßengesetz 1971 zu überprüfen, weil dieses Gesetz keine zeitliche Verpflichtung vorsieht, das dort angeführte Straßennetz zu verwirklichen. Sollten die eingehenden Untersuchungen im Detail tatsächlich eine Beeinträchtigung des Stadtbildes oder eine unerträgliche oder nicht vertretbare Belästigung der Bevölkerung zeigen, kann der Ausbau dieses Netzes in Wien auch ohne Gesetzesänderung eingeschränkt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schmidt:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben sicherlich auch gehört und gelesen, daß anlässlich der internationalen Bürgermeistergespräche in Alpbach im Spätsommer dieses Jahres sich der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, Felix Slavik, vehement gegen die geplanten und im Bundesstraßengesetz aufgenommenen Autobahnen in Wien, vor allem gegen die Gürtelautobahn und die Wientalautobahn, ausgesprochen hat. Es handelt sich hierbei um Bauvorhaben, die gerade über langjährigen Wunsch der Wiener Stadtverwaltung in das Gesetz aufgenommen worden sind.

Ich möchte an Sie die konkrete Frage stellen: Bis zu welchem Zeitpunkt gingen eigentlich die Verhandlungen zwischen dem Bautenministerium und den Magistratsstellen

Dr. Schmidt

der Stadt Wien über die Aufnahme der Autobahnteilstücke, die ich eben erwähnt habe, zurück? Wie lange besteht der Wunsch der Stadt Wien, diese von mir genannten Autobahnteilstücke in das Bundesstraßengesetz aufzunehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Der Wunsch der Stadt Wien auf Übernahme von Gemeindestraßen in Bundesstraßen geht sehr lange zurück. Ich glaube, Sie wissen selbst, daß erst durch das Bundesstraßengesetz 1971 die Länge der Bundesstraßen auf dem Gebiete der Stadt Wien gegenüber dem früheren Zustand wesentlich vergrößert worden ist.

Im Rahmen der Untersuchungen zu dem neuen Bundesstraßengesetz, bei dem eine Fülle von Kriterien die Grundlage für die Einstufung dieser Straßen gebildet hat, kam auch heraus, daß beispielsweise der Gürtel in Wien eine derartige Frequenz aufweist, daß eine Einstufung in eine Autobahn durchaus gerechtfertigt wäre.

Die zweite Frage ist aber jetzt die Frage der Detailuntersuchungen, in welcher Form der Verkehrsfluß auf dieser Gürtelautobahn entsprechend verbessert werden kann.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schmidt: Herr Bundesminister! Ich glaube, hinsichtlich der Form scheint ja auch eine Entscheidung getroffen zu sein, denn im Bundesstraßengesetz ist hinsichtlich des Gürtels und des Wientals die Form der Autobahn vorgesehen, nämlich die A 20 und die A 1.

Ich frage daher nochmals konkret: Wie lange ging der Wunsch zurück, auf dem Gürtel in Wien und im Wiental in Form einer Autobahn den Straßenverkehr zu regeln?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich sagte schon, der Wunsch der Stadt Wien auf ein hochrangiges Bundesstraßennetz geht sehr lange zurück. Im Zuge der Untersuchungen, in welche Kategorien die einzelnen Straßen eingeteilt werden sollen, also bei den Vorarbeiten für das Bundesstraßengesetz 1971, hat sich aber ergeben, daß der Gürtel und etwa die A 1 in dem von Ihnen genannten Bereich als Autobahn ausgebaut werden sollten. Jetzt laufen in Wien die näheren Untersuchungen, in welcher Form eine solche Autobahn überhaupt gebaut werden könnte beziehungsweise welche sonstige Verkehrslösung überhaupt möglich ist. Denn, Herr Abgeordneter, ich glaube, heute stehen wir

vor der Frage: Soll der Status quo aufrecht erhalten werden, mit all seinen Nachteilen des anfahren, bremsen, stehenden Verkehrs, oder soll eine zügige Verkehrsführung ermöglicht werden, die zweifellos nach allgemeiner Auffassung eine viel geringere Umweltbelastung nach sich bringt als der Status quo?

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Ing. Helbich (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

635/M

In welchem Ausmaß wird Ihr Ressort von der vom Bundeskanzler angekündigten Baubremse betroffen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Der Herr Bundeskanzler hat weder von einer Baubremse noch gar, wie es manchmal hieß, von einem Baustopp gesprochen, und es ist daher auch das Bautenministerium davon nicht betroffen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Ing. Helbich: Herr Minister! Wie ich den Zeitungen entnehme, soll also nunmehr im Bautenministerium koordiniert und eine Preisüberwachungsstelle aufgebaut werden. Andererseits soll es zu einem gewissen Baustopp kommen, und zwar in der Form, daß weniger Aufträge hinausgegeben werden; im letzten Quartal soll es angeblich zu fast keinen Vergaben kommen. Es besteht also nun die Gefahr, daß es im Winter zu Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft bei der Beschäftigung kommt.

Ich frage Sie nun: Ist es richtig, daß es zu einer Art Vergabesperre im Bautenministerium, vor allem auf dem Straßenbau-sektor, kommt?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Darf ich sagen, daß es richtig ist, daß in letzter Zeit mehrere Gespräche im Bautenministerium mit den Sozialpartnern auf dem Gebiete der Bauwirtschaft stattgefunden haben, um gemeinsame Wege zu suchen, die eine Überhitzung in dieser Wirtschaftssparte ausschließen. Diese Gespräche waren sehr umfangreich. Es sind viele Anregungen gemacht worden, darunter auch auf eine Preisbeobachtungsstelle, ich möchte nicht sagen Preisregelungs- oder Überwachungsstelle, sondern eine gut funktionierende Preisbeobachtungsstelle; des weiteren auch eine Anregung, daß der öffentliche Auftraggeber vielleicht mehr, als das in der Vergangenheit der Fall war, bei überhöhten Angeboten von den Mög-

Bundesminister Moser

lichkeiten, die in der Ö-Norm festgelegt sind, Gebrauch machen soll, nämlich solche Ausschreibungen aufzuheben.

Aber ganz ein anderes Thema und etwas ganz anderes ist die Empfehlung an die Länder, jene Bauvorhaben, die erst im nächsten Jahr begonnen werden sollen, im Hinblick auf den Stichtag 1. Jänner und Einführung der Mehrwertsteuer nicht jetzt so auszuschreiben, daß die Anbieteröffnungen noch vor dem 1. Jänner erfolgen, weil damit für den Abschluß des Bauvertrages nicht mehr konkrete reale Unterlagen zur Verfügung stehen würden, sondern die Ausschreibungstermine auf den Jänner zu verlegen; was nicht bedeutet, daß Winterarbeiten, dringende Baulose, nicht auch noch vorher in Angriff genommen werden können. In diesem Sinne ist nicht nur die Bundeswirtschaftskammer beziehungsweise die Bundesinnung der Bauwirtschaft, sondern sind auch die Länder entsprechend aufgeklärt worden.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Ing. **Helbich:** Herr Minister! In einer Pressekonferenz im Juli haben Sie erklärt, daß begründete Aussicht besteht, daß aus den Mehreinnahmen der Mehrwertsteuer auch ein Teil für den Straßenbau abfallen soll, der dann seit Jahren wieder aus dem allgemeinen Budget Mittel erhält, die zum Beispiel für den Arlbergtunnel eingesetzt werden könnten.

Ich frage Sie: Besteht begründete Aussicht, daß aus dem allgemeinen Budget 1973 aus den Mehreinnahmen der Mehrwertsteuer für die Bauwirtschaft, für das Bautenministerium hier Beträge zur Verfügung gestellt werden?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich glaube, Ihnen im besonderen und wohl auch allen Damen und Herren des Hohen Hauses ist die gegenwärtige Situation in der Bauwirtschaft durchaus bekannt. Nicht nur der Bund, sondern auch Länder, Gebietskörperschaften und Bauauftraggeber bestätigen, daß die Preise in der Bauwirtschaft zufolge des großen Angebotes an Bauleistungen gestiegen sind, und zwar in einem Maße gestiegen sind, daß, wie ich glaube, der Herr Bundeskanzler durchaus recht hatte, wenn er sagte, daß nicht dort, wo bereits eine Überhitzung eingetreten ist, jetzt noch zusätzlich hineingegossen werden soll, was dann, wenn die Kapazität schon voll ausgelastet ist, sich eben nicht mehr in zusätzlicher Leistung widerspiegeln kann.

Worum es uns nun geht, ist, auch für das kommende Jahr die vorhandene Kapazität voll auszunutzen, die Beschäftigung in dieser Wirt-

schaftssparte zu sichern, aber nicht nur für vielleicht zehn oder elf Monate, sondern auch danach zu trachten, daß eine kontinuierliche, durchlaufende Beschäftigung auch im Winter in diesem Wirtschaftszweig gewährleistet erscheint. Das Budget des kommenden Jahres bringt uns nach meiner Auffassung diesem Ziel wieder einen Schritt näher. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Horejs (SPO) an den Herrn Bundesminister.

692/M

Was sind die Gründe für die Verzögerung des Baubeginns an der Umfahrungsstraße Kitzbühel West?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Im Rahmen der Neubewertung des Bundesstraßennetzes ergab sich für den Raum Kitzbühel eine völlige Neukonzeption des Verkehrsablaufes auf der Grundlage der Ergebnisse der jüngsten Verkehrszählungen. Damit waren Überlegungen für die Anlage einer Schnellstraße, die als S 42 auch im Bundesstraßengesetz 1971 aufscheint, notwendig geworden. Aber schon vor Wirksamkeit dieses Gesetzes war die Trassenführung für die Westumfahrung Kitzbühel, und zwar die sogenannte Petrovic-Trasse, weitestgehend mit der Gemeinde Kitzbühel abgesprochen und abgeklärt. Die neue Situation erforderte allerdings neue, zusätzliche Maßnahmen für die Planungsarbeiten zu einer generellen Trassenführung der S 42. Diese Arbeiten sind bereits vor einiger Zeit in Auftrag gegeben worden, mit ihrem Abschluß rechne ich im Jahre 1973.

Aber mit Rücksicht auf die zweifellos schwierige Verkehrssituation im Bereiche Kitzbühel wird im Zuge des Projektes „Westumfahrung Kitzbühel“ nun der am westlichen Ortsausgang bestehende schienengleiche Bahnübergang niveaufrei ausgebaut werden. Der Vorentwurf für die notwendigen Brückenbauwerke ist derzeit in Überprüfung, das Grundeinlösungsverfahren ist jetzt abgeschlossen, ein eisenbahnbehördliches und ein wasserrechtliches Verfahren muß noch durchgeführt werden. Ich bin aber sicher, daß in der ersten Halbzeit des kommenden Jahres mit dem tatsächlichen Bau begonnen werden kann.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Horejs:** Herr Bundesminister! Einer der wesentlichen Gründe für die Verzögerung des Baubeginns sollen die Grundeinlösungsverhandlungen gewesen sein. Sie haben gesagt, daß diese Verhandlungen nun abgeschlossen sind.

Horejs

Wie hoch sind die Kosten der für den Brückenbau benötigten Gründe, die dazu abgelöst werden müssen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich muß leider bestätigen, daß die Grund-einlöseverhandlungen außerordentliche Schwierigkeiten bereitet haben; vor allen Dingen mit dem Vertreter eines Eigentümers konnte bis heute, was die Höhe des Preises anlangte, noch kein Übereinkommen erzielt werden. Es wurde aber vereinbart, daß dadurch der Bau nicht verhindert oder aufgehalten werden soll.

Die Gesamtkosten des Brückenbauwerkes werden auf etwa 30 oder 31 Millionen Schilling geschätzt. Allein die dazu notwendigen Grundablösen betragen nach meiner Erinnerung weitere 16 Millionen Schilling. Sie sind in diesem Betrag nicht enthalten.

Präsident: Anfrage 4: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt (FPO) an den Herrn Bundesminister.

688/M

Wurde bereits ein anderes Grundstück in Wien an Stelle des Sternwarteparks für die Errichtung des Zoologieinstitutes der Universität gefunden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Meine Bemühungen, für den Neubau der Zoologischen Institute ein geeignetes Ersatzgrundstück zu finden, sind bisher leider ergebnislos verlaufen. Hinsichtlich des ehemaligen Aspangbahnhofes haben wir uns mit der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen in Verbindung gesetzt, aber eine abschlägige Antwort erhalten.

Ich glaube, der Bauplatz für die Zoologischen Institute muß vor allen Dingen zwei Forderungen der Universität erfüllen, nämlich eine gute und verhältnismäßig rasche Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Hauptgebäude der Universität, weil ja ein Großteil der Hörer das Lehramt anstrebt und diese Studenten daher Vorlesungen im Hauptgebäude und im Neubau der Zoologie ohne großen Zeitverlust besuchen müssen; und zweitens die Möglichkeiten einer raschen Inangriffnahme der Bauarbeiten.

Im Umkreis der Universität, der dafür in Frage kommt, ist es leider derzeit nicht gelungen, ein entsprechendes Grundstück ausfindig zu machen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schmidt:** Herr Bundesminister! Ist Ihnen bekannt, daß der Magistrat der Stadt Wien Verwaltungsgruppe VI — Stadtplanung in einem Bericht zu einem Antrag, der im Gemeinderat der Stadt Wien in derselben Frage gestellt worden ist, am 29. 8. 1972 die Feststellung getroffen hat, daß die Grundstücke Rennwegkaserne und Aspangbahngründe als gleichwertig hinsichtlich ihrer Verwendung für die Errichtung und den Betrieb eines Zoologischen Institutes der Universität Wien bezeichnet werden, vor allem deswegen, weil auch die Verkehrsverbindungen zu diesen Grundstücken ausgezeichnet sind, ja fast besser als in den Sternwartepark, und weil auch der Botanische Garten in der Nähe ist, in dem ja jeder, der Naturgeschichte und Zoologie studiert, zu tun hat.

Der Magistrat der Stadt Wien — Stadtplanung bezeichnet diese von mir genannten Areale als gleichwertig mit dem Grundstück im Sternwartepark.

Ich möchte noch dazu sagen, daß Professor Roland Rainer vor mehr als zehn Jahren in seinem städtebaulichen Grundkonzept für Wien auf die von mir genannten Grundstücke hinsichtlich ihrer zweckmäßigen Verwendung hingewiesen hat.

Da ja die Dringlichkeit des Neubaus dieses Universitätsgebäudes schon seit Jahren bekannt ist, frage ich, warum man nicht schon früher auf diese Grundstücke zurückgegriffen hat.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich habe mich sehr eingehend mit der Frage Aspangbahnhof, aber auch Rennwegkaserne beschäftigt. Ich glaube aber, die Not ist so groß geworden, daß man nicht mehr viel Zeit für diese Studienrichtung verlieren kann.

Bei der Rennwegkaserne ist es so, daß dort ja nicht einfach leere Flächen zur Verfügung stehen, sondern daß die Räume und das Areal benutzt und genutzt werden und erst sozusagen Ausweichquartiere geschaffen werden müßten, um das Institut dort hinbauen oder planen zu können, was meiner Meinung nach aber eine jahrelange Verzögerung des Neubaus der Institute nach sich ziehen würde.

Warum seinerzeit im Jahre 1967 nicht bereits auf diese Gründe gegriffen wurde, vermag ich Ihnen heute, Herr Abgeordneter, nicht zu sagen. Ich weiß aber, daß seinerzeit alle dafür waren, daß das kleine Stück dieses sogenannten Sternwarteparkes für die Errichtung dieses Institutsgebäudes reserviert werden soll, und daß im besonderen auch die

Bundesminister Moser

seinerzeitigen Unterrichtsminister die volle Unterstützung zur Errichtung der Institute auf diesem Platz zugesichert haben.

Präsident: Anfrage 5: Herr Abgeordneter Suppan (ÖVP) an den Herrn Minister.

636/M

In welchem Ausmaß stehen dem Wasserwirtschaftsfonds Mittel aus dem Budget für 1973 zur Verfügung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Der Entwurf für das Budget des kommenden Jahres befindet sich seit voriger Woche in Ihrem Besitze. In diesem Budget sind genau jene Beträge ersichtlich, die dem Wasserwirtschaftsfonds im kommenden Jahr zur Verfügung stehen werden. Sie haben in der Zwischenzeit sicherlich eine Nachprüfung im Budget selber vorgenommen und werden dabei festgestellt haben, daß eine nicht unerhebliche Erhöhung der echten Bundesbeiträge vorgenommen wird. Diese Erhöhung wird voraussichtlich mehr als 200 Prozent gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 und sogar mehr als 900 Prozent gegenüber dem Bundesrechnungsabschluß 1971 betragen.

Im Finanzgesetz selbst findet sich auch die Ermächtigung des Finanzministers, die Haftung des Bundes für eine Anleihe für den Wasserwirtschaftsfonds zu übernehmen.

Damit werden im kommenden Jahr dem Wasserwirtschaftsfonds rund 1,4 Milliarden Schilling für Förderungszwecke zur Verfügung stehen, wovon allerdings durch bereits zugesicherte Maßnahmen 965 Millionen als gebunden erscheinen. Für Neuvergaben werden somit rund 440 Millionen frei sein, was rund 20 Prozent mehr Förderungsmittel als im Jahre 1972 ausmacht.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Suppan: Herr Bundesminister! Ich habe meine mündliche Anfrage vor der Bekanntgabe der Budgetziffern eingebracht. Der Grund meiner mündlichen Anfrage ist darin zu sehen, daß sich der Kärntner Landtag am 4. Oktober dieses Jahres mit der Situation der Kärntner Badeseen beschäftigt hat. Bei dieser Sondersitzung des Kärntner Landtages wurde bekannt, daß für das Jahr 1973 150 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden.

Da die Zahl nun 215'920 lautet, frage ich Sie, Herr Bundesminister: War dieser Betrag von allem Anfang an im Budget vorgesehen oder wurde die Erhöhung von 150 Millionen auf diesen Betrag erst auf Grund der Sondersitzung des Kärntner Landtages vorgenommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, daß bereits seit dem Frühsommer kein Zweifel daran bestand, daß der Finanzminister bereit ist, den echten Bundesbeitrag für Zwecke der Wasserwirtschaft und Abwasserbeseitigung wesentlich zu erhöhen. Die Erhöhung hat mit der Sondersitzung des Kärntner Landtages nichts zu tun gehabt.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Suppan: Herr Bundesminister! Der Kärntner Landtag hat bei dieser Sondersitzung auch eine Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes und eine Sonderförderung des Bundes gefordert.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Wann werden Sie dem Parlament eine diesbezügliche Regierungsvorlage zuleiten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich darf Sie zunächst darauf verweisen, daß erst vor etwa anderthalb Jahren die Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, im besonderen was die Frage der Reinhaltung der Seen anlangt, gegenüber früher wesentlich verbessert wurden. Wir geben heute in solchen Fällen Darlehen bis zu 70 Prozent der Baukosten mit einer Laufzeit von 25 Jahren und zu einem Zinssatz von 1 Prozent. Das bedeutet eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand.

Mir ist aber auch durchaus der Wunsch bekannt, daß die Darlehenslaufzeit verlängert werden soll. Ich lasse gerade in diesen Tagen in meinem Hause die Auswirkungen einer solchen Verlängerung der Laufzeit auf etwa 50 Jahre hinsichtlich der Wirksamkeit des Wasserwirtschaftsfonds prüfen und stehe nicht an zu sagen, daß dies ein Gedanke ist, den man durchaus weiter verfolgen kann.

Präsident: Die Anfrage 6 wird, da der Abgeordnete Tödling erkrankt ist und nicht anwesend sein kann, schriftlich beantwortet.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Troll (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

671/M

Angeichts des Absturzes eines Bundesheerhubschraubers frage ich, welche Erfahrungen man bisher mit dem Einsatz von Bundesheerhubschraubern im Bergrettungsdienst gemacht hat.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf**: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Hubschrauber des österreichischen Bundesheeres gelangen seit vielen Jahren bei Bergunfällen sowie für den Transport lebensgefährlich Erkrankter zum Einsatz. Solche Einsätze von Bundesheerhubschraubern im Bergrettungsdienst sind als Hilfeleistungsmaßnahmen in besonderen Notsituationen, in denen andere Transportmöglichkeiten nicht bestehen, im allgemeinen unter außergewöhnlich schwierigen Bedingungen durchzuführen. Sie stellen daher besonders hohe Anforderungen an den Leistungsstandard der Hubschrauberbesatzungen, insbesondere der Hubschrauberpiloten.

Wenn auch Unfälle — wie der von Ihnen, Herr Abgeordneter, in Ihrer Frage erwähnte — angesichts der vielfältigen Gefahrenmomente solcher Rettungsflüge im Hochgebirge nicht ausgeschlossen werden können, so waren die Einsätze von Bundesheerhubschraubern in den vergangenen Jahren in vielen Fällen eine wertvolle, vielfach sogar die einzig mögliche Hilfeleistung zur Rettung von Menschenleben.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß für Rettungsaktionen mittels Hubschrauber im alpinen Zentralraum des Bundesgebietes ausschließlich Heereshubschrauber zur Verfügung stehen. Insgesamt wurden bisher von den auf den Flugplätzen Aigen im Ennstal, Schwaz in Tirol und Klagenfurt ständig eingerichteten Hubschrauberbereitschaften rund 750 Bergrettungseinsätze durchgeführt. Dabei haben die Hubschrauberführer des Bundesheeres immer wieder ihr hohes Leistungsniveau unter Beweis gestellt.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Troll**: Herr Bundesminister! Diese von Ihnen aufgezeigten Leistungen berechtigen mich zu einer weiteren Frage. Da ich aus einer sehr gebirgigen Gegend komme, die das Hochschwabmassiv, den Reichenstein und so weiter, also die Obersteiermark, umfaßt, frage ich: Wie ist dieser Einsatz im Raume Obersteiermark organisiert?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Lütgendorf**: Herr Abgeordneter! Wir haben gerade am Flugplatz Aigen im Ennstal einen dauernden Hubschrauberbereitschaftsdienst, sodaß bei Anforderung kurzfristig ein Hubschrauber für Bergrettungseinsatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Ich darf darauf hinweisen, daß gerade die für den Bergrettungsdienst vorgesehene Hubschrauberbesatzung selbst eine Alpinausbildung erhalten hat und daher in der Lage ist, sich nicht nur rein flugtechnisch richtig zu

verhalten, sondern sich auch persönlich im Hochgebirge, sei es im Sommer oder im Winter, richtig zu verhalten.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Troll**: Herr Bundesminister! Ihre Feststellung, daß diese Einsätze von besonderer Gefahr begleitet sind, hat in einer Diskussion mit Hubschrauberpiloten gezeigt, daß diese Sonderkommanden mehr Übungsstunden im Flugbetrieb mit dem Hubschrauber haben als andere. Aber es wird aufgezeigt, daß es dennoch zu wenig sind; denn gerade die Gefahrenmomente, allein die Abwindgefahrenmomente im Gebirge, sind enorm groß. Es wäre also diesbezüglich ein Wunsch zu deponieren.

Ich frage Sie daher, ob Sie bereit sind, diesen Hubschraubereinsatzkommanden mehr Trainingsstunden zuzubilligen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Lütgendorf**: Herr Abgeordneter! Gerade dieser Unfall wurde zum Anlaß genommen, um die derzeit vorgeschriebene Flugstundenausbildungszeit für die Hubschrauberpiloten in der Gebirgsregion zu überprüfen. Es besteht die Absicht, nicht nur den jährlich durchgeführten Hochgebirgsschulungskurs zu erweitern, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß gerade diese Hubschrauberpiloten zusätzliche Ausbildungsstunden erhalten, und zwar Ausbildungsstunden in besonders schwierigen Wettersituationen.

Präsident: Anfrage 8: Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

645/M

Welche Schritte haben Sie bisher unternommen, um an Stelle der für Unterstützungsdienstleistungen erforderlichen 6000 Grundwehrdiener für jene Dienste, die nicht durch Soldaten versehen werden müssen, zivile Bundesbedienstete einzustellen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Rahmen der Reformmaßnahmen für das Bundesheer habe ich vorgesehen, im militärischen Bereich vermehrt Zivilbedienstete zu Dienstleistungen heranzuziehen, die keine spezifisch militärischen Aufgaben zum Inhalt haben. Zu diesem Zwecke wurden auch verschiedene Dienstposten, die bisher für Militärpersonen vorgesehen waren, für Zivilpersonen systemisiert. Dadurch können die Wehrpflichtigen im Rahmen des Grundwehrdienstes im vermehrten Maße rein militärischen Aufgaben zugeführt werden. Eine derartige Vorgangsweise bietet sich vor allem in der territorialen Organisation, in den Anstalten und Lagern der

Bundesminister Lütgendorf

Heeresversorgung und sonstigen ortsgebundenen Einrichtungen der Heeresverwaltung an.

Obwohl die Reformmaßnahmen nur schrittweise durchgeführt werden können, wurden in verschiedenen Bereichen bereits Dienstposten für Zivilpersonen systemisiert und auch ziviles Personal aufgenommen. Hierbei handelt es sich vor allem um Handwerker, Küchenhilfskräfte, Magazinsarbeiter, Portiere und Hundeführer.

Ich werde weiterhin alles unternehmen, um möglichst viel Zivilpersonal zur Besetzung der in Betracht kommenden Dienstposten zu gewinnen, so durch Dienstpostenausschreibung in verschiedenen Tageszeitungen und durch entsprechende Kontaktnahme mit den in Betracht kommenden Personen. Was den Dienstpostenplan betrifft, so sind die entsprechenden Vorsorgen getroffen, um diese Bemühungen verwirklichen zu können.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Marwan-Schlosser: Herr Minister! Es würde mich interessieren, mit welchen Forderungen hinsichtlich des Dienstpostenplanes Sie auf Beamtenebene anlässlich der Budgetverhandlungen vorgegangen sind. Es würde mich weiters interessieren, Herr Minister: Welche Forderungen haben Sie, als diese Budgetverhandlungen auf Ministerebene geführt wurden, noch erhoben und durchgesetzt? Konkret gesagt: Wieviel Personen haben Sie ursprünglich in dieser Richtung zu systemisieren gefordert, und was konnten Sie erreichen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Lütgendorf: Bei den Besprechungen zum Dienstpostenplan haben wir entsprechend dem Gesamtumfang der Organisationspläne und dem tatsächlichen Stand an Kaderpersonal, sowohl Militärpersonen als auch Zivilbedienstete der Heeresverwaltung, die für uns notwendig erschienene Globalzahl an Dienstposten erhalten. Diese Zahl gibt mir die Möglichkeit, im Laufe des Jahres 1973 eine entsprechend hohe Anzahl Neueinstellungen von Zivilkräften vorzunehmen, wobei wir an die Schlüsselzahl 1000 gedacht haben. Wir haben aber auch schon die Erfahrung gemacht, daß es auf Grund der florierenden Wirtschaft sehr schwer ist, diese angepeilte Zahl innerhalb eines Jahres auch tatsächlich anwerben zu können.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Marwan-Schlosser: Herr Minister! In einer Anfragebeantwortung vom 9. Juli haben Sie zugegeben, daß Sie 10 Pro-

zent Rekruten zu reinen Hilfsleistungen und weitere 30 Prozent Rekruten zu Unterstützungsdiensten, wie Kraftfahr-, Sanitäts- und Instandsetzungsdiensten, heranziehen müssen. Das sind zusammen 40 Prozent, und 40 Prozent von 40.000 Rekruten pro Jahr sind 16.000 Jungmänner, die nicht primär zum Soldaten ausgebildet, sondern als Hilfsdiener beschäftigt werden. Dies steht doch im völligen Gegensatz zur seinerzeit erhobenen SPÖ-Forderung: „Beseitigung des Leerlaufes! Reine konzentrierte Ausbildung zum Soldaten!“

Herr Minister! In derselben Anfragebeantwortung sagen Sie, daß durch die Einstellung von Zivilbediensteten bereits in verschiedenen Bereichen eine gewisse Entlastung der Wehrpflichtigen von diesen Diensten eingetreten ist.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Wie viele Zivilpersonen konnten Sie seit dem 1. Juli dieses Jahres bis heute einstellen, und wie viele Zivilpersonen sind inzwischen ausgeschieden?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie beziehen sich auf eine Aussage von mir. Ich darf eine Richtigstellung abgeben. Bei den damals von mir genannten Zahlen handelt es sich nicht um ausgesprochene Hilfs- und Unterstützungsdienste, sondern um jene Hilfsfunktionen, die auch heute in jedem Kampfverband, wie Sie ja selbst wissen — auch in der Reformkommission wurde darüber gesprochen, daß es zwischen 10 Prozent und 20 Prozent möglich ist —, die also auch in einer reinen Bereitschaftstruppe oder einem Verband der Bereitschaftstruppe zu 10 bis 20 Prozent der vorgesehenen Wehrpflichtigen mit kurzdienenden, also sechs Monate dienenden Soldaten zu besetzen sind.

Präsident: Wir kämen zur Anfrage 9. Diese wurde zurückgezogen. (*Abg. Marwan-Schlosser: Die Frage ist unbeantwortet! Ich habe gefragt: Wie viele sind eingestellt worden seit dem 1. Juli?*) Wollen Sie noch das Wort, Herr Minister?

Bundesminister Lütgendorf: Ja.

Ich kann Ihnen diese Frage, wie viele seit dem 1. Juli dieses Jahres eingestellt wurden, hier nicht direkt beantworten, ich bin aber sehr gerne bereit, Ihnen vielleicht für das erste Halbjahr anzugeben, daß wir in dieser Zeit, also vom 1. Jänner bis 30. Juni 1972, 296 Zivilbedienstete eingestellt haben.

Was Ihre spezifische Frage anbelangt, wie viele wir seit dem 1. Juli dieses Jahres eingestellt haben und wie viele ausgeschieden

Bundesminister Lütgendorf

sind, sei es unter Berücksichtigung oder in Anwendung von § 84 Dienstpragmatik oder durch Ablauf des Dienstverhältnisses der Zeitverpflichteten oder durch Todesfall, bin ich sehr gerne bereit, Ihnen diese Zahlen schriftlich bekanntzugeben.

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Präsident: Anfrage 9 wurde zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage 10: Herr Abgeordneter Pansi (SPO) an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

657/M

Welche Maßnahmen können getroffen werden, um den ärztlichen Funkbereitschaftsdienst, dem vor allem angesichts des Landärztemangels große Bedeutung zukommt, auszubauen?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gleich nach Übernahme meines Amtes im Ministerium habe ich mich bemüht, die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, um den Funkbereitschaftsdienst besonders im ländlichen Raum auszuweiten, und zwar vor allem deshalb, weil es sich hier nicht um einen Notdienst handelt, der in der Zeit, wo nicht alle Ärzte zur Verfügung stehen, seinen Einsatz bieten soll, sondern weil das wirklich eine intensivere Betreuung der ländlichen Bevölkerung zur Folge hat, denn das Funkgerät begleitet den Arzt bei seiner Tätigkeit den ganzen Tag über, und er kann dadurch wesentlich schneller beim Patienten sein.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Pansi:** Frau Minister! Kann in absehbarer Zeit damit gerechnet werden, daß der ärztliche Funkbereitschaftsdienst in ganz Österreich ausgebaut sein wird?

Präsident: Frau Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter! Wir haben vorderhand in Kärnten seitens des Bundesministeriums 3 Millionen Schilling investiert, wir haben in der Steiermark 2 Millionen Schilling und im Burgenland 1,4 Millionen Schilling zum Ausbau des Funkbereitschaftsdienstes zur Verfügung gestellt. Es sind Ansuchen von den anderen Bundesländern schon im Ministerium eingelangt, die jetzt bearbeitet werden.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Pansi:** Frau Minister! Der Landärztemangel ist ja weniger darauf zurück-

zuführen, daß wir in Österreich zuwenig Ärzte haben, sondern im wesentlichen darauf, daß die Ärzte nicht so ohneweiters bereit sind, offene Landarztstellen anzunehmen.

Wie sehen Sie die weitere Entwicklung? Wird es in Zukunft möglich sein, mehr Ärzte auf das Land hinauszubringen, oder wird sich die Situation noch verschärfen?

Präsident: Frau Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß sich die Situation nicht mehr verschärfen wird, denn alle diese Maßnahmen, die wir treffen, das Leben des Arztes auf dem Lande zu erleichtern, sind sicher dazu angetan, Ärzte auf das Land hinauszubringen. Eine der Maßnahmen ist der Funkbereitschaftsdienst, eine andere Maßnahme, die wir in Kärnten begonnen haben und in der Steiermark auch durchführen wollen, ist die Einführung der Lehrpraxen, die den Ärzten aus den Spitälern einen Einblick gibt, wie die ärztliche Tätigkeit ist, wodurch sie auch den Mut und die Anregung bekommen, aufs Land hinauszugehen. Letztlich werden immer mehr Ärzte mit ihrem Studium fertigwerden, auch in den Spitälern, wodurch der Drang nach außen größer werden wird, umsomehr, als wir den praktischen Arzt und das Image des praktischen Arztes auch in der Ausbildung aufwerten möchten.

Präsident: Anfrage 11: Herr Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ) an die Frau Bundesminister.

687/M

Hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bereits Vorschläge ausgearbeitet, die zu einer Reduzierung der Unfallfälle, denen vor allem Kinder zum Opfer fallen, beitragen?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Beitrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz auf dem Gebiete der Unfallverhütung im Straßenverkehr ist in erster Linie auf Bemühungen der Beeinflussung der menschlichen Faktoren, die für die Unfallursachen in Frage kommen, ausgerichtet. Hier ist es also der seit Jahren geführte ständige Kampf gegen den erhöhten Alkoholkonsum, überhaupt gegen den Alkoholkonsum durch den Kraftfahrer, weiter die Bekämpfung der Medikamenteneinnahme beziehungsweise der Drogensucht und das Eintreten für gesunde Lebensweise, für körperliche und geistige Fitness, was als Beitrag zur Unfallverhütung zu werten ist.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck:** Frau Bundesminister! Das, was Sie mir jetzt vorgelesen haben, habe ich schon in der Schrift Ihres Ministeriums über Gesundheit und Umweltschutz, also in Ihrem Plan, gelesen, und zwar in den Ziffern 1180 bis 1184.

Aber meine Frage geht nun dahin: Ich entnehme einer oberösterreichischen Zeitung, daß zum abgelaufenen Wochenende wiederum sieben Kinder bei Verkehrsunfällen schwer verletzt wurden.

Ich darf Sie fragen: Welche konkreten Maßnahmen beziehungsweise Vorschläge oder Zielvorstellungen, die von Ihrem Ministerium zu verwirklichen wären, haben Sie?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß das Unfallgeschehen ein äußerst vielschichtiges Problem ist. Vom Gesundheitsressort aus wird die Erforschung der Unfallursachen eines der Ziele sein. Wir sind hier mit dem Europarat in ständigem Kontakt, um vor allem im Bereiche der jugendlichen Kraftfahrer Gründe für die Unfälle zu finden. Wir bemühen uns aber auch darüber hinaus, durch eigene Arbeiten in Österreich Beiträge zur Lösung des Problems zu erarbeiten. Zum Beispiel hat mein Ministerium eine Forschungsstudie an das Verkehrspsychologische Institut des Kuratoriums für Verkehrssicherheit über das Thema „Verkehrsunfall und jugendlicher Kraftfahrer“ in Auftrag gegeben.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck:** Frau Bundesminister! Könnten Sie sich meiner Meinung anschließen, daß Ihr Ministerium, abgesehen von der Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, die Sie eben erwähnt haben, darüber hinaus mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit die Aktion betreffend die Tafeln „Achtung, ein Kind“ durch finanzielle Mittel, die aus Ihrem Ministerium kommen, verstärken könnte? Denn diese Tafeln kommen nach meiner Meinung sehr gut an und sind optisch sehr wirksam.

Zum zweiten: Glauben Sie nicht auch, daß Ihr Ministerium mit dem Bundesministerium für Unterricht dahin gehend zusammenarbeiten könnte, daß die Verkehrserziehungsgärten zu einer Pflichtstunde in den Grundschulen werden? Ich glaube, damit könnte man besonders hinsichtlich der Unfallhäufigkeit bei Schulkindern vorbeugen.

Präsident: Frau Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Beide Vorschläge sind sicherlich diskussionswürdig. Auch wir haben uns, und zwar in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium, mit der Aufklärung der Unfallsgefahren beschäftigt. Es ist uns klar, daß gerade in diesem Bereich die Aufklärung und der Unterricht in dieser Beziehung äußerst wirksam werden könnten.

Präsident: Anfrage 12 wurde zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage 13: Frau Abgeordnete Hanna Hager (*SPO*) an die Frau Bundesminister.

658/M

Welche Maßnahmen sind geplant, um eine Erhöhung der Zahl gut ausgebildeter Krankenschwestern zu erreichen?

Präsident: Bitte, Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das Problem Schwesternmangel ist vielfältig. Sie wissen es.

Eine unserer ersten Maßnahmen ist die Novellierung des Krankenpflegegesetzes in der Richtung, daß ab nun 15jährige Mädchen den Krankenpflegedienst beginnen können. Das hat zur Folge, daß die jungen Mädchen vorher keine anderen Berufe ergreifen müssen, sodaß sie dann nicht in die anderen Berufe abschwimmen. Bisher war es so, daß sich erst ein 17jähriges Mädchen für den Krankenpflegedienst entschließen konnte.

Wir haben kürzlich in einer Fernsehsendung gehört — das war eigentlich ein sehr gutes Beispiel —, daß ein Mädchen, das gefragt wurde, welchen Beruf es hat, geantwortet hat: Ich wollte Krankenschwester werden, aber da ich mit 15 Jahren nicht aufgenommen wurde, bin ich Schneiderin geworden! Das Mädchen wurde weiter gefragt, was es jetzt machen werde, also ob es die Schneiderei fertiglernen wird, da es nun 17 Jahre alt sei. Das Mädchen antwortete: Ich werde die Schneiderei fertiglernen. Es wurde weiter gefragt, was es dann machen werde, ob es dann in den Krankenpflegedienst gehen werde. Das Mädchen antwortete: Nein, dann bleibe ich bei der Schneiderei.

Das ist der Grund, warum wir vorhaben, ab 15 Jahren den Besuch der vierjährigen Krankenpflegeschule zu ermöglichen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Hanna **Hager**: Frau Bundesminister! Die jungen Mädchen werden dann ab dem 15. Lebensjahr in die Krankenpflegeschule gehen. Wird dieses erste Schuljahr auch für ein Praktikum vorgesehen sein? Wenn ja, Frau Bundesminister: Wo sollen die noch jungen — ich betone: sehr jungen — Krankenschwesternschülerinnen eingesetzt werden?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter**: Frau Abgeordnete! Das erste Schuljahr dient sicherlich der Vertiefung der Allgemeinbildung. Aber trotzdem bin ich der Meinung, daß auch schon in diesem Jahr das pflegerische Interesse zum Tragen kommen müßte, denn sonst würden die Mädchen frustriert werden. Sie würden nicht das Gefühl haben, daß sie Krankenschwestern werden. Sie würden nämlich dann lieber eine Schule aufsuchen, in der sie nur unterrichtet werden. Es werden diese Mädchen nicht am Krankenbett eingesetzt werden, aber sie werden in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Küche oder in den Kindergärten oder auch bei der Wäsche, eingesetzt werden. Es gibt auch in Spitälern eine Fülle von Aufgaben, wo sie arbeiten und praktizieren könnten.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Hanna **Hager**: Frau Bundesminister! Werden diese Krankenschwestern, wenn sie dann eine vierjährige Ausbildung haben, die Europareife haben?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter**: Es wird von der „Europa“-Krankenschwester verlangt, daß sie zehn Schuljahre hat, und zwar Schuljahre der Allgemeinbildung. Wir haben damit die im Vorschlag des Europarates enthaltenen Voraussetzungen erfüllt. Die Krankenschwestern werden damit zehn Schuljahre absolviert haben, sodaß wir europareife Krankenschwestern haben werden.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 14: Herr Abgeordneter **Wuganigg** (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

666/M

Da im Zuge der Erstellung eines Raumordnungsprogramms auch der Ausbau der Aspangbahn erwogen wird, frage ich, in welchem Stadium dieses Projekt sich befindet.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr **Frühbauer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es hat

beim Herrn Bundeskanzler eine Besprechung mit Vertretern der Firma Elin stattgefunden, bei der das Problem der überschweren Transporte vom Werk Weiz der Elin nach Wien behandelt wurde. Bei diesem Gespräch ist festgestellt worden, daß die derzeitige Eisenbahnlinie für die Bewältigung der künftigen Schwertransporte nicht ausreicht und daß eine Sanierung dieser Eisenbahnlinie notwendig wäre.

Im Hinblick auf die hohen Kosten, die dabei entstehen, wurde vereinbart, diese Frage einer eingehenden Untersuchung zuzuführen, um durch eine entsprechende Kostenbeteiligung von Firmen, aber auch von interessierten Ländern Möglichkeiten zu finden, eine Lösung zu erreichen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg**: Herr Bundesminister! Ist Ihnen bekannt, daß der Ausbau der Aspangbahn von großer Bedeutung für die steirische Industrie, insbesondere aber für das Werk Weiz der Elin, ist, da die Forderung des Exportmarktes nach immer größeren Einheiten an Großmaschinen und Transformatoren nur dadurch erfüllt werden kann? Der Ausbau dieser Strecke ist damit eine Lebensfrage für das Werk in Weiz.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Frühbauer**: Ich habe mich bei einer Betriebsbesichtigung in Weiz selbst von der Situation überzeugt. Ich bin über die Probleme, die es hier gibt, informiert, muß aber darauf hinweisen, daß die Österreichischen Bundesbahnen, die nach dem Bundesbahngesetz nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden müssen, die Investitionssumme von 105 Millionen Schilling für den Ausbau der Aspangbahn auf einen höheren Achsdruck zurzeit nicht aufbringen können. Die Österreichischen Bundesbahnen vertreten die Meinung, daß im Hinblick auf ein bis zwei Schwertransporte pro Jahr auch die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sei.

Aus diesem Grund und bei der Bedeutung, die diese Frage für die Elin hat, ist in der Raumordnungskonferenz das Problem zur Diskussion gestellt worden, und es wird versucht werden, eine Finanzierung zu erreichen, die nicht nur auf Kosten der Österreichischen Bundesbahnen geht.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg**: Herr Bundesminister! Ich darf Sie nunmehr fragen: Kann mit dem Ausbau dieser Strecke gerechnet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Fröhbauer: Bei einer Finanzierung unter Beteiligung der Länder, die zweifelsohne an diesem Projekt ein großes Interesse haben, kann mit dem Ausbau gerechnet werden.

Präsident: Anfrage 15: Herr Abgeordneter Melter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

641/M

Da es wegen der Überlastung des Telefonnetzes nur mit erheblichem Zeitaufwand möglich ist, Fernsprechverbindungen zwischen Vorarlberg und der Bundeshauptstadt herzustellen, frage ich Sie, Herr Bundesminister, bis wann mit einer entscheidenden Verbesserung der Telefonverbindungen zu rechnen ist.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Fröhbauer: Herr Abgeordneter! Mit einer Verbesserung der Sprechverbindungen aus dem Raume Vorarlberg mit der Bundeshauptstadt rechne ich zu Beginn des kommenden Jahres, weil zu diesem Zeitpunkt eine wesentliche Verstärkung der Verbindungen zwischen Wien und Vorarlberg eintreten wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Bundesminister! Es ist erfreulich, daß Sie eine derartige Zusage für Vorarlberg geben.

Wie ich aber in der Zwischenzeit gehört habe, haben andere Bundesländer, wie zum Beispiel auch Kärnten, dasselbe Problem. Demzufolge möchte ich fragen, ob auch allgemein für die Ferngesprächsverbindungen zwischen Wien und den Bundesländern oder zwischen den Bundesländern untereinander dieselbe Vorsorge getroffen wird, nachdem der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede nur darauf hingewiesen hat, daß eine beachtliche Anzahl von Neuanschlüssen vorgenommen werden wird. Aber Voraussetzung für die Verwertung sind natürlich auch die Möglichkeiten der Ferngesprächsverbindungen.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Fröhbauer: Mit dem Abschluß der Vollautomatisierung, die im Dezember des heurigen Jahres erfolgen wird, werden verstärkte Anstrengungen nicht nur bei der Herstellung von neuen Fernsprechanschlüssen, sondern im besonderen auch bei der zusätzlichen Installierung von Sprechverbindungen gemacht werden. Dies betrifft sowohl die Sprechverbindungen der Bundeshauptstadt mit den Bundesländern als auch stark frequentierte Leitungsbereiche zwischen den einzelnen Bundesländern.

So wie konkret für Vorarlberg in der Kapazität der Leitungsbündel eine Ausdehnung um

75 Prozent vorgesehen ist, ist im ähnlichen Umfange ein entsprechendes Ausbauprogramm auch für andere Bundesländer vorgesehen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Bundesminister! Ist in diesem Zusammenhang zu erwarten, daß die Gesprächsverbindungen zwischen den einzelnen Bezirken des Landes selbst auch eine Verbesserung erfahren werden?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Fröhbauer: Die Post- und Telegraphenverwaltung ist ständig bemüht, die Sprechverbindungen zu verbessern. Ich bitte aber um Verständnis, daß es nicht immer möglich ist, der rasanten Entwicklung, die es auf dem Sektor des Telefonverkehrs gibt, auch immer rechtzeitig durch entsprechende Verstärkung der Verbindungsleitungen nachzukommen. Was der Post- und Telegraphenverwaltung möglich ist, wird auf diesem Sektor gemacht.

Präsident: Anfrage 16: Herr Abgeordneter Egg (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

668/M

Hat Italien auf den österreichischen Vorschlag der Einführung von Vorzugstarifen im grenznahen Telefonverkehr zwischen Nord- und Südtirol schon geantwortet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Fröhbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Herr Generalpostdirektor hat seinen Besuch bei der italienischen Postverwaltung vom 2. bis 6. Oktober 1972 dazu benützt, unser Anliegen zum Aufbau einer Nahverkehrszone zwischen Südtirol und dem Bereich Nordtirol und Osttirol als auch zwischen der Region Friaul, Julisch-Venetien und Kärnten in einem persönlichen Gespräch zu erörtern.

Darüber hinaus habe ich in einem Schreiben an den italienischen Postminister gebeten, unserem seinerzeitigen Antrag möglichst bald zu entsprechen.

Gestern ist nunmehr eine Antwort der italienischen Generalpostdirektion eingetroffen, in der mitgeteilt wird, daß die italienische Postverwaltung in nächster Zeit neue Vorschläge zur Bereinigung der Struktur in diesen Bereichen der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung unterbreiten wird. Nach Einlangen dieser Vorschläge werden wir endgültig sehen, ob die Nahverkehrszone eingeführt werden kann.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Egg: Herr Bundesminister! Vor wenigen Wochen hat eine Tagung der Landtage Nord- und Südtirols in Bozen stattgefunden. Dort wurde von beiden Landtagen einmütig der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein verbilligtes Direktwahlsystem im Fernsprechwesen zweifellos notwendig ist.

Im Hinblick darauf, daß eine ähnliche Vereinbarung mit Bayern einerseits und der Schweiz andererseits für die 50-Kilometer-Zone schon seit längerer Zeit gültig ist, wäre es interessant zu erfahren, welche Überlegungen seitens des Partners in Italien dafür maßgebend waren, daß die Bemühungen des Bundesministeriums seit Mai dieses Jahres noch nicht zu einem Erfolg führen konnten.

Wo sind also tatsächlich die echten Schwierigkeiten, die dazu geführt haben, daß es trotz der Bereitschaft Ihres Ministeriums und der Meinung beider Landtage zu dieser Verzögerung beziehungsweise noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Herr Abgeordneter! Hier bin ich auf Vermutungen angewiesen. Soweit ich informiert bin, ist in Italien — im Gegensatz zu Österreich — die Vollautomatisierung noch nicht abgeschlossen. Es besteht auch noch keine Möglichkeit, im Selbstwählfernverkehr aus allen Orten Italiens Österreich direkt anzuwählen. Diese Sprechverbindungen sind nur zwischen den Hauptstädten und den Großstädten aufgebaut worden. Dort dürfte auch die Schwierigkeit liegen, daß es infolge Fehlens entsprechender Netzgruppenverbindungen nicht möglich ist, den direkten Nahverkehr aufzunehmen.

Ich nehme an, daß die Vorschläge, die uns jetzt unterbreitet werden, aus der italienischen Sicht von der technischen Warte her die künftigen Möglichkeiten aufzeigen. Erst danach können wir unsere endgültige Aussage machen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Egg: Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang gibt es noch eine zweite Frage, deren Klarstellung sicherlich von Interesse wäre. Es ist die, daß das gesamte Südtirol- und Accordinogebiet — also Südtirol und Trentino — in diese Grenznahverkehrszone einbezogen werden soll. Ist bei den Verhandlungen auch vorgesehen, daß über die 50-Kilometer-Zone hinaus die Einbeziehung diskutiert wird, oder ist vorerst nur die 50-Kilometer-Zone als Basis gedacht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: In unseren bisherigen Gesprächen war vorgesehen, daß mit den Distrikten Bozen, Brixen, Meran und Bruneck, mit den Distrikten Pieve di Cattore und Cortina d'Ampezzo und mit den Distrikten Tolmezzo und Tarvisio die Nahverkehrszone aufgebaut werden soll.

Bei den Verhandlungen werden wir versuchen, eine gleiche Lösung zu erreichen, wie das mit der deutschen Bundesrepublik möglich war.

Präsident: Anfrage 17: Herr Abgeordneter Dr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

639/M

Auf welchen Berechnungen basiert Ihre Ankündigung in der „AZ“ vom 12. September 1972, daß wegen der Einführung der Mehrwertsteuer der inländische Güterverkehr um 9,4 Prozent teurer wird?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Frühbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Berechnung hinsichtlich der Auswirkung der neuen Umsatzsteuer auf den inländischen Güterverkehr beruht auf der Tatsache, daß nach den Untersuchungen im Entlastungsausschuß die Gütertarife voraussichtlich um 6 Prozent entlastet werden, wobei unter Aufschlag der neuen Umsatzsteuer mit 16 Prozent de facto im Endpreis eines Frachtvertrages mit Tarif plus Umsatzsteuer im gesamten gesehen eine Erhöhung um 9,04 Prozent eintreten würde.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter DDr. König: Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie sind hier einem Irrtum erlegen. Die 6prozentige Verbilligung der Gütertarife wird selbstverständlich in vollem Ausmaße weitergegeben werden, da die Belastung mit der 16prozentigen Mehrwertsteuer ein Durchlauferposten ist und für jedes Unternehmen, das sich der Bundesbahn bedient, bei der Steuer wiederum absetzbar ist. Es wird also entgegen Ihren Feststellungen nicht zu einer 9,4prozentigen Erhöhung und Belastung kommen, sondern zu einer 6prozentigen Verbilligung. Ich glaube, Herr Minister, Sie sollten das schleunigst richtigstellen lassen, damit draußen nicht ein falscher Eindruck entsteht.

Aber ein zweites, Herr Minister! Sie haben in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es abgesehen von diesen Erhöhungen, die sich aus der Steuerumstellung und nicht aus Tarifierhöhungen ergeben, und von denen ich meine, daß sie keine sind, im nächsten Jahr zu keiner Mehrbelastung kommen wird. Herr

DDr. König

Minister! Das entspricht vollinhaltlich der Vereinbarung, die die Regierung mit der großen Oppositionspartei abgesprochen hat, als wir die Zustimmung zur Verfassungsbestimmung nach dem Preisbestimmungsgesetz gegeben haben, nämlich daß ein Jahr hindurch keine Tarifierhöhungen erfolgen dürfen.

Wie beurteilen Sie aber, Herr Minister, in diesem Zusammenhang die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers, die er einen Monat später, am 13. 10. 1972, dem ORF gegenüber gemacht hat, wo er davon gesprochen hat, man müßte die Möglichkeit einer Dynamisierung der Tarife als einer ständigen Anpassung der Tarife ins Auge fassen? Wie stehen Sie dazu, Herr Minister?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Frühbauer:** Zum ersten: Ihre Feststellung bezüglich des Entlastungssatzes ist dann richtig, wenn das Transportgut nicht zum Endverbraucher geht. Es ist dann unrichtig, wenn der Transportvertrag direkt zum Endverbraucher führt, der also keine Möglichkeit hat, die Weiterverrechnung der Umsatzsteuerbelastung als Vorsteuerabzug vorzunehmen.

Zum zweiten: Die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers ist eigentlich kein Novum, da die Wirtschaftspartner und auch das Wirtschaftsforschungsinstitut in seiner Untersuchung über die Tarifpolitik die Meinung vertreten haben, daß es sinnvoller wäre, öffentliche Tarife — im besonderen wurde damals auf die Österreichischen Bundesbahnen Bezug genommen — in kleineren Schritten anzupassen und nicht durch einen sehr langen Rückstau dann sehr hohe Prozentsätze zu verlangen, die zwangsläufig auf Grund der Kostensituation notwendig werden, die für die Wirtschaft weit schwerer zu verkraften seien, als wenn man regelmäßig, aber in kleinen Sätzen, die Tarife der gegebenen Kostenlage anpassen würde.

Der Herr Bundeskanzler findet sich hier mit seiner Aussage in voller Übereinstimmung mit den Untersuchungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **DDr. König:** Herr Bundesminister! Was die Ausführungen zu der Mehrwertsteuerbelastung anlangt, so haben Sie natürlich hier den Ausnahmefall zitiert und nicht die Regel, denn es ist der Ausnahmefall, daß sich ein Privater mit der Bundesbahn ein Frachtgut schicken läßt. Es ist die Regel, daß die Bundesbahn Gütertransporte für gewerbliche Unternehmen durchführt, und dort ist eben die Mehrwertsteuer in vollem Maße

absetzbar, sie wirkt sich nicht aus; es kommt zu keiner 9,04prozentigen Verteuerung, wie Sie angeführt haben, sondern in der überwiegenden Mehrheit der Fälle zu einer 6prozentigen Verbilligung. Ich glaube, das müßte man auch von seiten des Ministeriums klarstellen.

Zu der Frage der Dynamisierung, Herr Bundesminister: Hier unterscheidet man doch ganz deutlich, was etwa die Bundeskammer und die Wirtschaftspartner, die Sie zitieren, gesagt haben, als sie von kleineren, häufigeren Tarifanpassungen gesprochen haben oder, wenn man, wie der Herr Bundeskanzler, von einer Dynamisierung spricht. Unter Dynamisierung versteht man in allen unseren Gesetzen die automatische Anpassung, für die es also einer Vorlage bedarf.

Darf ich also Ihre Äußerung, Herr Minister, so verstehen, daß Sie es ablehnen, eine solche Vorlage im Sinne des Herrn Bundeskanzlers im Hause einzubringen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Frühbauer:** Eine solche Vorlage ist von mir nicht beabsichtigt; sie würde auch der Vereinbarung, die geschlossen worden ist, widersprechen.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf

Präsident: Die seit der letzten Haussitzung eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche nun die Frau Abgeordnete Winkler als Schriftführerin um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin **Herta Winkler:** Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesverfassungsgesetz über nasse Grenzen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland und über die österreichische Delegation in der ständigen gemischten Grenzkommision (459 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird (5. Schulorganisationsgesetz-Novelle) (481 der Beilagen);

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf über die Errichtung eines Internationalen Patentedokumentationszentrums (489 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Mühlengesetz 1965 geändert wird (Mühlengesetz-Novelle 1972) (500 der Beilagen);

Schriftführer

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 geändert wird (512 der Beilagen);

Bundesgesetz zur Sicherung des Bestandes von Kohlenbergbauen sowie von Kupfer-, Blei-, Zink- und Antimonerzbergbauen und zur Deckung von Aufwendungen für die Stilllegung einschlägiger Bergbaubetriebe (Bergbauförderungsgesetz 1973) (518 der Beilagen).

Präsident: Danke. Ich werde die vom Schriftführer soeben als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (460 und Zu 460 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Gegenstand ist die erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (460 und Zu 460 der Beilagen).

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Opposition hat in der Vorwoche gemeinsam zwei dringliche Anfragen, eine zur Inflation und die andere zur Situation des Bundesheeres, eingebracht, über die eine Debatte hätte stattfinden sollen. Aber Regierung und Regierungspartei waren nicht bereit, über diese Fragen zu diskutieren. Im Gegenteil: der einzige Sprecher der sozialistischen Fraktion hat die Vorgangsweise der Opposition eine „Störaktion“ genannt, und weiters festgestellt:

„Zur parlamentarischen Courtoisie gehört es, daß der Bundesminister für Finanzen die Möglichkeit erhält, seine Budgetrede ohne Störaktionen zu halten.“

In einer zweiten Wortmeldung sagte er dann, er habe gehofft, die Opposition werde es zulassen, daß das Budget „vorher auf eine anständige Art präsentiert wird“. Nach Auffassung der Mehrheit dieses Hauses hat sich die Opposition in der Vorwoche also gleich zweimal „unanständig“ benommen: einmal deshalb, weil sie es gewagt hat, zwei dringliche Anfragen einzubringen, und zum anderen, weil die Opposition den Kodex der Mehrheit nicht akzeptiert hat. Den Kodex, der lautet: Anständig, nicht störend ist, was der Regierung nicht schadet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe bereits in der Vorwoche festgestellt, daß wir Themen zur Sprache gebracht

haben, die der Bevölkerung unter den Nägeln brennen, und die Mehrheit spricht in dem Zusammenhang von „Störaktionen“.

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 20. Oktober 1972 können wir folgendes lesen:

„Freilich hängt es weitgehend von der Opposition ab, in welchem Stil und in welchem Klima die Arbeit im Nationalrat vor sich gehen wird. Sollte die Opposition jedoch zu Härte und Aggression Zuflucht nehmen, dann kann sie gewiß sein, daß wir ihr an Härte nicht nachstehen werden.“

Und wir können weiter lesen: „Es gibt im Nationalrat wie in jedem Parlament der Welt geschriebene und ungeschriebene Gesetze. Erst in ihrer Summe bilden sie das, was man die Spielregeln des Parlamentarismus nennt.“ Weiter heißt es: „Denn das Vertrauen in die Gültigkeit ungeschriebener Gesetze kann man nur einmal mißbrauchen.“

Meine Damen und Herren! Seit dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung sind manche Dinge vor sich gegangen, die mit den ungeschriebenen und geschriebenen Gesetzen dieses Hauses nicht ohne weiteres vereinbar sind: Gesetze werden ohne Ausschlußberatungen durchgepeitscht, wie das Ortstafelgesetz; Gesetze werden im Blitztempo noch vor ihrem Inkrafttreten widerrufen, wie zum Beispiel die 26. ASVG-Novelle, die teilweise Aufhebung der Ruhensbestimmungen — eine Novelle, die die Mehrheit dieses Hauses in der Zeit der Minderheitsregierung beschlossen hat; die Fragestunde, 1961 zur Verlebendigung des Parlamentarismus eingeführt, wird immer mehr ausgelaugt. Am 7. Juli dieses Jahres wird zum ersten Mal eine dringliche Anfrage der Opposition durch eine extreme Auslegung der Geschäftsordnung zu unterfahren versucht. Die Frage der Zeitbegrenzung der Sitzungen wird zur Krise in der Präsidialkonferenz hochgespielt, und seit der letzten Woche, meine Damen und Herren, soll nun das Instrument der dringlichen Anfrage offensichtlich endgültig seiner Wirksamkeit beraubt werden; ein Instrument der ohnehin recht dürftigen Minderheitsrechte.

In der Geschäftsordnung heißt es im § 73 in bezug auf die dringliche Anfrage wörtlich:

„Auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag von 8 Mitgliedern kann ohne Debatte beschlossen werden, daß eine in derselben Sitzung eingebrachte Anfrage an ein Mitglied der Regierung vom Fragesteller vor Eingehen in die Tagesordnung oder nach deren Erledigung mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.“

Dr. Koren

„Debatte“ heißt es in der Geschäftsordnung, und nicht „Oppositionsmonolog“. Ich darf zitieren:

„Die dringliche Anfrage wird häufig als die schärfste Waffe der Opposition bezeichnet, weil hier die Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle und der Erzwingung einer Diskussion beziehungsweise Konfrontation mit der Regierung in einem Akt zusammenfällt.“

Dieser Satz stammt nicht von uns, sondern von Dr. Fischer, dem Sekretär der sozialistischen Fraktion. *(Beifall bei der ÖVP.)* Allerdings schrieb er diesen Satz 1969, zu einer Zeit also, da er noch wußte, wie es sich auf Oppositionsbänken sitzt.

Die Öffentlichkeit, meine Damen und Herren, hat jedenfalls zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Mitglieder dieser Bundesregierung zur Inflation und zur Situation unseres Bundesheeres nichts zu sagen haben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Dabei können Sie über unsere Anfragen nicht einmal überrascht gewesen sein, da Ihnen die Zeitungen ohnehin zeitgerecht davon Mitteilung gemacht haben. Ich habe mich vergeblich gefragt, warum Sie eigentlich nie den Wunsch geäußert haben, die Budgetrede auf den nächsten Tag zu verschieben; wir hätten wohl kaum nein sagen können. Wir aber, die Opposition, haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir es mit zwei grundverschiedenen Gesichtern der Mehrheitsfraktion zu tun haben: Im Geschäftsordnungskomitee zeigt es sich freundlich und tolerant, man diskutiert mit uns über eine Stärkung der Minderheitsrechte. Das andere Gesicht zeigt sich hier im Nationalrat, wo nicht einmal die bestehenden Rechte respektiert werden. Mit Formalismen versucht man die Arbeit der Opposition zu behindern, man verweigert ihr die Auskunft und gibt aus taktischen Gründen nicht immer der vollen Wahrheit entsprechende Antworten.

Ich zitiere: „Das schlechteste aber ist, wenn eine Regierung gefärbte Informationen geben will.“

Auch dieser Satz ist nicht von mir erfunden, sondern vom derzeitigen Bundeskanzler. Allerdings hat er das 1969 gesagt, in „Demokratiereform“. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Freilich, der Grund, warum am vorigen Mittwoch die Antworten der Minister erst in später Stunde erfolgt sind, liegt auf der Hand. In seiner Anfragebeantwortung hat der Herr Bundeskanzler zugegeben, daß er Zahlen zum Dienstpostenplan vor Beginn der parlamentarischen Beratungen in einer Pressekonferenz

bekanntgegeben hat, obgleich dies der Artikel 51 Abs. 1 der Bundesverfassung ausdrücklich verbietet.

Die Antworten des Verteidigungsministers wiederum waren wohl das öffentliche Eingeständnis des Scheiterns der sozialistischen Wehrreform. Mehr als ein Jahr nach dem Inkrafttreten des neuen Wehrgesetzes ist noch immer keine Rede auch nur von Spurenelementen eines einsatzfähigen Bundesheeres.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in der Vorwoche angekündigt, meine Fraktion werde zur gegebenen Zeit über die Antworten eine Debatte abführen. Die kommenden Budgetberatungen werden uns dafür zweifellos den geeigneten Rahmen abgeben.

Und noch etwas anderes: Die Kritik am Parlamentarismus ist ohnedies latent immer vorhanden. Sie wird nur zu verschiedenen Zeiten verschieden laut hörbar.

Am 10. November des vergangenen Jahres sagte Klubobmann Gratz anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung:

„Was mir am englischen Parlament so imponiert, ist die Tatsache, daß dort nicht in jeder zweiten Sitzung die Demokratie beschworen wird und nicht darüber gesprochen wird, daß man in einer Demokratie lebt, weil dies eine Selbstverständlichkeit ist.“

Meine Damen und Herren! Es ist aber ab und zu notwendig, sich über Selbstverständlichkeiten immer wieder aufs neue klar zu werden. Jede Selbstverständlichkeit ist Bedrohungen und Gefährdungen ausgesetzt. Diese Gefahren zu erkennen und im Auge zu behalten, ist, wie ich glaube, in einer Demokratie notwendig.

Diese Bedrohung, wie ich sie sehe, ist heute einmal ein gewisser Parlamentsverdruß der Bevölkerung. Er ist nicht erst heute entstanden, denn schon Kelsen beklagt ihn 1925 in einer seiner Schriften. Die Bedrohung liegt weiters in syndikalistischen Tendenzen; das Betriebsrätegesetz, das Sie vorgeschlagen haben, ist ein Beispiel dafür. Die Bedrohung liegt weiters in der Mobilisierung plebiszitärer Methoden durch Massenbeeinflussung. In seinem politischen Testament führt etwa Vilfredo Pareto aus, „daß zum Regieren zwar die Zustimmung der Massen, nicht aber ihre Mitwirkung nötig sei“. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, wohin diese Gedanken in ihrer letzten politischen Konsequenz führen.

Ich sehe die Bedrohung des Parlamentarismus aber auch darin, daß das parlamentarische Geschehen als eigentlich überflüssig, als lästig angesehen wird: Der Flaschenhals Parlament behindert die rechtzeitige Verabschiedung von Gesetzen, das Parlament blockiert wichtige

Dr. Koren

Regierungsvorlagen, parlamentarische Anfragen oder die Arbeit von Untersuchungsausschüssen werden als Zeitverlust abgetan.

Merken Sie nicht, welche Konsequenzen sich daraus ergeben können? Vom „Störfaktor der parlamentarischen Kontrolle“ führt nur ein sehr kurzer Weg dazu, die Opposition selbst als Störfaktor zu qualifizieren. Kritik mag störend sein. Kritik scheint aber auch gerade das zu sein, was diese Regierung am wenigsten verträgt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Angesichts der wachsenden Probleme und der zunehmenden Schwierigkeiten greift sie zu Methoden der Einschüchterung und Verunsicherung sogar bis hin zur Drohung.

Am deutlichsten tritt uns diese Taktik bei dem Versuch zutage, die kritische Funktion des unabhängigen Rundfunks einzuengen. Dort wird der Würgegriff von vier Seiten angesetzt:

durch den finanziellen Druck der verhinderten Gebührenkorrektur,

mit Hilfe des Betriebsrätegesetzes soll die Zusammensetzung des Aufsichtsrates auf kaltem Wege geändert werden,

Kontrolle durch Kartellaufsicht als marktbeherrschendes Unternehmen ist ein dritter Ansatzpunkt.

Schließlich die vage Drohung einer Novellierung des Rundfunkgesetzes. Mit allen diesen Verstößen wird der Versuch gemacht, Druck auszuüben: auf die Spitze des Rundfunks, den Aufsichtsrat, auf die Redakteure, auf die Nachrichtenproduzenten. Die antizipative Kritikfilterung — das ist es, was Sie anstreben.

Darf ich gleich einen zweiten Punkt der letzten Tage anführen, der uns deutlich macht, wie Sie in Wahrheit denken. Der Obmann der Gebietskrankenkasse hat eine Zeitung beschlagnahmen lassen. Das ist an sich in unserer Gesetzgebung völlig korrekt und möglich. Gleichzeitig wurde damit ein Akt verbunden, der in unserer Gesetzgebung nicht vorgesehen ist. Der befragte Anwalt Doktor Amhof hat gestern im Österreichischen Rundfunk dazu folgendes gesagt: „Richtig ist, daß die Rechtsprechung, besonders was die Beschlagnahme eines Manuskriptes betrifft, gegenteiliger Meinung ist. Gleichwohl wurde dieser Versuch unternommen“ — ich nehme nicht an, gegen Ihre Weisung, Herr Abgeordneter Sekanina — „aus der Erwägung, weil man auf diesem Umweg“ — Umweg nennt man das — „doch hin und wieder die Wahrheit erfährt, wer als Verfasser hinter diesem Artikel steht.“ Gleichzeitig mit einer solchen

Vorgangsweise diskutiert der Justizminister in der Medienrechtsreformkommission die Frage einer Stärkung des Redaktionsgeheimnisses. Das sind die beiden Ebenen, die Sie unter Demokratiereform verstehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur eines sagen: Druck erzeugt Gegendruck. Rechnen Sie in diesem Konflikt mit unserem erbitterten Widerstand. In dieser Frage ist mit uns kein Kompromiß zu schließen. Spielen Sie sich heute nicht mehr als Anwalt der Unverfälschtheit eines Volksbegehrens auf, das Sie seinerzeit mit allen Mitteln bekämpft, das Sie damals lächerlich zu machen versuchten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir haben uns im Gegensatz zu Ihnen auch in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung von der Idee der Unabhängigkeit des Rundfunks leiten lassen. Wir haben den Willen der 830.000 Unterzeichner ernst genommen, weil wir die Idee der Demokratie ernst nehmen. In einer Zeit, meine Damen und Herren, in der die von Montesquieu entwickelte Gewaltenteilungslehre — die Regierung, die kontrollierenden des Parlament — nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht, kommt der Opposition eine besondere Aufgabe zu. Sie hat — wie es in der Bundesverfassung dem Parlament zugedacht ist — an der Gesetzgebung mitzuwirken; sie hat, wie in der Verfassung vorgesehen, an der Vollziehung mitzuwirken; sie hat auch, wie in der Verfassung vorgesehen: „die Kontrolle der Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen“.

Das Verhältnis zwischen Exekutive und Gesetzgebung ist ohnedies gestört, da — ich darf zitieren — „an Stelle der von der Verfassung vorgesehenen Gewaltenteilung ein starkes Übergewicht der vollziehenden Gewalt einzutreten droht“. Diesen Satz hat Christian Broda geschrieben. Freilich auch zu einer Zeit, als es keine absolute SPÖ-Mehrheit gegeben hat und damit auch nicht die damit verbundene Machtfülle. Wir haben uns in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung nicht über den Grundsatz der kontrollierenden Opposition hinweggesetzt. Deshalb werden wir in diesem Herbst mit Fug und Recht die parlamentarische Kritik und Kontrolle verstärken.

Sie reagierten beleidigt und gekränkt, als in der Vorwoche die Opposition ihr Recht in Anspruch genommen hat, der Regierung unangenehme Fragen zu stellen.

Den Fragen aber, die die Bevölkerung interessiert, werden Sie nicht entkommen, auch wenn Sie Ihnen noch so unangenehm sind:

Dr. Koren

der Frage der Stabilität beziehungsweise der Inflationspolitik, der Frage nach der konjunktur- und stabilitätspolitischen Auswirkung des Bundeshaushaltes für 1973, der Frage nach dem Reformchaos der sozialistischen Regierungspolitik.

Diese Fragen werden wir Ihnen so lange stellen, bis Sie uns und damit der österreichischen Bevölkerung auch eine Antwort geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie werden — auch wenn Ihnen diese Fragen noch so unangenehm sind — hier Auskunft geben müssen: was hinter dem Kreisky-Androsch-Kurs steckt, was Sie mit der stabilsten Inflationsperiode erreichen wollen, die Sie eingeleitet haben, was Sie mit Ihren Angriffen auf den ORF erreichen wollen, was Sie mit Ihrer Medienpolitik erreichen wollen, und was Sie mit Ihren unverhüllten Drohungen gegen die Opposition erreichen wollen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Budgetrede des Herrn Bundesministers für Finanzen und die globalen Zahlen, die er genannt hat, haben in fast allen Fachkommentaren der letzten Tage mehr oder minder herbe Kritik ausgelöst. Zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahren sieht sich die sozialistische Regierung — und insbesondere ihr Finanzminister — mit der Tatsache konfrontiert, daß nicht nur die Sprecher der Opposition, sondern diesmal auch die Experten und Kommentatoren der öffentlichen Medien die kritische Sonde an ein schillerndes Wort- und Zahlengebäude legen.

Zum ersten läßt sich die öffentliche Meinung nicht durch die Quantität einer Monsterrrede über ihren Mangel an Inhalt und die Fülle von Widersprüchen hinwegtäuschen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie wollten offenbar mit einer zweistündigen Budgetrede so viele klingende Phrasen, so viele vernebelnde Zahlen, so viele korrekturbedürftige Halbwahrheiten in den Raum stellen, daß Öffentlichkeit und Opposition im Irrgarten Ihrer Aussagen Zielrichtung und Stoßkraft verlieren sollten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt weiß ich auch, warum Sie vorige Woche nicht etwa die Budgetrede auf den Donnerstag verschieben ließen. Ihre angeblich problemfreudige Regierung will sich offensichtlich mit allen möglichen Dingen beschäftigen, nur nicht mit der Inflation, die Sie zuerst weggeredet und dann verniedlicht haben, die Ihnen aber nun eindeutig außer Kontrolle geraten ist und der Sie hilflos gegenüberstehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie sehr Ihnen diese Methode in Fleisch und Blut übergegangen ist, hat der Finanzminister in seiner Budgetrede wieder augenfällig unter Beweis gestellt. Ich möchte nur ein einziges, dafür aber typisches Beispiel herausgreifen. Der Budgetrede des Finanzministers lagen technisch unerhört sorgfältig ausgeführte graphische Darstellungen über wirtschaftliche Daten bei. Sorgfältig ausgeführt wohl deshalb, damit möglichst viele Zeitungen und das Fernsehen sie ohne großen Aufwand reproduzieren können. Eine Serviceleistung also. Allein die Abbildung 2 über die Entwicklung der Verbraucherpreise zeigt, wem in Wahrheit hier ein Dienst erwiesen werden soll, nämlich der Regierung durch Mithilfe bei der Irreführung der Öffentlichkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn zu einem Zeitpunkt, in dem seit Monaten in Österreich über die Tatsache gesprochen wird, daß der Jahresdurchschnitt der Verbraucherpreise mindestens bei 6 Prozent liegen wird, weist dieses Diagramm — Österreich, das ist die dicke Linie — bei der Marke 5 Prozent aus. *(Bundesminister Doktor Androsch: Das ist eine Prognose ...!)* Herr Finanzminister, auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Hier präsentieren Sie uns also die Prognose vom vorigen Jahr. Auf anderen Gebieten wissen Sie sehr wohl, welche Entwicklungen in der Zwischenzeit eingetreten sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Auf diesem Diagramm steht kein Wort von Prognose. Und was soll eine Prognose, die im Vorjahr richtig war, heute, wo sie eindeutig nicht mehr richtig ist, in einem Diagramm, das Sie hier dem Parlament zur Information und damit auch der österreichischen Öffentlichkeit vorlegen? Das bezeichne ich als Irreführung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß darüber hinaus, meine Damen und Herren, Länder mit weit geringeren Preissteigerungen als Österreich in diesem Diagramm selbstverständlich ausgelassen wurden, versteht sich von selbst nach dem bisherigen Ergebnis und dem bisherigen Verhalten der Regierung in dieser Frage. Damit soll der Eindruck erweckt werden, Österreich liege am Ende der Preissteigerungsskala in Europa. Professor Nemschak hat vor wenigen Tagen eindeutig festgestellt, wo wir liegen, nämlich in der Spitzengruppe der Inflation, und von dort können Sie uns mit solchen Tricks nicht mehr wegbringen, sondern nur durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Ich wäre bereit, Herr Finanzminister, an einen bedauerlichen Fehler des Graphikers zu glauben, wenn die Gesamtregie dieser Zeichnung nicht so offenkundig auf der Hand läge und sich als würdiges Produkt im Sinne der

Dr. Koren

neueren Lütgendorfschen „Nichtwahrheiten-definition“ erweisen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich wiederhole hier, da ich noch immer keine Antwort erhalten habe, meine Frage an den Herrn Bundeskanzler: Ist, Herr Bundeskanzler, die ungeheuerliche Behauptung Ihres Verteidigungsministers vom 11. Oktober hier im Hohen Haus, daß Unwahrheiten gegenüber der Presse notwendige politisch-taktische Mittel seien, auch Ihre Auffassung? Solange Sie hier nicht eindeutige Konsequenzen ziehen, werden Sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß seine Auffassungen auch die Ihren sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei dieser Gelegenheit noch eine Feststellung: Ich fragte Sie vorige Woche, warum Sie in einer Pressekonferenz vom 5. Oktober irreführende Vergleiche zwischen Preissteigerungen in Österreich und Pensionserhöhungen vorgenommen hätten. Sie stellten damals die Preissteigerungen von zweieinviertel Jahren — ich habe mich leider versprochen und 18 Monate gesagt — den Pensionserhöhungen von vier Jahren gegenüber, eindeutig zwei völlig verschiedene Zeiträume. Warum, scheint wohl ziemlich klar. Ihre Antwort war die, daß Sie diese Zahlen von einem sehr tüchtigen Beamten erhalten hätten. Herr Bundeskanzler! Ich bin überzeugt, der Beamte hat Ihnen sicherlich die richtigen Zahlen für die Pensionssteigerung gegeben, und ein anderer Beamter sicher die richtigen Zahlen für die Preissteigerungen. Wer aber, Herr Bundeskanzler, hat Sie veranlaßt, richtige Zahlen in einen offensichtlich falschen und irreführenden Zusammenhang zu bringen? Sollte durch Ihre Darstellung am 5. Oktober nicht doch den Rentnern recht eindringlich, aber leider falsch der Eindruck vermittelt werden, daß ihre Pensionen viel stärker steigen als die Preise? Wußten Sie aber zu diesem Zeitpunkt, Herr Bundeskanzler, daß alle jene Pensionisten, die ihre Pensionen zum ersten Mal am 1. Jänner 1971 erhalten haben, auf Grund der bestehenden Bestimmungen, also vor bald zwei Jahren, die Teuerung bisher überhaupt noch nicht abgegolten bekommen haben, sondern erstmals in zweieinhalb Monaten, nämlich am 1. Jänner des kommenden Jahres, 9 Prozent dazubekommen werden? Also weit weniger, als sie Ihre Inflationspolitik gekostet hat!

Glauben Sie mir, Herr Bundeskanzler, wenigstens eines: Es gibt keine Inflation, in der man den Kampf gegen die Armut erfolgreich führen könnte. Diese Gruppen zählen zu den Verlierern der Inflation, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich darf Ihnen bei

dieser Gelegenheit nur einen Satz aus Ihrem eigenen Parteiprogramm von 1958 in Erinnerung rufen, worin es heißt: „Die sozialistische Partei Österreichs tritt nachdrücklich für die Stabilität unserer Währung ein. Die Stabilität des Geldwertes ist entscheidend für eine intensive Spartätigkeit breiter Volksschichten.“ Und ein kleines Zitat von Eugen Tuchtfeldt, einem deutschen Nationalökonom, diesmal nicht von Ihrer Fraktion: „Zur Humanisierung der Wirtschaft gehört auch die Beendigung der Inflationspolitik ... Wenn gesellschaftliche Reformen, wie es heute vielfach geschieht, durch Inflation finanziert werden, ist dies nicht nur Zynismus, sondern Volksbetrug.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf nun, meine Damen und Herren, zu einigen Schwerpunkten des Budgets selbst Stellung nehmen, zuerst unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturpolitik.

Das Budget, das uns vorliegt, ist auf der Ausgabenseite mit einem Ausgabenrahmen von 139 Milliarden Schilling, wie ich glaube, die logische und unvermeidbare Konsequenz, das heißt die Folge einer leichten und lockeren Hand in den letzten beiden Jahren. Ich brauche hier nicht noch einmal an Hand beliebig vieler Zitate beweisen, daß sich diese sozialistische Regierung von Anfang an zu einer Expansionspolitik um jeden Preis offen bekannt hat und auch heute noch Wirtschaftswachstum vor Stabilität deklariert, obwohl die mutwillig heraufbeschworene Inflation und die Überkonjunktur längst jedem Steuerungsversuch entglitten sind und die Regierung die Kontrolle verloren hat. Deshalb geht der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede mit einer gewissen Nonchalance über den Ernst der Probleme hinweg. Er spricht auf zweieinhalb Seiten von 113 von einem Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Preisauftriebsdämpfung. Dieses Paket enthält aber — ausgenommen einige Absichtserklärungen für die Geld- und Kreditpolitik — nichts, das nicht schon in früheren Budgetreden und in zwischenzeitigen Erklärungen als Mittel gegen die zunehmende Inflation angesprochen, aber dann leider nicht realisiert worden ist.

Zum wichtigsten und entscheidenden Instrument der Konjunktursteuerung, zur Budgetpolitik selbst, enthält das Maßnahmenpaket den folgenden lapidaren Satz: 1. Stabilitätsorientierte Erstellung und Vollziehung des Bundeshaushaltes für 1973. Fast wörtlich gleichlautende Erklärungen hat der Finanzminister auch in seinen Reden zum Budget 1971 und 1972 abgegeben. Sie gehören demnach offensichtlich zum verbalen Standardprogramm.

Dr. Koren

Der Aussagewert der obigen Erklärung, nämlich stabilitätsorientierter Budgetvollzug, kann demnach nur an den überprüfbaren Fakten gemessen werden.

Schon im Verlauf von 1971 hat der Finanzminister zur Dämpfung des Preisauftriebes von einer 15prozentigen Bindung der Ermessenskredite und in der Folge von deren 7prozentigen echten Kürzung gesprochen, das heißt, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer leicht restriktiven Änderung des Budgetvollzuges erweckt. Der Rechnungsabschluß 1971 belehrt uns aber darüber, daß der präliminierte Aufgabenrahmen von rund 111 Milliarden Schilling überboten worden ist, und zwar um nicht ganz 2 Milliarden Schilling zuzüglich eineinviertel Milliarden Schilling neuer Verwaltungsschulden, was nichts anderes heißt, als daß die Gesamtausgaben in Wahrheit um über 3 Milliarden Schilling gestiegen sind.

Diese Einsparungen bei den 7 Prozent und die Steigerung der Verwaltungsschulden, Hohes Haus, sind letzten Endes nichts anderes, als wenn die Hausfrau ihrem Gatten am Samstag erklärt, sie habe vom Wirtschaftsgeld 500 S eingespart, und der Greißler am Montag anruft und fragt, wann er denn die 1000 S, die die Gemahlin schuldig geblieben ist, zurückbekommen wird.

Was 1971 zur Not noch verständlich erscheint, weil damals der inlandswirksame Budgetsaldo noch halbwegs konjunkturgerecht war, wurde 1972 trotz Eskalation der Preise zum eindeutigen Inflationsmotor. Das Budget 1972 war schon in seiner Konzeption expansiv. Das hat Ihnen, Herr Finanzminister, auch die OECD bestätigt.

Der gesamte Ausgabenrahmen war für 1972 um 11 Prozent höher veranschlagt als 1971. Und wieder hat damals der Herr Finanzminister erklärt, so wie in der vorigen Woche, daß der Budgetvollzug konjunkturgerecht sein werde. Das konnte bei der 5prozentigen Preissteigerungsrate von damals wohl nur „restriktiv“ heißen.

Und wieder folgte die Erklärung einer 15prozentigen Budgetbindung bei den Ermessenskrediten, später von 7 Prozent Kürzungen. Vorrang und Stabilität wurden im September auf einer Pressekonferenz verkündet, und dem Begleittext des vorhin zitierten Diagramms können wir die bemerkenswerte Feststellung entnehmen — ich zitiere daraus: „Als sich in diesem Jahr — also 1972 — zeigte, daß mit einer Verstärkung der Preiswelle zu rechnen ist, hat die Bundesregierung unverzüglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet.“

Ich darf hier fragen: Welche wohl? Angesichts der auf 7 Prozent zustrebenden Teuerungsrate dieses Herbstes und der Erwartung des kommenden Mehrwertsteuerschocks mußte doch jeder wirtschaftlich halbwegs Versierte mit einer erheblich härteren Hand des Finanzministers in der Ausgabenpolitik rechnen, weil ohne diesen Hebel jede Stabilitätspolitik sinnlos ist.

Leider hat sich der Herr Finanzminister aber mit seiner Budgetrede in diesem Punkte ein Eigentor geschossen. Um nämlich die Ausgabenexplosion, die 1973 bevorsteht, in einem milderen Licht erscheinen zu lassen — das heißt, nicht den Voranschlag mit dem Voranschlag vergleichen zu müssen, was 13,3 Prozent Ausgabensteigerung ergeben hätte —, hat er lieber seine eigenen Aussagen für 1972 desavouiert und freimütig zugegeben, daß er heuer, also 1972, nicht nur die angekündigten Kürzungen und Einsparungen per Saldo nicht durchführen wird, sondern im Gegenteil fast 5 Milliarden Schilling Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlag genehmigt hat. Das entspricht einer Ausgabensteigerung gegenüber dem Abschluß von 1971 von 13,3 Prozent. Das ist die höchste Ausgabensteigerung, die ich je feststellen konnte, und das in einer Phase, in der die Preiseskalation ihrem Höhepunkt zustrebt.

Während also den Österreichern in den letzten Monaten der Eindruck vermittelt werden sollte, die Regierung und der Finanzminister hätten endlich ihre Verantwortung erkannt, wurde in der Praxis genau das Gegenteil getan: dem Inflationszug zusätzliche Kohlen untergelegt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und das, obwohl Sie schon sehen, daß er in der nächsten Kurve aus den Schienen fliegen wird. Sie aber mahnen die Passagiere zur Ruhe, mahnen sie, nicht hysterisch zu werden, und schieben vorsorglich schon die Schuld auf die Streckenwärter.

Sie verlangen Disziplin von den Sozialpartnern und Verantwortungsbewußtsein für die Preis- und Lohnfront, nachdem Sie den Ofen angeheizt haben, daß er glüht. Sie verlangen Disziplin von den Importeuren, nachdem Sie die Nachfrage eskaliert haben. Sie verlangen Opferbereitschaft von den Sparern, nachdem Sie den Geldwertverlust verdoppelt haben. Sie verlangen Zurückhaltung von der Opposition und von den öffentlichen Medien, wenn es um die größte Sorge der österreichischen Bevölkerung geht.

Aber Sie selbst, Herr Finanzminister, Sie wollen weiter der „sunny boy“ in Kreiskys Team bleiben, die liebliche Fee aus dem Märchen, die alle Wünsche erfüllen kann und

Dr. Koren

nie nein sagen muß. Deshalb möchte ich Ihnen jetzt gleich eines sagen: Versuchen Sie erst gar nicht, in Ihren Antworten aus Ihrer Verantwortung dadurch zu flüchten, indem Sie jede einzelne oder jede wesentliche Ausgabenpost nach dem Motto: Wer hat etwas gegen mehr Schulen, gegen mehr Renten, mehr Gesundheit und mehr und mehr?, quasi zur Volksabstimmung stellen. Wenn Sie diesen Weg wählen, dann zeigen Sie nur, daß Sie in den letzten zwei „Hans-im-Glück-Jahren“ Ihre Aufgaben nicht erfaßt haben.

Und für 1973 haben Sie uns nun einen Haushalt der Superlative vorgelegt. Er hat mit 139 Milliarden Schilling den größten Ausgabenrahmen, den es je gegeben hat. Mit mehr als 11 Milliarden Schilling plus fast 9 Milliarden Schilling 20 Milliarden Abgang; das ist das größte Bruttodefizit, das es je gab und das es zu finanzieren gibt. Wo sind heute die Zeiten, da ein Dr. Kreisky Defizite von 8 bis 9 Milliarden als Wahnsinn bezeichnen mußte? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit einem inlandswirksamen Defizit von guten 5 Milliarden Schilling bleibt der Voranschlag eindeutig auf der Straße der Expansion. Und geradezu wie eine Verhöhnung derer, die die Fakten kennen, wirkt die Aussage der Budgetrede zu diesen Tatsachen, wenn Dr. Androsch auf der Seite 38 wörtlich ausführt:

„In Anbetracht der für 1972 von der Wirtschaftsforschung prognostizierten überaus günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird ... auch im Jahr 1973 bei den Ermessenskrediten eine Bindung von mindestens 15 Prozent vorgenommen sowie bei der Auflösung von Rücklagen äußerste Zurückhaltung geübt werden.“

Was, Herr Finanzminister, muß Ihnen eigentlich der Professor Nemschak sagen, was müssen Ihnen andere Wirtschaftsfachleute noch ins Stammbuch schreiben, daß Sie die reale Aussicht auf eine Inflationsrate von erheblich mehr als 7 Prozent im nächsten Jahr, die drohende Gefahr eines endgültigen Umschlagens vom Trab in den Galopp der Inflation und die ersten Warnungen von überall her, nicht nur von der Cassandra, als die Sie mich immer bezeichnen, nicht mehr als „überaus günstige Prognose für 1973“ qualifizieren? Oder, Herr Finanzminister, ist dieser Galopp schon kalkulierter Bestandteil Ihrer Misere?

Bei der Geburt des Haushaltes 1973 haben Sie wahrscheinlich schon erkennen müssen, daß der Finanzminister nur in der ersten Phase einer verstärkten Inflationsperiode auf der Gewinnerseite steht, später aber zu den Ver-

lierern hinüberwechselt, weil die Inflation mit Zeitzündung in den Haushalt einzieht! Noch immer haben Sie nicht das volle Ausmaß dieser Rückwirkungen erfahren. Die Lohn- und Einkommensteuersenkung ist letztlich nur ein bescheidener Rabatt auf die progressionsbedingten phantastischen Mehrerträge der letzten drei Jahre.

Im Sozialbereich werden Sie vorläufig sogar noch kräftig entlastet, weil die Verdienststeigerungen des Jahres 1972 bei den Aktiven den größten Teil der höheren und zusätzlichen Pensionslasten des nächsten Jahres abdecken wird, Ihr Zuschuß daher bescheiden sein wird. Sie wissen aber genau, daß die Zeche fällig wird, sobald die Inflationsrate stärker zurückgeht, und selbst dann, wenn das Wirtschaftswachstum real hoch bleibt. Dem können Sie nur entgehen, wenn Sie das Rad der Inflation noch schneller drehen lassen als bisher, und auf diese „Schnellzündung“ ist ja wohl auch ihre Lohnsteuerreform ausgerichtet: Sofortige und volle Wirkung der verschärften Progression auf jedes Prozent Einkommenszuwachs im Jahr 1973!

Und wenn nun gar der Schlußsatz Ihrer Rede in diesem Abschnitt lautet: „Diese — seit 1970 bewährte — Art des konjunkturgerechten Budgetvollzuges läßt auch für das vor uns liegende Jahr einen weitgehend ausgeglichenen Gebarungssaldo erwarten“, dann heißt das schlicht und einfach, Herr Finanzminister, daß Sie uns 1973 dasselbe Theater vorspielen wollen wie heuer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend möchte ich eines feststellen: Vor nunmehr 20 Jahren hat eine Wirtschaftspolitik, die in die Geschichte als Raab-Kamitz-Kurs eingegangen ist, Österreich aus der nachkriegsbedingten Hochinflationsphase in Stabilität, Wachstum und Wohlstandsentwicklung hineingeführt. Der Kreisky-Androsch-Kurs droht diese Entwicklung entscheidend zu beenden. *(Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! *(Abg. Glaser: Heute ist er redetrunder als das letzte Mal!)* Ich darf die Vokabeln wiederholen: Täuschung, Tricks, Irreführung, Halbwahrheiten! *(Ruf bei der ÖVP: Jawohl!)* Vergangenen Mittwoch waren es: Verfassungsbruch, Amtsmißbrauch. Ähnliche Vokabeln waren es in der letzten Sitzung vor dem Sommer. Das ist die Ebene der Diskussion. Das ist die Kraft der Argumente, die sich darin widerspiegelt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bundesminister Dr. Androsch

Ich darf zuerst auf die Graphik eingehen. (Abg. Anton Schlager: „Nehmen Sie den Hut und gehen Sie!“ Das waren die Aussprüche von Ulbrich! — Abg. Ulbrich: Ihr seid eh gegangen! — Abg. Skritek: Er hat das nur vorweggenommen!)

Ich darf zuerst zur Graphik sagen: Leider sind für die anderen Länder die Jahresendprognosen nach heutigem Stand nicht vorhanden. Ich hätte sie in dieser Graphik sehr gerne gebracht, weil Sie ebensogut wie ich wissen, daß die Prognosen in der Bundesrepublik und in der Schweiz als den wichtigsten Ländern, aber auch in vielen anderen europäischen Ländern weit unter dem lagen und liegen, was tatsächlich eintreten wird. Ich hätte das sehr gerne gebracht, war aber nur in der Lage, dies auf Basis Österreich zu tun, und aus Vergleichbarkeitsgründen ist das nur so darstellbar. Welche Rate wir leider erwarten, habe ich ja in der Budgetrede sehr klar zum Ausdruck gebracht.

Nun zu den „Halbwahrheiten“. Ich habe schon vergangenen Mittwoch darauf aufmerksam gemacht, Herr Klubobmann, daß Sie am Tag vorher offensichtlich ein Pressegespräch hatten, in dem Sie den Journalisten — jedenfalls in der „Presse“ ist es wiedergegeben worden — Zahlen genannt haben, von denen bei 24 vier richtig und 20 falsch gewesen sind. (Abg. Steininger: Das ist seine Methode!) Sie haben in Ihrer Rede am vergangenen Mittwoch 18 Monate statt 28 gesagt. Heute haben Sie gesagt, das war nur ein Sprechfehler, haben aber den Vorwurf neuerlich erhoben, obwohl der Herr Bundeskanzler sehr richtig die Zeiträume mit 2¼ Jahren wiedergegeben hat. Ich darf Ihnen nun die gleichen Zeiträume ... (Abg. Dr. Koren: Es bleibt dabei. Sie vergleichen zwei Jahre Preissteigerung und vier Jahre Pensionserhöhung!) Ich bringe es Ihnen. Es ist kein Grund zur Aufregung.

Herr Klubobmann! Um gleiche Zeiträume zu vergleichen: Die Indexsteigerung von Jänner 1970 bis Anfang 1973 wird im Normalindex 15,1 Prozent und im Pensionsindex 17 Prozent betragen. (Zwischenrufe.) Die Pensionsanpassung in dieser Zeit wird 25,4 Prozent ausmachen, die Steigerung der Ausgleichszulagen in derselben Zeitperiode für Alleinpensionisten 40,3 beziehungsweise für Ehepaare 44,5 Prozent; drei Jahre! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Das stimmt nicht! Das sind wieder einmal Ihre „Wahrheiten“!)

Und jetzt darf ich Sie auf folgendes aufmerksam machen. Sie kritisieren das Budget 1970, nämlich den Vollzug, als nicht stabili-

tätskonform. (Abg. Dr. Koren: Ich habe 1971 begonnen, Herr Minister!)

Das Budget 1970 hatten Sie damals noch selber gemacht. Sie sind ja auch kritisiert worden. Ja, aber wenn es gestattet ist, darf ich von 1970 reden. (Abg. Dr. Koren: Ja!) Das Budget 1970 ist das erste, das von allen Fachleuten ... (Abg. Dr. Koren: Er soll nicht dauernd falsche Sachen sagen!)

Das Budget 1970 ist von Ihnen im Herbst 1969 — das war unbestritten — konjunkturunwidrig expansiv gestaltet worden. Es wies ein inlandswirksames Defizit von 3 Milliarden aus und wurde im Budgetvollzug, ohne daß Sie irgendwelche Vorkehrungen getroffen hatten, auf nahezu Null reduziert.

Im Budget 1971 — da könnte ich Ihnen jetzt das Institut für Wirtschaftsforschung, die Monatsberichte, den Finanzbericht, den OECD-Bericht und sonstige Fachleute zitieren — gilt dies als konjunkturgerecht, weil ein inlandswirksamer Negativsaldo von 3 Milliarden zu einem Überschuß von 1,8 umgedreht wurde, was eine Saldendrehung von nahezu 5 Milliarden Schilling darstellt.

Zum Budget 1972: Sie kritisieren, daß die Ausgabensteigerungen gegenüber dem Rechnungsabschluß 1971 größer sein werden, als das der Voranschlag zum Ausdruck bringt. Sie erwähnen nicht, daß beträchtliche Schuldentilgungen in dieser Ausgabensteigerung ebenso wie im Jahre 1971 enthalten sind und daß das die Folge davon ist, daß in vier Jahren Ihrer Zeit die Finanzschuld von 29 auf 44 Milliarden gestiegen ist, während sie in den drei Jahren wesentlich weniger steigen wird, im vergangenen Jahr dank der massiven Tilgung überhaupt sogar geringfügig abgenommen hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Das sagen Sie zum Budgetvollzug 1972 — das war auf Seite 39 Ihres Manuskriptes —, und auf Seite 42 setzen Sie das in Bezug zum Voranschlag 1972. Das ist ungefähr so, als ob jemand über 1,80 Meter springen möchte und man den Vergleich vom Boden her anstellt, er aber, um es sich zu erleichtern, auf einen Sockel von 1 Meter steigt und dann nur mehr 80 Zentimeter springt. (Abg. Dr. Koren: Das haben Sie ja in Ihrer Budgetrede gemacht!) Natürlich, weil nur das zu vergleichen ist. Sie können, wenn jemand von einem Sockel von 1 Meter über die Latte springt, nicht sagen, er wäre 1,80 Meter gesprungen. Genau diesen Vergleich haben Sie vorgenommen, sehr geehrter Herr Abgeordneter! (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Das ist ein Lattenpendler!)

Bundesminister Dr. Androsch

Und nun darf ich noch auf folgendes verweisen, weil Sie sagen, woher die Quelle der Inflation gegeben ist: Das Budget 1970 ist schon viel früher als solches qualifiziert worden. Ich darf noch einmal auf die DM-Aufwertung hinweisen, die Sie mitmachen wollten; ich gebe das gerne zu. Sie haben sich aus welchen Gründen immer mit Ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können. Das ist eine Quelle, weil nicht nur die 9 Prozent Paritätsänderung zum Tragen gekommen sind, sondern viel mehr; die Importpreissteigerung war 11 Prozent, und es ist gar keine Frage, daß so etwas dann in alle Bereiche durchschlägt. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Sie hingegen haben aber in jeder dieser Phasen einen bestimmten Standpunkt vertreten. Ich erinnere an den Dezember 1970, an den Dezember 1971, ich erinnere an den Tag der Mehrwertsteuersdiskussion im Juni dieses Jahres, als Sie noch am Vormittag bei einer Parteienveranstaltung wieder gesprochen haben, daß wir nämlich wieder kurz vor einer Rezession stünden. Das waren Ihre ständigen Prognosen. Und kürzlich darauf angesprochen, haben Sie gemeint: Na ja, so schlimm ist das ja nicht, man kann sich ja irren, fifty: fifty: Die Hälfte der Prognosen richtig, die Hälfte der Prognosen falsch. — Das wollte ich sagen, um die Prognosen richtig einzuschätzen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steininger: Der schimpft sich Professor!)*

So standen wir noch vor Jahresbeginn vor der Situation, eben zu verhindern, daß eine Rezession eintritt, und andererseits in der Situation, daß wir uns gleichzeitig, nachdem das eine als gelöst angesehen werden konnte, im verstärkten Maße der Inflationsbekämpfung zuwenden konnten.

Wie die Situation international ist, darf ich Ihnen aus dem Communiqué, das beim Pariser Gipfel vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde, vorlesen:

„Sie“ — nämlich die Regierungschefs — „sind der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Konjunkturlage dem Kampf gegen die Inflation und für die Wiedererlangung der Preisstabilität Vorrang eingeräumt werden muß. Sie beauftragen ihre zuständigen Minister, bei der Zusammenkunft des Erweiterten Rats am 30. und 31. Oktober 1972 gezielte Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten zu verabschieden, die sich für eine wirksame und realistische kurzfristige Aktion zur Erreichung dieser Ziele eignen und die jeweilige Lage in den Ländern der Erweiterten Gemeinschaft berücksichtigen.“

Was will ich damit sagen? Das gleiche, was der Generaldirektor des Internationalen Währungs-

fonds vergangene Woche in einem Interview gesagt hat. Als er gefragt wurde, was er zu einer Inflationsrate von 6 Prozent sage, meinte er: Das ist leider die Situation praktisch in allen Industrieländern. Sie ist zu hoch. Wir müssen herunterkommen, und das wird nur kollektiv möglich sein, das heißt durch gemeinschaftliche Aktionen.

Das ist die Situation, eine Problematik, die man nicht lösen kann, indem man Anleihen in der griechischen Mythologie macht, und nicht nach den Lehrbuchmeinungen der klassischen oder neoklassischen Nationalökonomie. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn wie ist denn die Situation insgesamt? Wir leben in einer integrierten Welt mit der Freizügigkeit von Gütern und Leistungen, von Arbeitskräften, des Geld- und Kapitalverkehrs und sind gewissermaßen gezwungen, in einer Großraumwirtschaft, die die Integration bedingt, gewissermaßen von der Kantonsebene her — in dieser Situation befindet sich ein kleines Land — die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Das ist etwa so, wie wenn man versuchen wollte, mit dem Landesbudget des Burgenlands oder Vorarlbergs die Wirtschaftspolitik in Österreich zu gestalten. Welche Möglichkeiten man da hat, liegt auf der Hand. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Bankrotterklärung einer staatlichen Wirtschaftspolitik!)*

Hinzu kommen ohne Zweifel hausgemachte Elemente. Der Brotpreis ist hausgemacht, Herr Abgeordneter Doktor Kohlmaier, aber nicht auf dringenden Wunsch der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat keinen Wunsch auf Milchpreiserhöhung geäußert. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schleiner: Polemisieren Sie nicht, Herr Finanzminister!)* Das ist eine Feststellung. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Maleta: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch *(fortsetzend)*: Das ist eine nüchterne Feststellung, eine nüchterne Feststellung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt darf ich Ihnen die Auswirkungen schildern. Das macht eine Indexsteigerung von zusammengekommen 0,8 und mit Folgewirkungen 1 Prozent-Punkt aus.

Das bedeutet, daß man natürlich den Einkommensschwächsten das abgelten muß, was nur über das Budget möglich ist. Am Mittwoch hat Abgeordneter Dr. Koren gesagt: Es darf keine Erhöhungen geben. Und andere — Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier und Herr

Bundesminister Dr. Androsch

Abgeordneter Dr. Lanner — haben gemeint: Das darf nicht zu Lasten anderer Ausgaben-sätze gehen. — Das ist die Alternative, die hier angeboten wird.

Das hat aber noch weitere Auswirkungen. Das Besoldungsabkommen, das Sie, Herr Abgeordneter Dr. Koren, und Ihr Amtsvorgänger, Dr. Schmitz, geschlossen beziehungsweise modifiziert haben, bedeutet, daß hier durch den Index induziert eine entsprechende Abgeltung erfolgt. Für eine Familienmehrbelastung von 20 S bekommt man dann eine Abgeltung von 50, 100 und 200 S im Monat, eine Abgeltung, die ebenfalls aus dem Budget zu bezahlen ist.

Schließlich mache ich noch auf die Auswirkungen einer solchen Maßnahme in all den Verträgen aufmerksam, deren Höhe an den Verbraucherpreisindex gebunden ist, das heißt: Wenn eine mehr als 5prozentige Veränderung — das ist in der Regel so — eintritt, kommt es zu einer entsprechenden Erhöhung, was vor allem bei gewissen Mieten Platz greift und wieder in die Kosten eingeht und so zum Ausdruck kommt.

Darf ich noch auf eine Zahl eingehen. Sie haben vom Defizit von 11 Milliarden Schilling gesprochen. Das ist völlig richtig. Aber ich bitte Sie, doch zu berücksichtigen, daß wir zum 1. 1. 1973 eine Einkommen- und Lohnsteuersenkung durchführen, und zwar mit 5,5 Milliarden Schilling, die Sie ja als einen viel zu niedrigen „Rabatt“ ansehen. Ein höherer „Rabatt“, um bei Ihrem Terminus zu bleiben, würde natürlich das Defizit von 11 Milliarden noch wesentlich vergrößern.

Hinzu kommt, daß wir im heurigen Jahr eine Vorleistung und bereits zum 1. 1. 1971 eine Senkung durchgeführt haben. Insgesamt sind es 8,5 Milliarden Schilling Minderbelastungen, was weit mehr ist, als Sie an Belastungen in Ihrer Zeit den Bürgern auferlegt haben. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Rechnen Sie nun die Problematik der Mehrwertsteuerumstellung hinzu, nämlich die Tatsache, daß wir zum 1. 1. 1973 eine Vorratsentlastung vornehmen, eine Vorratsentlastung, bei der die in den Lagerbeständen enthaltene Umsatzsteuer den Unternehmern vergütet wird.

Der Herr Abgeordnete Dr. Keimel hat am Mittwoch gesagt, sie sei viel zu gering. Das heißt also, die 9 Milliarden müßten erhöht werden. *(Abg. Dr. Keimel: Sie zitieren mich falsch!)* Aber wenn Sie den OECD-Bericht lesen, dann stellen Sie fest, daß die Herren, die ihn verfaßt haben, dafür eintreten, eine geringere Vorratsentlastung zu gewähren.

Herr Abgeordneter, das heißt, dort, wo es darum geht, die Preise von der Umsatzsteuer zu korrigieren, und zwar nach unten zu korrigieren, ist keine Umsatzsteuer drin. Dort, wo es jedoch darum geht, für die in den alten Lagern ruhende Umsatzsteuer eine Vergütung zu bekommen, kann sie nicht groß genug sein, da kann das Defizit ruhig auch wesentlich größer sein!

Und nun darf ich noch auf etwas verweisen. Ich habe darum, über einen Finanzierungszeitraum von fünf Jahren die Dinge liquiditätsmäßig auszugleichen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte doch zur Kenntnis nehmen zu wollen: Es ist sicherlich kein gesellschaftspolitisches Anliegen der Bundesregierung oder der Regierungspartei gewesen, diese Umstellung vorzunehmen. Aber es ist ein Akt der Logik, daß man, wenn man für die EWG ist, auch das dort gehandhabte Umsatzsteuersystem einführt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun darf ich noch auf etwas verweisen. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Doktor Schleinzner! Ich hätte es nicht getan, wenn nicht diese Kritik gekommen wäre. Wir haben uns heute vormittag geeinigt. Es war Ihr Wunsch, Ihre Forderung, die Sie aufgestellt haben und an die Sie Ihre morgige Zustimmung zum Globalabkommen gebunden haben. Die Verwirklichung bedeutet immerhin eine neuerliche Erhöhung des Defizits um 65 Millionen Schilling im Jahre 1973. *(Abg. Libal: Da schau her! — Abg. Dr. Schleinzner: Es geht um 40.000 Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie!)*

Jetzt darf ich noch etwas sagen: Wir waren vier Jahre lang in Opposition. Sie haben von uns immer wieder Alternativen verlangt und diese mit unseren Programmen dann in reicher Zahl bekommen. *(Abg. Dr. Koren: Herrlich!)* Seit 2½ Jahren gibt es nur Kritik und keine Alternative. Ich darf daran erinnern, daß vor den letzten Nationalratswahlen der Abgeordnete Dr. Mussil für Frühjahr dieses Jahres eine wirtschaftspolitische Alternative angekündigt hat. Wir haben Herbst, und mir ist keine derartige Alternative bekanntgeworden.

Und ein letztes Wort, Herr Abgeordneter Dr. Koren. Sie haben gesagt, es müßte im öffentlichen Haushalt viel mehr gespart werden. Ich will gar nicht eingehen auf die vielen Anträge, Wünsche, Vorschläge — ich habe einen vom heutigen Tag erwähnt — nach Mindereinnahmen, nach Mehrausgaben. Sie können versichert sein, daß ich als Finanzminister am meisten interessiert bin, weniger ausgeben

Bundesminister Dr. Androsch

zu müssen. Ich werde daher mit großem Interesse allen Ihren Streichungs- und Kürzungsanträgen entgegensehen und alle sehr sorgfältig prüfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget und die Budgetdebatte sind Anlaß harter Konfrontationen. Für die Regierungspartei ist es mehr als der zahlenmäßige Ausdruck ihres Handelns, nämlich der Verwirklichung des Regierungsprogramms. Für die Opposition ist es — so sehen es die parlamentarischen Spielregeln vor — die Möglichkeit und das Recht zur härtesten Kritik an der Arbeit der Bundesregierung.

Wie sich das abspielt, bleibt den im Parlament vertretenen Parteien im Rahmen der Geschäftsordnung des Hohen Hauses überlassen. Sie, meine Herren von der ÖVP, haben sich nun in der letzten Sitzung eine Taktik zurechtgelegt, in der Sie nach allen taktischen Spielen von einer Gefährdung der Demokratie sprachen und dabei am gleichen Tag das Parlament uns allein überlassen haben, beruhigt nach Hause gingen und wußten, daß wir unsere Mehrheit schon nicht mißbrauchen werden, auch wenn es die Zweidrittelmehrheit war. Dieser Spaß, so nannte es eine Wiener Zeitung, hat den österreichischen Staatsbürgern gezeigt, daß Ihr ganzes Alarmschlagen von Ihnen selbst nicht geglaubt wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Vielleicht hat das bei Ihnen zur Ernüchterung geführt und zu der Überzeugung, daß eine Budgetrede zunächst einmal gehalten werden muß, um darüber dann diskutieren zu können.

Und jetzt, meine Damen und Herren von der ÖVP, geben Sie der Geschäftsordnung die Schuld. Ja, es ist ganz richtig, die dringliche Anfrage ist die Hauptwaffe der Opposition. Aber die Wirksamkeit der Waffe hängt vom Benützer ab, und das ist Ihre Angelegenheit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß Sie von jeder Geschäftsordnungsreform enttäuscht sein werden. Denn eine Geschäftsordnungsbestimmung, die sagt: Ganz egal, ob die Sozialisten die Wahlen gewinnen, regieren tut die ÖVP!, eine solche Reform kann und wird es in einer Demokratie nicht geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie anders klingen die Worte und Töne, wenn man zurückblättert in den Protokollen der Nationalratssitzungen und dabei feststellen kann, was der Vorgänger des heutigen

Klubobmannes der ÖVP gesagt hat. Er sagte damals — es war am 6. Juli 1966 —: „Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen nicht passen, wenn ich das sage, aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Das Tempo bestimmen wir! Wir haben dazu vom Volk den Auftrag bekommen.“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein Jahr später derselbe Klubobmann der ÖVP und Vorgänger des heutigen Klubobmannes am 30. Juni 1967: „Wir scheinen uns noch nicht daran gewöhnt zu haben, daß es das natürlichste von der Welt ist, daß eine Mehrheitspartei von der Mehrheit, die sie vom Volk bekommen hat, den entsprechenden Gebrauch macht.“ *(Abg. Dr. Hauser: Den entsprechenden!)* Das waren Ihre Feststellungen. *(Abg. Dr. Withalm: Dazu stehe ich heute genauso wie damals!)* Es würde Ihnen auch schwer fallen, heute davon abzurücken. Aber das sind Ihre Worte, das ist Ihre Sprache, die Sie damals geführt haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich dazu, Herr Dr. Withalm — Sie waren es ja —: Wir werden diese Methoden nicht anwenden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei Ihrem letzten Budget sagte am 21. Oktober 1969 Ihr Sprecher in der Budgetdebatte folgendes: „Aber wir erwarten bei dieser Gelegenheit von Ihnen, daß Sie nicht wieder in Pauschalurteilen die Kritik über das Budget abgeben, sondern daß Sie endlich jene konkrete Alternative auch im Budgetsinne bieten: Weniger dort, mehr dort an Ausgaben. Wo ist Ihrer Ansicht nach zuviel ausgegeben, wo zu wenig. Und sagen Sie, ... mit welcher steuerlichen Maßnahme Sie zu mehr Geld kommen wollen. Nur diese Kritik werden wir als eine der Demokratie dienliche Kritik am Budget ansehen.“

Meine Herren! Das hat damals am 21. Oktober Ihr Abgeordneter Dr. Hauser bei der Budgetdebatte gesagt. Ich erinnere Sie nur daran, damit Sie den Wandel Ihrer Ausführungen besser verfolgen können. Schließlich und endlich ist es ja Aufgabe, im Rahmen einer Budgetdebatte auch daran zu erinnern, damit man besser vergleichen kann.

Heute verdammt uns der Sprecher der Österreichischen Volkspartei, der Herr Professor Koren, wegen der Preispolitik, wegen der Stabilität, wegen der Lohnexplosionen, wegen zu hoher Steuern, wegen inflationistischer Politik und so weiter. Er hat es anders genannt. Ich möchte es nur Sachbegriffen zuordnen, weil ich glaube, daß das so besser ist.

Aber wir haben einen ganz unbefangenen Zeugen, der uns ein gutes Zeugnis ausstellt, nämlich den OECD-Bericht, der wohl von Ihnen zitiert wurde, aber bei dem Sie anschei-

Marsch

nend die Zusammenhänge, ich möchte nicht sagen, nicht erkannt haben — sicher haben Sie das erkannt —, sondern aus den Zusammenhängen gerissen und nicht immer das Wesentlichste vom Unwesentlichen getrennt haben. Ich möchte Ihnen nur sagen, was dieser OECD-Bericht zur Preispolitik, zur Stabilität auf Seite 32 sagt. Das steht da genau drinnen und, meine Herren, ich kann Ihnen den Bericht zur Verfügung stellen, falls Sie ihn verlegt haben. Da heißt es auf Seite 32: „Bedenkt man die Stärke und lange Dauer der gegenwärtigen Hochkonjunktur, so waren Preis- und Einkommenspolitik in den abgelaufenen 1 bis 1½ Jahren ziemlich erfolgreich.“

Und zur Lohnexplosion stellt der gleiche Bericht auf Seite 53 fest: „Die Vermeidung von Lohn- und Gewinn-„Explosionen“ und damit von übermäßig starken Schwankungen der Anteile am Gesamteinkommen ist möglicherweise für die Erzielung eines rascheren wirtschaftlichen Wachstums noch wichtiger gewesen als die „klassische“ Nachfragepolitik, die man in Österreich mit Vorsicht anzuwenden pflegt.“

Und zu den hohen Steuern sagt der gleiche Bericht auf Seite 12: „Der Anstieg der Löhne, Gehälter und Transfereinkommen hat die Zunahme der Steuerabschöpfung und der Verbraucherpreise weit übertroffen.“

Und zur „inflationistischen Politik“, wie Sie es nennen, sagt der OECD-Bericht auf Seite 55 folgendes: „Die Zurückhaltung auf dem Lohn- und Preissektor wurde durch die Politik der Regierung sehr erleichtert, vor allem durch Steuer- und Zollsenkungen, sorgfältige zeitliche Abstimmung von Erhöhungen amtlich geregelter Preise, Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels und die Schilling-Aufwertung 1971.“

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das sind nicht gefärbte Informationen, Herr Professor Koren, das ist nicht „dasselbe Theater“, wie Sie es nannten, das sind nicht Halbwahrheiten, das sind keine „Tricks“, das sind Fakten anerkannter Institutionen, das ist objektive Beurteilung unserer Situation! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

„Die österreichische Wirtschaft“ — so heißt es nach dem OECD-Bericht weiter — „hat die im Ausland beobachtete Abschwungsphase nicht mitgemacht und geht nahtlos in die nächste Hochkonjunktur über. Diese Entwicklung berechtigt nach Ansicht der OECD zur Annahme, daß Österreichs mittelfristiges Wachstumspotential nun höher einzusetzen ist, als es Mitte der sechziger Jahre der Fall war.“

Dann schlägt uns dieser OECD-Bericht für die Zukunft vor, „das Eventualbudget nicht einzusetzen, die Sperre der Ermessenskredite aufrechtzuerhalten und Steuereinnahmen möglichst zur Senkung des Kreditbedarfes des Bundes zu verwenden“. Der Anstieg der Ansätze im Bundeshaushalt solle sich in angemessenen Grenzen halten.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, genau das ist es, was der Herr Finanzminister in seiner Rede sehr deutlich dokumentiert hat und was er mit den Zahlen zu seinem Budget entsprechend belegt.

Herr Professor Koren ist nicht da, aber ich habe ihn sehr genau beobachtet, als er seine Rede gehalten hat. Ich habe manchmal den Eindruck gewonnen, daß er es vielleicht das eine oder andere Mal gar nicht so meint, wie er es sagt, auch dann, wenn es im Brustton der Überzeugung gesagt war. Wenn nämlich der Herr Professor Koren nur einen Tag Finanzminister wäre, so würde das zur Vertretung des Androsch-Budgets wohl sein schönster Tag sein und er, der „Professor“, hätte an dem „Kritiker Koren“ wohl kein gutes Haar gelassen. Heute ist der Herr Professor der Kassandrarufer. Nein, ich möchte sagen, er ist gar nicht der Kassandrarufer, vielleicht ist er das, was er selbst vor einigen Tagen einmal gesagt hat: der Wetterfrosch, der 50 Prozent die Wahrheit sagt und 50 Prozent eben nicht. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist die „Konfrontation“!*)

Meine Damen und Herren! Wir konnten das erreichen, weil wir eben von Anfang an — es ist ja unser drittes Budget — ein langfristiges Zehnjahres-Investitionsprogramm gehabt haben und dieses heute Jahr für Jahr verwirklichen, weil wir es elastisch angelegt haben. Ein solches Zehnjahres-Investitionsprogramm, Herr Klubobmann von seinerzeit, dieses Programm hätten Sie mit Ihrem Finanzminister auch gerne gehabt. Aber durchgesetzt haben Sie es nie. Wohl haben Sie es dreimal im Hause versprochen und noch öfter in der Öffentlichkeit... (*Abg. Dr. Withalm: Daran zehren Sie ja jetzt noch!*) Also dann müßte ja das Budget gut sein, wenn wir jetzt noch daran zehren; dann können Sie umso leichter diesem Budget zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte damit sagen, daß wir mit diesem Zehnjahres-Investitionsprogramm eine Basis geschaffen haben, die es uns ermöglicht, die Summen des Staatshaushaltes so einzusetzen, wie es die Lage gerade erfordert. Das sind die Fakten.

Marsch

Meine Damen und Herren! Es ist ganz gut, wenn Sie sich die Beilagen, die Abbildungen, die der Finanzminister zu seiner Budgetrede gegeben hat, noch einmal anschauen. Daß das Wirtschaftswachstum Österreichs nach einer Reihe von schwächeren Jahren seit 1970 weit über den Durchschnitt der europäischen OECD-Staaten gestiegen ist, ist eben eine Tatsache. Wir haben 1971 einen realen Zuwachs von 5,2, nachdem wir 1970 einen solchen von 7,8 gehabt haben, und der OECD-Bericht sagt, daß Österreich auch im Jahre 1972 im Spitzenfeld liegen wird.

Das finden Sie in der Abbildung 1. In der Abbildung 2 über die Entwicklung der Verbraucherpreise heißt es, daß dank der preisdämpfenden Maßnahmen der Bundesregierung und eines konjunkturgerechten Budgetvollzuges der Preisauftrieb in Österreich im Jahre 1971 weitaus geringer als in den anderen Industriestaaten gehalten werden konnte und daß dieser Preisauftrieb um ganze 2 Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt liegt.

Sie haben heute auch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung zitiert. Ich habe mir aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 2. August dieses Jahres auch eine Notiz geholt. In diesem Artikel, in dem sich das Institut im besonderen damit beschäftigt hat, heißt es: „Neue Antriebskräfte für Hochkonjunktur“ — „Österreich genießt noch die hausgemachte Konjunktur und erwartet Auslandsbelebung.“

Weiters schreibt dann das Institut sehr deutlich: „Die österreichische Wirtschaft spürt diese Auftriebstendenzen bereits jetzt im Export, so daß die nachlassende Inlandsnachfrage von einer starken Auslandsnachfrage offensichtlich abgelöst wird und mit einer konstanten Fortsetzung der Hochkonjunktur zu rechnen ist.“ Das wissen alle diejenigen — und das sind nicht wenige —, die diese Berichte lesen und auch beurteilen können.

Nun zur Finanzschuld, zum „Riesendefizit“, wie Sie es genannt haben. Der Herr Finanzminister ist schon darauf eingegangen, aber es ist eben auch hier der Anlaß, zwischen den Jahren 1966 und 1972 Vergleiche zu ziehen. Wissen Sie, daß die Entwicklung der Finanzschulden — und man hat dazu die Zuwachsraten als Vergleich in der Volkswirtschaft herangezogen — heute 7,2 Prozent beträgt! Damals, als Koren OVP-Finanzminister war, betrug diese Finanzschuld mehr als doppelt soviel. Damals, als Koren OVP-Finanzminister war, betrug diese Finanzschuld mehr als doppelt soviel, nämlich 15,2 Prozent. Das sind die Tatsachen, so schaut es wirklich aus; das läßt sich nicht leugnen.

Man kann diese Finanzschulden auch in Verhältnis zum Bruttonationalprodukt stellen. Wissen Sie, wie es da aussieht? 1972 sind es 10,8 Prozent, und 1968 waren es 13,2 Prozent.

Die dritte volkswirtschaftliche Tatsache, die niemand von Ihnen leugnen kann, ergibt sich beim Vergleich der Finanzschuld im Verhältnis zum Budgetvolumen. 1968 waren es 46,2 Prozent, und heute sind es 40,9 Prozent.

Dem sprunghaften Ansteigen der Haushaltsdefizite in Ihrer Zeit, meine Damen und Herren von der OVP, hat unser Finanzminister durch vorzeitige Tilgung der Staatsschulden, vor allem der Auslandsschulden, Einhalt geboten, und wir können heute feststellen, daß die Staatsschulden erstmals nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar geringfügig gesunken sind. Das ist die Wahrheit! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der OVP.)

Meine Herren, ich verstehe Ihre Nervosität, aber erwarten Sie von mir nicht, daß ich Ihnen Annehmlichkeiten sage; das kann nicht meine Aufgabe sein. Ich muß hier die Tatsachen feststellen, weil Sie diese anscheinend zu leicht vergessen wollen.

Wie schaut es bei Ihnen sonst aus? Da provozieren Sie einen Länderkrieg gegen den Bund. Wie Sie es ausdrücken, muß die Länderfront der OVP gegen den Bund entstehen. Meine Damen und Herren! Was wir Ihnen hier entgegensetzen haben, haben wir erst vor einigen Wochen klar und deutlich bewiesen: Wir haben mit den Ländern und den Gemeinden in Übereinstimmung einen Finanzausgleich abgeschlossen und beiden Gebietskörperschaften zusammen auf Kosten des Bundes 1,5 Milliarden Schilling mehr gegeben (Beifall bei der SPÖ), weil wir wissen, daß besonders die Gemeinden wegen der Entwicklung der Zeit heute wesentlich größere Aufgaben haben als früher.

Wissen Sie, wie unsere Politik aussieht? (Abg. Dr. Mussil: Schlecht!) Beurteilen Sie, Herr Kollege Mussil, was daran schlecht ist! Einige Ihrer Kollegen waren auch dafür, denn wenn es darum geht, daß man in den Ländern eine Landespolitik im Interesse der Bevölkerung macht, kann man schwer dagegen sein. Daher haben wir mit den Ländern und Gemeinden die Vereinbarung getroffen, in regelmäßigen Abständen koordinierende wirtschaftspolitische Aussprachen durchzuführen, insbesondere was den Hochbau betrifft, soweit er durch die öffentliche Hand finanziert wird. Das ist das entscheidende dabei, denn gerade hier zeigen wir, daß Ihrer Länderfront gegen den Bund unsere Zusammenarbeit im Interesse aller Bundesländer, im Interesse der gesamten Bevölkerung Österreichs gegenübersteht! (Beifall bei der SPÖ.)

Marsch

Nun zur Mehrwertsteuer. Meine Herren! Heute sagte Ihr Parteiobmann, daß die Mehrwertsteuer um zwei Prozent zu hoch ist. Ein anderer Vertreter Ihrer Partei wieder sagte, man sollte doch die Einführung der Mehrwertsteuer verschieben. Sie haben sich doch schon sehr lange mit der Frage befaßt, und wir alle wissen, daß es sich bei der Einführung der Mehrwertsteuer um eine Konsequenz der Zugehörigkeit zum großen europäischen Markt der 300 Millionen Menschen handelt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Und wissen Sie, was einer Ihrer Herren schon am 23. November 1967 gesagt hat? Herr Kollege Mussil, ich glaube sogar, daß das ein Mitarbeiter von Ihnen war. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Man muß ja die Zeiten vergleichen, damit man das besser beurteilen kann. Damals sagte Ihr Abgeordneter Blenk, wie man dem „Kurier“ entnehmen kann, er schätze den für Österreich ins Auge gefaßten Steuersatz für die Mehrwertsteuer zwischen 15 und 17 Prozent; an der inländischen Steuerbelastung werde sich damit gesamtwirtschaftlich nichts ändern.

Sehen Sie, das waren damals Ihre Überlegungen, und heute wettern Sie dagegen. Wir überlassen es dem Urteil der österreichischen Bevölkerung und der Wirtschaft, wie sie Ihre Kritik, wie sie Ihre divergierenden Vorschläge beurteilt. Einmal zu wenig, dann wieder mehr, oder gar nicht, einmal wieder früher, dann später: Das ist Ihre Politik, das sind die Aussagen, die Sie machen.

Sie werden uns vielleicht fragen: Ist es denn so schnell notwendig? Und es könnte einer sachlich erwidern und sagen: In der Schweiz hat man sich Zeit gelassen!

Meine Damen und Herren! Wir glauben, daß es im Interesse der Wirtschaft ist, wenn wir diese Mehrwertsteuer jetzt einführen. Die Schweiz führt sie nicht ein, aber sie hat sämtliche Bundessteuern ab 1. Jänner 1973 um 25 Prozent erhöht. Das ist der Unterschied, und das muß man berücksichtigen, wenn man Vergleiche dazu zieht.

Und dann sind noch Ihre Anträge da, mit denen Sie das Budget mehr belasten, wo Sie neue Ausgaben wollen. Sie haben das alle unterstützt, ich sehe Ihre Unterschriften. Ich habe mir da neun Anträge zusammengezählt, in denen Sie 1.655,700.000 S beantragen. Darin sind noch gar nicht die heute erwähnten 60 bis 80 Millionen Schilling enthalten, die Sie noch dazu haben wollen und wofür auch wir sind, weil wir glauben, daß in diesem Fall einem Teil der Landwirtschaft echt geholfen werden kann.

Aber auf der anderen Seite wollen Sie für die Weinwirtschaft — so heißt Ihr Antrag 39/A — weitere 40 Millionen Schilling für ein Weinwirtschaftsgesetz. Meine Herren, ich bin niederösterreichischer Abgeordneter und habe mit den Weinbauern dort gesprochen. Sie haben mir gesagt: Herr Abgeordneter! So viel, wie jetzt die ÖVP für uns fordert, hat sie sich in ihrer Zeit nicht einmal zu versprechen, geschweige denn zu halten getraut! So schaut die Tatsache aus! *(Zustimmung bei der SPO.)*

Ein Weinbauer hat gesagt: Wissen Sie, es gibt überall und auch bei uns einige, die sich nicht ganz an die Preise halten. — Er hat das so bescheiden ausgedrückt, und ich nehme es ihm nicht übel. Er stammt übrigens aus Gänserndorf, ist also ein Kollege Ihres Herrn Präsidenten Minkowitsch. Herr Kollege Withalm wird mir das als Mistelbacher ebenfalls bestätigen können. Sie sind ja an der Grenze zu Gänserndorf, und da sind wir auch Kenner des Brünnerstraßlers und anderer Weine. *(Abg. Dr. Withalm: Ich hoffe, er schmeckt Ihnen!)* Ja, aber ich habe auch gegen den Waldviertler und gegen den Wachauer nichts einzuwenden. *(Abg. Dr. Withalm: Waldviertler?)* Freilich! Das Tor zum Waldviertel ist Krems, so weit sollten Sie die Geographie kennen! *(Abg. Dr. Withalm: Krems ist in der Wachau!)*

Dieser Weinhändler und Weinbauer — er ist nämlich beides — sagte mir dann: Damals in der ÖVP-Zeit haben wir für den Wein 4 S bekommen, heute bekommen wir 8 S! Und er sagte dann: Wir sind damit zufrieden! — Das ist die Meinung eines Weinbauers. Man mag das nun beurteilen, wie man will. *(Abg. Dr. Mussil: Aber die Steuern! — Heiterkeit.)*

Was ich damit aufzeigen will, ist die Tatsache, daß Sie in dieser Frage eben eine doppelgesichtige Politik machen. Da wollen Sie dann mehr verlangen, mehr für Hausstandsgründungsdarlehen, dann wollen Sie weniger Steuereinnahmen.

Das gleiche machen Sie auch beim Personal. Meine Herren! Es ist uns ja durch die Rede des Finanzministers bekannt, daß wir auf Grund des Budgets im nächsten Jahr mit mehr Einstellungen, also mit einer Vermehrung auf dem Personalsektor rechnen müssen. Aber warum ist denn das? Schauen Sie sich das ganz genau an, das steht ja alles da drinnen. Einmal auf dem Sektor Unterricht: Lehrer und andere, die auf dem Unterrichtssektor eben beschäftigt werden müssen; das sind 1993. Bei den Hochschulen sind es 508. Ja, meine Herren! Wenn wir für die Forschung, wenn wir für die

Marsch

Wissenschaft etwas tun sollen, dann müssen wir auch den Professoren, den Assistenten, die Gelegenheit geben, hier ihre Arbeit zu leisten, hier in Österreich. Und sie sind stolz darauf, weil immer mehr gerne zurückkommen.

Wir stehen jetzt einige Wochen vor dem Nationalfeiertag (*Zwischenrufe: Einen Tag!*) — wenige Tage — und wir können sagen: Es wird ein stolzer Tag sein, meine Herren, übermorgen, der 26. Oktober. Das ist ein stolzer Tag für uns. Das ist ein Tag, an dem sich Wissenschaftler aus allen Bereichen, an dem sich Forscher treffen werden, weil sie zeigen wollen, daß sie das Wissen, das sie als Österreicher in der ganzen Welt angewendet haben, auch ihrem Vaterland wieder zur Verfügung stellen wollen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und so geht es weiter. Wir haben dann auch im Post- und Telegraphendienst mehr Beschäftigte. Ja, meine Herren, Sie haben auch einen Antrag eingebracht, mehr Mittel für den Ausbau des Telephonnetzes zur Verfügung zu stellen. Sie vergessen dabei, oder zumindest geben Sie es nicht zu, daß man eben dazu auch mehr Beschäftigte braucht, die diese Telephonanschlüsse auch durchführen. Wenn Sie also das vom Verkehrsminister verlangen, dann dürfen Sie ihm auch nicht die erforderlichen Arbeiter verweigern.

Wenn Sie dann noch sagen — und das ist ja auch in letzter Zeit geschehen, Ihr ÖAAB-Beamtenvertreter in Wien hat das so ausgedrückt —, daß über 80 Prozent der Beamten der allgemeinen Verwaltung über Spezialkenntnisse verfügen und nur auf Grund dieses Fachwissens den Dienst im allgemeinen Interesse wahrnehmen können, dann hat er damit gesagt, und so schreibt es auch der „Kurier“, „daß die restlichen 20 Prozent — immerhin noch 25.000 Beschäftigte — zuviel sind. Eine so drastische Einsparung hat bisher noch gar niemand vorzuschlagen gewagt“.

So hat jedes Ding Ihrer Politik zwei Seiten. Und so sagen Sie es bei den Pensionen, so sagen Sie es bei den Preisen und so machen Sie es überall mit Ihrer Politik. (*Abg. Doktor Hauser: Da haben Sie den Gasperschitz schön umfunktioniert!*)

Mit dem Kampf um die Armut ist es uns wirklich sehr ernst. Auch wenn es um die Pensionen geht, also um das Geld jener, die ein Leben lang rechtschaffener Arbeit hinter sich haben. (*Abg. Kern: Die Zuschußrenten betragen 350 S im Monat!*) Vergleichen Sie, meine Damen und Herren, einmal das, was Sie den Rentnern geben wollten und was wir ihnen dann gegeben haben. Ihr Anpassungsfaktor würde bis zum Jahr 1973 23,4 Prozent aus-

machen und unser Anpassungsfaktor 25,36 Prozent. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Hauser: Das haben wir gemeinsam vorgeschlagen! Wissen Sie, was das bedeutet? Das sind 7,6 Milliarden Schilling und um 600 Millionen Schilling mehr, die Sie den Pensionisten und Rentnern vorenthalten wollen. So schaut die Tatsache aus. (Beifall bei der SPÖ.)*)

Ihre Gegensätzlichkeiten in wirtschaftlichen Überlegungen gehen weiter. Einmal ist es der ÖAAB, der diese anstellt, dann kommt die Bundeswirtschaftskammer, wir haben das erst im September erlebt, und sagt, daß man hier wohl zu weit gegangen ist und daß man von einer Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums reden müßte, wenn man die Vorschläge des ÖAAB erfüllen müßte. Meine Damen und Herren! Machen Sie sich das selber aus, wie Sie glauben. Machen Sie sich auch Ihren Standpunkt bei den Preis- und Tarifierhöhungen aus.

Aber ich möchte Ihnen heute nur eines sagen: Hätten wir die Stromtarife, die die Energiegesellschaften — vor allem aus dem niederösterreichischen ÖVP-Bereich, dort war ja der Hauptsprecher von der NEWAG — von uns gefordert haben, akzeptiert, so hätte man ab 1. Jänner 1972 schon eine 18- bis 26prozentige Strompreiserhöhung. Sie wollten es sogar noch früher. Und wenn man den Preis prüft, so wie wir es getan haben, dann kommt man nur auf 12 bis 14 Prozent.

Und wie war es bei den Bundesbahnen? Da haben Sie gesagt: Das sind ja enorme Erhöhungen! Als Sie das letztmal erhöht haben, am 1. August 1966, so lang ist es her, waren es 30 Prozent für den Personentarif. Und Sie haben die Sozialtarife — die sind gerade für den städtischen Bereich und die Umgebung so besonders wichtig — um 100 Prozent erhöht. Jetzt vergleichen Sie! Sie haben damals um 30 Prozent erhöht, wir um 19,6. Und wir haben die Ermäßigungen für die Wochenkarten und für die Monatsstreckenkarten nur in der Relation dazu erhöht, also um 18 bis 27 Prozent, und haben nach wie vor Ermäßigungen für die Pendler, denen wir ja helfen wollen, zwischen 88 und 95 Prozent.

Ja, meine Herren, Sie können auch den Milchpreis erwähnen, weil die Bauern eben an diesem Preis besonderes Interesse haben. Natürlich, wir verstehen das durchaus. Aber damals haben Sie die Milchpreiserhöhung gefordert, immer wieder gefordert. Aber was haben Sie denn gemacht in Ihrer Regierungszeit? Das wissen Sie ja, aber ganz genau wissen Sie das. (*Abg. Kern: Sie haben doch keine Ahnung, von was Sie reden!*) In Ihrer

Marsch

Zeit der OVP-Regierung haben Sie den Milchpreis um 1 S erhöht und davon den Bauern keinen Groschen gegeben. Das ist der Unterschied der Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist der Unterschied der Politik, die wir machen, gegenüber jener, die Sie gemacht haben.

Und darum ist es uns so ernst, wenn wir bei einer anderen Preis- und Tarifierhöhung eines Staatsmonopols nicht zustimmen, nämlich bei der Erhöhung der Rundfunkgebühren, die bis zu 90 Prozent und mehr für gewisse Bereiche oder Teilnehmer ausmachen sollen. Es wird Ihnen schwerfallen, meine Damen und Herren von der OVP, wenn Sie nach wie vor die Paritätische Kommission in dieser Frage umgehen, damit Ihnen der Rundfunk eine bessere Oppositionspolitik verkauft, die Sie selbst zu machen nicht imstande sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber der ORF kann das eben nur, wenn er die Argumente der Regierungspartei zurückstellt. Und das nennen Sie von der OVP Unabhängigkeit des ORF!

Der Regierungspartei ist es aber sehr ernst um die Meinungsvielfalt. Daher wird diese Regierung einen Weg zur echten Förderung der Meinungsvielfalt der österreichischen Presse finden, ebenso wie im Fernsehen und Rundfunk. *(Abg. Offenböck: Durch Hausdurchsuchungen!)* Damit ist es uns sehr ernst, gerade im Interesse der Demokratie, wobei wir weit davon entfernt sind, einen Parteienrundfunk zu installieren, etwa wie in Italien; das ist uns viel zu fad.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Schwerpunkte dieses Budgets sind gesetzt. Es geht um die Bildung, um die Wissenschaft und Forschung. Es geht um die Sozial- und Familienpolitik, es geht um die Verkehrspolitik, um die Wirtschaftsförderung.

Es wären noch viele Fragen hier anzuschneiden, aber eines zu sagen ist am Platz, auch auf die Ausführungen Ihres Vorredners hin. Wir sind jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit, und wir werden keine Möglichkeit ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen. Aber diese Kompromißbereitschaft — so sagen wir es auch in der Regierungserklärung — muß dort ihre Grenzen finden, wo die Regelung der betreffenden Materie ihrer Substanz beraubt werden würde.

So kann ich abschließend sagen, daß das Budget 1973, das die Regierungspartei, die Sozialistische Partei Österreichs, unterstützen wird, und wofür sie stimmen wird, mit diesem Haushaltsplan gut vorbereitet wurde. Das Budgetjahr 1973 wird ein hartes Jahr werden, ein Jahr, für das wir uns Vollbeschäftigung und Kaufkraftserhaltung zum Ziel gesetzt

haben, um einen höheren Lebensstandard zu ermöglichen. Wenn wir Disziplin halten, wird uns das gelingen im Interesse des einzelnen, aber auch der gesamten Wirtschaft, im Interesse Österreichs und seiner fleißigen Bevölkerung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Im bisherigen ersten Teil der Debatte über das Budget 1973 hat die Regierungspartei — soweit sie von diesem Pult aus gesprochen hat — weniger Stellung zum Budget genommen, weniger das Budget verteidigt, als es verglichen mit der Zeit der OVP-Regierung. Immer wieder kam der Satz vor: In Ihrer Zeit der OVP-Regierung! Bei der Verschuldung! Beim Defizit und so weiter bis zum Schluß.

Der Vergleich mit 1966 mag Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, irgendwie überraschen oder etwas Neues sein, wir Freiheitlichen haben damals schon erkannt, daß diese Budgetpolitik schlecht war. Wegen dieser Budgetpolitik ist ja auch die Volkspartei abgewählt worden. Und wenn Sie nun etwas anders machen als die Volkspartei, so ist deswegen noch lange nicht gesagt, daß das gut ist. Sie müssen uns erst einmal beweisen, daß das, was Sie vorlegen, ein gutes Budget ist.

Interessanter war an und für sich die Wortmeldung des Herrn Bundesministers für Finanzen, der heute um die Mittagsstunde etwas gesprächiger geworden ist als in der Vorwoche, wo er gerade um diese Zeit, um einer dringlichen Anfrage praktisch zum gleichen Thema auszuweichen, sich in asketisches Schweigen gehüllt hat. Zugegeben: wenn eine Woche vergeht, fällt einem doch vielleicht das eine oder andere ein, und mittlerweile haben Sie sich so wie viele andere europäische Finanzminister an die Klagemauer gestellt und darüber Klage geführt, daß an und für sich die Politik, die Sie machen, auf dem besten Wege sei, daß Sie aber immer wieder unter den Schwierigkeiten, vor allem jenen, die importiert werden, leiden. Gerade dieses Immer-Vergleichen der Regierungsfraktion mit der Vergangenheit veranlaßt mich, auch in einem Einschub zu meinem Referat, zu vergleichen, aber zu vergleichen mit einer Zeit, wo Sie, die Sozialistische Partei, in diesem Hause Minderheit waren, wo Sie auch Budgets vorgelegt haben, zu vergleichen, wie anders dieses Budget ausgesehen hat als jetzt, wo Sie die Mehrheit haben und allein bestimmen, wie dieses Budget gestaltet wird.

Zeillinger

Aber erlauben Sie mir, daß ich eingangs ein wenig aus jener Rede zitiere, die der Klubobmann der freiheitlichen Fraktion, Peter, vor einem Jahr in der ersten Lesung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1972, also für das heurige Jahr, von dieser Stelle aus gehalten hat. Er erinnerte damals an die Worte Harold Wilsons, wonach Regieren im Festsetzen von Prioritäten besteht, und knüpfte daran, am 17. November 1971, die Feststellung: „Eine klare Prioritätenfestsetzung ist weder durch den Herrn Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung noch durch die Budgetrede des Bundesfinanzministers erfolgt.“ — Das sagte Peter schon vor einem Jahr.

An die Adresse des Finanzministers richtete er ferner die Kritik: „Es fehlt auch Ihnen, Herr Bundesminister für Finanzen, bedauerlicherweise der Mut zum Engerschnallen des Riemens bei den Staatsausgaben. Es fehlt Ihnen leider der Mut, den Staatsbürgern über ungelöste Probleme der Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik reinen Wein einzuschenken. Es fehlt Ihnen auch der Mut, zu bekennen, daß wir einer schleichenden Inflation ausgesetzt sind und daß rasch Hand angelegt werden muß, um Vorkehrungen gegen Schlimmeres zu treffen.“

Diese und andere Passagen der vor einem Jahr hier gehaltenen Rede sind nicht nur nach wie vor aktuell, sie erscheinen heute in einem noch wesentlich grelleren Licht, die Situation ist mittlerweile in ein noch viel akuterer Stadium getreten. Es genügt nicht, Herr Finanzminister, wie Sie es in Ihrer umfangreichen Rede getan haben, immer von Schwerpunkten zu sprechen. Der Sprecher der sozialistischen Fraktion glaubt jetzt selber schon dran, und er hat das zitiert. Meine Damen und Herren! Wollen wir jetzt im „Duden“ nachschauen, was Schwerpunkte sind? Es genügt nicht, nur immer von Schwerpunkten zu sprechen, aber in Wahrheit keinen Schwerpunkt zu bilden. Herr Kollege Marsch, es ist Ihnen gar nicht aufgefallen, daß der Finanzminister in seiner Rede keinen einzigen Schwerpunkt gebildet hat. Er sprach — ich zitiere und darf Sie einladen, Seite 49 der Rede des Finanzministers aufzuschlagen — von folgenden „Schwerpunkten“ — es handelt sich also um die Mehrzahl, zumindest um mehr als einen —: „Bildung, Wissenschaft und Forschung, Sozialpolitik“ — interessanterweise ein Schwerpunkt, obwohl die Steigerungsrate gegenüber 13,2 Prozent im Gesamtdurchschnitt hier nur 7 Prozent beträgt; aber Sie haben auch Sozialpolitik als Schwerpunkt genannt —, Sie nannten „Familienpolitik“ als Schwerpunkt, Sie nannten die

„Verkehrspolitik“ als Schwerpunkt, Sie nannten die „Wirtschaftsförderung“ als Schwerpunkt. Sie haben nur das Vokabel geändert und gesagt: „Besonderes Gewicht“ wird gelegt auf „Gesundheitswesen“, „Umweltplanung“, „innere Sicherheit“, „äußere Sicherheit“.

Verzeihung, haben Sie mitgezählt? Sie haben 11 Ministerien genannt, also eine Inflation der Schwerpunkte! Sie haben nahezu alles an der Regierungspolitik für dringlich erklärt, jedenfalls mehr, als augenblicklich an „Schwerpunkten“ auf der Regierungsbank sitzt. Sie haben praktisch die ganze Regierung mit ganz wenigen Ausnahmen als dringlich erklärt. Sie sind so in der Inflation drinnen, daß Sie alles zum Schwerpunkt erklärt haben.

Wir haben heute darauf gewartet, daß vielleicht eine Interpretation seitens der Regierungspartei kommt. Aber man hat alle Ressorts mit ein oder zwei Ausnahmen nachgebetet und erklärt: Das alles sind Schwerpunkte! Sie haben nicht das getan, was andere Finanzminister nicht nur hier, sondern vor allem auch im Ausland, in deren Reihen Sie sich gestellt haben, getan haben, nämlich zu sagen, was wirklich der Schwerpunkt sein soll.

Als Sie sich zum Wort gemeldet haben, haben wir Freiheitlichen angenommen: Wenn Sie Ihr Schweigen von der Vorwoche brechen, wenn Ihnen heute offenbar etwas eingefallen ist, was Sie dem Hohen Hause zu sagen hätten, dann werden Sie uns endlich mitteilen, was in Ihrer Rede, auf Seite 49, wo Sie alle Ressorts als Schwerpunkte aufzählen, die Sie in diesem Budget bilden, tatsächlich als Schwerpunkte anzusehen ist.

Sie haben alles als Priorität aufgezählt und damit praktisch das Wort „Priorität“ ad absurdum geführt. Das ist die Schwierigkeit, sich damit auseinanderzusetzen. Aber es werden vielleicht noch andere Sprecher der Regierungspartei kommen, die dann interpretieren können, wie wir wirklich zu dem Budget Stellung nehmen sollen, denn sich hinstellen und jedem alles, jedem das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen, dazu muß ich sagen: Die Öffentlichkeit hört das im Fernsehen sicher gern, wenn Sie allen versprechen, daß Sie allem Vorrang geben, aber in Wahrheit, Herr Finanzminister und Herr Bundeskanzler, haben Sie mit dieser Erklärung vor allem auf Seite 49 niemandem wirklich einen Vorrang eingeräumt, denn Sie haben alles aufgezählt.

Es wäre einfacher, besser, deutlicher und vor allem kürzer gewesen — kürzer wäre gut gewesen! —, wenn Sie das nicht getan hätten, denn es ist nicht leicht, eine Budgetrede von 113 Seiten durchzulesen.

Zeillinger

Vielleicht ist das allein schon eine Schwäche der Argumentation, denn ich glaube, darin stimmen wir alle überein: Starke Argumente brauchen nicht so viele Worte. Aber bei einer der längsten, wahrscheinlich überhaupt der längsten Budgetrede von 113 Seiten, mit der mehr Verwirrung gestiftet worden ist, wäre es wesentlich einfacher gewesen, Sie hätten die Stiefkinder Ihrer Budgetpolitik aufgezählt.

Ich sage Ihnen gleich: Sie haben beim Aufzählen einen vergessen, dem Sie wirklich einen Vorrang einräumen, nämlich den Bautenminister, wenn ich Sie daran erinnern darf; den haben Sie vergessen. Hier liegt tatsächlich ein Schwerpunkt. Ich hoffe, daß Sie die höheren Einnahmen aus der Mineralölsteuer, daß Sie dieses Geld doch für den Straßenbau verwenden werden, wie es das Gesetz befiehlt; den haben Sie gar nicht aufgezählt.

Unter den Stiefkindern bleibt ein einziges Stiefkind übrig, und das ist die Landwirtschaft, deren Ausgaben Sie absenken um 2 Prozent. Während Sie die gesamten Budgetausgaben im Durchschnitt auf 13,2 Prozent anheben, haben Sie für Soziales weniger übrig und geben hier weniger aus, aber hier noch in erträglichen Grenzen, senken Sie die Landwirtschaft auf 2 Prozent ab. Das heißt, daß Sie praktisch die Landwirtschaft in den Schatten der Konjunktur stellen. Sicherlich werden weitere Redner, vor allem auch die Sprecher der Freiheitlichen, noch dazu eingehend Stellung nehmen.

Aber bei anderen, da haben Sie schon Prioritäten gebildet. Sie haben das völlig vergessen. Wissen Sie, wo Sie eine Priorität gebildet haben, Herr Bundeskanzler? Beim Herrn Bundeskanzler hier hinter mir, im Bundeskanzleramt, dort haben Sie um 26 Prozent erhöht! 2 Prozent bei der Landwirtschaft und 26 Prozent im Bundeskanzleramt! — Ja, Minister sollte man sein und nicht Bauer, dann würde man nicht so sehr im Schatten dieses Budgets stehen.

Das sind Ihre Prioritäten, nur haben Sie vergessen, die hier zu sagen.

Herr Bundesminister! Im Vorjahr hat der Klubobmann der Freiheitlichen von einem Finanzminister etwas mehr Mut zur Wahrheit verlangt, etwas mehr Mut zur Unpopularität. Man kann sich nicht immer darauf verlassen, daß die freiheitliche Opposition in diesem Hause, so wie sie es bei der großen Koalition gemacht hat, wie sie es dann bei der Volkspartei gemacht hat und auch jetzt bei den Sozialisten, darauf hinweist, daß nicht alles Gold ist, was Sie in Ihrer Rede als goldglänzend darstellen.

Wir haben Sie im Vorjahr eingeladen, doch einmal darüber nachzudenken und der Öffentlichkeit zu sagen, ob es nicht notwendig wäre, einmal im gemeinsamen Interesse aller den Budgetgürtel enger zu schnallen. Und dieser Appell ist nötiger denn je, denn der Gesamtabgang ist heuer um 2 Milliarden höher als im Vorjahr, um 2 Milliarden mehr, die das Volk bezahlen muß, weil Sie das ausgeben wollen. Niemand zwingt Sie.

Herr Kollege Marsch! Sie haben die Mehrheit und Sie haben gesagt, Sie werden wie die Volkspartei — zu Recht — natürlich das Tempo bestimmen und die Mehrheit einsetzen. Sie bestimmen ja auch das Tempo, indem Sie alles verlangsamen: Dringliche Anfragen werden nicht mehr in der gleichen Sitzung behandelt, sondern erst in einer späteren Sitzung. Das ist allerdings eine Neueinführung, auf die Sie nicht sehr stolz sein müssen, weil es wirklich undemokratisch ist, sich vor der Antwort zu drücken.

Aber es wäre einiges notwendig. Die Ausgaben steigen gegenüber 1972 wesentlich stärker. Herr Kollege Marsch! Sie haben vergessen, das zu sagen, oder haben es nicht gewußt: die Ausgaben steigen um 9 Prozent, die Einnahmen steigen nur um 8,2 Prozent. Ich muß das deswegen sagen, denn ich weiß nicht, ob Sie schon im Parlament waren, als die sozialistische Fraktion mit Recht der ÖVP immer sehr energisch vorgehalten hat — da waren Sie, also die Sozialisten, und wir Freiheitlichen völlig einer Meinung —, daß man die Ausgaben nicht stärker expandieren kann als die Einnahmen, und schon gar nicht bei einer Konjunktur, schon gar nicht bei steigenden Preisen! Da muß man eine genau umgekehrte Budgetpolitik machen! Nur haben Sie damals zwischen 1966 und 1970 in Aussicht gestellt, daß Sie diese Fehler der ÖVP nicht machen werden. Sie setzen genau die Politik der ÖVP fort, Sie sagen heute nur: Die ÖVP hat es noch schlechter gemacht!

Ich will jetzt gar nicht den Schiedsrichter spielen, ob es noch schlechter ist als bei der ÖVP, ich möchte nur sagen: Sie machen es nicht anders. Sie machen genau eine nicht konjunkturgerechte Politik, indem Sie zur Zeit der Konjunktur und der steigenden Preise die Ausgaben stärker antreiben: geradezu ein Schulbeispiel für ein konjunkturwidriges Budget!

Frage: Wo legen Sie „rasch die Hand an“, um die Inflationsentwicklung in den Griff zu bekommen? Ich möchte jetzt nicht eine Preisdebatte auslösen. Wir werden uns sicher sehr eingehend damit befassen. Aber wenn man diese 113 Seiten aufmerksam liest und

Zeillinger

mit dem Rechenstift nachrechnet, so kommt man genau darauf, daß der Finanzminister selbst für das Jahr 1973 Preissteigerungen in der Höhe von 7,5 Prozent andeutet. Ich darf Ihnen gleich sagen: Nach unserer persönlichen Sicht ist das noch unterschätzt. Aber er selbst stellt 7,5 Prozent in den Raum!

Herr Kollege Marsch! Darf ich Sie als den Sprecher der sozialistischen Fraktion daran erinnern, daß hier einmal sehr gepölkert worden ist. Präsident Benya und alle Gewerkschafter natürlich waren sehr böse, und zwar in Zeiten, als die rechte Seite dieses Hauses mit den Preissteigerungen von 3 Prozent auf 4 Prozent gegangen ist. Damals wurde gesagt: Das ist unzumutbar für den Konsumenten!

Nun haben Sie hier eine Rede des Finanzministers, in der er, wenn Sie es durchrechnen, klar und deutlich, damit wir es auch wissen, sagt: Im nächsten Jahr werden die Preissteigerungen 7,5 Prozent betragen.

Ich weiß nicht, ob jetzt der Präsident Benya — der Gewerkschaftspräsident Benya — mit dem Gewerkschaftsbund auf die Straße gehen wird, wie er es der ÖVP angedroht hat. Aber ein Wort verlieren sollte man schon. Man sollte es nicht so einfach hinnehmen, daß jetzt Preissteigerungen von 7,5 Prozent nicht einmal mehr der Rede wert sind, wenn sie der Finanzminister ankündigt.

Ich sehe darin auch als Freiheitlicher einen Widerspruch zum Lippenbekenntnis zur Stabilität. Wie oft sprachen Sie von Stabilität! Wir haben gemeinsam der Volkspartei vorgeworfen, daß sie keine Politik der Stabilität gemacht hat, aber Sie machen ja dasselbe, zum Teil noch viel ärger. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Sie sprechen von 7,5 Prozent. Ich mag jetzt nicht streiten. Ich sage noch einmal: Ich will jetzt nicht wie beim Bundesheer einen Streit auslösen, ob es früher schlechter war oder ob es jetzt schlechter ist, ich will mich auch nicht in die Debatte darüber einmengen, ob es zur Zeit der ÖVP schlechter war oder ob es in der Zeit der SPÖ schlechter ist. Ich werde nur vergleichen: SPÖ mit SPÖ, nämlich in Minderheit und Mehrheit. Auf diese Idee bin ich erst durch die Rede des Kollegen ... *(Abg. Marsch: Dann vergleichen Sie auch die Preise von Österreich und den OECD-Bericht!)* Das ist sehr gut, daß Sie von importierten Preissteigerungen reden. Da kann ich auch etwas, was ich gar nicht bringen wollte, gleich mit in die Debatte hereinbringen:

Sie stellen sich an die Klagemauer der internationalen Preissteigerungen. Das ist ja sehr einfach und sehr billig. Sie übersehen aber dabei eines, daß nämlich die Importpreise gegenüber jener Zeit, wo die Preis-

steigerungen in Österreich 5 Prozent betragen haben, um 1 Prozent gesenkt worden sind. Sie sind um 1 Prozent gesenkt worden, und in der gleichen Zeit haben Sie mit absoluter Mehrheit die Preise von 5 Prozent heuer auf 6,5 Prozent hinaufgesetzt! Das heißt: Die Importpreise sind zurückgegangen, und Sie haben die Preissteigerungen künstlich von 5 Prozent auf 6,5 Prozent hinaufgesetzt.

Also nicht an die internationale Klagemauer stellen! Dort stehen schon andere Finanzminister. Aber Sie stehen dort völlig fehl platziert, denn nach den internationalen Preissteigerungen, soweit sie importiert werden, hätten Sie heruntergehen müssen und nicht hinaufgehen dürfen.

Aber noch einmal: Sie bringen eben keine andere Politik zusammen, als Preissteigerungen von 7,5 Prozent für das nächste Jahr anzukündigen, und ich stelle fest: Das ist ein Widerspruch zum Lippenbekenntnis zur Stabilität. An der Preisfront zeichnet sich heute schon die Pleite der Regierungspolitik ab.

Diesen sogenannten Schwerpunkten der Regierung stelle ich zwei Schwerpunkte der Kritik gegenüber. Das ist einerseits einmal die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr um 14,6 Prozent. Was der Finanzminister dazu sagte, kommt von vornherein einer Kapitulation der Bundesregierung auf dem Gebiete der Verwaltungsreform gleich. Nichts von all dem, was auf diesen 113 Seiten gesagt worden ist, deutet darauf hin, daß es der Regierung Kreisky gelingt, dieses Problem zu meistern, daß sie auch nur ernsthafte Versuche macht. Das heißt: Unter einer Verwaltungsreform müssen wir genauso wie in der Zeit der Koalition und in der Zeit der ÖVP auch in jener der SPÖ einen Strich machen.

Sie steigern die Kosten des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr um 14,6 Prozent.

Der zweite Schwerpunkt der Kritik ist die schon genannte Dotierung der Land- und Forstwirtschaft. Ich möchte jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen. Ich darf nur daran erinnern, daß sich das ja bereits abzeichnete:

Wir Freiheitlichen haben dem Herrn Bundeskanzler schon im Sommer zur Überlegung gestellt, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Regierung umzubilden und vor allem die schwachen Punkte, die sich nicht durchsetzen können in der Regierung, auszumerzen. Wir haben dabei auch den Landwirtschaftsminister genannt. Die „Presse“ schrieb damals, die Freiheitlichen „fordern den Kopf des Landwirtschaftsministers“. In Anlehnung an diese nicht

Zeillinger

sehr pietätvolle Terminologie könnte man in Anbetracht des Budgets 1973 sagen: „Geköpft“ wurde der Landwirtschaftsminister nicht, aber „geschoren“ wurde er gründlich!

Natürlich gibt es in der Budgetrede auch Formulierungen, denen wir Freiheitlichen durchaus zustimmen können, etwa wenn sich der Finanzminister zur Marktwirtschaft bekennt oder wenn er feststellt, daß der günstige Verlauf der bisherigen Wirtschaftsentwicklung das Ergebnis von Arbeitswillen, von Fleiß, von Strebsamkeit und von Sparsamkeit der gesamten österreichischen Bevölkerung ist.

Es entbehrt in diesem Zusammenhang übrigens nicht der Pikanterie, daß der Finanzminister Dr. Androsch die Erhöhung des Lebensstandards — und zwar durchaus nicht zu Unrecht — unter anderem auch an der Anzahl der Fernsehapparate messen will, die, wie er sichtlich stolz vermerkt hat, bis August 1972 auf 1,659.087 angestiegen ist. Weit mehr als 1,5 Millionen Fernsehapparate, trotz der nach sozialistischer Leseart auch so schlechter Programmqualität und trotz angeblich manipulierter Information durch den ORF!

Nun zu dem, was Sie, Herr Kollege, als Drohung gegenüber dem ORF in den Raum gestellt haben, ein offenes Wort:

Wie man in letzter Zeit hört, prüft die Bundesregierung und prüft der Herr Verkehrsminister gegenwärtig die Möglichkeit, die Einhebung des Betrages, um den sich die Rundfunk- und Fernsehgebühr nunmehr erhöht, durch die Post zu verweigern.

Lassen Sie mich dazu namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion mit aller Klarheit feststellen:

Die rechtliche Lage ist so klar und eindeutig, daß ich mich darauf beschränken kann, § 15 Abs. 3 des Rundfunkgesetzes zu zitieren, in dem es heißt:

„Die Post- und Telegraphenverwaltung hat“ — hat! — „die Entgelte gleichzeitig mit den Rundfunk-(Fernsehrundfunk)-gebühren und in gleicher Weise wie diese einzuheben;“

Es handelt sich hier um eine zwingende gesetzliche Bestimmung, sodaß die Post- und Telegraphenverwaltung gar keine rechtliche Möglichkeit besitzt, die Einhebung eines erhöhten Rundfunk- und Fernsehentgeltes zu verweigern, zumal die Entgelterhöhung auf durchaus gesetzmäßige Weise — Beschluß des ORF-Aufsichtsrates und Bekanntmachung im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ — zustande gekommen ist.

Freilich hätte die Post- und Telegraphenverwaltung als Teil der Hoheitsverwaltung des Bundes eine anderslautende und damit

eine gesetzwidrige Weisung des zuständigen Ressortministers zu befolgen.

Aber ich möchte hier an dieser Stelle der Regierung und dem Herrn Verkehrsminister, als Postminister, empfehlen, einen derartigen Schritt sehr, sehr sorgfältig zu prüfen. Dabei empfehle ich, in diese Prüfung alle rechtlichen Aspekte miteinzubeziehen, einschließlich jener rechtlichen Möglichkeiten, welche die Bundesverfassung für den Fall vorsieht, daß ein Regierungsmitglied die Gesetze verletzt.

Ich darf daran erinnern, daß auch einmal eine Erhöhung der Bahntarife — übrigens hier vom zuständigen Hauptausschuß über Vorschlag der Sozialisten — mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen wurde. Ich muß den Herrn Verkehrsminister fragen: Haben Sie damals auch geprüft, ob Sie eine Anweisung geben sollen, diese Erhöhung nicht zuzulassen? Oder — um jetzt den Kollegen Marsch daran zu erinnern —: Ist damals der Herr Verkehrsminister etwa freiwillig zur Paritätischen Kommission gegangen? — Damals haben Sie Sozialisten diese Erhöhung beantragt, und das hiefür zuständige Gremium hat diese Erhöhung beschlossen. Ich erinnere mich nicht ... (Abg. Marsch: Aber nicht so hoch, wie die Direktion es vorgehabt hat! Das ist der Unterschied!) Herr Kollege! Das gesetzlich zuständige Organ hat es beschlossen. Ein Gesetz gilt auch dann, wenn es den Sozialisten unangenehm ist.

Ich persönlich als Jurist halte es schon für bedenklich, daß die Regierung ankündigt, eine solche Gesetzesverletzung zu prüfen. Es liegt hier ein Gesetzesauftrag, ein Gesetzesbefehl vor: Der Verkehrsminister, die Postverwaltung haben einzuheben. Allein schon das Ankündigen, dieses ständige Unterwandern und Unterwühlen der gesetzlichen Bestimmungen, ist schon bedenklich. Aber bei einer solchen Ankündigung — daß also ein Minister ankündigt, er überlege, eine gesetzwidrige Weisung zu geben — müssen wir auf die Verfassung aufmerksam machen. Die angekündigte Nichteinhebung, mit der Sie sich sehr brühen, steht eindeutig im Widerspruch — Herr Kollege, ich sage es Ihnen noch einmal; vielleicht kennen Sie nicht den Paragraphen; das wurde vom Parlament beschlossen; das gilt genauso für sozialistische Regierungen wie für andere Regierungen, — zum § 15 des Rundfunkgesetzes, worin es heißt:

„Die Post- und Telegraphenverwaltung hat die Entgelte gleichzeitig mit den Rundfunk-(Fernsehrundfunk)-gebühren und in gleicher Weise wie diese einzuheben;“

Zeillinger

Das ist ein Gesetzesbefehl! Sie können das Gesetz ändern. Das können Sie! Sie haben ja schon angedroht, daß Sie Ihnen nicht angenehme Gesetze ändern werden. Aber ein Gesetz nicht auszuführen wäre gesetzwidrig! Sie wissen, was in einem solchen Falle nach der Verfassung zu geschehen hätte.

Daher würde ich also doch empfehlen, noch einmal diesen angekündigten Gesetzesbruch zu überdenken.

Sicher, Herr Kollege Marsch: Sie haben heute wieder bestätigt, daß die ORF-Berichterstattung der Regierung unangenehm ist. Sie haben gesagt, daß der ORF die Argumente der Regierungspartei zurückstelle. O nein! Er berichtet sogar ausführlich über die Politik der Regierungspartei, und zwar genauso ausführlich wie über die Regierungspolitik zu der Zeit, zu der die ÖVP die Regierung stellte. Die ÖVP hatte daraufhin die Mehrheit verloren. Aber weil die Politik schlecht war! Wenn Sie jetzt bei den Wahlen Stimmen verlieren, so vielleicht deswegen, weil die Massenmedien und der ORF über Ihre Regierungspolitik berichten, und zwar objektiv berichten. Es erfährt nämlich auch der kleine Mann draußen — es gibt 1½ Millionen Fernseher und noch viel mehr Rundfunkhörer —, daß Sie hier im Parlament ständig Gesetze beantragen, um etwa die Preise zu erhöhen. Der kleine Mann wird jetzt in diesen Stunden und Tagen die Budgetdebatte erleben und wird erfahren, wie Sie im nächsten Jahr die Preise anheizen werden.

Das ist objektive Berichterstattung, die sicher unangenehm ist. Das war auch der ÖVP-Regierung unangenehm und hat ihr auch die Mehrheit gekostet. Das ist auch der SPÖ-Regierung unangenehm. Sie sind aber mit dieser Berichterstattung des ORF an die Macht gekommen! Sie müssen eine andere, eine bessere Politik machen, wenn Sie nicht bei gleicher Berichterstattung die Macht wieder verlieren wollen. Ändern Sie die Politik! (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Herr Kollege Marsch als Zentralsekretär der Sozialistischen Partei: Ändern Sie die Politik. Ändern Sie aber nicht die Berichterstattung des ORF! Manipulieren Sie nicht dort, sondern hier auf der Regierungsbank. Sagen Sie den Regierungsmitgliedern, sie mögen eine Politik machen, daß — wenn das nach außen berichtet wird — der Österreicher vor Freude aufheult und sagt: Das ist eine Regierung, die wähle ich wieder! (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Aufheulen werden sie schon! — Rufe bei der ÖVP: Sie heulen schon!*) Derzeit hat es nicht ganz den Anschein, daß es so ist.

Ich habe zuvor gesagt, es wäre interessant, Ihrer Spur zu folgen und das Budget 1973 mit dem Budget 1971 zu vergleichen. Die gleiche Regierung, die gleiche Regierungspartei, die gleichen Minister — nur ein Unterschied: damals waren Sie in der Minderheit, heute haben Sie eine absolute Mehrheit! Damals ist der Herr Bundeskanzler mit dem Hut in der Hand in das Parlament gegangen und hat verhandelt und hat Mehrheiten gesucht, heute kommt er gestützt auf zwei Mandate Mehrheit ins Parlament und weiß genau, daß das, was er hier vorlegt, von der sozialistischen Mehrheit beschlossen werden wird.

Herr Kollege Marsch! Die Idee ist mir erst gekommen, als Sie mit der ÖVP verglichen haben. Da ausgerechnet Sie das gemacht haben, kam ich auf die Idee, einmal die SPÖ mit der SPÖ zu vergleichen, und zwar um zu beweisen, daß dieselbe Regierung Kreisky eine für die gesamte österreichische Bevölkerung, eine für den Mann auf der Straße und eine für die Familie Österreicher ganz andere und wesentlich bessere Politik machen konnte, als sie noch in der Minderheit war. Es geht schon, wenn Sie wollen oder wenn Sie gezwungen werden. Wollen tun Sie jetzt nicht, und gezwungen können Sie nicht werden.

Jetzt machen Sie eben eine andere Politik. Im Jahre 1971 sind die Staatsausgaben um 10,8 Prozent gestiegen. Das waren damals 10,9 Milliarden Schilling. Damals waren Sie in der Minderheit, damals ist nicht mehr gegangen, damals haben Sie für mehr keine Mehrheit gefunden.

Im Jahre 1973 werden die gesamten Staatsausgaben um 13,2 Prozent gesteigert. Oder Sie wollen sie steigern; ich nehme an, daß Sie das beschließen werden. Das heißt also um 16,3 Milliarden Schilling.

Sehen Sie, wie sich das sozialistische Bild in zwei Jahren ändert, wenn man von der Minderheit zur Mehrheit kommt! Dann beginnt man plötzlich das Geld beim Fenster hinauszuschmeißen.

Der Gesamtgebarungsabgang — wollen wir es vielleicht für die Öffentlichkeit deutlicher sagen —: das Budgetdefizit betrug im Jahre 1971 7,7 Milliarden Schilling. Da waren Sie die Minderheit. Im Jahre 1973 sind es 11,2 Milliarden Schilling. Das heißt, daß Sie das Defizit im nächsten Jahr — zum Unterschied zu damals, als Sie Minderheit waren — um nahezu 50 Prozent steigern! Wissen Sie, daß das ein Rekord in der österreichischen Budgetgeschichte ist?

Zeillinger

Das ist der Unterschied: Damals waren Sie die Minderheit, jetzt sind Sie die Mehrheit. Niemand kann Sie hindern, wenn Sie sagen: Wir steigern dieses Defizit um 50 Prozent! Bezahlen muß es ja die Familie Österreicher, und zwar bitter bezahlen, wie Sie es wissen und selber sagen: Der kleine Mann bezahlt es, nicht der wohlhabende. Der kleine Mann zahlt alle diese Preissteigerungen viel mehr als der Wohlhabende.

Ich darf hier zum inlandswirksamen Defizit ein Wort sagen. Wissen Sie, Herr Kollege Marsch, warum wir überhaupt von einem inlandswirksamen Defizit sprechen? Darum, weil Sie die Mehrheit haben! Als Sie nämlich in der Minderheit waren, war es ein inlandswirksamer Überschuß. Darf ich Sie daran erinnern, daß es im Jahre 1971 noch einen inlandswirksamen Budgetüberschuß von 1,88 Milliarden Schilling gegeben hat? Im Jahre 1973, wo Sie ein Budget mit absoluter Mehrheit vorlegen, haben Sie bereits ein Defizit von 5,1 Milliarden Schilling! Sie wissen ganz genau, daß dieses inlandswirksame Defizit die Inflation wahnsinnig anheizt. Das ist die Voraussetzung der Inflation, die Ihr Finanzminister letzten Endes braucht, um die enormen Staatsausgaben befriedigen zu können. Sehen Sie, das sind die Folgen der Mehrheit!

Darf ich Ihnen, Herr Finanzminister und Herr Kollege Marsch — hier gibt es so vieles zu lesen; man kommt nicht immer dazu, alles zu lesen; das glaube ich Ihnen, denn ich komme auch nicht dazu —, vorlesen, was der Finanzminister selbst zur Bundesgebarung in den Erläuterungen schreibt.

Er schreibt über das Jahr 1971, als Sie noch Minderheit waren: „Im Jahre 1971 wies der im Inland nachfragewirksame Saldo mit + 1,8 Milliarden Schilling einen antizyklisch wirkenden Überschuß auf.“

Bravo! Sehen Sie, da haben Sie keine Mehrheit gehabt. Da haben Sie — wenn ich sagen darf — mit uns Freiheitlichen verhandeln müssen. Das war das Ergebnis und die stolze Feststellung, die heute ein Finanzminister, der jetzt vor einer Pleite steht, in stolzer Erinnerung an die Zeit zitieren kann, als Sie Minderheit waren und als der Herr Kanzler — wie er selbst sagte — im Hause eine Mehrheit suchen mußte.

Wie war es 1972? Ich zitiere wieder Seite 286 der Erläuternden Bemerkungen. Kaum hatten Sie die Mehrheit, hat sich der Überschuß in ein Defizit von 1,8 Milliarden Schilling gewandelt. 1,8 Milliarden Schilling Überschuß in der Minderheit bei derselben Regierung, denselben Ministern, derselben Politik — nur keine Mehrheit im Parlament! — hat sich in

ein Defizit von 1,8 Milliarden Schilling verwandelt! Ein bescheidenes Defizit, aber immerhin ein Defizit von 1,8 Milliarden Schilling.

Jetzt sagt der Finanzminister in den eben vorgelegten, zur Debatte stehenden Erläuterungen: „Das vorgesehene konjunkturpolitisch aussagekräftige inlandswirksame Defizit mit einer Höhe von 1,85 Milliarden Schilling hat daher leicht expansiv wirkenden Charakter.“

Stimmt, Herr Finanzminister! Sie haben die absolute Mehrheit. Hätten Sie sie nicht, hätten Sie auch nicht ein Budget mit diesem expansiv wirkenden Charakter durchgebracht. Das darf ich ruhig sagen. Es ist ganz klar: Wenn man keine Mehrheit hat, muß man eben sparen, man muß eine Politik für den kleinen Mann machen.

Herr Finanzminister! Wenn Sie bei 1,8 Milliarden Schilling bereits von einem leicht expansiv wirkenden Charakter im Jahre 1972 gesprochen haben, wo schreiben Sie dann — ich suche es immer! —, daß Sie im Jahre 1973 bei 5,1 Milliarden Schilling — das ist fast das Dreifache! — diesem Budget einen stark expansiv wirkenden Charakter zu eigen gegeben haben?

Meine Damen und Herren! Das ist Ihre Politik: In der Minderheit ein Überschuß; kaum haben Sie die Mehrheit, betreiben Sie eine Politik, die leicht expansiv, also leicht preissteigernd, wirkt mit 1,8 Milliarden Defizit, und nun kündigen Sie für 1973 ein Defizit von 5,1 Milliarden Schilling an. Das ist preissteigernd! Das bedeutet — wie der Finanzminister an anderer Stelle sagt —, daß die Familie Österreicher sich darauf gefaßt machen muß — Sie werden Ihre 93 Mandate einsetzen —, daß jeder Österreicher im nächsten Jahr um mindestens 7,5 Prozent für sein tägliches Leben mehr bezahlen muß als heute. Das steht hier drinnen.

Ich bin sehr glücklich, daß der Herr Finanzminister selbst aus der Zeit der Minderheit zitiert hat, als Sie noch zu uns kommen mußten — mir wäre es gar nicht eingefallen! —, denn damit können wir Ihnen nachweisen, daß dieselbe Regierung Dr. Kreisky, derselbe Kanzler, derselbe Finanzminister, dieselben Minister und dieselbe Regierungsfraktion auch eine andere Budgetpolitik machen können, wenn sie nicht die Mehrheit haben. Denn damals ist es auch gut gegangen, wesentlich besser als heute.

Meine Herren Sozialisten! Wenn Sie schon die Vergangenheit zitieren, wählen Sie nicht immer in der schlechten ÖVP-Vergangenheit, sondern — ich würde Sie dazu einladen —

Zeillinger

wählen Sie in Ihrer eigenen guten Vergangenheit, als Sie noch Minderheit waren und eine gute Politik machten, wo nämlich die Preissteigerungen für den Herrn Österreicher wesentlich geringer gewesen sind. Mir ist das alles eingefallen, weil der Kollege Marsch offenbar das alles übersehen hat.

Ich möchte auch den Vergleich der Preissteigerungen anziehen, als die sozialistische Fraktion, derselbe Kanzler, derselbe Finanzminister und Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, noch in der Minderheit waren und Sie, bevor das Budget beschlossen wurde, in den Bänken der damaligen Opposition eine Mehrheit suchen mußten. Wir haben Vorwürfe bekommen. Aber wie rechtfertigend ist nachträglich die Haltung der freiheitlichen Fraktion! Denn wie Sie Minderheit waren, schwankten die Preissteigerungen im Jahre 1970 zwischen 3,8 und 4,9 Prozent. Das ist alles unter dem internationalen Schnitt. Heute sagt man — wir haben es gerade vom Finanzminister gehört —: 5 Prozent sind schon eine gegebene Größe.

Im Jahre 1971 waren dann die Preissteigerungen 4,2 Prozent bis 5,3 Prozent. In diesem Jahr errangen Sie die absolute Mehrheit.

Im Jahre 1972, wo Sie mit absoluter Mehrheit allein regieren und Sie niemand beeinflussen kann, betragen die Preissteigerungen mindestens 5,3 Prozent bis 6,5 Prozent. Das heißt: Das, was zur Zeit der Minderheitsregierung die höchste jemals erreichte Preissteigerung war, war zur Zeit der absoluten SPÖ-Mehrheit die niedrigste Preissteigerung.

Das ist der Unterschied, das muß eben auch der Österreicher wissen. Ich weiß, daß es Ihnen unangenehm ist, das zu hören. Ich hoffe, daß der ORF das nicht ausstrahlt, denn sonst hat der Generalintendant des ORF wieder Schwierigkeiten, wenn solche Ziffern bekanntwerden, die Ihnen als Regierungspartei, dem Kanzler und dem Finanzminister, die sich so gerne sozial geben, äußerst unangenehm sind.

Das sind Tatsachen. Die amtliche Statistik weist aus, daß unter der gleichen sozialistischen Regierung als Minderheit die höchsten jemals erreichten Preissteigerungen 5,3 Prozent betrugen. Kaum hatten Sie die Mehrheit, sind die Preise von 5,3 Prozent bis 6,5 Prozent gestiegen, und zwar in dem Moment, wo Sie die Verantwortung allein getragen haben. Das heißt: die absolute Mehrheit der Sozialistischen Partei kostet der Familie Österreicher Milliarden!

Darüber müssen wir reden. Ich weiß, daß es unangenehm ist, wenn darüber berichtet wird.

Es ist auch die Staatsschuld genannt worden. Hier wurde ein Vergleich mit der Zeit der ÖVP-Alleinregierung angestellt. Sehen Sie — der Kollege Marsch ist leider nicht da —, Herr Finanzminister: Die Staatsschuld ist im Jahre 1971 um 200 Millionen Schilling gesunken, und zwar von 47 Milliarden auf 46,8 Milliarden. 46,8 Milliarden Schilling sind schon viel! Das haben aber SPÖ und ÖVP gemeinsam zu verantworten. Ich wähle nicht in der Vergangenheit, aber ich muß sagen: Man hat der Volkspartei — und ich muß sagen: zu Recht! — den Vorwurf gemacht, daß sie ab 1966 die Staatsschuld gewaltig in die Höhe getrieben hat. Sie hat letzten Endes wahrscheinlich dafür die Rechnung bezahlt.

Im Jahre 1971 hat die Minderheitsregierung im gleichen Staat unter gleichen Voraussetzungen mit dem gleichen Kanzler, mit dem gleichen Finanzminister und mit den gleichen Ministern und der gleichen Regierungsfraktion — Sie waren damals noch ein paar weniger — die Staatsschuld sogar gesenkt, und zwar von 47 auf 46,8 Milliarden. Meine Damen und Herren, Sie waren sehr stolz darauf. Wir konnten nicht stolz sein, denn wir waren Opposition und hatten damals die undankbare Aufgabe, mit einer Minderheitsregierung zu verhandeln.

Ende 1971 war es mit 11,27 Prozent des Bruttonationalproduktes der niedrigste Wert seit 1966, als die Volkspartei nach der Koalition die Alleinherrschaft übernommen hatte.

Kaum haben Sie die Mehrheit, beginnt das Steigen der Staatsschuld, setzt hier die umgekehrte Bewegung ein.

Meine Kollegen! Ich darf Sie bitten, daß Sie doch nachdenken. Wieso sinken die Schulden des Staates, wenn die gleiche Regierung und die Sozialistische Partei in der Minderheit sind, und wieso steigen sie — genau wie zu Zeiten der ÖVP-Alleinregierung — von dem Moment an, wo Sie genau wie die ÖVP die absolute Mehrheit haben? Die Antwort lautet: Weil Sie eine Budgetpolitik, ausgerichtet auf Parteiinteressen, machen und nicht ausgerichtet auf die Interessen des kleinen Mannes, des Mannes von der Straße!

Auch diesem Budget fehlen so wie in der Vergangenheit konkrete Hinweise auf die materielle Basis, von der aus die zahlreichen mit großem Stimmenaufwand angekündigten Reformen durchgeführt werden sollen. Sie haben ungeheures Geschick im Ankündigen

Zeillinger

von Reformen, aber herausgekommen ist bisher nichts. Ich möchte sagen, es wird Zeit, daß sie sogar einmal offiziell gewisse Reformen abblasen, denn nach diesem Budget müssen Sie doch offen zugeben, daß Sie die Verwaltungsreform mit heutigem Tage abblasen. Sie erklären sie selber als nicht mehr durchführbar, denn anders könnten Sie sich ja diese Ziffern nicht erklären.

In diesem sozial so hoch gelobten Budget, bei dem interessanterweise das Kanzleramt um 26 Prozent erhöht wird, aber das sozialpolitische Budget nur um 7 Prozent ansteigt, obwohl 13 Prozent der Durchschnitt wäre, wird die größte soziale Ungerechtigkeit unserer Tage, die Inflation, als gegebene Größe angenommen und bagatellisiert. Man spricht nur noch darüber, ob sie noch schleicht, ob sie schon schneller geworden ist, ob sie schon galoppierend ist, ob sie trabt — also über die Gangart debattieren Sie nur mehr. Daß man auch einmal von der inflationistischen Politik zur Politik der Stabilität zurückkehren kann, dafür ist nicht ein einziges Anzeichen drinnen. Es nützt nichts, wenn Sie heute so wie seinerzeit sagen: Nein, die Freiheitlichen sind Demagogen, wenn sie sagen: Die von Ihnen beantragten Gesetze bringen Preissteigerungen von 6,2 Prozent! — Vier Monate später hat jeder Österreicher durch die von Ihnen beantragten Gesetze um 6,2 Prozent für das tägliche Leben mehr bezahlen müssen! Es nützt also auch gar nichts, wenn Sie heute schönmalen, sondern teilen Sie uns doch mit: Wir haben die Mehrheit! Wir beantragen ein Budget, das bedeutet, daß die Familie Österreicher im nächsten Jahr um Milliarden mehr bezahlen muß! Wir wollen mehr ausgeben, das heißt: Wir müssen den Österreichern Preissteigerungen von 7,5 Prozent zumuten! — Das ist zusammengefaßt das Resümee dieses Budgets.

Mit diesem Budget und seinem gigantischen Defizit — es ist konjunkturwidrig — hat sich die Regierung eines entscheidenden Instrumentes gegen die Inflation begeben.

Auch die Staatsverschuldung steigt entgegen allen anderslautenden Vernebelungsversuchen weiter an.

Wiederum hat es die Bundesregierung versäumt wie so oft in der Vergangenheit, Entscheidungen zugunsten einer Priorität zu treffen. Sie zählen alle Ministerien mit Ausnahme der Landwirtschaft als Priorität auf, aber Sie haben nicht eine echte Priorität herausgearbeitet.

Aus allen diesen Erwägungen habe ich namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion gegen den vorliegenden Budgethaushalt für

das Jahr 1973 die schwersten Bedenken anzumelden, die so weit gehen und so schwerwiegend sind, daß wir Freiheitlichen uns eine Zustimmung zu diesem Budget schon nach einer ersten Prüfung kaum vorstellen können. Ich deponiere daher schon heute in der ersten Lesung ein Nein der FPÖ-Nationalratsfraktion zu dem in dieser Form vorgelegten Bundesvoranschlag für das Jahr 1973. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Tull (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Will man das Budget für das kommende Jahr ernst, objektiv und sachlich beurteilen, muß man zunächst von der Tatsache ausgehen, daß wir heuer bei der Erstellung des kommenden Budgets vor einer einzigartigen und außerordentlichen Situation stehen und dieses Budget sich im wahrsten Sinne des Wortes als ein Unikat darstellt.

Dieses Budget ist entgegen der Auffassung meines Vorredners ein Budget großer Reformen. Die Einführung der Mehrwertsteuer, das nunmehr unter Dach und Fach gebrachte EWG-Arrangement, der außerordentlich erfreuliche, für alle Gebietskörperschaften günstige Finanzausgleich und die in Verhandlung gezogene große Einkommensteuerreform drücken dem Budget 1973 den Stempel auf.

Es geht aber nicht nur, meine Damen und Herren, um eine Systemänderung. Der Bund muß mit diesen Maßnahmen, mit diesem Reformwerk auch entsprechend große finanzielle Opfer auf sich nehmen und muß das alles finanziell verkraften. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Opfer bringt der Steuerzahler!)*

Die Einkommensteuerreform bedeutet für den Bund eine Abgabensenkung von rund 5 Milliarden Schilling.

Durch die Umstellung auf das neue Umsatzsteuersystem, die Mehrwertsteuer, hat der Bund einen temporären Einnahmenentfall von rund 8 Milliarden Schilling zu verzeichnen. Wie wir bereits heute vernehmen konnten, werden die Gebietskörperschaften im kommenden Jahr auf Grund des abgeschlossenen Finanzausgleiches in den Genuß von zusätzlichen 1250 Millionen Schilling kommen.

Der Weg nach Europa, meine Damen und Herren, der nunmehr erfolgte, der glücklich zu Ende geführte Brückenschlag, die Integration unserer Wirtschaft in den großen europäischen Bereich — das ist keine Einbahnstraße —, verlangt nicht nur von allen im Wirtschaftsprozess tätigen Menschen entsprechend verstärkte Anstrengungen, sondern ist auch für den Bund,

Dr. Tull

für die Gesamtheit des Volkes mit entsprechenden Verzichten verbunden.

Aber auch der kooperative Finanzverbund von Bund, Ländern und Gemeinden bedeutet ein verstärktes Engagement des Staates bei der Erfüllung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben. Ich zähle in diesem Zusammenhang nur einige auf, die gleichzeitig die Meilensteine im Sinne unserer gesellschaftspolitischen Vorstellungen darstellen: der Umweltschutz, zusätzliche Mittel für den Naturschutz, für den Schulbau, für den Theaterzuschuß, die Wirtschaftsförderung, verstärkte Beiträge des Bundes für den Investitionsaufwand der Krankenhäuser, eine erhöhte Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds — im kommenden Jahr handelt es sich um 150 Millionen Schilling — und so weiter.

Wir erkennen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen und wir bekennen uns daher auch zu diesen. Wenn der Herr Abgeordnete Zeillinger gefragt hat, ob es unbedingt notwendig gewesen ist, daß der Herr Finanzminister eine so umfangreiche zweistündige Rede hält, und daß es für ihn und vielleicht auch für andere mit gewissen Strapazen verbunden gewesen ist, um diese Rede zu lesen, so bin ich bei seiner schnellen Lesart überzeugt, daß er sich nicht allzu lang damit beschäftigt haben wird. (*Abg. Zeillinger: Tull, bleib bei der Wahrheit!*)

Meine Damen und Herren! Sie müssen eines zugeben: Wenn man unmittelbar vor einem neuen großen Abschnitt in der österreichischen Wirtschaftspolitik steht, der gekennzeichnet ist durch diese Maßnahmen, die ich aufgezählt habe — wie Mehrwertsteuer, EWG-Arrangement, Einkommensteuer, Finanzausgleich —, so ist es ein Gebot der Stunde, die gesamte Bevölkerung entsprechend aufzuklären. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Zeillinger: Das ist ja nicht geschehen, Herr Kollege Tull! Was haben wir damit zu tun?*) Ich komme dann noch auf etwas anderes, Herr Kollege Zeillinger! Hören Sie mir bitte einen Augenblick zu! Auch ich kann auf Zwischenrufe reagieren; umso länger wird meine Rede dauern. Ich habe nichts dagegen, denn ich habe ja Zeit.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist immerhin verantwortungsbewußter und richtiger, wenn man, beispielsweise wie das Finanzministerium, alles aufwendet, um die Wirtschaft über die Probleme, über die Umstellungsschwierigkeiten auf die Mehrwertsteuer aufzuklären, als wenn man beispielsweise hergeht und in den nächsten Tagen solche Plakate affiziert mit dem Wortlaut:

„Rechnung

Speisen erhöht ab 1. Jänner: 7½ Prozent Steuern

alkoholfreie Getränke: 21,5 Prozent Steuern

Bier: 31 Prozent Steuern

Wein: 27 Prozent Steuern

Kaffee: 21 Prozent Steuern

Zigaretten: 68 Prozent Steuern.“

Prost! Mahlzeit!

Dabei haben wir nun Mehrwertsteuer, Getränkesteuer, Alkoholsondersteuer, Biersteuer, Tabaksteuer gerechnet. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Herren des Wirtschaftsbundes haben zweifelsohne damit schon etwas zu tun, denn die Heinzelmännchen haben dieses Plakat nicht in Auftrag gegeben! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ähnlich verhält es sich so auch mit diesen Plaketten, die Sie nunmehr an den Autos anzubringen gedenken. Sie fordern die Autofahrer auf, das nun anzubringen: 2,23 S Steuer zahlen sie pro Liter Benzin. (*Rufe bei der ÖVP: Stimmt ja!*) Ja, das ist richtig, aber Sie verschweigen, was mit diesen Steuern gemacht wird: daß man mit diesen Steuern dafür sorgt, daß die Autofahrer bessere Straßen haben. Es ist doch im Grunde genommen unmöglich, wenn ein Helbig hier auftritt und sagt, es müsse mehr getan werden, um die Gefahrenstellen zu beseitigen, daß es jährlich soundso viele Tote auf den österreichischen Straßen gibt — was stimmt —, und man andererseits hergeht, wenn der Bund diese Mittel für diese Zwecke verwendet, und eine solche Täuschung und Irreführung der Öffentlichkeit zu begehen beabsichtigt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Die konjunkturpolitische Einschätzung der Zukunftsaussicht unserer Wirtschaft hat sich — ich glaube, zumindest über diesen Punkt dürfte übereinstimmende Auffassung bestehen — in den letzten Monaten grundlegend verändert. Anfang 1972 lauteten die Prognosewerte für das reale Wachstum zwischen 4 und 4,5 Prozent. Jetzt können wir feststellen, daß eine Steigerung des Bruttonationalproduktes um mindestens 5 Prozent zu verzeichnen sein wird. Wir freuen uns alle, daß Österreichs Wirtschaft der konjunkturellen Talfahrt, die in den letzten Monaten so oft in Aussicht gestellt worden ist, ausgewichen ist.

Nach dem längsten Aufschwung der österreichischen Wirtschaft finden wir nunmehr, wie auch der OECD-Bericht eindeutig festgestellt hat, nahtlos, ohne eine Flaute erlebt zu haben, ohne die Schwierigkeiten einer Talwanderung mitgemacht zu haben, den Anschluß an den nächsten europäischen Aufschwung.

Dr. Tull

Eines allerdings dürfen wir nicht übersehen: Das günstige Bild der österreichischen Wirtschaft — wir haben 2,5 Millionen Beschäftigte, wie festgestellt worden ist, die Industrie wächst außerordentlich gut, wir haben ein sehr beachtliches Exportwachstum zu verzeichnen und außerordentlich erfreuliche Zuwachsraten in der Spartätigkeit der Bevölkerung zu registrieren — ist aber überschattet durch die Sogwirkung der westeuropäischen Teuerungswelle. Wir haben keine Ursache, etwas zu beschönigen, etwas zu bestreiten oder etwas zu verschweigen. Es wirkt sich hier der internationale Preiszusammenhang aus, und wir sind eben als kleines Land — das ist auch schon wiederholt erklärt worden — durch unsere starke Außenverflechtung kein Sonderfall oder, wie Abgeordneter Machunze vor einigen Jahren anlässlich einer Budgetdebatte hier erklärt hat, wir sind keine Insel der Seligen. (Abg. Mitterer: Hat das auch vor fünf Jahren gegolten, Herr Abgeordneter? — Abg. Lanc: Vor fünf Jahren eben nicht!) Ich komme später noch auf das zu sprechen. Vor fünf Jahren waren andere Verhältnisse. Wir werden uns darüber noch unterhalten, Herr Abgeordneter Mitterer! Alles zu seiner Zeit. Herr Abgeordneter Mitterer, lassen Sie sich nur Zeit! Nicht so ungeduldig sein! (Abg. Mitterer: Da haben Sie gerufen: Reden Sie von Österreich und nicht vom Ausland! — Abg. Lanc: Da war auch im Ausland keine Teuerungswelle!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß sich in ganz Westeuropa — und das beweist auch die letzte Konferenz der neun Regierungschefs der EWG in Paris — die Inflation verstärkt hat und damit entsprechende Schwierigkeiten aufgetreten sind. Das ist nicht zu verschweigen. Namhafte Nationalökonominnen — und Herr Professor Koren, der im Augenblick nicht da ist, wird es bestätigen, denn er zählt vielleicht auch zum Kreis dieser illustren Persönlichkeiten — bestätigen offen, daß die Nationalökonomie bisher keine konstruktiven Beiträge zum Phänomen der modernen Inflation leisten konnte. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Herr Suppan! Ihnen nehme ich das nicht übel, denn Sie haben mit diesen Dingen offenbar doch zu wenig zu tun, um eine entsprechende Übersicht und Weitsicht zu besitzen. (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Modernes Österreich!) O ja, Österreich wird von Tag zu Tag moderner (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Moderne Inflation!), und die arbeitenden Menschen erfreuen sich des Umstandes, daß wir eine Regierungspartei haben, die dafür sorgt, daß Österreich den Anschluß an die moderne Welt bekommt und daß wir weiterhin auf der Überholspur bleiben können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht einfach für einen Industriestaat, und er ist fast überfordert, sich mit Problemen herumschlagen und eine Lösung suchen zu müssen, deren Ursache letzten Endes die Nationalökonominnen bisher noch nicht ausreichend ermitteln und feststellen konnten. (Abg. A. Schlager: Ihr habt ja 1400 Wissenschaftler gehabt dazu!)

Eine deflationistische Politik — meine Damen und Herren, Sie haben zwar nie offen von einer solchen gesprochen, aber ab und zu hört man doch irgendwo den Schelm durchklingen, der zwar nicht unmittelbar sagt, Arbeitslosigkeit ist erwünscht, aber es wäre nicht schlecht, eine Überhitzung und so weiter, vielleicht kann man da und dort etwas auf die Bremse steigen —, eine deflationistische Politik ist kein taugliches Mittel. (Abg. Melter: Baubremse!) Von einer Baubremse war nie die Rede, sondern nur von einer Koordinierung. Und das ist der große Unterschied, meine Damen und Herren: daß koordiniert nach einem Konzept vorgegangen wird, um so die Mittel effizienter einsetzen zu können. Darum geht es, Herr Abgeordneter Melter! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Eine deflationistische Politik ... (Rufe bei der ÖVP: Baubremse!) Nein, von Baubremse war nie die Rede! Es war vielmehr immer die Rede — und dazu bekennen wir uns auch, Herr Kollege Schlager — von einer Koordinierung, von einem kooperativen Vorgehen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, um so einen entsprechenden Akkord herstellen zu können. (Abg. A. Schlager: Der Kanzler hat „Bau-stopp“ gesagt! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.) Ich muß Ihnen eines sagen: daß eine deflationistische Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht zielführend ist, kein taugliches Mittel ist, davon sollten Sie sich auch schon überzeugt haben, denn die Stagflation von Kanada und England sollte Ihnen doch ein warnendes Beispiel sein. Bewußt herbeigeführte Arbeitslosigkeit bei weiterem Kaufkraftschwund der dortigen Währungen bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als enorme gesellschaftliche Kosten und ein immenses menschliches Leid. Das wollen wir verhindern und wir werden alles aufbieten, um Österreich diesen Weg auch weiter zu ersparen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die Stabilisierungspolitik, das geben wir offen zu, ist nicht einfach. Sie ist die Achillesferse der modernen Wirtschaftstechnik. Die derzeitige Wirtschaftslage erfordert von uns — und dazu bekennen wir Sozialisten uns uneingeschränkt, das sei mit aller Deutlichkeit festgestellt —, daß die Kaufkraft des Schillings bei größtmöglichem

Dr. Tull

wirtschaftlichen Wachstum und gesicherter Vollbeschäftigung zu sichern ist. Das ist unser Ziel, das ist es, was wir mit aller Konsequenz zu verfolgen beabsichtigen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Budget 1973 somit auch im Dienste der Stabilisierungsbemühungen zu erstellen ist und daß das Budget 1973 sehr wohl ganz im Gegensatz zu Ihren Behauptungen stabilitätsorientiert erstellt ist und alle Voraussetzungen für einen konjunkturgerechten Vollzug gegeben sind. (Abg. Dr. Schmidt: Ob das die Hausfrauen auch glauben?)

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich mit einigen Ausführungen des Herrn Kollegen Zeillinger beschäftigen, der jetzt nicht hier ist. Er hat — er pflegt das oft sehr oberflächlich zu machen — von einer Nonchalance gesprochen. Er macht es genauso: Er stellt etwas in den Raum und meint, es wird schon hängenbleiben. Wenn auch nur 5 Prozent wahr sind, es ist egal, die Leute werden es schon abnehmen und werden statt der 5 Prozent dem Herrn Zeillinger zuliebe 100 Prozent glauben. — Nun, so ist das nicht. Das stellen wir sofort richtig.

Er hat davon gesprochen, daß die Preissteigerungen in der Zeit von 1966 bis 1970 5,3 Prozent betrugen und 1970 bis 1972 6,5 Prozent. Ja, schon, aber er hat nicht den zweiten Teil des Satzes gesagt. Um wieviel sind denn die realen Einkommen in der Zeit von 1966 bis 1970 gestiegen im Vergleich zu den realen Einkommensteigerungen der letzten Monate — dank einer starken Sozialistischen Partei, dank einem segensreichen Wirken des Österreichischen Gewerkschaftsbundes! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat darüber hinaus moniert, es bestünde die Gefahr, daß die Preise jetzt weiter steigen im Zusammenhang mit all den großen Entscheidungen, die getroffen worden sind beziehungsweise noch getroffen werden. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie werden ja sehen!) Er hat damit eine Unterstellung vorgenommen. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren beziehungsweise meine Herren von der Freiheitlichen Partei Österreichs, ob Ihnen das nicht die Wirtschaft krumm nehmen wird. Er hat nämlich nicht mehr und nicht weniger gemacht, als hier einen sehr großen Verdacht ausgesprochen, nämlich unterstellt, daß es zu weiteren entsprechend hohen Preissteigerungen kommen muß, wenn entweder bei der Umstellung auf die Mehrwertsteuer die Entlastungen nicht vorgenommen werden oder die Zoll-

senkungen, die durch das EWG-Arrangement erreichbar sind, den Konsumenten nicht weitergegeben, sondern von den Zwischenhändlern einfach eingesteckt, einfach kassiert werden. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Demagogie!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat darüber hinaus auch die Frage des inlandswirksamen Defizits aufgezeigt. Vorhin war der Herr Präsident des Rechnungshofes da. Vielleicht wird er ihm jetzt in der Zwischenzeit draußen die richtigen Zahlen geben. Er hat nämlich hier mit völlig falschen Zahlen operiert.

Ich muß hier feststellen, daß beispielsweise im Jahre 1970 das Nettodefizit mit 4036 Millionen Schilling präliminiert war. Laut Bundesrechnungsabschluß betrug es 2239 Millionen Schilling. Der inlandswirksame Saldo war mit 2740 Millionen Schilling präliminiert; in Wirklichkeit betrug es nur 80 Millionen Schilling. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck, ein Schriftstück hebend: Da steht es ja!)

Sehen Sie, meine Damen und Herren: Ein von Koren erstelltes Budget mit einem großen Defizit mußte von einem Androsch vollzogen werden, und er hat es zustandegebracht, daß das inlandswirksame Defizit entsprechend reduziert worden ist. 1971 war ein solches von 2670 Millionen Schilling präliminiert. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wie lange wird die ÖVP noch schuld sein für eure Schulden? Zehn Jahre noch?) Herr Dipl.-Ing. Tschida! Wir werden viel länger bleiben als zehn Jahre! Sie brauchen keine Angst zu haben! Wir bereiten uns für eine sehr, sehr lange Regierungszeit vor, weil wir große Aufgaben im Dienste des österreichischen Volkes durchführen wollen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Nur weiter so! — Abg. A. Schlager: Aber Tull! Wenn einer da vorne einen Witz macht, darf man schon lachen!) Natürlich! Wenn ich dich sehe, lache ich immer!

Bundesvoranschlag 1971: Inlandswirksamer Saldo 2670 Millionen Schilling; in Wirklichkeit war es dann ein Plussaldo von 1880 Millionen Schilling. Das ist eine sozialistische Finanzpolitik! (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) So macht man es. An diesem Mann hätten sich Koren und Schmitz ein Beispiel nehmen können, dann hätten wir niemals diese große Verschuldung erreicht, wie wir sie 1970 von Ihnen übernehmen mußten. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. A. Schlager: 7,5 Prozent Preissteigerungen: Pfuiat mi Gott!)

1972 ist ein Saldo von 1850 Millionen Schilling präliminiert; voraussichtlich, nach den bisherigen Angaben, wird es mit null ausgehen.

Dr. Tull

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Finanzen hat sich in seiner Budgetrede auch mit dem Problem der relativen Stabilität beschäftigt und erklärt, daß er sich zu einer solchen bekenne. Das „Volksblatt“, das Organ der Österreichischen Volkspartei, hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, sich darüber lustig zu machen, weil er nur von einer „relativen Preisstabilität“ spricht.

Nun, Herr Abgeordneter Mitterer, Sie als ehemaliger Handelsminister und als Mann der Wirtschaft wissen ganz genau, daß das Spannungsfeld der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik von drei Polen markiert ist, vom magischen Dreieck Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. *(Abg. Mitterer: Und wissen Sie, was der Röpke gesagt hat? Ich bin kein Magier, daher kann ich das nicht lösen!)* Eben. Es ist daher ein Dilettantismus und ein plumper Akt politischer Demagogie, wenn heute Leute von Ihnen im Lande umherziehen und die Behauptung aufstellen, daß man gleichzeitig optimale Stabilität, absolutes Wachstum und Vollbeschäftigung garantieren könne. Das kann niemand machen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Und wenn dann der Finanzminister von einer relativen Stabilität spricht, paßt Ihnen das auch nicht. Was wollen Sie also, Herr Abgeordneter Mitterer, Herr Bundesminister? *(Abg. Graf: Eine neue Regierung!)* Eine neue Regierung bekommen Sie nicht! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Eine bessere!)* Eine neue Regierung bekommen Sie deswegen nicht, weil sich die Österreicherinnen und Österreicher bisher davon überzeugen konnten, daß das eine Regierung ist, die eine Politik für alle Bevölkerungsteile betreibt und für einen sozialen Interessenausgleich sorgt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Das glauben Sie selbst nicht, Herr Kollege!)*

Meine Damen und Herren! Die größtmögliche Preisstabilität, die Ihnen manchmal so vorschwebt und die Sie vor allem in den Versammlungen einfach hemmungslos verlangen, wider besseres Wissen, wider bessere Einsicht, diese größtmögliche Preisstabilität würde in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten *(Zwischenrufe bei der ÖVP)*, meine Herren Suppan und Konsorten, als Verzicht auf Vollbeschäftigung, verlangsamtes Wirtschaftswachstum und damit verminderter Wohlstand der österreichischen Bevölkerung. *(Abg. Suppan: Haben Sie den Schiller gehört?)* Auch Schiller hat nicht die Weisheit für sich gepachtet, sehr geehrter Herr Suppan! *(Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Haben Sie aber gehört, Herr Abgeordneter Suppan, was die neun Regierungschefs vor einigen Tagen in Paris festgestellt haben? Daß

es nur auf Grund gemeinsamer, internationaler Anstrengungen möglich sein wird, der weiteren Preisentwicklung in Europa und damit letzten Endes auch der Auswirkung auf Österreich Einhalt zu gebieten! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Eines möchte ich Ihnen schon sagen, meine Damen und Herren, nehmen Sie das ein für allemal zur Kenntnis: Wir sagen nicht ... *(Abg. Graf: Nein, wir nehmen gar nichts zur Kenntnis, Herr Kollege!)* Entschuldigen Sie: Uns haben Sie beispielsweise zugemutet, wenn Withalm gesagt hat: Nehmen Sie zur Kenntnis, wir bestimmen das Tempo —, daß wir dann ja und amen sagen. Und wenn ich jetzt sage: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dann exaltieren Sie sich, Herr Abgeordneter Graf! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Graf! Meine Damen und Herren! Ich muß doch in diesem Zusammenhang ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Also bitte, meine Damen und Herren, bitte etwas mehr Ruhe! *(Abg. Dr. Tull trinkt vom Wasserglas. — Ruf bei der ÖVP: Er hat keine Stimme mehr!)*

Abgeordneter Dr. Tull *(fortsetzend)*: Sie können unbesorgt sein. Es reicht noch *(Abg. Graf: Aber nicht mehr lange!)*, um Ihnen einiges vorzuhalten. Ich werde Ihnen jetzt den Spiegel vors Gesicht halten bezüglich Ihrer Lizitationspolitik, Ihrer hemmungslosen Forderungen. Hier reden Sie von Sparen, hier reden Sie von Inflationsanheizern — und draußen gehen Sie her und stellen maßlose Forderungen. Das soll heute hier aufgezeigt werden! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: 1967 haben die Sozialisten an einem Tag 8 Milliarden Schilling gefordert!)* Wer schreit, muß nicht unbedingt recht haben, Herr Abgeordneter Tschida! *(Abg. Lenc: Sie müssen sich darauf einigen, wer von Ihnen schreit! — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Ich muß mich ja bemerkbar machen, ich muß ja reden. Und Sie machen die Zwischenrufe! Das ist der Unterschied!

Präsident Dr. Maleta: Wenn alle schreien, wer hat dann wirklich recht? *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. Tull *(fortsetzend)*: Meine Damen und Herren! Wir sagen daher nicht: Stabilität um jeden Preis!, sondern wir nehmen — das haben wir schon einige Male hier deponiert — alle Schwierigkeiten, Komplikationen, allen Ärger und Verdruß in Kauf, der uns im Kampf gegen die Teuerung beschieden ist, um die Vollbeschäftigung in Österreich zu sichern und für ein weiteres Wachstum der österreichischen Wirtschaft ein-

Dr. Tull

zutreten. *(Beifall bei der SPÖ. — Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Überlegungen, die Ihrerseits angestellt worden sind, ein Stabilitätsgesetz ins Auge zu fassen, müßten wir gleichfalls als nicht zielführend ablehnen, denn Stabilisierungspolitik ist im Grunde genommen ein permanenter Prozeß, der sich immer der jeweiligen Situation, der jeweiligen wirtschaftlichen Lage anpassen muß.

Nun möchte ich doch noch, da sich der Herr Abgeordnete Dr. Koren heute veranlaßt gesehen hat, sich neuerlich als Paukenschläger zu betätigen, die Sturmglocken zu läuten, etwas zu Ihren Behauptungen bezüglich Inflationsgefahr und so weiter hier in aller Deutlichkeit feststellen: Ich glaube, es wird gut sein, meine Damen und Herren, keine Panik auszulösen und keine Preis- beziehungsweise Inflationshysterie zu entfachen, denn das müßte irgendwo einmal unangenehme Folgen auslösen. Ich meine beispielsweise Behauptungen des Herrn Professor Koren wie: Die Inflation ist nicht zu stoppen!, nachzulesen in der „Presse“. *(Abg. Dr. Blenk: Von dieser Regierung nicht!)* Es sei nur noch eine Frage der Zeit, prophezeite Koren, bis beim Gewerkschaftsbund die Alarmglocken zu klingen beginnen. Solche Behauptungen soll man nicht so leichtfertig aufstellen und mit solchen Parolen hausieren gehen.

Meine Damen und Herren! Während ÖVP-Politiker leichtfertig da und dort zündeln, beginnt der ÖAAB in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen ein Linksüberholmanöver, das unter Umständen einmal ins Auge gehen könnte. Das sei mit aller Deutlichkeit hier festgestellt. Denn ich glaube, es ist schon bedenklich, meine Damen und Herren, wenn beispielsweise der ÖAAB in einem Unternehmen, das mit 1. Oktober 1972 die Löhne um 15 Prozent erhöht hat, nunmehr hergeht, weil Betriebsratswahlen sind, und einfach sagt: Wir verlangen ein Monatsgehalt als Teuerungsabgeltung. Oder wir haben heute beziehungsweise gestern Betriebsratswahlen bei der VOEST gehabt. Was waren Ihre Forderungen bei der VOEST, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer und andere Größen des ÖAAB? Sechs Wochen bezahlter Urlaub, größere betriebliche Mitbestimmung *(Abg. Dr. Schwimmer: Aber andere Mitbestimmung, als Sie meinen!)*, und hier im Ausschuß wenden Sie alles auf, um das zu torpedieren. Höhere Löhne, Vorziehung der Vierzigstundenwoche, die für das Jahr 1975 vereinbart worden ist. Und ich kann mich gut erinnern, als damals über die Arbeit ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Echte Mitbestimmung, nicht die, die Sie wollen!)*

Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Sie waren damals noch nicht im Haus *(Abg. Doktor Schwimmer: Das ist kein Argument!)*, als wir über die Einführung der Arbeitszeitverkürzung verhandelt haben, ich kann mich erinnern, was damals alles behauptet worden ist. Eine Weltuntergangsstimmung wurde gezeichnet in der bewährten schwarzmalerschen Manier des Herrn Dr. Koren. Jetzt gehen Sie her und verlangen, nur einfach aus Stimmungsmache heraus, die Vorverlegung der Vierzigstundenwoche auf 1. Jänner 1973. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das war ein schlechtes Beispiel!)* Das ist kein schlechtes Beispiel, das ist die Tatsache. Und wir können Ihnen, Herr Dr. Schwimmer, und Ihren Parteifreunden nur eines sagen: Gießen Sie kein Öl ins Feuer. Wir warnen Sie vor Brandlegungen. Seien Sie vorsichtig, daß es Ihnen nicht so ergeht wie dem Zauberlehrling, der die Geister, die er gerufen hat, nicht mehr losgeworden ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Öl ins Feuer gießen kann man erst dort, wo es brennt!)* Sie haben ja dafür gesorgt, daß Unruhe zum Beispiel in die VOEST getragen worden ist zu einer Zeit, als eine solche wahrlich nicht opportun gewesen ist.

Das Budget 1973, meine Damen und Herren, ist aber auch gesellschaftspolitisch stark akzentuiert. Es enthält entsprechend beachtliche Ansätze weitreichender gesellschaftlicher Strukturveränderungen. Es sind höhere Mittel für Schülerfreifahrten eingesetzt worden. Die kostenlose Schulbuchaktion, die Ihnen ja nach wie vor ein Dorn im Auge ist, wird fortgesetzt, und sie wird sich durchsetzen, und die Eltern werden es zu danken wissen, und die Ehegründungszulagen werden auch entsprechend weiter fortgesetzt werden.

Es wurden, Herr Abgeordneter Zeillinger, schon Schwerpunkte gesetzt, vor allem bei den Gemeinschaftsaufgaben, um die es bei uns besonders geht, denn wir sind der Meinung, daß in einer so rasanten gesellschaftlich-wissenschaftlichen Entwicklung die Gemeinschaftsaufgaben unbedingte Priorität haben müssen, wie beispielsweise: mehr Schulen, entsprechend höhere Mittel für Forschung, mehr für den Wasserwirtschaftsfonds, für den Umweltschutz und so weiter.

Meine Damen und Herren! Darin erblicken wir einen Schritt zur Verringerung der Diskrepanz, Abbau der Diskrepanz zwischen der öffentlichen Armut und dem privaten Reichtum. Das sind alles Maßnahmen, die der Verbesserung der Qualität des Lebens dienen, zu deren Notwendigkeit wir uns vorbehaltlos bekennen.

Dr. Tull

Da das Budget 1973, meine Damen und Herren, völlig neue Situationen schafft, ist es auch nicht zielführend, auf diesen Bundesvoranschlag die Argumente traditioneller Budgetdebatten anzuwenden. Es ist sehr billig und einfach, Kritik in der Form zu üben, daß man von Budgetexplosionen spricht, daß man davon spricht, daß die Inflation angeheizt wird und so weiter, selbst aber nicht in der Lage oder nicht willens ist, klare, konkrete Vorschläge und Alternativen zu erstellen.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier den ÖVP-Plan für bessere Krankenversicherung, und zwar ist das eine Presseaussendung der Österreichischen Volkspartei der letzten Tage. Da verlangen Sie zum Beispiel: „Hauspflege und Unterbringung in einem Pflegeheim sind als Pflichtleistungen für den Versicherungsfall der Pflegebedürftigkeit vorzusehen.“ In Ordnung. Nichts dagegen einzuwenden, eine sehr humane Auffassung. Aber: Kein Wort davon, daß das 55 bis 91 Millionen Schilling kostet. „Reform des Hilflosenzuschusses“, alles jetzt von Ihnen, Herr Doktor Schwimmer, ausgearbeitet. (*Abg. Doktor Sch w i m m e r: Lesen Sie die Erläuterungen zur 29. ASVG-Novelle! Ein Überschub von 500 Millionen Schilling!*) Darf ich bitte weiterreden, Herr Kollege Schwimmer? Es wird Ihnen schwindlig vor den Augen, wenn Sie jetzt hören, was das kostet, was Sie verlangt haben, Herr Kollege Schwimmer.

„Reform des Hilflosenzuschusses“. Er soll auch der mitversicherten Ehegattin zugute kommen, Gewährung generell ab dem 80. Lebensjahr, kostet im Jahr 1973 eineinhalb Milliarden Schilling, und die Gewährung ab dem 80. Lebensjahr für die Ehegattin 400 bis 600 Millionen Schilling. Und dann gehen Sie her, Herr Abgeordneter Schwimmer, in dreieinhalb Zeilen — ich frage, ob das verantwortungsvolle Finanz- und Budgetpolitik ist ... (*Abg. Dr. Sch w i m m e r: Zahlen aus dem Traumbüch!*) Aber, Herr Kollege, das sind doch alles errechnete Unterlagen, festgestellt von der Sozialversicherung, errechnet, neuesten Standes, jetzt. Wir werden uns aber dann über einen anderen Punkt noch unterhalten. In dreieinhalb Zeilen verlangen Sie jetzt für 1973 — das ist Ihnen unangenehm, das weiß ich schon ... (*Zwischenruf bei der ÖVP: Alles vorlesen!*) Nein, ich lese das vor, was Sie in einer Presseaussendung verschickt haben, Herr Kollege.

Zum Beitragsteil der Häuser-Novelle stellt die ÖVP fest, daß sie die Dynamisierung der Höchstbeitragsgrundlage und die Erhöhung des Beitragssatzes in der Pensionsversicherung der Angestellten ablehnt. Das macht aus einen Einnahmeentfall für die Sozialversiche-

rung im Jahre 1973 von 755 Millionen Schilling und steigert sich bis 1977 auf 4024 Millionen Schilling. Und die Ablehnung bei den Angestellten macht 1974 197 Millionen Schilling aus.

Oder wollen Sie etwa Ihre Königsidee bestreiten, die Sie geboren haben, betreffend das Lebenskapital für das Kind — aus einer Fragestunde ist das zu entnehmen. Das ist natürlich sehr publikumswirksam. Auf der einen Seite wird hier Preistreiberei betrieben, wird die Inflation angeheizt. Sie stellen Forderungen, ohne zu sagen, woher der Staat die Gelder zur Bedeckung dieser Ausgaben nehmen soll. (*Abg. Dr. B l e n k: Sie wissen heute noch nicht einmal, was die Schulbuchaktion kostet!*) Das Lebenskapital, Herr Doktor Blenk, für das Kind kostet laut Auskunft des Finanzministers an den Herrn Abgeordneten Lanc 6 Milliarden Schilling.

Oder wollen Sie in Abrede stellen, meine Damen und Herren, daß Sie in den letzten Tagen massivst die Forderung erhoben haben, den Mehrwertsteuersatz auf 14 beziehungsweise 7 Prozent herabzusetzen? Haben Sie ausgerechnet, was das bedeutet? 4 Milliarden Schilling weniger Einnahmen!

Sie haben verlangt, daß neben der im Rahmen der Einkommensteuerreform vorgeschlagenen Progressionsmilderung auch noch die Sondersteuern abgeschafft werden sollen, auslaufen sollen. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das ist Ihnen nicht angenehm, wenn Sie hören, was das alles kostet, was Sie verlangen, damit die Öffentlichkeit sieht, wo die unverantwortlichen Lizitierler sitzen, die einfach fordern, ohne sich den Kopf zu zerbrechen, woher das Geld kommen soll. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Sch w i m m e r: Sie haben es versprochen!*) Das macht weitere 5 Milliarden Schilling aus. Damit würde das Defizit bereits um 9 Milliarden Schilling erhöht werden.

Sie verlangen mehr Gelder für den Grünen Plan, trotz Baubooms zusätzliche Mittel für den Schul- und Wohnungsbau, ein Pendlerpauschale verlangen Sie. Das alles zusammen gerechnet, Ihre Forderungen, die Sie in den letzten Tagen einfach in den Raum gestellt haben, würde das Defizit um sage und schreibe 32 Milliarden Schilling erhöhen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Das ist Ihr wahres Gesicht: Hier Wehklagen, und auf der anderen Seite versuchen, den Finanzminister und die Bundesregierung in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren! (*Abg. L a n c: Das ist die ÖVP-Alternative! — Abg. L i b a l: Heuchelei!*)

Dr. Tull

Meine Damen und Herren! Sie haben uns in den letzten Jahren, als Sie allein regiert haben, wiederholt sehr, sehr gute Vorschläge gemacht: „Was wir, was das österreichische Volk vor allem von der Opposition ... erwarten müssen, ist, daß sie ... bessere Alternativen vorschlägt und die Sachlichkeit ... in den Vordergrund rückt; nicht uns zuliebe — das wäre von der Opposition zuviel verlangt —, sondern im Interesse des gesamten Volkes, dem auch die Opposition verpflichtet ist. Was wir ferner ... von der Opposition ... erwarten, ja was wir von ihr verlangen müssen, ist, daß sie uns bei der Durchführung der volkswirtschaftlich notwendigen Maßnahmen nicht aus rein parteitaktischen Gründen behindert.“ — Herr Dr. Withalm! Erinnern Sie sich, wer das gesagt hat? Sie waren es am 27. Oktober 1967!

„Was uns brennend interessiert hätte, meine Damen und Herren, wäre die Frage, wie Sie konkret die Budgetprobleme gelöst hätten, wenn Sie darüber zu entscheiden gehabt hätten. Sie müssen doch als große Oppositionspartei zumindest vage Vorstellungen darüber haben, wie Sie es gemacht hätten. Aber anscheinend ist auch das nicht vorhanden, nicht einmal der Ansatz zu einer Alternative!“ — Wissen Sie, wer das gesagt hat? Niemand Geringerer als Herr Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, Herr Abgeordneter Dr. Mussil. (*Abg. Dr. Sch w i m m e r: Jetzt hat noch nicht einmal die Regierung vage Vorstellungen!*)

Herr Dr. Schwimmer, ich richte diese Aufforderung nicht zuletzt auch an Sie. Sie werden nachher verstehen, warum. „Meine Damen und Herren! Wenn Sie der Meinung sind, daß mehr eingespart werden sollte, dann sagen Sie uns konkret, wo.“ — Das war Abgeordneter Dr. Withalm am 27. Oktober 1967.

Und weil ich gerade von Herrn Dr. Withalm spreche, erinnere ich mich an einen schönen Artikel, der vor einigen Wochen in der „Presse“ veröffentlicht worden ist. (*Abg. Doktor Blenk: Mit eigenen Gedanken kommen Sie sowieso nicht weiter!*) In diesem sehr interessanten Artikel beschäftigen Sie sich mit den Problemen der Geschäftsordnung, allerdings viel, viel wehleidiger als seinerzeit der „Eiserne Hermann“. Hier schimmert nicht einmal mehr etwas Rost vom Eisernen Hermann hier zu sehen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Hier wird wehgeklagt, wie notwendig es ist, die Geschäftsordnung zu reformieren, damit die Rechte der auch so unterdrückten Minderheit gewahrt werden können.

Damit komme ich zu dem, was Herr Abgeordneter Dr. Koren heute gesagt hat, beziehungsweise was uns andere Lehrmeister der Demokratie immer wieder unter die Nase reiben wollen: mehr Demokratie, mehr Debatte. (*Abg. A. Schlager: Dafür sind Sie nicht!*) Herr Abgeordneter Schlager, eines sei Ihnen und Ihren Parteifreunden gesagt: Die Sozialdemokraten dieses Landes haben noch niemals den Boden der Demokratie verlassen oder die Freiheit dieses Landes um ein Linsengericht verkauft. Das sei Ihnen gesagt! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Und noch eines: Sie müssen uns nicht debattieren lehren. Wir sind durch das Debattieren, wir sind durch die Überzeugungskraft unserer Idee groß geworden, wir haben keine Büttel gebraucht, um Andersdenkende niederzuhalten. (*Abg. Dr. Sch w i m m e r: Nur den Olah!*), wie es andere seinerzeit in diesem Lande getan haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und noch eines in diesem Zusammenhang, Herr Abgeordneter Dr. Blenk. Eines sei klar gesagt, wenn davon gesprochen wird, daß wir einer Debatte ausweichen. (*Abg. Mitterer: Gerade Sie müssen das sagen mit Ihrer Vergangenheit!*) Herr Kollege, wir weichen keiner Debatte aus. Sie hätten am vergangenen Mittwoch nicht weggehen müssen, Sie hätten dableiben und debattieren können. Die Regierung war bereit dazu. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie sind gegangen, Sie haben den Saal verlassen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und darüber hinaus noch eines: Einmal seit 1945, Herr Abgeordneter Mitterer, hat es in diesem Hause einen Antrag auf Schluß der Debatte gegeben, und der wurde nicht von einem sozialistischen Abgeordneten gestellt, sondern von einem Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Mitterer: Warum sagen Sie das mir? Wenn ich Ihre Vergangenheit hätte, würde ich über Demokratie weniger reden! Sie haben es notwendig!*) Herr Abgeordneter Mitterer, ich bin gerne bereit, mit Ihnen darüber zu reden.

Ich darf im Zusammenhang mit diesem Budget noch folgendes sagen: Wir sind jetzt bereit, gerne zu hören, was Sie an Vorschlägen zu erstatten haben, wie man das Budget besser machen könnte, wo man einsparen könnte, wo zuviel ausgegeben wird beziehungsweise woher zusätzliche Mittel genommen werden können. Eines allerdings, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, unfair und nicht möglich: Hemmungslos Kritik am Gesamtausgabenrahmen zu üben, verbunden mit der Forderung, mehr Geld bereitzustellen, wie es in den letzten Tagen verschiedene Redner der Österreichischen

Dr. Tull

Volkspartei getan haben. Man soll keine Kritik an der Höhe des Defizits üben, gleichzeitig aber auch verlangen, daß weitere Einnahmereduktionen erfolgen müssen. (*Abg. Dr. Blenk: Feststellen dürfen wir es!*) Und man soll auch nicht Kritik an der Personalvermehrung üben und gleichzeitig die Forderung stellen, es müssen mehr Lehrer, mehr Professoren, mehr Postler, mehr Eisenbahner, mehr Justizpersonal eingestellt werden. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

Wir haben einen Budgetrahmen; wenn Sie glauben, daß die Mittel, die Einnahmen gesteigert werden können, dann haben Sie den Mut, das offen und ehrlich aufzuzeigen und zu sagen, wo es geschehen soll. (*Abg. Doktor Schwitter: Reden Sie auch über die Kosten der Sonderverträge!*) Wenn nicht, dann dürfen Sie auch in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck entstehen lassen, als sei dieses Budget stabilitätswidrig, konjunkturwidrig, als sei dieses Budget nicht geeignet, die großen Probleme, die vor uns liegen, zu lösen. (*Abg. Dr. Schwitter: Über die Sonderverträge reden Sie auch einmal! — Abg. Deutschmann: Das interessiert ihn nicht!*) Wir sind bereit, in Verhandlungen einzutreten. Sie, meine Damen und Herren, sind eingeladen, nun konkrete Vorschläge auf den Tisch zu legen, über die man reden kann, und am Schluß wird man ja sehen, was von Ihren Vorschlägen übrigbleiben wird. Ich befürchte, es wird nicht mehr sein als im vergangenen Jahr, wo zwar sehr viel für Optik geschehen ist, aber in Wirklichkeit keine brauchbaren Unterlagen bereitgestellt werden konnten. (*Ruf bei der ÖVP: Das bestimmen Sie, was brauchbar ist!*) Wir Sozialisten erblicken in diesem Budget einen konstruktiven Beitrag, Österreich auf dem Wege nach Europa einen entsprechend hohen Wohlstand für alle Bevölkerungskreise zu sichern, und deswegen begrüßen wir dieses Budget aufrichtig. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Broda. Er hat das Wort.

Bundesminister für Justiz Dr. **Broda**: Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Klubobmann Professor Dr. Koren hat sich in seiner Rede auf die Beratungen des Arbeitskreises Medienrechtsreform bezogen. Es liegt mir jetzt das stenographische Protokoll dieser Stelle aus der Rede des Herrn Klubobmannes vor. Dazu scheint mir eine Klarstellung notwendig. Es ist in den letzten Tagen beziehungsweise Stunden die Entscheidung eines Gerichtes in öffentliche Diskussion gezogen worden. Um jedes Mißverständnis in der Öffentlichkeit von vornherein ein für allemal auszuräumen, darf

ich Ihnen den Inhalt eines Briefes zur Kenntnis bringen, den ich heute fernschriftlich dem Herrn Chefredakteur der betroffenen Zeitung, des „Niederösterreichischen Volksblattes“, geschrieben habe. Ich zitiere wörtlich:

„Auf Seite 2 des ‚Niederösterreichischen Volksblattes‘ vom 24. 10. 1972 richten Sie in einem Artikel, der sich mit der Beschlagnahme Ihres Blattes vom 19. 10. 1972 befaßt, einen Angriff gegen das Bundesministerium für Justiz und mich“ — ich füge noch hinzu: auch gegen die Bundesregierung —, „der jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt. Die Beschlagnahme und Hausdurchsuchung wurden in einem Privatanklageverfahren beantragt und vom Bezirksgericht Linz beschlossen. Gemäß Artikel 87 der österreichischen Bundesverfassung sind Richter in Ausübung ihres richterlichen Amtes unabhängig. Da es sich im gegenständlichen Fall um ein Privatanklageverfahren handelt, sind hier auch nicht die staatsanwaltschaftlichen Behörden eingeschritten, sodaß mit diesem keinerlei weisungsgebundene Justizorgane befaßt sind. Weder das Bundesministerium für Justiz noch staatsanwaltschaftliche Behörden hatten überhaupt Kenntnis vom Antrag des Privatanklägers beziehungsweise vom Beschluß des Gerichtes. Die von Ihnen gezogenen Schlußfolgerungen“ — schrieb ich an den Herrn Chefredakteur des „Volksblattes“ — „bezüglich des Bundesministeriums für Justiz entbehren daher jeder tatsächlichen Grundlage. Im übrigen wird vom Ergebnis des anhängigen Beschwerdeverfahrens abhängig sein, ob die Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof mit der dem Beschwerdeverfahren zugrunde liegenden Rechtsfrage zu befassen sein wird.“

Ich darf der Erwartung Ausdruck verleihen“ — schloß ich meinen Brief —, „daß Sie diese Klarstellung Ihrer Leserschaft zugänglich machen werden, und zeichne mit dem Ausdruck meiner

vorzüglichen Hochachtung“

Hohes Haus! Ich habe mich verpflichtet gefühlt, diese Klarstellung dem Hohen Haus im vollen Wortlaut zur Kenntnis zu bringen. Dem Herrn Klubobmann Professor Dr. Koren und dem Hohen Haus möchte ich versichern, daß wir mit größter Intensität so wie bisher die Beratungen des Arbeitskreises Medienrechtsreform mit dem Ziel der Schaffung eines modernen österreichischen Presserechtes fortsetzen werden. Das entspricht auch einem neuerlichen dringenden Verlangen der österreichischen Journalistengewerkschaft, dem ich gerne nachkommen werde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir vorgenommen, heute eine Rede zu halten in der Dauer, wie es beim Europarat in Straßburg üblich ist, nämlich nicht mehr als zehn Minuten. Aber da doch einige sozialistische Redner vor mir gesprochen haben, bin ich gezwungen, auf diese Ausführungen einzugehen, und deshalb bitte ich jetzt schon um Nachsicht, wenn es bei den vorgenommenen zehn Minuten leider nicht bleiben kann.

Der erste — ich komme, Herr Minister Broda, auf die Sache, die Sie jetzt gebracht haben, dann ausführlich zurück —, mit dem ich mich — und das ist mir wirklich nicht besonders angenehm — beschäftigen muß, ist wieder einmal Finanzminister Dr. Androsch.

Herr Minister Dr. Androsch, Sie können offensichtlich aus Ihrer Haut nicht heraus. (*Abg. Haas: Sie auch nicht! Gerade Ihnen steht das nicht zu! Gerade Ihnen!*) Ja passen Sie nur auf, was ich jetzt sage. Vielleicht trifft auch manches von dem auf Sie zu, denn Sie sind ja einer derer, Herr Kollege Haas — wenn Sie schon geglaubt haben, jetzt einen Zwischenruf machen zu müssen —, die sich immer durch eine ganz besondere Art von Zwischenrufen auszeichnen. Ich möchte nicht unbedingt den Ausdruck „gehässig“ gebrauchen, aber so ähnlich; in diese Kategorie gehören Ihre Art von Zwischenrufen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister Dr. Androsch! Sie wollen offensichtlich oder können nicht, ich glaube eher, Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß es nicht möglich ist, von der Regierungsbank aus zu polemisieren. Sie sind Abgeordneter dieses Hohen Hauses, und wenn Sie polemisieren wollen, dann von diesem Pult aus. Hier oben sprechen Sie als Regierungsmitglied und nicht als Abgeordneter. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Wer bestimmt, was Polemik ist, Herr Dr. Withalm?*) Das mußte einmal in diesem Hohen Haus, ich weiß nicht, ob Sie damals diesem Haus schon angehört haben, dem damaligen Vizekanzler Dr. Pittermann klargemacht werden, und er hat tatsächlich dann, ich glaube, Sie waren damals schon da, von diesem Rednerpult aus gesprochen.

Herr Minister Dr. Androsch, ich habe viel Verständnis für jugendliches Temperament. Aber immerhin haben Sie jetzt eine zweieinhalbjährige Erfahrung als Regierungsmitglied, sodaß, glaube ich, mit Recht erwartet werden kann, daß die Spielregeln endlich auch von

Ihnen eingehalten werden. Ich habe genau bemerkt, daß Sie den Abgeordneten Doktor Tull, der soeben gesprochen hat — es war bereits eine Nutzenanwendung offensichtlich antizipativ —, zu sich gerufen haben und ihm gesagt haben, er solle zu einem bestimmten Punkt eines Vorredners Stellung nehmen. Da haben Sie gewußt, daß Polemiken von Abgeordneten der eigenen Fraktion hier von diesem Pult vorzutragen sind und offensichtlich nicht von der Regierungsbank. (*Ruf: Hellseherische Fähigkeiten!*)

Im übrigen war Ihre Bemerkung, die Sie zur Frage der Brotpreiserhöhung gemacht haben, hochinteressant. Abgesehen von der Polemik, die auch in dieser Bemerkung enthalten war, zeigte diese Ihre Bemerkung — ich habe ganz genau Ihre Physiognomie beobachtet — Ihre große Vorliebe und Sympathie und — das ist jetzt alles unter Führungszeichen — Ihr „großes Verständnis“ für die Bauernschaft. Alles das — und darüber müssen Sie sich jetzt auf der Regierungsbank und hier auf der linken Seite in diesem Hohen Haus im klaren sein — trägt nicht dazu bei, das Klima in diesem Hause zu verbessern.

Gerade Sie als Regierungspartei müssen doch besonders daran interessiert sein, daß ein halbwegs vernünftiges Klima in diesem Hause ist, denn Sie wollen ja etwas weiterbringen. Und etwas weiterbringen können Sie nur, wenn ein entsprechendes Klima in diesem Hause gegeben ist. (*Abg. Haas: Vor 1970 sprachen Sie anders!*)

Herr Minister Dr. Androsch! Sie sprachen von Alternativen der Sozialistischen Partei in den Jahren 1966 bis 1970, und Kollege Dr. Tull hat eben auch davon gesprochen. Sie haben gesagt, in Form von Programmen hätten Sie damals eine ganze Reihe von Alternativen entwickelt.

Ich halte mich hier an den damaligen geschäftsführenden Klubobmann der sozialistischen Fraktion, den jetzigen Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich Czetel, der gesagt hat — und da bin ich ganz mit ihm einer Meinung —: Es ist nicht die Aufgabe einer Oppositionspartei, womöglich ein Alternativbudget vorzulegen. Laut Verfassungsauftrag hat die Bundesregierung dieses Budget dem Hohen Haus vorzulegen, und Aufgabe der Opposition ist es, dieses Budget entsprechend — und das werden wir machen — unter die Lupe zu nehmen.

Nun einige Ausführungen zu dem, was der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei Marsch gesagt hat. Sie sprachen von der Wirksamkeit der Waffe „Dringliche Anfrage“.

Dr. Withalm

Sie sagten — wenn ich das richtig mitgeschrieben habe —, die Wirkung hänge von dem ab, der sie einbringt.

Ich war vorige Woche nicht da, habe daher den Mittwoch und die Wirkung der beiden dringlichen Anfragen nicht unmittelbar miterlebt, sondern nur die Fernwirkungen in Straßburg gespürt. Ich muß sagen: Es muß einiges hier in diesem Haus gegeben haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Wirkung hat hier wirklich von dem, der sie eingebracht hat, abgehangen, und sie scheint mir beträchtlich gewesen zu sein.

Sie haben mich zitiert. Sie haben gesagt, ich hätte 1966 erklärt: Natürlich muß eine Regierungspartei von der Mehrheit, die sie vom Volk bekommen hat, entsprechend Gebrauch machen. — Dazu stand ich damals, dazu stehe ich heute. Sie haben dann gesagt: Wir werden es nicht so machen. — Soll ich das so auffassen, daß Sie von der Mehrheit nicht Gebrauch machen wollen? Hier befinden Sie sich offensichtlich in einem Widerspruch zu Ihrem Klubkollegen Dr. Fischer, der mich ebenfalls — im Sommer dieses Jahres ist es gewesen — zitiert hat und der, wie ich glaube, damals das gleiche Zitat gebracht hat: Nun, natürlich, genauso wie Dr. Withalm es damals gesagt hat, werden wir es praktizieren, nämlich — das ist durchaus legal — von der Mehrheit Gebrauch machen.

Jetzt eine Anmerkung zu Ihren Ausführungen betreffend den OECD-Bericht. Herr Kollege Marsch, das müssen Sie doch wissen: Der OECD-Bericht — das hat auch Dr. Hauser in einem Zwischenruf gesagt — ist doch ein Regierungsbericht, also der Bericht der österreichischen Bundesregierung an die OECD, und das wird dort ... (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.*) Herr Bundeskanzler! Natürlich ist das so, das war auch zu unserer Zeit so. — Und das wird dort entsprechend eingearbeitet beziehungsweise aufgearbeitet.

Jetzt zu Ihrem Zwischenruf, den Sie zu den Ausführungen des Abgeordneten Zeillinger gemacht haben. Als er von den Preissteigerungsraten in Österreich sprach, riefen Sie dazwischen: „So vergleichen Sie doch mit den Preissteigerungsraten in der OECD!“

Ich darf Ihnen dazu sagen: In Österreich interessiert es keinen Menschen, interessiert es nicht eine einzige Hausfrau, interessiert es nicht einen einzigen Pensionisten, wie hoch die Preissteigerungsrate in den Ländern der OECD ist, sondern interessant ist ausschließlich, wie hoch sie bei uns in Österreich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn eine Hausfrau in ein Geschäft geht und feststellt, daß schon wieder dies und jenes teurer geworden ist, fragt sie nicht den Geschäftsinhaber: Wie hoch ist denn die Preissteigerungsrate in Frankreich oder in der Bundesrepublik?, sondern sie legt sich die Frage vor, wie stark ihre eigene Geldbörse belastet wird. Also einzig und allein das ist für die Österreicherin und den Österreicher interessant. (*Abg. Dr. Fischer: Das Hausfrauenniveau ist das Argument, das Sie hier im Parlament bringen!*) Nein. Sie brauchen gar nicht ein Hausfrauenniveau zu nehmen, nehmen Sie meinewegen das Niveau des jetzigen Handelsministers Dr. Staribacher, des damaligen Abgeordneten Dr. Staribacher, der im Februar 1970, also unmittelbar vor den Wahlen vom 1. März 1970, gesagt hat: Mich interessiert das überhaupt nicht. — Vielleicht hat er genau die gleichen Worte gebraucht, die ich jetzt gebraucht habe. Er meinte: Mich interessiert das überhaupt nicht! — Es war also nicht das Hausfrauenniveau. Wenn Sie damit allerdings die Hausfrauen irgendwie diskriminieren wollen, Herr Kollege Dr. Fischer, wird das nicht uninteressant sein. (*Zwischenruf.*)

Ich halte mich hier an Dr. Staribacher, der im Februar 1970 genau das gleiche konstatiert hat, was ich festzustellen mir jetzt gestattet habe.

Zur Frage der Personaleinstellungen: Sie haben gemeint, Herr Kollege Marsch, daß es immerhin notwendig war, jetzt mehr Lehrer einzustellen, Hochschullehrer, Assistenten, Dozenten und so weiter.

Ich darf in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß in der Zeit, in der wir allein regierten, 16.000 Lehrer zusätzlich eingestellt wurden und daß es in dieser Zeit — in aller Bescheidenheit merke ich das an — gelungen ist, über 5000 Beamtenposten einzusparen, trotz der Einstellung von 16.000 zusätzlichen Lehrpersonen.

Aber wie wir leider Gottes überall in Österreich momentan eine Inflation haben, haben wir leider Gottes auch eine Personalinflation unter der Regierung Dr. Kreisky.

Zu Ihren Ausführungen zur Meinungsvielfalt bei der Presse. Hier sagten Sie emphatisch: Das nehmen wir sehr ernst! — Ich komme dann im Zusammenhang mit dem „Linzer Volksblatt“ auf diese Frage zu sprechen.

Nur eine kurze Anmerkung zur Frage ORF-Volksbegehren. Herr Kollege Marsch und meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Wir haben 1966, damals auch mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei,

Dr. Withalm

dem Volksbegehren dadurch entsprochen, daß wir als erstes Gesetz in der damaligen Legislaturperiode das Rundfunkgesetz beschlossen haben. Damit war dem Verlangen von 832.000 Österreichern Rechnung getragen worden. (*Abg. Hans Mayr: Das stimmt nicht!*) Ich glaube doch. Mir ist nicht bekannt geworden, daß die Initiatoren des Volksbegehrens gesagt hätten: Das, was wir verlangt haben, ist in diesem Gesetz nicht entsprechend zur Geltung gekommen.

Aber heute geht Dr. Kreisky her — das ist wirklich hochinteressant — und sagt, daß er, Bundeskanzler Dr. Kreisky, dafür Sorge tragen werde, daß dem Volksbegehren aus dem Jahre 1965 — 832.000 Unterschriften! — nun endlich wirklich Rechnung getragen werde. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Haben Sie es unterschrieben, Dr. Kreisky?*) Er fügte allerdings hinzu, er müsse das Volksbegehren noch ein bißchen studieren. Ich weiß nicht, ob das Studium mittlerweile beendet ist. (*Heiterkeit.* — *Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ja, ja!*) Ist schon beendet. Das ist sehr beruhigend, Herr Bundeskanzler! (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Jetzt eine Bemerkung zum Abgeordneten Dr. Tull. Dr. Tull hat seine Ausführungen ungefähr so begonnen, daß er gesagt hat: Das Budget 1973 stellt ein Unikat dar.

Ich muß sagen: Mit diesen Ausführungen Dr. Tulls bin ich voll und ganz einverstanden. Das Budget 1973 ist wirklich in jeder Beziehung ein Unikat. (*Abg. Mitterer: Das ist wahr!*) So etwas an Expansion, an Explosion, an höchstem Defizit hat es in Österreich noch nicht gegeben, daher ist der Ausdruck „Unikat“ in jeder Beziehung gerechtfertigt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch etwas zu Dr. Tull: Er meinte, daß es Auffassung der Sozialistischen Partei sei, daß größtmögliche Stabilität in Österreich herrschen solle. Finanzminister Dr. Androsch spricht von relativer Stabilität. Handelsminister Dr. Staribacher sagt, daß die Vollbeschäftigung absoluten Vorrang vor der Stabilität habe.

Ich habe der Sozialistischen Partei keine Ratschläge zu geben. Aber vielleicht wäre doch eine allgemeine Sprachregelung: Handelsminister, Finanzminister, Abgeordnete, nicht ganz unzumutbar.

Daß im übrigen größtmögliche Stabilität und Vollbeschäftigung durchaus miteinander in Einklang zu bringen sind, hat doch, glaube ich, ein Kamitz bewiesen und hat letzten Endes auch die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei in der Zeit von 1966 bis 1970 bewiesen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben die Frage Inflation völlig unterschätzt. Jetzt entwickelt diese Frage eine Eigengesetzlichkeit, derer Sie einfach nicht mehr Herr werden können — zu meinem größten Bedauern muß ich sagen, wenn ich hier als Österreicher spreche und nicht parteipolitisch denke und parteipolitisch spreche. Jetzt wird Ihnen angst und bange.

Die ersten Auswirkungen haben Sie bereits am 8. Oktober 1972 feststellen können, und Sie können sie jeden Tag ... (*Abg. Libal: Wo?*) Wo? Na, so naiv, Herr Kollege Libal, sind Sie eigentlich nie gewesen, daß Sie da die Frage stellen: Wo? Sie werden doch die Resultate in Salzburg mit großer Aufmerksamkeit verfolgt haben. Ich glaube, daß die Betriebsratswahlen in verschiedenen Betrieben auch nicht uninteressant ... (*Abg. Sekanina: Seit wann sind Sie ein Anhänger der KPÖ geworden?*) Nicht erfreulich! Nicht erfreulich, sage ich. Unterschieben Sie mir nicht etwas! Ich habe nicht gesagt, daß sie für uns erfreulich sind, sondern für die Kommunisten erfreulich sind. (*Abg. Sekanina: Ihre Partei hat nichts gewonnen!*) Ich sage nur, daß sie für die Sozialistische Partei offensichtlich nicht ganz befriedigend zu sein scheinen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Sekanina: In welchen Betrieben haben Sie gewonnen?*)

Jetzt sage ich Ihnen eines. Mit Ihnen werde ich mich in einer Frage gleich anschließend beschäftigen, Herr Kollege Sekanina. (*Abg. Sekanina: Natürlich, ich werde mich auch damit beschäftigen! In welchen Betrieben haben Sie Mandate gewonnen?*)

Ich hatte Gelegenheit, mit einigen sozialistischen Kollegen darüber zu sprechen. Ich sage Ihnen eines: Sie können mich in einem Jahr beim Wort nehmen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei. Es ist wirklich ein reiner Zufall, daß die Gemeinderatswahlen in Salzburg am 8. Oktober 1967 stattgefunden haben, und wegen des Schaltjahres fanden sie jetzt wieder am 8. Oktober 1972 statt; und damals, auch acht Tage vorher, am 1. Oktober 1967, in Krems und jetzt, im Jahre 1972, auch wieder, am 1. Oktober. Krems werden Sie ja nicht als einen ausgesprochenen Erfolg für sich betrachten, wenn Sie 1600 Stimmen innerhalb eines einzigen Jahres, verglichen mit der Nationalratswahl, verloren haben. (*Abg. Sekanina: Wie viele Mandate haben Sie bereits verloren?*) Das ist ein Faktum!

Meine Damen und Herren! Wenn Sie vom Burgenland reden, so ist das ja nur ein Selbsttrost, den Sie sich zusprechen, wenn Sie sagen:

Dr. Withalm

So stark waren wir noch nie! — Die absolute Mehrheit ist weg, und das ist doch immerhin etwas!

Von Salzburg will ich gar nicht reden. Mit viel Glück sind es dort nicht drei Mandate geworden, die Sie verloren haben, sondern nur zwei. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Also merken Sie sich, nehmen Sie mich in einem Jahr beim Wort. Wie wir uns damals den 8. Oktober 1967 gut gemerkt haben, so merken Sie sich den 8. Oktober 1972. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend zu Dr. Tull. Er hat auf einen Zeitungsartikel, den ich vor wenigen Wochen in der „Presse“ geschrieben habe, hingewiesen, und gesagt, ich hätte eine Wehklage angestimmt über die Parlamentsreform. Meine Damen und Herren! Viele Leute haben mich wegen dieses Artikels angesprochen, aber niemandem ist aufgefallen, daß ich hier eine Wehklage angestimmt hätte. Ich habe in bezug auf die Parlamentsreform eigentlich nur das getan — und das ist eigentlich der Gegenstand meiner heutigen Ausführungen, zu denen ich sprechen wollte; ich komme dann darauf zurück —, was Dr. Broda vor einigen Jahren verlangt hat. Er hat damals gesagt: Jetzt ist es Zeit, und es darf einfach — ich weiß nicht mehr wörtlich den Ausdruck — die Reform der Geschäftsordnung des Parlaments nicht mehr aufgeschoben werden.

Jetzt komme ich zu dem — wie ich es sagen möchte — sehr ernsten Vorfall aus den letzten Tagen, mit dem sich Justizminister Dr. Broda — ich gebe zu, sehr geschickt, indem er die Flucht nach vorne angetreten hat — bereits beschäftigt hat.

Vor mir liegen die „Salzburger Nachrichten“ vom heutigen Tag. Da heißt es unter dem Titel „Wehleidige Politik“ — ich zitiere —: „Wie in Österreich mit der Pressefreiheit umgegangen wird und wie Politiker, die sonst im Austeilen nicht zimperlich sind, die Nerven verlieren können, zeigte die Hausdurchsuchung beim ‚Linzer Volksblatt‘, einem Organ der ÖVP.“ *(Abg. Sekanina: Entschieden hat ein unabhängiger Richter!)*

Als ich das gelesen habe, habe ich mir gleich gedacht: Wer könnte denn das sein? Und wer sonst ja im Austeilen nicht sonderlich zimperlich ist — er hat sich jetzt eigentlich gleich selbst gemeldet, der Kollege Sekanina! *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)* Er hat sich angesprochen gefühlt. Und da fand nun eine Hausdurchsuchung beim „Linzer Volksblatt“ statt.

Eine Äußerung eines Ärztevertreters, daß die Wiener Gebietskrankenkasse betrügerische Manöver — oder so ähnlich war der Ausdruck — begangen habe ... *(Abg. Sekanina: Nicht so ähnlich, sondern wörtlich!)* Wörtlich? Bitte! Dann gebe ich es wörtlich wieder. Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar.

Herr Kollege, wenn Sie mich unterstützen, auch korrigieren, bin ich sehr dankbar. Es bleibt also bei betrügerischen Manövern, die der Ärztevertreter vorgeworfen hat, und genau das hat das „Volksblatt“ wie auch andere Zeitungen berichtet. *(Abg. Sekanina: Andere Zeitungen haben es anders formuliert!)*

Und interessanterweise wurde nur bezüglich des „Volksblattes“ eine Aktion eingeleitet. Aber das bleibt natürlich der Wiener Gebietskrankenkasse überlassen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Und dazu darf ich Ihnen jetzt folgendes sagen. Vielleicht werden Sie heute noch Gelegenheit haben — es wäre sehr interessant, Ihren Standpunkt kennenzulernen —, hier von diesem Pult aus den Standpunkt des Obmannes der Wiener Gebietskrankenkasse dem Hohen Haus und damit der Öffentlichkeit bekanntzugeben. *(Abg. Sekanina: Gern!)* Die Hausdurchsuchung — das steht ja mittlerweile eindeutig fest — war gesetzwidrig. Ich verweise auf das Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes, Entscheidung vom 12. Juli 1966. Der Succus dieser Entscheidung ist: Der im Pressegesetz verankerte Schutz des Redaktionsgeheimnisses bewirkt, daß auch die Vornahme einer Hausdurchsuchung zum Zwecke der Auffindung und Beschlagnahme nicht freiwillig herausgegebener Schriftstücke unzulässig ist. — Ich glaube, da gibt es überhaupt nichts zu debattieren. Das war die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes. Soweit die juristische Seite dieser Angelegenheit.

Aber ich glaube, jetzt wird die Frage auch für uns Politiker interessant. Und da schritt nun ein Rechtsanwalt Dr. Amhof als Rechtsvertreter der Wiener Gebietskrankenkasse, immerhin einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, ein und gab im Fernsehen — das war gestern abend — eine Erklärung ab, die bereits vom Klubmann Dr. Koren zitiert wurde.

Weil mir das so ungeheuerlich vorkommt, scheint es mir notwendig, diese Erklärung noch einmal im Hohen Haus — in diesem Fall würde ich sagen: in der etwas gedehnten Sprechweise, die uns ja nicht ganz unbekannt ist — zu bringen. Es heißt hier — das sagte Dr. Amhof gestern abend in der „Zeit im Bild“ —: Richtig ist, daß die Rechtsprechung, besonders was die Beschlagnahme eines

Dr. Withalm

Manuskripts betrifft, gegenteiliger Meinung ist. Gleichwohl wurde dieser Versuch unternommen aus der Erwägung, weil man auf diesem Umweg noch hin und wieder die Wahrheit erfährt, wer als Verfasser hinter diesem Artikel steht.“

Meine Damen und Herren! Sind wir uns der Ungeheuerlichkeit der Aussage dieses Rechtsanwaltes bewußt? — Das ist wirklich etwas Ungeheuerliches, wenn er sagt — im Fernsehen hat er das gesagt, ein Jurist, ein Rechtsanwalt! —: „Gleichwohl wurde dieser Versuch unternommen“ — also ganz vorsätzlich; ich unternehme einen Versuch, um eben zu diesem Ziel zu kommen — „aus der Erwägung, weil man auf diesem Umwege doch hin und wieder die Wahrheit erfährt, wer als Verfasser hinter diesem Artikel steht.“

Damit beschäftigen sich die heutigen Zeitungen zum Teil sehr ausführlich. Die „Kleine Zeitung“ Graz schreibt unter dem Titel „ÖVP-Redaktion durchsucht“: „„Quick-Affäre“ nun bei uns: Kriminalbeamte fahnden nach Artikelschreiber.“ — Es heißt hier: „Die deutsche „Quick-Affäre“ — gerichtlich angeordnete Hausdurchsuchungen in Redaktionen — wiederholte sich nun in Österreich.“

Die „Salzburger Nachrichten“ schreiben dazu: „Dank der Empfindlichkeit der Wiener Gebietskrankenkasse einem Blatt gegenüber, dessen Verbreitung regional sehr eingeeignet ist, hat Österreich seinen provinziellen Quick-Skandal erhalten.“ (Abg. Sekanina: Das Wehren gegen einen Betrugsvorwurf ist doch keine Empfindlichkeit!)

Herr Sekanina, wenn Sie jetzt noch das rechtfertigen wollen, was hier getan wurde, dann, muß ich leider Gottes sagen, nimmt diese Affäre Formen an, die wirklich gefährlich werden können, denn Sie bekennen sich mit dem, was Sie jetzt gesagt haben, zu diesem Vorgehen Ihres Rechtsanwaltes! (Beifall bei der ÖVP.)

Auf eine Frage der „Kleinen Zeitung“ an Sie — hier nachzulesen — steht, daß Sie sich offensichtlich von dieser Angelegenheit zu distanzieren versucht haben, dadurch nämlich, daß Sie gesagt haben, der Anwalt hätte von der Gebietskrankenkasse, das heißt von ihrem Obmann, keinen Auftrag gehabt, einen Antrag auf Hausdurchsuchung zu stellen. Das wollten Sie mit dem, was Sie hier der Zeitung gegenüber ausgesagt haben, mehr oder weniger ablehnen beziehungsweise von sich wegwälzen. Nach dem, was Sie jetzt gesagt haben, Herr Kollege Sekanina, haben Sie sich mit dem, was von Ihrem Anwalt durchgeführt wurde, voll und ganz solidarisiert. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Das

stimmt doch gar nicht! Jetzt sagen Sie bewußt etwas Unwahres!) Schön, dann berichtigen Sie, Herr Kollege Sekanina, die „Kleine Zeitung“! Aber ich persönlich verbitte es mir ganz energisch, daß Sie, der Sie in dieser Angelegenheit einige Dinge gemacht haben, die nicht ganz sauber sind, mir jetzt womöglich Unwahrheit nachsagen beziehungsweise mir nachsagen, daß ich Dinge sage, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Sie haben es ja gerade gesagt! — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.) Weil gerade ein Oberösterreicher — Libal — einen Zwischenruf gemacht hat, darf ich natürlich auch nicht die „Oberösterreichischen Nachrichten“ vergessen. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ schreiben heute zu diesem Thema: Niemand kann leugnen, daß eine Hausdurchsuchung bei einer Zeitung zumindest an einen bedenklichen Vorgang mahnt, nicht nur, weil ihn ein höchstgerichtlicher Beschluß bereits als fragwürdig abstempelte, sondern weil es einfach gegen einen Staat spricht, in dem so etwas passiert. Deutlicher, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man es nicht mehr sagen. (Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich gehe auf das, was Justizminister Doktor Broda gesagt hat, gar nicht ein. Das ist nicht meine Aufgabe (Zwischenrufe bei der SPÖ), aber ich bezeichne das, was sich hier abgespielt hat, zumindest — um mich jetzt zurückhaltend auszudrücken — als ein unmoralisches Verhalten, das Richter in unmöglichste Situationen bringen kann und auch tatsächlich bringt, wie sich das in Oberösterreich gezeigt hat. (Zwischenruf des Abg. Haas.) Bitte? Aha, der Haas wieder, natürlich.

Wir haben heute ganz bewußt und sehr wohl überlegt davon Abstand genommen, diesen Vorfall auf breiter Ebene hier in diesem Hohen Haus zu besprechen. Ganz bewußt. Wir warten einmal die Entscheidung, die fällig ist, ab. Es läuft ja, wie Dr. Broda gesagt hat, ein Beschwerdeverfahren. Diese Entscheidung warten wir ab. Aber eines darf ich Ihnen jetzt wirklich mit allem Ernst und mit allem Nachdruck sagen: Seien Sie überzeugt, daß wir mit allergrößter Aufmerksamkeit den Fortgang dieser Angelegenheit verfolgen werden. Wir können nur eindringlichst warnen: Wir lassen an der Pressefreiheit, von der so viel gesprochen wird, nicht rütteln. Wir lassen sie nicht antasten. Das, meine Damen und Herren, ist ein kritischer Punkt. Und wenn wir zu diesem kritischen Punkt einmal kommen sollten, so würde das wirklich das innenpolitische Klima leider Gottes nicht nur nicht verbessern, sondern sehr, sehr verschlechtern.

Dr. Withalm

Und jetzt komme ich zu meinen ursprünglich vorgehabten Ausführungen, die glaube ich, die Gemüter, vor allem auch des Herrn Kollegen Sekanina, nicht mehr besonders erregen werden. Ich wollte mich nämlich heute wirklich nur zehn Minuten hindurch mit dem Parlament, seinen Rechten und notwendigen Reformen beschäftigen. Wir wissen doch alle und haben es miterlebt, daß seit dem 6. März 1966 in Österreich manches in Bewegung geraten ist, gerade auch auf parlamentarischem Boden. Damit sollten wir uns und damit müssen wir uns als Parlamentarier beschäftigen. Wir scheinen allerdings erst nach dem 6. März 1966 daraufgekommen zu sein, daß sich verschiedenes hier geändert hat; die Freiheitlichen als Oppositionspartei haben ja diese Erfahrung immer schon machen müssen, aber uns, den beiden großen Parteien, wurden diese Dinge erst so richtig nach dem Ende der Koalition bewußt.

Wenn ich heute zu Problemen der parlamentarischen Demokratie Stellung nehme, dann möchte ich den Versuch unternehmen, es nicht von der Warte eines derzeitigen — ich betone „derzeitigen“ — Oppositionspolitikers zu tun, sondern als Mann, der immerhin 20 Jahre diesem Hohen Haus angehört, der in dieser Zeit manche Erfahrungen gesammelt hat und der — das gebe ich zu — auch vieles gelernt hat und der überzeugt ist, daß die parlamentarische Demokratie trotz aller Mängel, die ihr anhaften, ein System ist, in dem das Leben lebenswert ist, ein System, das erhalten und ausgestaltet werden muß, das heißt, den jeweiligen Gegebenheiten im gesellschaftlichen Leben angepaßt werden muß.

Wie schaut es nun, meine Damen und Herren — und ich glaube, es ist gut, wenn wir uns gerade diese Frage bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes vorlegen —, diesbezüglich bei uns in Österreich aus? Schon in den Schulen haben wir gelernt, daß die parlamentarische Demokratie auf dem Prinzip der Gewaltentrennung beruht: der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Gerichte. In diesem Rahmen war es immer ein unbestrittener Grundsatz, daß die Verwaltung der Gesetzgebung verantwortlich ist. Das ist die Theorie. In der Praxis sieht es allerdings etwas anders aus. Auch das, glaube ich, wurde uns erst so richtig seit dem März 1966 bewußt. Seit damals stützt, von der Minderheitsregierung 1970/71 abgesehen, eine mit absoluter Mehrheit ausgestattete Regierungspartei die Bundesregierung.

Ich erinnere mich sehr genau — und es sind viele da, die das genauso wissen, wie ich —, daß in der ersten Zeit der OVP-Alleinregierung versucht wurde, zu argumen-

tieren, auch die Regierungspartei als Teil des Parlamentes habe die Bundesregierung zu kontrollieren und, wo notwendig, auch zu kritisieren. Ich glaube, daß wir mittlerweile alle zur Kenntnis genommen haben, daß der Regierungspartei, und damit bestätige ich das, was Dr. Fischer zum Beispiel vor einiger Zeit zitiert hat, denn doch in erster Linie dazu berufen ist, das Regierungsprogramm durchzusetzen. Das galt für die OVP-Alleinregierung genauso, wie es heute für die SPÖ-Alleinregierung gilt.

Aber damit ist auch die Problematik der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament aufgeworfen. Es kann doch wirklich niemand erwarten, daß bei Vorhandensein einer mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Regierungspartei einem von dieser Regierungspartei gestellten Regierungsmitglied womöglich das parlamentarische — ich betone das „parlamentarische“ — Mißtrauen ausgesprochen wird. Die beiden großen Parteien haben mittlerweile die sehr unterschiedlichen Rollen der Regierungs- und der Oppositionspartei kennengelernt. Es könnte daher eigentlich gar nicht so schwer sein, die Fragen, die ich jetzt behandeln möchte, nicht vom Standpunkt der Opportunität oder vom jeweiligen Standort als Regierungspartei oder als Oppositionspartei, sondern ausschließlich von der demokratischen Verantwortung her, die ja gerade den Volksvertretern aufgetragen ist, zu sehen und auch zu diskutieren.

Ich gehe davon aus, daß das Parlament eine zweifache Aufgabe hat: die Gesetzgebung und die Kontrolle. Wir alle wissen, daß die Gesetzgebungsrolle des Parlaments — ich spreche jetzt nicht allein vom österreichischen Parlament — stark eingeschränkt ist; aus den verschiedensten Gründen sind diese Möglichkeiten beschränkt. Man spricht ja von der Rolle des Notars. Ich persönlich habe nichts dagegen, daß die Notare stark eingeschaltet werden. Aber wir sind leider Gottes jetzt mehr Gesetzesbeschließer als Gesetzesinitiatoren. Das mag bedauerlich sein, darüber wurde viel geschrieben und viel diskutiert. Ich verweise zum Beispiel auf die sicherlich interessanten Ausführungen Dr. Pittermanns und Dr. Neissers erst vor wenigen Wochen in verschiedenen Zeitungen. Es handelt sich hierbei um ein Faktum. Diese Entwicklung ist nicht von heute auf morgen gekommen, nicht von ungefähr, aber dieses Faktum haben wir zur Kenntnis zu nehmen, ob es uns paßt oder nicht.

Das heißt also, daß bei Schwächung einer der beiden Säulen, auf denen das Gebäude der Parlamente ruht, die andere, nämlich die

Dr. Withalm

Kontrolle, gestärkt werden muß. Diese Kontrolle muß ausreichende Befugnisse und genügend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

Derzeit ist weder das eine noch das andere der Fall. Von einer Waffengleichheit zwischen Regierung und Parlament kann doch heute leider Gottes nicht die Rede sein.

Ich möchte jetzt gar nicht in Details eingehen, aber ich möchte doch darauf verweisen, daß Möglichkeiten für qualifizierte Minderheiten — um nur einige Beispiele anzuführen — in der Frage etwa des Enqueterectes, in der Frage der Anfechtung von Gesetzen beim Verfassungsgerichtshof, in der Frage der Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse oder was Anträge beziehungsweise Aufträge an den Rechnungshof wegen Überprüfung verschiedener Vorfälle anbelangt, unbedingt geschaffen werden müssen, wenn wir ernsthaft von der Ausgestaltung der Kontrollrechte des Parlamentes reden wollen.

Diese Fragen, meine Damen und Herren — vielleicht wird uns das gar nicht ganz leichtfallen —, müssen wir völlig abseits der jeweiligen Situation, in der wir uns entweder als Regierungspartei oder als Oppositionspartei befinden, sehen. Ich weiß, nicht zuletzt aus eigener Erfahrung, daß es gar nicht leicht ist, sich völlig aus der Rolle, in der man sich momentan befindet, zu lösen und diese Fragen nicht bloß als Regierungs- oder als Oppositionspolitiker zu sehen, sondern ganz schlicht und einfach als Demokrat.

Natürlich ist es für eine Regierungspartei wesentlich bequemer, wenn sie nicht in allem und jedem von der Opposition hart und unablässig kontrolliert wird. Das wäre mir als dem damaligen Klubobmann in der Zeit von 1966 bis 1970 auch wesentlich lieber und sympathischer gewesen.

Meine Damen und Herren! Es geht aber hier nicht um Fragen der Bequemlichkeit — die Demokratie ist nun einmal keine besonders bequeme Regierungsform —, sondern es geht darum, daß der Wähler jederzeit das Gefühl haben kann, daß die Macht, die ja letzten Endes er verliehen hat, ständig unter Kontrolle gehalten wird und daß sie nicht mißbraucht werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht hier auch nicht um Fragen der Taktik oder der Opportunität, es geht um fundamentale Fragen, von deren positiver Beantwortung nicht zuletzt die Funktionsfähigkeit und damit die Daseinsberechtigung der parlamentarischen Demokratie abhängt.

Wenn wir uns daher zur parlamentarischen Demokratie bekennen — und niemand ist in diesem Saal, der das nicht täte —, dann, meine Damen und Herren, und das ist jetzt wirklich mein Appell an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, reden wir nicht länger über die gegebenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten: dann handeln wir und schaffen wir aus unserem Parlament jenes Instrument, das in der Lage ist, jene Rolle auch wirklich zu spielen, die ihm in der parlamentarischen Demokratie des ausgehenden 20. Jahrhunderts zukommt!

Die Vorarbeiten dazu sind geleistet. Die Wissenschaftler und die Politiker haben sich eingehend mit diesem Fragenkomplex beschäftigt und haben die Entscheidungsgrundlagen geschaffen. Die Notwendigkeit der parlamentarischen Kontrolle der vollziehenden Gewalt ist, glaube ich, völlig unbestritten und geradezu eine Lebensfrage für die parlamentarische Demokratie. Sie kann aber nicht dem Belieben der jeweiligen Regierungspartei überlassen werden. Zwangsläufig fällt diese Aufgabe der Opposition zu. Sie, die Opposition, muß in die Lage versetzt werden, daß sie dieser Aufgabe auch gerecht werden kann.

Das ist meine Auffassung: Alles ist vollkommen klar. Die Sache ist entscheidungsreif. Es bedarf nur mehr dieser Entscheidung selbst. Meine Damen und Herren! Diese Entscheidung ist uns aufgetragen, und niemand nimmt uns diese Entscheidung ab. Treffen wir daher diese Entscheidung gut und bald. Ich glaube, daß das im Interesse einer Verlebendigung der Demokratie in Österreich gelegen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch. Er hat das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Zuerst eine Feststellung zur Frage der Alternativen.

Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie in der Zeit 1966 bis 1969 von uns nicht nur Alternativen verlangt haben, sondern daß Sie sogar ein Alternativbudget verlangt haben, wobei Sie sicherlich gewußt haben — und Sie haben das sofort, als Sie in der Opposition waren, erklärt —, daß eine Opposition dazu nie in der Lage ist.

Warum haben Sie es auch getan? Nicht nur weil es berechtigt ist, von einer großen Partei zu verlangen, daß sie ihre Vorstellungen kundtut, sondern auch um sie in ihrer Kritik, in der Glaubwürdigkeit ihrer Kritik zu erschüttern, um zu zeigen, daß sie es nicht

Bundesminister Dr. Androsch

besser könne. Das haben Sie vier Jahre von uns verlangt. Sie haben Alternativen bekommen.

Sie haben von sich aus sofort gesagt: Ein Alternativbudget — so etwas geht rein technisch nicht!, und haben keine Alternativen dargelegt.

Nun zu einem anderen Problem. Ich darf an den 8. Juli dieses Jahres erinnern, als wir einen ganzen Tag über Ihre Vorwürfe im Zusammenhang mit der Errichtung der UNO-City diskutiert haben. Sie haben selbst das Wort ergriffen und haben ermahnende Worte an mich gerichtet. Gar nichts dagegen einzuwenden, wenn ein älterer Parlamentarier an einen jüngeren solche Ermahnungen richtet. Aber was ist dann zwei Tage später geschehen, als ob es die Diskussion am Samstag nicht gegeben hätte? — Dieselben Verdächtigungen, die am Samstag ausführlich diskutiert wurden und von Ihnen nicht zu halten waren, wurden in einer längst vorgedruckten Broschüre namens des ÖVP-Klubs — also auch, nehme ich an, in Ihrem persönlichen Namen — der Öffentlichkeit präsentiert. Waren es am Samstag noch Verdächtigungen, so würde ich glauben, daß das im normalen Sprachgebrauch ab Montag, dem 10., eine Verleumdung war.

Nun zur Frage der Spielregeln. Bei dieser Diskussion über die UNO-City hieß es: Verfassungsbruch, Amtsmißbrauch — also strafrechtliche Tatbestände. Dasselbe am vergangenen Mittwoch. Heute, aber nicht zum ersten Mal — also so gesehen könnte man sagen, nicht einmal erwähnenswert mehr —, in den Ausführungen des Klubobmannes mehrfach: Irreführung, Täuschung, Manipulation — Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier! —, Halbwahrheiten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Und nun sagen Sie, ich könne aus meiner Haut nicht heraus. Ich bekenne mich dazu, daß ich nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit hier noch immer auf strafrechtlich zu verfolgende Vorwürfe oder auf ehrenbeleidigende Vorwürfe dieser Art nicht mit einer Elefantenhaut, sondern empfindlich reagiere. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich war selbst einige Jahre oppositioneller Abgeordneter und hatte oft Gelegenheit, meine Fraktion unten am Rednerpult zu vertreten. (*Ruf bei der ÖVP: Das wäre auch heute besser!*) Aber Sie werden sich erinnern, daß Sie diesen Vokabelschatz in meinen Ausführungen nicht finden.

Ich bekenne mich zu einer harten Sachkritik, aber ich bitte um Verständnis, daß man derartige einerseits strafrechtlich zu ver-

folgende Vorwürfe, andererseits jedenfalls schwer ehrenrührige entschieden auch von der Regierungsbank aus zurückweisen darf und daß das in der Geschäftsordnung gedeckt ist. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Wahrheitsbeweis!*)

Zur Frage der Polemik: Ich bekenne mich zur Geschäftsordnung ebenso wie zu den ungeschriebenen Gesetzen, von denen ich meine, daß sie in einem Parlament oft wichtiger sind als die geschriebenen. Man könnte jetzt lang diskutieren, wer wann wo sich dann nicht daran hält. Das kann immer wieder vorkommen. Aber mir ist ebenso aufgefallen, daß Sie immer dann, wenn ich ein Argument bringe, das Ihnen unangenehm ist, und seien es nur nackte und nüchterne Zahlen, der Vorwurf der Polemik erheben. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Also das ...!*) Sie haben es heute ... (*Abg. Dr. Withalm: Wann war das der Fall? — Abg. Dr. Koren: Unter Beweis stellen!*) Am Beispiel des Brotpreises habe ich festgestellt, daß jedenfalls die Erhöhung des Brotpreises nicht auf einen Wunsch der Bundesregierung zurückgeht. Das ist eine nüchterne Feststellung. (*Abg. Doktor Koren: Aber es ist eine Konsequenz Ihrer Politik! — Zwischenruf des Abg. Withalm.*) Ich komme noch auf andere Preise zurück.

Und nun zu dem Vorwurf — denn das ist ein Vorwurf, Herr Abgeordneter —, der OECD-Bericht sei ein Regierungsbericht. Sie waren selbst in Ihrer Eigenschaft als Vizekanzler in dem Bereich tätig, in dessen Kompetenz die Frage der OECD gehört, nämlich im Bundeskanzleramt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihnen dabei nicht zur Kenntnis gelangt ist, wie der OECD-Bericht entsteht. Er entsteht durch eine Analyse und durch eine unabhängige Beurteilung der OECD in Paris — natürlich auf Grund der aus dem Inland stammenden Zahlen. (*Bewegung bei der ÖVP.*) Ja, aus welchen Zahlen soll er denn sonst entstehen? Er entsteht aus jenen Zahlen, die das Finanzministerium, das Statistische Zentralamt und das Institut für Wirtschaftsforschung zur Verfügung stellen.

Das ist so: Wer macht eine Bilanz? Macht sie der Buchhalter, der sorgfältig die Fakten aufzeichnet, oder macht sie jener, der bilanziert und die Bilanzanalyse vornimmt? Und ist es dann die Bilanz des Buchhalters oder jenes, der sie tatsächlich erstellt hat, wenn sie mir den Vergleich gestatten.

Also bei der Lieferung der Zahlen ist die Bundesregierung gewissermaßen derjenige, der das Material zur Verfügung stellt. Aber die Analyse, die Beurteilung und die Empfehlung ist eine Sache der unabhängigen OECD,

Bundesminister Dr. Androsch

und daher ist es völlig unrichtig, von einem Regierungsbericht zu sprechen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Zur Frage der relativen Stabilität. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In keiner Phase hatte es eine absolute gegeben. Es heißt also Illusionen zu wecken, im guten Glauben oder wider besseres Wissen, wenn man den Eindruck erweckt, es wäre eine absolute Stabilität möglich. Am allerwenigsten ist das in einer solchen Zeit möglich.

Aber daß es Ihnen gelungen wäre, eine größtmögliche Stabilität bei Vollbeschäftigung zu erzielen, ist nicht zutreffend. Ich darf Sie an das Jahr 1967 erinnern. Sie kommen selbst auf Ihrer Fahrt von Wolkersdorf nach Wien und zurück durch Floridsdorf, durch meinen politischen Bezirk. In dieser Zeit waren 4000 industrielle Arbeitsplätze unmittelbar bedroht. Ein Großteil ist auch verlorengegangen, und ein Großteil der Firmen hat zusperren müssen.

Ich erinnere an die Bauwirtschaft, die in dieser Zeit eine partielle Arbeitslosigkeit hatte und sich erst etwa 1970 von diesen Rückschlägen erholt hat.

In Zahlen ausgedrückt — ich bitte, mir diese Zahl jetzt nicht als Polemik zu werten — hat der Beschäftigtenstand seither um gut 100.000 oder etwa 100.000 zugenommen. Also daß es damals eine Vollbeschäftigung gegeben hätte, ist sicherlich nicht zutreffend. *(Ruf bei der ÖVP: Aber keine Arbeitslosen!)* Freilich hat es Arbeitslose gegeben, schauen Sie sich bitte die Zahlen an! *(Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Die gibt es heute genauso wie damals!)*

Und nun zur Preissteigerungsrate: Ich gebe gerne zu, daß sich die Hausfrau keine Gedanken macht über internationale Wirtschaftszusammenhänge und auf dem Standpunkt steht, daß sich ihre Situation darin zeigt, was sie beim Einkauf beim Kaufmann bekommt. Das gebe ich gerne zu. Das ist auch das besondere Problem, die Situation, in der wir uns befinden — nicht nur wir in Österreich, sondern das ist in allen Industriestaaten so.

Der wesentliche Unterschied, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Withalm, zu der Zeit 1966 bis 1969 ist doch der, daß wir damals ein geringeres Maß an relativer Stabilität trotz niederer absoluter Rate hatten, weil international gesehen die Preissteigerungsrate geringer war als in Österreich und in den letzten Jahren das eben umgekehrt war. *(Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Glaser: Das glauben Sie doch selber nicht!)* So unangenehm, so undankbar und so

schwierig es ist, das zu erklären und darzustellen, ist es doch, glaube ich, die Pflicht jedes Verantwortungsbewußten, eine entsprechende Aufklärung vorzunehmen.

Ich habe die ganze Diskussion verfolgt. Sie haben gesagt, Sie sprechen hier als Österreicher. Die Angriffe waren dieselben bei 4,4 Prozent und bei 4,7 Prozent, wie sie jetzt bei 6 Prozent sind, daß das so ganz uneigennützig, frei von parteipolitischen Interessen gewesen ist, kann ich nicht glauben, aber vielleicht täusche ich mich darin.

Und nun ein letztes Wort zum Budget 1973 und seinem Defizit. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das letzte Wort ist noch nicht gefallen!)*

Ich darf noch einmal sagen: Sie waren Staatssekretär im Finanzministerium und kennen die Dinge von daher; Sie waren Vizekanzler und kennen sie von dort. Ich bitte, doch zu überlegen, bei welchem Budget eine Zolssenkung im Zusammenhang mit dem EWG-Arrangement zu verkraften war, von dem zu hoffen ist, daß es auch dem Konsumenten zugute kommt. Das ist nicht so selbstverständlich, weil auch der Wegfall der Auto-sondersteuer nicht den Käufern von Autos zugute gekommen ist, sondern vom Preis aufgesogen wurde. Zu berücksichtigen war eine Einkommen- und Lohnsteuersenkung, die durchgeführt wurde. Gleichzeitig war — das hat Vorteile, aber natürlich durch die Belastung Nachteile — ein Finanzausgleich, der dem Bund nicht mehr, sondern weniger Mittel bringen wird, zu verkraften. Außerdem war eine so einschneidende Maßnahme wie die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem mit seiner Finanzierungslücke in der ersten Zeit zu verkraften — nicht weil das eine gesellschaftspolitische Zielsetzung der Regierungspartei ist, nein, sondern schlicht und einfach, weil es eine Notwendigkeit ist und eine Regierung eben auch dann, wenn es unangenehm ist, das Notwendige zu tun hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Lichte bitte ich Sie auch, das Defizit zu sehen, weil ja 5,5 Milliarden Schilling zu verkraften waren, die ich als Finanzminister hätte, wenn alle diese Maßnahmen nicht eintreten würden. Das heißt, wenn ich mir erlaube, das hypothetisch abzuziehen, weil ja diese Maßnahmen getroffen wurden, ergibt das ein Budgetdefizit von 5,7 Milliarden Schilling, welches jedenfalls geringer ist als die Schuldentilgungen und die Zinsen, die für früher eingegangene Verpflichtungen zu leisten sind.

Und nun noch etwas zum Defizit. Es wurde gesagt, es sei das höchste Defizit.

Bundesminister Dr. Androsch

„Die traditionelle Auffassung, die konjunkturpolitische Rolle des Budgets könne allein aus dem Saldo des Staatshaushaltes abgelesen werden, ist leider immer noch weit verbreitet. Nach dieser allzu vereinfachenden Vorstellung wäre der heuer präliminierte Abgang als konjunkturverstärkend zu bezeichnen. Diese rein statische Betrachtungsweise wird den vielfältigen Wirkungen des Staatshaushaltes aber nicht gerecht. Die Beurteilung muß sich beziehen auf:

die Höhe und Veränderung des Ausgaben- und Einnahmenvolumens,

die Struktur und Strukturänderungen der Einnahmen und Ausgaben,

die Finanzierungspolitik und

die praktische Durchführung des Budgets.

Berücksichtigt man all diese Faktoren, dann ergeben sie, daß der Haushalt 1970 eher konjunkturneutral angelegt ist.“ (*Rufe bei der ÖVP: Eher! Nur eher!*) Ja, eher. Haushalt 1970! Das war die Budgetrede des Abgeordneten Dr. Koren im Herbst 1969! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Sekanina** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die erste Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1973 gibt den Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat Gelegenheit, grundsätzliche politische Standpunkte auszusprechen (*Abg. Steiner: Und Hausdurchsuchungen zu verteidigen!*), gibt den Oppositionsparteien die Möglichkeit, ihre Meinung zur Tätigkeit der Bundesregierung auszusprechen. Wenn Sie gemeint haben, verehrter Herr Abgeordneter, daß es auch die Gelegenheit bietet, Hausdurchsuchungen zu verteidigen, dann darf ich Ihnen sagen: Ich habe die Absicht, hier einen Vorwurf, der gegen eine Körperschaft erhoben wurde, die immerhin eine Million Versicherte zu vertreten hat, zu entkräften.

Ich kann mir vorstellen, daß für Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, durchaus nicht angenehm ist, wenn man Ihnen das vorhält, was Sie in dem Zusammenhang mit dieser Angelegenheit getan haben. Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Koren, und zuletzt auch der Herr Abgeordnete Dr. Withalm haben sich mit dieser Angelegenheit doch sehr umfangreich beschäftigt. Es erscheint mir sinnvoll und zweckmäßig, daß ich die Gelegenheit wahrnehme, um von unserer Warte aus als Körperschaft, als Sozialversicherungsträger,

aber auch ich persönlich als der dort gewählte Obmann zu dieser Angelegenheit Stellung zu beziehen.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, einmal eine grundsätzliche Bemerkung: Die Wiener Gebietskrankenkasse als Krankenversicherungs- oder Sozialversicherungsträger ist gemäß § 32 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes mit eigener Rechtspersönlichkeit, und sie genießt demzufolge auch gemäß § 492 StG als gesetzlich anerkannte Körperschaft Ehrenschutz. Dieser Sachverhalt ist auch die Grundlage und die Ursache einer Vorgangsweise, die von Ihnen, meine Damen und Herren, aus politischen Überlegungen in ein Licht gerückt wird, von dem ich behaupten möchte, daß es ein falsches Licht ist.

Herr Dr. Withalm! Ich stehe nicht an, zu behaupten, daß ich als der nicht nur an Lebensjahren jüngere Abgeordnete, sondern auch an Dienstzeit, wenn ich das so formulieren darf, jüngere, aber immerhin mit einer Angehörigkeitszeit von zehn Jahren in diesem Hohen Hause gerne bereit bin, Erklärungen, Aufklärungen entgegenzunehmen. Ich erlaube mir nur, diese Erklärungen dementsprechend zu analysieren. Sie haben, Herr Dr. Withalm, in Ihren Bemerkungen hier den Versuch unternommen, mit gewohnter Routine den Abgeordneten der Sozialistischen Partei Österreichs in diesem Hohen Hause einen Vortrag über Demokratie zu halten. Ich möchte fragen, woran denken Sie, Sie und Ihre Fraktionskollegen, wenn Sie in Ihren Klubräumen das Bild des Dr. Dollfuß sehen? Denken Sie da auch an Demokratie und an ähnliche Dinge mehr, Herr Dr. Withalm? (*Abg. Dr. Withalm: Ein Mann, der für Österreich ermordet wurde!*) Wir als Sozialistische Partei haben es nicht notwendig, von Ihnen Vorträge über Demokratie zu hören. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben, Herr Dr. Withalm, und auch für Ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen sage ich das, in unserer jahrzehntelangen Geschichte durchaus eindeutig und kontrollierbar bewiesen, daß wir auf der Seite der Demokratie stehen. Das können Sie nicht widerlegen. Ich glaube, das sagen zu dürfen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie nun hergehen, Herr Dr. Withalm, und diese Frage in einer durchaus möglichen objektiven Art und Weise behandeln und hier mit viel Nachdruck und mit viel Energie — um Ihre Worte zu gebrauchen — uns vorwerfen, daß wir hier empfindlich reagiert, daß wir zimperlich reagiert hätten ... (*Abg. Dr. Withalm: Die Zeitung hat das geschrieben!*) Ja, Sie haben die Worte verwendet, Herr Dr. Wit-

Sekanina

halm, daher muß ich mich auf Ihre Aussagen beziehen, wenn Sie auch meinetwegen Zeitungen zitiert haben.

Ich darf mir bei der Gelegenheit vorher aber auch noch eine Bemerkung erlauben. Ich zähle mich zu jenen Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die nachweisen können, daß sie zu den Repräsentanten und Vertretern der österreichischen Presse nicht nur in dieser Funktion, sondern auch in anderen Funktionen bisher ein ausgezeichnetes Verhältnis hatten. Ich habe gestern im Fernsehen, verehrter Herr Abgeordneter, das getan, wozu ich als Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse durch einen Amtseid verpflichtet bin, nämlich Vorwürfe gegen diese Körperschaft, die nicht zutreffend sind, zurückzuweisen und das Ansehen und die Ehre dieses Instituts zu vertreten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Was ist das für ein Ansehen, wenn Sie Hausdurchsuchungen vornehmen und Beschlagnahmen?)* Herr Kollege Ofenböck, Sie reden nur von einem Teil. Sie reden nicht vom anderen Teil, weil der andere Teil in Ihr politisches Konzept nicht paßt. Sie haben es anscheinend durchaus gern gesehen, daß in den Zeitungen stehen könnte, daß die Wiener Gebietskrankenkasse als Versicherungsträger in betrügerischer Absicht handelt, und gegen das haben wir uns gewehrt, weil es unser Recht ist und weil ich dazu verpflichtet bin. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber die Mittel!)*

Darf ich Ihnen, Herr Dr. Kohlmaier, bei der Gelegenheit auch folgendes sagen: Wenn ich nicht irre, sind Sie freigestellter Sozialversicherungsangestellter. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Karenzurlaub!)* Oder beurlaubter, um die richtige Formulierung zu gebrauchen. Das heißt, Sie sind also im Bereiche der Sozialversicherung viele Jahre tätig gewesen. Sie haben gestern — ich werfe Ihnen das vor —, weil es in Ihr politisches Konzept paßt, der Öffentlichkeit einen Satz via Fernsehen übermittelt, der eigentlich attraktiv klingt. Sie haben gesagt: Es ist anzunehmen, daß es der Sekanina gewesen ist, der veranlaßt hat, daß solches geschehen kann. *(Abg. Dr. Withalm: Verantwortlich ist der Obmann, das ist doch völlig klar!)* Herr Dr. Withalm, Ihre Attacke war unnütz. Ich habe das nicht bestritten, was Sie gesagt haben.

Ich wollte ja nur das zitieren, was nach meinem Dafürhalten Herr Dr. Kohlmaier falsch gesagt hat. Er ist ja Sozialversicherungsangestellter, derzeit beurlaubter, und daher müßte er wissen, wie das in den Sozialversicherungsträgern gehandhabt wird, auf welcher Grundlage die Tätigkeiten der verantwortlichen Funktionäre durchgeführt werden. Dr. Kohl-

maier sage das, weil es ins Konzept paßt, weil ja wahrscheinlich etwas in der Öffentlichkeit hängenbleibt. Es geht Ihnen ja nicht nur um diese Angelegenheit. Es geht Ihnen darum, der Öffentlichkeit möglichst laufend zu dokumentieren, wie die Sozialistische Partei und ihre Funktionäre die Pressefreiheit in Österreich mit Füßen treten. Und das ist falsch, weil das Demagogie ist, weil das nicht zutrifft, weil Sie hier die Unwahrheit sagen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Das haben wir alles genauso erlebt! — Abg. Dr. Schwimmer: „Kronen-Zeitung“!)*

Herr Dr. Kohlmaier sagte gestern: Diese Vorgangsweise des Obmannes der Wiener Gebietskrankenkasse — also des Abgeordneten Sekanina — ist durch kein Gremium gedeckt.

Sie müßten wissen: Erstens einmal wie die Eidesformel lautet. Als beurlaubter Sozialversicherungsangestellter dürfte Ihnen das geläufig sein. Herr Dr. Schwimmer, Sie werden das sicher auch wissen, weil Sie auch Mitglied der Hauptversammlung der Wiener Gebietskrankenkasse sind *(Abg. Dr. Schwimmer: Ich bin auch angelobt!)*, Sie haben in meine Hand das Gelöbnis geleistet, wenn ich Sie daran erinnern darf. Und Sie werden bei diesem Eid auch inhaltlich wissen, daß der Obmann dieses Instituts verpflichtet ist ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das Presseggesetz zu achten!)* — natürlich, ohne Differenzen, Herr Dr. Kohlmaier —, unter anderem auch, das Ansehen des Versicherungsträgers zu wahren. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Dem haben Sie mit dieser Aktion geschadet! — Abg. Dr. Withalm: Dagegen ist ja gar nichts einzuwenden! Aber Sie haben Hausdurchsuchung beantragt!)* Ich weiß, daß das nicht angenehm ist, und ich weiß, daß es der ÖVP nicht gelegen kommt, wenn die Öffentlichkeit über die wahren Zusammenhänge informiert wird. Ihnen geht es nur darum, etwas zu produzieren, das in der Öffentlichkeit hängen bleibt, daß auf jeden Fall die Sozialistische Partei und ihre Funktionäre in ihrem Ansehen herabgesetzt werden. Herr Dr. Withalm, Sie haben sich sehr bemüht, das der Öffentlichkeit kundzutun. *(Abg. Dr. Withalm: Es geht uns ausschließlich darum festzustellen, wer die gesetzwidrige Hausdurchsuchung beantragt hat! Bekennen Sie sich dazu oder nicht?)* Ich werde Ihnen eine konkrete Antwort geben. Es wäre nur politisch fair von Ihnen gewesen, Herr Doktor Withalm, auch von Ihrem Klubobmann Doktor Koren und möglicherweise von allen anderen Rednern der ÖVP, die heute noch dazu Stellung beziehen, wenn Sie gesagt hätten, nur mit einer einzigen Andeutung: Die Behaup-

Sekanina

tung, daß die Wiener Gebietskrankenkasse betrügerische Absichten betreibt, ist durchaus deplaciert gewesen. Das wäre sehr fair von Ihnen gewesen. Aber Ihnen geht es ja nicht darum, sondern Ihnen geht es noch einmal darum, daß Sie möglichst viel politisches Kapital aus dieser Frage schlagen können. Anscheinend haben Sie keine anderen Probleme zu bewältigen. Daher beschäftigen Sie sich ausschließlich mit dieser Frage. (Abg. Doktor Withalm: Ist das für Sie ein ganz nebensächliches Problem, ob eine gesetzwidrige Hausdurchsuchung beantragt wird?)

Herr Dr. Schwimmer oder welcher Abgeordnete von Ihnen diesen Zwischenruf gemacht hat, ich darf Ihnen noch einmal sagen: Die Sozialistische Partei tritt uneingeschränkt für die Pressefreiheit ein. (Abg. Glaser: Das hat man gesehen! — Abg. Dr. Schwimmer: Rundfunk und „Kronen-Zeitung“! — Abg. Glaser: Die „Kronen-Zeitung“ wollten Sie ausräuchern!) Dazu brauchen wir von Ihnen wirklich keine Aufforderung. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn der Rundfunk über Sie berichtet, wenn der ORF etwas sagt, was nicht ganz in Ihr Konzept paßt, gibt es haufenweise Briefe an den Generalintendanten, Sie erheben Beschwerden, weil er sich erlaubt hat, einmal etwas anderes zu tun als das, was Ihnen gepaßt hätte. (Abg. Dr. Schwimmer: Das Rundfunkgesetz bleibt von uns unangetastet!)

Die niederösterreichische Ausgabe des „Volksblattes“ schrieb am 19. Oktober: „Ärzte werfen Kassen Betrug vor“, und sie war im weiteren Text im Gegensatz zu den anderen Zeitungen. Weder die „Kleine Zeitung“ Graz noch der „Kurier“ hat das so deutlich wie Ihre Zeitung geschrieben, und deswegen konnte ich mich nur mit Ihrer Zeitung beschäftigen. Sie haben wörtlich geschrieben: Die Wiener Gebietskrankenkasse ist es, der man diese betrügerischen Absichten vorwirft. (Abg. Doktor Withalm: Dann wehren Sie sich dagegen! Das ist ja richtig. Aber warum haben Sie eine Hausdurchsuchung gemacht? Diese Frage beantworten Sie!)

Was ist dann weiter geschehen, Herr Doktor Withalm, damit Sie über den Vorgang informiert sind? (Abg. Dr. Kreisky: Hören Sie zu, Herr Dr. Withalm!) In der weiteren Folge hat der verantwortliche Funktionär, Herr Doktor Withalm, das getan, wozu er verpflichtet ist, wozu jeder andere auch verpflichtet gewesen wäre. (Abg. Dr. Withalm: Zur Hausdurchsuchung, zur gesetzwidrigen Hausdurchsuchung?) Einen Augenblick! Ich kann das nur der Reihe nach beantworten.

Ich weiß, Herr Dr. Withalm, Sie möchten noch immer möglichst viel politisches Kapital herausholen. (Abg. Dr. Withalm: Na net werde ich!) Natürlich, jetzt geben Sie es ja zu. Es geht Ihnen nicht um die fachliche und sachliche Frage, es geht Ihnen um den politischen Erfolg aus dieser Angelegenheit. (Abg. Dr. Withalm: Es geht um die Hausdurchsuchung!) Aber den werden Sie nicht haben, Herr Dr. Withalm. Und wenn Sie sich hier noch so salbungsvoll herstellen und noch so in gedehnten Sätzen reden, wir kaufen es Ihnen nicht ab, daß Sie, der Herr Dr. Withalm, und Ihre Parteifreunde uns einen Vortrag über Demokratie halten. Das kaufen wir Ihnen nicht ab, Herr Dr. Withalm. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Das ist Ihnen unangenehm!) Sie haben es sehr oft praktiziert, was es heißt, sich in Härte auszudrücken. (Abg. Dr. Withalm: Sie geben keine Antwort!) Wenn Sie Geduld haben, Herr Dr. Withalm, werden Sie die Antwort bekommen. (Abg. Glaser: Bekennen Sie sich zu den illegalen Methoden Ihres Anwalts? Ja oder nein?) Kollege Glaser, ich habe Verständnis, daß Sie Aktivität zeigen. Denken Sie an Ihren letzten Landesparteitag und an das Abstimmungsergebnis. (Abg. Glaser: Das war sehr gut!) Da haben Sie alle Bedürfnisse, aktiv zu werden, damit Sie wiedergewählt werden. (Beifall bei der SPÖ.) Herr Kollege Glaser, Sie sind nicht die geeignete Person, uns etwas vorzuwerfen. Sie haben den Zwischenruf gemacht. Produzieren Sie diese Aktivität, sie wird Ihnen sicherlich bei Ihren Parteifreunden nicht schaden.

Und Ihnen, Herr Dr. Withalm, darf ich folgendes sagen: Ich habe dann das getan, was meine Verpflichtung ist. (Abg. Glaser: Wir fragen Sie, ob Sie sich von den illegalen Methoden Ihres Anwaltes distanzieren oder nicht!) Sie sind schon wieder voreilig, Herr Glaser, Ihre Voreiligkeit hat Ihnen schon oft geschadet. Sie waren gedanklich schon in Funktionen, die Sie dann nie bekommen haben. Seien Sie daher jetzt bitte nicht so voreilig. (Abg. Dr. Withalm: Nur nicht ablenken!) Nein, ich will ja hinkommen, aber der Kollege Glaser läßt mich nicht, er redet

von „illegalen Methoden“.

Ich habe als Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse dem Büro den Auftrag gegeben ... (Abg. Dr. Withalm: Jetzt wird es interessant!) Wenn Sie gewartet hätten, Herr Kollege Withalm, wäre ich schon ein paar Minuten früher zu dem gekommen, was Sie jetzt hören werden. Ich habe dem Büro pflichtgemäß den Auftrag gegeben, sich mit unserem Rechtsvertreter ins Einvernehmen zu setzen und zu beurteilen, ob auf Grund dieser

Sekanina

Schreibweise und auf Grund der Gesetzeslage, in der wir uns als Versicherungsträger befinden, eine ehrenrührige Handlung festzustellen ist. Daraufhin hat der Rechtsanwalt die entsprechenden Überlegungen angestellt und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet. (Abg. Dr. Withalm: Von denen er selbst die Überzeugung hatte, daß sie illegal waren!) Das ist für mich nicht maßgebend (Oho-Rule bei der ÖVP), für mich ist maßgebend, welche Vorgangsweise meinerseits praktiziert wurde.

Ich habe den Auftrag gegeben, das zu prüfen, der Rechtsanwalt hat das getan und hat beim zuständigen Gericht Anträge gestellt. (Abg. Dr. Kohlmaier: Gesetzwidrig! — Abg. Dr. Withalm: Gegen das Gesetz!) Und nun kommt der Augenblick, wo sich der Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, nachdem das Gericht damit beschäftigt wurde, nicht mehr einzumengen hat. (Abg. Dr. Withalm: Illegal ist das!) Der unabhängige Richter hat zu entscheiden, und es ist anscheinend Ihre Absicht, diesen unabhängigen Richter hier in Österreich unter Druck zu setzen. (Abg. Dr. Schwimmer: Das ist eine bodenlose Unterstellung! So können Sie von der Illegalität nicht ablenken!) Aber das machen wir nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Wir lehnen die Methode, die Sie praktizieren, ab. Wir wehren uns dagegen, daß ein unabhängiger Richter in diesem Staate durch Ihre Aktivitäten unter Druck gesetzt wird! Das lehnen wir ab. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.) Daher identifizieren wir uns nicht mit Ihrer Methode, denn das ist eine falsche Methode, das widerspricht der Rechtsauffassung der gesamten österreichischen Bevölkerung. (Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Es ist nicht meine Aufgabe, Herr Doktor Withalm (Abg. Dr. Withalm: ... dem Richter den Schwarzen Peter zuzuspielen!), die Handlungsweise des Richters von diesem Platze aus einer Beurteilung zu unterziehen. (Neuerliche lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Sie haben eine Antwort erwartet, Sie bekommen sie, Sie können wieder antworten, aber mit Zwischenrufen werden wir die Frage nicht lösen. Sie haben vorhin den Herrn Abgeordneten Withalm angehört, hören Sie jetzt auch den Abgeordneten Sekanina an.

Abgeordneter **Sekanina** (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat in diesem Falle, wie Sie heute bereits gehört haben, ein unabhängiger Richter. (Abg. Glaser: Durch

illegale Methoden Ihres Anwaltes!) Es ist Ihre Angelegenheit, wenn Sie durch Ihre politischen Aktivitäten nun die Vorgangsweise eines Richters einer entsprechenden Kritik unterziehen. Wir werden einen unabhängigen Richter nicht beeinflussen, wir werden ihn durch keinerlei Maßnahmen beeinflussen, er wird zu entscheiden haben! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Dann stellen Sie keine illegalen Anträge!) Und wenn die Entscheidung des Richters rechtlich nicht gedeckt ist, Herr Dr. Withalm (Abg. Doktor Kreisky: Aber der Richter entscheidet!), wird es in diesem Staat Möglichkeiten genug geben, daß sich die Betroffenen zur Wehr setzen. (Abg. Dr. Withalm: Das ist ein Antrag gegen das Gesetz! Sie sind ja auch ein Jurist! — Abg. Dr. Kreisky: Eben deshalb sage ich es!)

Aber jetzt sage ich Ihnen noch etwas Persönliches: Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, die Vorgangsweise geschildert. (Abg. Glaser: Eine illegale Entscheidung!) Ich sage noch einmal: Sie behaupten, daß der Richter illegal gehandelt hat; das ist Ihre Angelegenheit. Sie behaupten das. (Abg. Glaser: Nein, wir reden von Ihrem Anwalt! Verdrehen Sie mir nicht die Worte im Mund!) Ich verdrehe Ihnen kein Wort im Mund, aber Sie sagen permanent, das ist illegal. Wenn diese Vorgangsweise so wäre, wie Sie sie interpretieren, hätte ja der unabhängige Richter seine Entscheidung zu treffen. Ich sage Ihnen noch einmal: Sie können noch so laut Ihre Meinung in Zwischenrufen kundtun, die Unabhängigkeit des Richters werden wir nicht antasten, das überlassen wir Ihnen, meine Damen und Herren! (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Ich habe gemeint, Sie können Anwalt und Richter unterscheiden!) Ob Sie oder ob ich besser deutsch verstehe, wie Sie das jetzt gemeint haben, Herr Kollege Glaser, das können wir vor einem anderen Forum in Form eines Wettstreites einmal beurteilen lassen. (Abg. Glaser: Sehr gern!) Ich glaube noch nicht, daß Sie in dieser Frage unbedingt Schiedsrichter sein könnten.

Zum gegenständlichen Fall abschließend folgende Bemerkung — vielleicht ist das auch ein Akt einer gewissen Fairneß, den ich bei Ihnen, meine Damen und Herren, nicht festgestellt habe —: Ich habe diesen Auftrag in meiner Funktion als Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse gegeben. Dieser Auftrag wurde in der Ihnen bekannten Form praktiziert. (Abg. Dr. Withalm: Eine schlechte Form war das!) Das vermag ich, soweit es — noch einmal — den Richter betrifft, nicht zu beurteilen. Das können Sie tun! (Abg. Dr. Schwimmer: Wir reden von Ihrem Anwalt! — Abg. Doktor

Sekanina

Withalm: Wenn Sie wenigstens Selbst-erkenntnis üben, und sagen, daß das unmöglich war!)

Als Politiker hier in diesem Hohen Hause, Herr Dr. Withalm, bin ich gerne bereit zu sagen, daß ich im Zusammenhang mit der Hausdurchsuchung, wenn ich als Person entschieden hätte, diese Vorgangsweise durchaus nicht als notwendig angesehen hätte. (*Abg. Dr. Withalm: Was haben Sie denn für einen Anwalt?*) Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, mit dieser Erklärung durchaus beweisen, daß man hier aus funktionellen Gründen eben nicht immer gleichartig vorgehen kann. (*Abg. Dr. Schwimmer: Haben Sie Ihrem Anwalt schon in dieser Frage die Vollmacht gekündigt?*) Ich darf Ihnen, Herr Dr. Schwimmer, sagen, daß dann letztlich ein unabhängiges Gericht zu befinden haben wird. (*Abg. Dr. Schwimmer: Haben Sie die Vollmacht dem Anwalt gekündigt?*) Was innerhalb der Wiener Gebietskrankenkasse geschieht, werden die letztlich in diesem Fall zuständigen Gremien zu beschließen haben. Das kann im Gegensatz zu anderen Vorgangsweisen der Obmann nicht allein. (*Abg. Dr. Schwimmer: Vollmacht geben können Sie — Vollmacht kündigen können Sie nicht?*) Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Schwimmer, gerne die Gelegenheit geben, sich über solche Detailfragen mit mir zu unterhalten. Ich glaube nicht, daß es unbedingt Gegenstand der jetzigen Diskussion sein muß. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*)

Ich habe diesen Fall so geschildert, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wie er abgelaufen ist. Ich sage noch einmal: Wir wehren uns gegen Verdächtigungen, die man gegen uns als Körperschaft ausspricht. (*Abg. Dr. Withalm: Ja! Richtig! Nichts dagegen einzuwenden!*) Wir wehren uns gegen Vorwürfe, die in dieser Art und Weise vorgetragen werden. Möglicherweise hat eben Ihr Parteiblatt — das ist ja eine ausschließliche Parteizeitung — in irgendeiner Form die Meinung gehabt, daß eine solche Ausdrucksweise geeignet sein könnte, daß in der Öffentlichkeit doch etwas hängen bleibt. Um das scheint es Ihnen vielleicht gegangen zu sein. (*Abg. Dr. Withalm: Wir wehren uns gegen Ihre Methoden, Herr Kollege Sekanina! — Abg. Libal: Und wir gegen Ihre!*)

Im übrigen aber darf ich feststellen, meine Damen und Herren ... (*Abg. Dr. Withalm: Wir wehren uns gegen Ihre Methoden!*) Und wir wehren uns dagegen, daß man uns Derartiges vorwirft! Das ist unser gutes Recht! Daher werden wir immer dabei bleiben, Herr Dr. Withalm! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Sie

möchten ja von den Fakten gerne ablenken. (*Abg. Dr. Withalm: Nein, zum Kern wollen wir kommen, nicht ablenken!*) Das sehen Sie nicht! Wir haben das in Anspruch genommen, was uns rechtlich zusteht. Ich sage Ihnen noch einmal: Ein unabhängiger Richter hat entschieden.

Ich darf zur Schlußbemerkung kommen: Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie natürlich gerne Derartiges ausnützen möchten, um in aller Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, was denn alles an Rechtsunsicherheit in diesem Staate entsteht, seit es eine sozialistische Alleinregierung gibt. (*Abg. Dr. Withalm: Den Eindruck erwecken ja Sie, Herr Kollege Sekanina! Da brauchen wir gar nichts zu tun!*) Sie, Herr Dr. Withalm, aber auch Ihre Fraktionskollegen, die vor mir gesprochen haben, haben sich sehr ausführlich mit der allgemeinen Situation dieses Landes beschäftigt.

Sie haben sich sehr vehement auf das Problem der Preissituation und auf die allgemeine wirtschaftliche Situation konzentriert und haben immer wieder den Versuch unternommen, dieser Öffentlichkeit zu sagen: Seht her, seit es eine sozialistische Regierung gibt — und Ihre Worte waren es —, ist die Entwicklung so geartet (*Abg. Kern: Ist alles billiger geworden!*), daß die österreichische Bevölkerung mit einiger Besorgnis in die Zukunft sehen müßte. (*Abg. Glaser: Herr Kollege Sekanina! Seit der sozialistischen Regierung macht das Einkaufen wieder Freude! Erinnern Sie sich noch?*) Der Herr Kollege Glaser oder sein Nachbar hat gemeint, daß die Inflation in Österreich eine erhebliche Bedrohung, wie Sie das formuliert hatten, für die Stabilität, aber auch für den Wohlstand der Bevölkerung darstellt.

Ich möchte Ihnen auch als Gewerkschaftsfunktionär bei der Gelegenheit etwas sagen, meine Damen und Herren: Als Beweis dafür, daß es bereits einen Abbruch dieses bestehenden oder einmal ausgesprochenen Vertrauens gibt, haben Sie mehrmals Betriebsratswahlergebnisse zitiert. Sie, Herr Dr. Withalm, haben von Krems gesprochen, Sie haben vor allem von Salzburg gesprochen (*Abg. Glaser: Salzburg war gut!*), aber Sie haben geflissentlich vergessen, das Burgenland zu erwähnen. (*Abg. Dr. Withalm: Das habe ich erwähnt! Sehr deutlich!*) Aber nicht mit der Deutlichkeit, natürlich, selbstverständlich. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*) Nein, das haben Sie durchaus nicht zu deutlich erwähnt. Sie kamen dann unter anderem auch auf Resultate bei den derzeit laufenden Betriebsratswahlen zu sprechen.

Sekanina

Unbestritten: Es wäre der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter lieber — (*Abg. Doktor W i t h a l m*: *Das kann ich verstehen!*) das ist eine Selbstverständlichkeit, glaube ich —, könnte sie bei all diesen Wahlentscheidungen als alleiniger Sieger hervorgehen. (*Abg. K e r n*: *Wir haben ja dafür Verständnis!*)

Aber wir haben uns ohne Zweifel mit dem Problem der Preissituation in Österreich zu beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen auch als Arbeitnehmervertreter einen Vorwurf machen: Wenn Sie diese Situation so hart kritisieren und wenn Sie mit solchem Nachdruck und mit solcher Energie darauf verweisen, daß nach Ihrer Auffassung dort nichts geschieht und daß die Situation immer schlechter wird, dann werfen wir Ihnen vor, daß Sie gar nicht bereit sind, Stabilisierungsmaßnahmen mit jenem Nachdruck zu unterstützen, wie es auch von Ihnen als Oppositionspartei zu erwarten wäre! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Ich erinnere Sie an die Fleischpreissituation und daran, was hier von Ihren Bereichen aus praktiziert worden ist. Wie sagte Herr Doktor Mussil, als er von einem Journalisten gefragt wurde: Nun, Herr Generalsekretär, was empfehlen Sie denn jetzt im Hinblick auf die sich nicht bessernde Situation im Bereiche der Fleischpreise? Laut Zeitung — ich darf zitieren — hat damals der Herr Generalsekretär Dr. Mussil gesagt: Jetzt bleibt mir nichts anderes übrig als eine Seelen-Massage.

Der Herr Dr. Mussil ist anscheinend ein schlechter Masseur, sonst hätten diese seine Überlegungen doch mehr Erfolg haben müssen. (*Abg. G l a s e r*: *Kollege Sekanina, darf ich einen Augenblick etwas sagen? Sie haben eine Zeitung zitiert ...!*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Aber, Herr Abgeordneter! Das Wort erteilt doch immer der Präsident und nicht der Abgeordnete, der beim Rednerpult steht. Ich bitte: Irgendwie müssen wir die Form doch wahren. Machen Sie einen Zwischenruf, aber fragen Sie nicht, ob Sie reden dürfen. Da müßten Sie mich fragen. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Sekanina** (*fortsetzend*): Ich darf feststellen, Herr Präsident: Ich hatte nicht die Absicht, dem Herrn Kollegen Glaser das Wort zu erteilen. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend folgendes bemerken: Es ging mir in erster Linie darum, einen Sachverhalt klarzustellen, der im Zusammenhang mit einem Versicherungsträger aufgetreten ist. Es ging mir darum, die Zusammenhänge zu erklären und die Vorgangsweise zu schildern.

Ich sage noch einmal mit Nachdruck: Wir werden uns der Entscheidung zu beugen haben, die letztlich ein unabhängiges Gericht treffen wird. Wir wehren uns gegen den Verdacht, daß wir betrügerisch handeln! Im übrigen überlassen wir es der österreichischen Bevölkerung, Ihre Vorgangsweise, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang zu beurteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht wieder zum Verhandlungsthema, das ist der Haushalt für das Jahr 1973, zurückkehren.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede darauf aufmerksam gemacht, daß die Voraussetzungen für einen Staatshaushalt noch nie so unklar gewesen sind wie in diesem Jahr. Man muß ihm zweifellos darin recht geben, wenn er als Umstände, die das bedingen, genannt hat: die Umsatzsteuerreform, das Einkommensteuergesetz, das Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Schaffung eines neuen Finanzausgleichsgesetzes.

Das ist also zugegeben. Welche Folgerungen müßten aber aus einer solchen Sachlage gezogen werden, die doch darin besteht, daß man nicht genau weiß, wie sich die Staatseinnahmen im kommenden Jahr entwickeln werden, ob sie den Schätzungen entsprechen werden oder nicht? Die Folgerung daraus müßte doch sein, daß mit besonderer Vorsicht und mit besonderer Sparsamkeit budgetiert wird.

Nun sehen aber die Ziffern, die wir im Budgetentwurf finden, wesentlich anders aus. Es muß zunächst an diesen Ziffern eine Korrektur angebracht werden. Sie sind nicht unrichtig, sie sind aber irreführend, denn im Artikel I des Budgetgesetzes heißt es, daß Einnahmen von 127,5 Milliarden Schilling angenommen werden.

Wie Sie mir zugeben werden, sind das keine echten Einnahmen, denn in diesen 127,5 Milliarden Schilling stecken auch jene 8,9 Milliarden Schilling, die der Finanzminister auf Grund der Ermächtigung des Einführungsgesetzes zum Umsatzsteuergesetz aufnehmen muß, um die Lücke der Vorratsentlastung zu decken.

Auf Seite 69 unter Post 51909 sind diese 8,9 Milliarden Schilling als Kasseneingang eingesetzt. Die Konsequenz daraus ist, daß

Dr. Broesigke

der Bund in Wirklichkeit nicht 127,5 Milliarden Schilling, sondern um 8,9 Milliarden Schilling weniger, nämlich 118,6 Milliarden Schilling einnimmt. Diese Ziffer muß man den Ausgaben gegenüberstellen.

Das ergibt nun, daß, um das Budget zu finanzieren, folgende Beträge im Anleiheweg hereingebracht werden müssen: erstens der erforderliche Betrag zur Finanzierung des ausgewiesenen Defizits von 11,1 Milliarden Schilling und zweitens die 8,9 Milliarden Schilling für die Vorratsentlastung, sodaß also der Gebärungsabgang für 1973 in Wirklichkeit 20 Milliarden Schilling beträgt.

Das ergibt, auf eine einfache Formel gebracht, daß von den rund 140 Milliarden Ausgaben 20 Milliarden, das ist ein Siebentel, durch Einnahmen nicht gedeckt sind. Von 7 S, die der Bundesminister für Finanzen in diesem Jahr ausgeben will, hat er faktisch nach seinen Einnahmenschätzungen, die aber auch unsicher sind, nur 6 S, und der siebente Schilling muß ausgeliehen werden.

Wenn nun der Herr Abgeordnete Marsch etwas ironisch sagte, es handle sich um ein „Riesendefizit“, so ist das nicht ironisch zu betrachten, sondern es ist das die bittere Wahrheit. Denn noch nie hat es in Österreich ein Defizit von dieser Größe gegeben, wenn es auch budgetmäßig sehr geschickt zweigeteilt ist, und auch niemals hat es in Österreich gegeben, daß ein Siebentel der Staatsausgaben im Anleiheweg beschafft werden muß. Ob es überhaupt auf dem Inlandmarkt gelingen wird, diese 20 Milliarden Schilling zu beschaffen, ist eine große Frage. Da bestehen nur Mutmaßungen, und die Meinungen sind geteilt. Jedenfalls ist es aber eine Budgetlücke, wie sie in Österreich noch niemals da war. Wenn es daher im Jahre 1973 bei den 5 Milliarden Schilling an inlands-wirksamen Defizit bleiben sollte, dann wäre das als wahrer Glücksfall zu betrachten.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Tull gemeint, die Nationalökonomien hätten zur Frage der Inflation bisher noch nichts Vernünftiges beitragen können. Ich glaube, daß man die Dinge doch nicht so abwerten darf, denn es hat sich die Theorie sehr ausführlich mit diesen Problemen beschäftigt, und man kennt einige Ursachen der Inflation sehr genau.

Sicherlich gibt es eine importierte Inflation — gar kein Zweifel! —, obwohl ich den leisen Verdacht habe, daß jeder Finanzminister in jedem Lande sich immer auf die importierte Inflation aus dem anderen Lande ausredet. Doch wollen wir ohne weiteres zugeben: Es gibt diese importierte Inflation.

Es gibt aber auch eine Inflation — und das ist die wichtigste Form —, die durch die eigene Tätigkeit in dem betreffenden Lande hervorgerufen wird. Hier kann ich nur sagen: Nennen wir die Dinge beim Namen! Hören wir auf, uns gegenseitig auf die preistreibenden Kaufleute und auf die lohnfordern-den Dienstnehmer auszureden! Die Ursache der Inflation steckt nämlich bei keinem von beiden. Sie steckt beim Staatshaushalt, sie steckt darin, daß der Staat selbst die Preise in die Höhe treibt indem er sie entweder selbst erhöht oder indem er in seinem eigenen Laden keine Ordnung hält, mehr ausgibt, als er einnimmt und auf diese Weise durch nicht zu verantwortende Haushaltsdefizite systematisch eine ständige Preissteigerung herbeiführt. Das sind die Tatsachen! (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Heute wurde auch schon von dem magischen Dreieck: Vollbeschäftigung, Stabilität und Wachstum, gesprochen. Bei diesem magischen Dreieck gibt es ziemlich anerkannte und klare Begrenzungen. Bei der Stabilität sagt man, daß eine Preissteigerung, ein Kaufkraftverlust, der über die Sparkassenzinsen hinausgeht, auf jeden Fall eine Krankheitserscheinung in dem betreffenden Land darstellt. Ich brauche hier nicht mit Ziffern zu beginnen. Daß wir diese Grenze bei weitem überschritten haben, ist klar.

Es gibt aber auch einen international anerkannten Wert bei der Vollbeschäftigung. Sie ist in einem Land gegeben, in dem die Arbeitslosigkeit höchstens bei 3 Prozent liegt.

Augenblicklich ist das Problem darin gelegen, daß die Stabilität in Frage gestellt ist. Das kann zu einem anderen Zeitpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung völlig anders sein. Die Vollbeschäftigung oder das Wachstum kann dann die in Frage gestellte Komponente darstellen.

Wirtschaftlich falsch ist es aber auf jeden Fall, sich auf einen Punkt zu konzentrieren, koste es, was es wolle. Gerade das ist der wirtschaftliche Fehler der augenblicklichen Bundesregierung. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

In einem Zeitpunkt, da es eine Überbeschäftigung gibt, da wir 200.000 ausländische Arbeitskräfte im Lande haben müssen, in einem Zeitpunkt, in dem wir aber andererseits über die 6 Prozent an Inflation schon hinauskommen, gibt es noch immer Minister, die vom Vorrang des Wachstums reden, gibt es noch immer Leute, die die volkswirtschaftlich kindliche Formulierung bringen, daß hier die Wahl zwischen Vollbeschäftigung und Inflation bestehe. Das ist ja nicht wahr! (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Dr. Broesigke

Das ist ja nur eine Propagandaerfindung derer, die der Inflation nicht Herr werden können in diesem Land! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Budgetrede enthält zweifellos eine Reihe von sehr schönen Bekenntnissen zur Stabilität. Schon auf Seite 2 steht etwas von „strenger Beachtung der stabilitätspolitischen Bemühungen“. Dann heißt es allerdings gleich, die Wirklichkeit verkennend, daß der Preis- und Kostenanstieg nicht dramatisch sei.

Meine Damen und Herren! Wie hoch muß er denn nach Ihrer Meinung sein, um dramatisch zu werden? Wie sehr müssen denn die Preise ansteigen in diesem Land, daß Sie einmal der Meinung sind, daß Alarmzeichen vorliegen?

Auf Seite 13 heißt es: Den Preisauftrieb einzudämmen, war von Beginn an eines der hauptsächlichsten Ziele der Regierung. Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß es vielleicht eines der Ziele war, aber jedenfalls die Mittel, um diese Ziele zu erreichen, hat die Regierung entweder nicht gekannt oder sie hat sie zwar gekannt, aber andere Dinge klar und bewußt dem vorgezogen. Das ist eben der Vorwurf, den wir bei diesem Budget erheben müssen.

Österreich erlebt in den letzten drei Jahren eine Teuerungswelle, die es von einer solchen Dauer bisher nicht gegeben hat. Bis jetzt folgte auf stärkere Preiserhöhungen immer wieder eine Beruhigung. Das zeigt die Querschnittstabelle der einzelnen Jahre. Ich will das alles nicht vorlesen. Ziffern werden genug zitiert. Nur daß für 1972 der Durchschnitt der Preissteigerung mindestens bei 6 Prozent liegt, kann doch von niemandem mehr bestritten werden.

Österreich steht vielleicht noch im Mittelfeld der Teuerungsraten der westlichen Welt, wenn man die Länder vergleicht. Aber es wurde heute schon mit Recht gesagt: Was hat denn unsere Bevölkerung davon, wenn man sagen kann: Wir sind noch nicht die Ersten bei der Teuerung, wir sind zwar nicht die Letzten, aber wir sind im Mittelfeld. Die jüngsten Prognosen für 1973 räumen Österreich die Chance ein, das Spitzenfeld bei der Teuerung für sich zu erobern. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat 7,5 Prozent der Budgeterstellung zugrunde gelegt. Professor Nemschak hat geschätzt, daß es sogar 8 Prozent im kommenden Jahr sein werden. Wie schon erwähnt, kann man die Verantwortung für diese Entwicklung nicht mit dem Argument, daß es sich um eine importierte Entwicklung handelt, abschieben.

Es ist richtig, daß wir in Österreich keine Insel der Stabilität sein können. Dazu sind die internationalen Wirtschaftsverbindungen zu eng. Eine internationale konzertierte Aktion

zwischen Regierungen, von der heute in der Debatte schon die Rede war, zwischen Notenbanken und Sozial- und Wirtschaftspartnern, um die man sich bemüht, wird zwar wesentliches leisten können, doch darf nicht übersehen werden, daß die Inflation zum erheblichen Teil auf innerösterreichischen Faktoren beruht, die durch ein solches Zusammenwirken nicht beseitigt werden können. Hier ist anzuführen, daß das Steigen des Verbraucherpreisindex wesentlich auf die Hinaufsetzung einer großen Zahl amtlich geregelter Preise zurückzuführen ist: Bundesbahn, Tabak, Grundnahrungsmittel und dergleichen.

Eine große Rolle spielt auch der Kreditsektor. Die Investitionskredite sind zurückgegangen, während die Konsumkredite sehr stark angezogen haben. Während die Investitionsfinanzierungen keine Einschränkung erfahren dürfen, müssen aus konjunkturpolitischen Gründen die Konsumkredite unbedingt gebremst werden.

Die vordringlichste Aufgabe des Budgets wäre es also, zumindest keine zusätzlichen Auftriebstendenzen zu verursachen. Wie schaut es nun wirklich aus? Nach der herrschenden Meinung — wie sie etwa Lord Keynes entwickelt hat — müßte ein Staat in den Zeiten der Konjunktur Überschüsse haben, um diese im Zeitpunkt der Rezession einsetzen zu können, damit die Konjunktur wieder angekurbelt wird.

Es ist zweifellos richtig, und wir verkennen gar nicht die reale Situation, daß das mit den Überschüssen eine sehr problematische Sache zu allen Zeiten gewesen ist, aber es ist eine bescheidene Forderung demgegenüber, wenn man sagt, es soll zumindestens bei einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie es heute der Fall ist, kein inlandswirksames Defizit geben.

In diesem Zeitpunkt kommen Sie mit einem inlandswirksamen Defizit von 5 Milliarden Schilling und einer mit Anleihen zu finanzierenden Budgetlücke von 20 Milliarden Schilling und wollen sagen: Es wird schon alles gutgehen. Das hat überhaupt keinen Einfluß auf die Frage der Preise, das muß man halt so machen. Dann kommt wieder der Handelsminister und sagt: Das Wachstum hat Vorrang!, und wie diese Formulierungen alle heißen.

Das bedeutet, daß der Marsch in die Geldentwertung, die Schwundgeldgesinnung fortgesetzt werden soll unter dem Vorgeben, daß es nur um die Frage geht: Teuerung oder Arbeitslosigkeit.

Es wurde heute erwähnt, daß die Einkommen vielfach stärker gestiegen sind, als es der Geldentwertung entspricht. Zweifellos

Dr. Broesigke

ist das ein Argument und auch für breitere Kreise der Bevölkerung richtig. Es gibt aber sehr viele Menschen in diesem Lande, für die das nicht zutrifft. Wollen Sie also bei diesen Erwägungen freundlicherweise berücksichtigen, daß es eben viele gibt, die die Teuerung hart trifft, ohne daß sie über eine Einkommenserhöhung verfügen, die höher ist als die eingetretene Teuerung. Eine Bundesregierung, die sich die Bekämpfung der Armut laut Regierungserklärung zum Ziel gesetzt hat, müßte das an allererster Stelle berücksichtigen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Doch sie beruhigt sich leicht mit dem Hinweis, daß ja soundso viele Leute in diesem Land eine Einkommensvermehrung haben, die größer ist, wobei ich es noch ganz dahingestellt lassen möchte, ob es vielen von diesen nicht lieber wäre, bei einer stabilen Währung niedrigere Beträge zu haben, als befürchten zu müssen, daß jeder ersparte Schilling im Nu wieder entwertet ist.

Nun wurde darauf hingewiesen, daß eine Fülle von Ausgaben geplant ist. Zweifellos und gar nicht bestritten, daß alle diese Dinge sehr nützlich und notwendig sind, vielleicht mit bestimmten Ausnahmen. Denn in einem Zeitpunkt, in dem das Defizit 20 Milliarden beträgt, haben wir für die staatliche Verschwendung, wie sie etwa im Wegwerfbuch zum Ausdruck kommt, kein Verständnis und haben uns auch dagegen gewandt. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abg. Dr. B l e n k.)*

Abgesehen davon soll gar nicht bestritten werden, daß alles das, was der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede angeführt hat, sehr notwendig und nützlich ist. Aber trotzdem gibt es ja eine Grenze, eine natürliche Grenze, die durch die Einnahmengestaltung gezogen ist. Denn sonst könnten wir ja sagen: Geben wir noch doppelt soviel aus!, ohne die erforderlichen Geldbeträge zur Verfügung zu haben. Daher ist es ja kein Argument, wenn man sagt: Das ist wichtig, jenes ist wichtig, und das ist auch wichtig!, sondern es muß eben eine Priorität gefunden werden. Und in der Zeit der Hochkonjunktur kann eben nicht der Staat von sich aus jene Impulse geben, die in der Rezession sehr stark am Platze sind.

Ich darf noch zu der Einkommensteuerreform, die in der Rede des Herrn Bundesministers behandelt ist, etwas sagen. Wir sind zunächst der Meinung, daß das keine Reform ist. Das Umsatzsteuergesetz war eine Umstellung auf ein völlig neues, auf das europäische Umsatzsteuersystem; es war eine echte Reform. Die Einkommensteuerreform ist aber nicht damit bewerkstelligt, daß man ein neues Einkommensteuergesetz mit neuen Para-

graphennumerierungen macht, sondern nur dadurch, daß man das System entscheidend verbessert. Wenn man es aber genauer ansieht, dann ist es nicht entscheidend verbessert und verändert, sondern es handelt sich nur darum, jene Tarifänderung durchzuführen, die bei Verlust der Kaufkraft des Geldes notwendigerweise von jeder Regierung und in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden muß und die, wie wir befürchten, in dem Augenblick, in dem sie beschlossen wird, bereits überholt sein wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir gehen durchaus konform mit dem Bundesminister für Finanzen, wenn er die Beseitigung der altertümlichen Haushaltsbesteuerung als einen Vorteil, als einen Fortschritt bezeichnet. Anders ist es mit den Dingen, die nach seiner Meinung ein Element der sozialen Gerechtigkeit darstellen, nämlich das Verwandeln von Freibeträgen in Absetzbeträge. Das ist in Wirklichkeit kein Akt der sozialen Gerechtigkeit, sondern es beinhaltet eine Progressionsverschärfung, und zwar sehr wesentlichen Inhalts, und es fußt im Falle der Kinderfreibeträge auf dem Irrtum desjenigen, der da glaubt, es gehe um die betreffenden Kinder und nicht um den Steuerpflichtigen.

Nun ist aber das Einkommensteuergesetz ein Gesetz, das sich ja mit dem Steuerpflichtigen beschäftigt. Was also für Erwägungen bei einem Familienlastenausgleichsgesetz durchaus richtig ist, ist auf dem Gebiet der Einkommensbesteuerung, wo es nur darum geht, wie viele Lasten nun dem Steuerpflichtigen erwachsen, durchaus falsch und nichts als eine Nivellierungsmaßnahme, die gegenüber dem derzeitigen Zustand eine Verschlechterung darstellt.

Von der Staatsverschuldung wurde heute schon sehr viel gesprochen, nur von einem wurde nicht gesprochen: von jeder unsichtbaren Staatsschuld, die man als Verwaltungsschuld bezeichnet, also von den Anweisungsrückständen bei einzelnen Dienststellen, die in Österreich viele Milliarden Schilling ausmachen und die ja im Budget gar nicht zum Vorschein kommen. Wie das mit dem Haushaltsrecht nun zu vereinbaren ist, ist eine andere Frage, und es wird eine wesentliche Aufgabe eines künftigen Haushaltsrechtes sein, diese Frage der Verwaltungsschulden zu klären und hier eine Rechtsform zu finden.

Es wäre sehr verlockend, hier zu den Ausführungen von Herrn Abgeordneten Doktor Withalm zur Parlamentsreform einige Betrachtungen anzustellen. Ich möchte mir dies aber ersparen, um meine Ausführungen nicht in die Länge zu ziehen.

Dr. Broesigke

Ich möchte nur eines sagen: Nach meiner Meinung war nicht nur nach der Übung, sondern auch nach dem Gesetz das Verhalten der Bundesregierung angesichts der dringlichen Anfragen der vergangenen Woche unrichtig. Nach dem Gesetz war es deshalb unrichtig, weil ein Minister sich wohl jederzeit nach der Geschäftsordnung melden kann, aber nur zu einem gegebenen Tagesordnungspunkt und nicht außerhalb der Tagesordnung des Parlaments. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abg. Dr. Blenk.*) Es kann also etwa in der heutigen Sitzung der Herr Bundesminister für Justiz, der ja vorhin auf der Regierungsbank saß, nicht plötzlich sagen: Und jetzt möchte ich dem Parlament einen Bericht über die Frage des Pressegesetzes erstatten!, sondern es ist erforderlich, daß etwas Derartiges auf der Tagesordnung steht. Wenn also aus irgendeinem Grund, sei er welcher Art immer, die Regierung oder einzelne Minister sich außerstande sehen, momentan eine dringliche Anfrage zu beantworten, so kann die Beantwortung nur in einem festgesetzten Tagesordnungspunkt erfolgen und nicht in einem Augenblick, zu dem es den betreffenden Ministern angenehm und zweckmäßig erscheint.

In diesem Sinne wurde dadurch, daß der Bundeskanzler und zwei Minister den Zeitpunkt ihrer Anfragebeantwortung in eine andere Parlamentssitzung verlegt haben, wo das nicht zur Debatte stand, die Geschäftsordnung eindeutig verletzt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun darf ich Ihnen aber noch etwas sagen: Selbst wenn es nicht so wäre, wollen Sie doch verstehen, daß gerade bei dem Übergewicht, das — es wurde heute schon ausgeführt — die Bundesregierung naturgemäß durch die ihr gegebenen Möglichkeiten und durch die Tatsache einer absoluten Mehrheit im Haus hat, es geboten wäre, dort, wo in der Geschäftsordnung auch nur der mindeste Zweifel an der Auslegung besteht, eine Auslegung im Sinne der Rechte des Hauses und nicht im Sinne der Rechte der Regierung durchzuführen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich komme zum Schluß. Der Herr Bundesminister hat in seiner Budgetrede ein Wort von Toynbee zitiert, im Zusammenhang mit der Herausforderung, die uns durch den Vertrag mit den Europäischen Gemeinschaften, durch die Entwicklung in Europa gestellt wird.

Wir wollen hier nicht untersuchen, ob Toynbee mit dieser Form der Auslegung des Begriffes „Challenge“ einverstanden wäre. Aber jedenfalls, wenn wir den Sinn betrachten, den Toynbee mit seinen historischen Be-

trachtungen und gerade mit diesem Begriff verbindet, bedeutet es doch, daß, wenn die Herausforderung da ist, der Betreffende, der Herausgeforderte, alles tun muß, um sich in der Stunde der Herausforderung zu bewähren. Das aber erfordert nicht Gefälligkeitsbudgets, das erfordert nicht Bequemlichkeitsbudgets, das Nichtbekämpfen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen der Inflation, der Preissteigerung, sondern das erfordert im Gegenteil, daß der betreffende Staat alles daran setzt, um sich gegenüber der Herausforderung von außen zu behaupten, das heißt, wenn die Inflation in den Nachbarländern groß ist, sie hier klein zu gestalten, ohne sich auf die im Nachbarland auszureden, wenn die Nachbarländer ihren Staatshaushalt nicht in Ordnung haben, dafür zu sorgen, daß er im eigenen Land in Ordnung ist. Das verlangt die Herausforderung, und das wäre die notwendige Reaktion. (*Beifall bei der FPÖ.*) Diese können wir in diesem Budget beim besten Willen nicht finden.

Es wird immer wieder gesagt: Wir sind auf der Überholspur. Ich kann dazu nur sagen: Es ist für einen Kraftfahrer mitunter sehr unangenehm, wenn er ständig auf der Überholspur ist, denn da kann sehr leicht etwas passieren. Man muß sich also sehr vorsichtig verhalten. Und wenn es tatsächlich so wäre, daß es eine Überholspur ist, nicht nur auf dem Gebiet der Inflation, sondern auch positiver wirtschaftlicher Entwicklungen, dann hätte gerade dieser Umstand bei der Budgeterstellung zu größter Vorsicht gemahnt.

Ich möchte hier abschließend einen Satz zitieren, der vor 21 Jahren von Professor Nemschak gegenüber einem ÖVP-Finanzminister ausgesprochen wurde und der wörtlich lautet: „Es ist notwendig, anstelle der bisherigen vielfach nur improvisierten, punktuellen, in sich widerspruchsvollen, den Spar-samen und Tüchtigen entmutigenden, darüber hinaus das gesamte Volk demoralisierenden, in ihren Auswirkungen absolut leistungshemmenden und produktivitätsfeindlichen Wirtschaftspolitik eine neue Wirtschaftspolitik zu konzipieren.“

Dieser Satz scheint uns heute aktueller denn je zu sein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Albrecht.

Abgeordnete Anneliese Albrecht (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir waren heute Zeugen sehr intensiver Bemühungen, in dieses Budget Negatives hineinzulegen, es negativ zu interpretieren. Wir waren am vergangenen Mittwoch Zeugen eines an Ereignissen sicher nicht

Anneliese Albrecht

armen Tages, wie alles darangesetzt wurde, um diesem Budget einen schlechten Start zu verschaffen.

Es wurde dabei natürlich auch Kritik an der Gebarung der Regierung geübt, und heute hörten wir, wie Klubobmann Professor Doktor Koren erklärte, daß Kritik in einer Demokratie notwendig sei.

Das ist selbstverständlich zu bejahen, Kritik ist gesund, Kritik ist notwendig. Aber es ergibt sich dann die Frage, wie denn eine so notwendige Kritik auszuschauen hat. Ich darf sagen, daß man manchmal den Eindruck hatte, hier bei einer Dichterlesung zu sein. Es kam zu sehr dichterischen Vergleichen. Dichterisch, möchte ich sagen, der Form nach, und Dichtung auch dem Inhalt nach. Man ging sogar bis ins Märchenreich, ins Feenreich, wenn ich mich recht erinnere. Man sprach von einem Haus, in dem es zieht, von einem Scherbenhaufen und von einem Chaos.

Solche Katastrophenmalerei ist nicht nur einer sachlichen Behandlung abträglich, sie glaubt auch kein Mensch. Ich schließe mich da der Meinung eines meiner Vorredner an, daß es kaum zu glauben ist oder schwer zu glauben ist, daß irgendwer in diesem Saale wirklich davon überzeugt wäre, Österreich befinde sich nun in chaotischen Zuständen.

Nun zum Budget. Das Budget, das vor uns liegt und dem auch vorgeworfen wird, es hätte keinen Inhalt, zeigt — und ich glaube, das ist nicht abzuleugnen — eine sehr starke gesellschaftspolitische Tendenz neben den Zahlen, die es zu bieten hat. Es ist wohl unbestritten, daß dieses Budget sehr gewaltige Brocken zu verkraften hat: die Mehrwertsteuer und die sehr umfassende Steuerreform. Es muß sich bemühen, einer anspruchsvoller gewordenen raschen Entwicklung auf nahezu allen Gebieten, auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten, gerecht zu werden. Es ist — und damit teilt es wohl das Schicksal aller Budgets in den Industrie- und Konsumländern — mit der Schizophrenie unserer Zeit belastet.

Einerseits wollen wir alle miteinander eine gesunde Umwelt, in der man gesund und zufrieden lebt, andererseits ist niemand bereit, auf die nicht immer sehr gesunden Annehmlichkeiten zu verzichten, die uns dieses moderne Leben bieten, auch dann, wenn sich diese Annehmlichkeiten ins Gegenteil verkehren, wie das etwa bei Autos in verkehrsstarken Gebieten der Fall ist.

Wieviel ist uns der eigene Wagen noch wert? — Das ist nicht nur so eine Frage,

sondern das ist eine Frage mit einem starken gesellschaftspolitischen Inhalt, mit Bedeutung. Es ist positiv zu werten, daß sich vor allem bei den jüngeren Leuten immer mehr die Überzeugung festsetzt, daß der Wagen seinen Wert als gesellschaftliches Status-Symbol verliert und immer mehr das wird, was er ja sein soll, nämlich ein Zweckgegenstand.

Das bessere Leben — und diese Überzeugung wird ja langsam eine allgemeinere und muß eine allgemeinere werden — ist nicht nur durch einen verschwenderischen Konsum gewährleistet, einen Konsum, der mit schuld ist an einer tatsächlichen Selbstvergiftung und auch an einer Selbstvergiftung im übertragenen Sinn.

Interessanterweise, und die aufmerksamen Fernseher unter uns werden das ja gehört und gesehen haben, beschäftigte sich die erste Gipfelkonferenz der erweiterten EWG sehr eingehend mit diesen Problemen. Man kam dahinter, daß es nicht nur die rein wirtschaftlichen Fragen seien, die entscheidend wären für die Vereinigung Europas, sondern auch eine sehr vernünftige damit im Zusammenhang stehende Sozialpolitik, eine echte Verbesserung der Lebensqualitäten.

Und was hörte man noch? — Es wurde dort gesagt, man brauche auch Ideale, um dieses Vereinigte Europa zusammenzubringen: Soziale Fragen, bessere Lebensqualität, Ideale — keine neuen Töne für uns Sozialisten!

Das Ringen um die ideologischen Inhalte wird also sehr wesentlich mit die Zukunft Europas bestimmen und sicher die Zukunft der Menschen überhaupt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Erwägungen werden untrennbar mit der sozialen Sicherheit und mit solidarischem Denken einherzugehen haben. Ich glaube, daß wir sagen können, daß diesen Geist auch das vorliegende Budget erkennen läßt.

In dem Beifall, der die Budgetrede unseres Finanzministers begleitete, besonders dort, wo es um die Schwerpunkte ging — und ich glaube, es gibt in jedem Budget Schwerpunkte —, also wo wir applaudierten, weil die Bildung, die Wissenschaft, die Sozial-, die Finanz- und die Familienpolitik besser dotiert werden sollte, da galt dieser Applaus nicht allein dem Mehraufwand der Mittel, sondern er galt auch der Art der Verwendung dieser Mittel, weil wir überzeugt sind, daß sie in einem guten, in einem fortschrittlichen Sinn verwendet werden, etwa für eine moderne Schule, für die humane Forschung.

Hier möchte ich schon sagen, daß man jene Passagen, die sich mit der Menschlichkeit und

Anneliese Albrecht

mit dem Humanen beschäftigen, doch nicht nur so als Gerede abtun sollte. Die Verwendung der Gelder ist nicht weniger bedeutend als die Bereitstellung der Gelder selbst.

Dieses Budget strebt eine Chancengleichheit und eine gerechte Lastenverteilung an. Man kann nun zu dem Einkommensteuerrecht und zu der neuen Steuerreform welche Meinung immer haben: Jedenfalls begrüßen wir es, weil es jedes Kind im gleichen Maße fördert. Hier, glauben wir, ist auch die Politik für den kleinen Mann zu suchen, die ja heute gefordert wurde und von der gesagt wurde, man fände sie nicht in diesem Budget.

Eine Politik der Chancengleichheit wird zweifellos die Zustimmung der Frauen finden. Mehr Frauen als je zuvor sind ja in den Wirtschaftsprozess eingegliedert, sind für die Wirtschaft mobilisiert. Wir können es nachlesen: Die Zahl der berufstätigen Frauen ist gestiegen.

Damit geht zweifellos ein erhöhtes Interesse an Berufs- und Wirtschaftsfragen einher. Nun: Natürlich sind die Frauen ganz besonders an einem guten, an einem besseren Lebensstandard interessiert. Sie sind ja die ersten, die wirtschaftliche Schwankungen und Schlechterstellungen zu spüren bekommen. Bei den Familien fängt ja immer die Mutter bei sich zu sparen an. Daher ist es selbstverständlich, daß die Frauen ganz besonders aufmerksam die Gestaltung der Preise verfolgen werden.

Hier möchte ich doch ein paar Worte zur Verteidigung der Hausfrauen sagen. Na, so lauter Analphabetinnen sind ja die Hausfrauen gerade auch nicht. Erstens aus der Praxis heraus, und dann gibt es ja eine Reihe von Frauen, die eine akademische Wirtschaftsausbildung haben und nun, gezwungen durch die Verhältnisse und auch nicht immer gerade sehr gern, nur Hausfrau sein müssen.

Außerdem, meine Damen und Herren, ist ja das Heer der berufstätigen Frauen auch im Haushalt beschäftigt. Man soll doch da keine Gräben aufreißen, wo keine Gräben sind.

Die Frauen wissen auch, daß die Beobachtungen der Preise ja nicht nur vom Preiszettel her erfolgen kann, sondern daß man sehr wohl abwägen muß, was hereinkommt, wie das Familienbudget ausschaut und was man ausgibt.

Dazu ist zu sagen: Ganz allein sind es ja auch nicht die Sozialisten, die die Preise gestalten. Daher wird der Appell an die Frauen ergehen, die Preise kritisch zu beobachten und der wird ja immer wieder auch von dieser Regierung aus an die Frauen gerichtet. Ich möchte da schon sagen: Wir haben eine sehr

konsumentenfreundliche Regierung. Ich glaube, wir haben derzeit den ersten Handelsminister in Österreich, der sich so intensiv mit Konsumentenfragen befaßt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es wird also sehr notwendig sein, daß sich gerade die Frauen ihrer Macht als Konsumentinnen — denn die Frauen sind ja vor allem diejenigen, die einkaufen, auch für die Familien einkaufen — vermehrt bewußt werden.

Die Leistungen auf konsumentenpolitischem Gebiet und die Leistungen für die Familien sind ja auch immer gleichzeitig Leistungen für die Frauen.

Ich glaube nicht, daß man sagen kann — ich hoffe, ich habe das mißverstanden —, daß sich die lockere Hand, mit der nun Geld ausgegeben wird, auf die Familienpolitik bezieht. Wir brauchen ja nur auf Seite 72 der Budgetrede nachzuschauen: Dort erfahren wir, daß durch die Anhebung der monatlichen Beihilfen eine prozentuelle Anhebung um 25 bis 35 Prozent erfolgt und daß für den Aufwand an Geburtenbeihilfen insgesamt 230 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Nun komme ich zu einem vieldiskutierten Problem, nämlich zu der freien Schulfahrt und zu den freien Schulbüchern. Im Jahre 1973 werden für die freien Schulfahrten 800 Millionen Schilling und für die freien Schulbücher 600 Millionen Schilling an Mitteln zur Verfügung stehen.

Und nun wieder: Politik für den kleinen Mann. Ja, wenn wir nicht in der Bereitstellung der freien Schulbücher für alle eine Politik für den kleinen Mann sehen, dann weiß ich nicht, was eine Politik für den kleinen Mann ist! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich glaube, auch die massivsten Angriffe — es hat Schwächen gegeben, das wird ja niemand abstreiten — gegen die freien Schulbücher können das nicht aus der Welt schaffen, daß hier eine großartige soziale Leistung im Sinne der Chancengleichheit gesetzt wurde! *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)*

Man hört in diesem Zusammenhang immer: warum freie Schulbücher für die Kinder von Eltern, die sich's leisten können? Die brauchen doch diese Schulbücher gar nicht, das ist doch eine Verschwendung der Mittel! — Ich möchte hier sagen, daß diese Mittel hier ganz besonders gut eingesetzt sind, denn das Kind aus dem sogenannten besseren Haus soll doch nicht auch in der Schule das Gefühl haben, daß es ein besseres Kind ist, und das Kind, das neben ihm sitzt, soll nicht schon mit Minderwertigkeitsgefühlen dasitzen und sich

Anneliese Albrecht

sagen: Ich habe die Bücher geschenkt bekommen. — Daher freuen wir uns, daß diese kostenlosen Schulbücher für alle Kinder da sind! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Zu den 600 Millionen Schilling müssen Sie noch viel dazulegen!)* Da kann nicht von Verschwendung die Rede sein. *(Abg. Mitterer: Aber Sie müssen zu den 600 Millionen Schilling viel dazulegen!)* Das ist uns die Sache wert, daß dafür so viel ausgegeben wird. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Mit 600 Millionen Schilling kommen Sie nicht aus!)*

Mehr Mittel für die Bildung und mehr für die Schülerbeihilfen, mehr für die Studienförderung und mehr für die Erwachsenenbildung. Gerade das ist auch interessant. Denn die Frauen, die ja immer mehr im Beruf stehen, sind auch mit dem Problem konfrontiert — nicht nur vielleicht jene, die im Beruf stehen —, dazuzulernen. Wir werden uns ja damit abfinden müssen, daß wir, der raschen Entwicklung folgend, wahrscheinlich ein Leben lang lernen müssen.

Das größere Interesse an all diesen Fragen hängt ja sehr wesentlich mit der geänderten Stellung der Frau in der Gesellschaft zusammen. Dafür arbeiten wir jetzt an dem Familienrecht und auch an der Reform des Strafrechtes mit dem für die Frauen so wichtigen § 144. Es wird hier über diese beiden großen Themen ja noch sehr eingehend gesprochen werden. Ich möchte mich daher nicht verbreitern.

Aber eines möchte ich doch betonen, und das ist, glaube ich, allgemein etwas Positives: Ich glaube, daß sich das Verständnis für die rechtliche und die praktische Gleichstellung der Frau, für ein modernes Ehe- und Familienrecht, für eine größere Entscheidungsfreiheit der Frau und für das Anerkennen ihrer Mündigkeit in entscheidenden Fragen verstärkt hat, und wir glauben, auch bei den Männern verstärkt hat.

Auch in diesen Fragen zeigt sich ja die Untrennbarkeit von Gebarung und gesellschaftlichem Umdenken, dieses gesellschaftliche Umdenken, das auch so sehr das Strafrecht, die Strafrechtsreform betrifft, an der nun so intensiv gearbeitet wird und so intensiv gearbeitet werden muß. Es ist ja in dem Unterausschuß eine Frist gesetzt worden. *(Abg. Dr. Mussil: Das ist ja Ihre Methode!)* Das Budget zeigt die Aufgeschlossenheit für diese Neueinstellung zum Strafrecht bereits in einem Posten, und zwar in der aufdotierten Bewährungshilfe. Ihre Bedeutung, ihre Notwendigkeit und ihr Ausbau ist wohl von allen Seiten unbestritten.

Wissenschaftler, Experten und Politiker sind nun gemeinsam am Werk, um nicht nur einer bereits gehandhabten Praxis zu entsprechen, sondern auch, um sich auf die zu erwartende Entwicklung einzustellen, die sie ja damit gleichzeitig mitbestimmen.

Dieses gemeinsame Wirken muß heute von einem sehr großen Verantwortungsbewußtsein getragen sein, von einer humanen Beziehung zum Fortschritt, denn die Wissenschaft allein garantiert noch keine humane Gesellschaft. Die Wissenschaft paßt sich der politischen Handhabung an.

Ich möchte hier ein Beispiel nennen, das nur weit hergeholt scheint. Denn was ist denn in der heutigen Welt weit hergeholt? — Es ist ein Beispiel, das einem Hitchcock-Film entnommen sein könnte: In Libyen wurden die mittelalterliche Methode der Verstümmelungsjustiz wieder eingeführt. Aufmerksame Zeitungsleser werden eine entsprechende Notiz gelesen haben. Nach altislamischem Brauch werden nun den Dieben die Hände abgehakt. Das aber geschieht mit den modernsten Mitteln der Medizin. Das ist, glaube ich, durchaus nicht lächerlich, es ist, meine Damen und Herren, schrecklich, daß so etwas in der heutigen Welt überhaupt noch möglich ist.

Sie sehen: Man kann die Wissenschaft mißbrauchen. Es gibt aus der Vergangenheit eine Reihe von Beweisen dafür, wie man sie mißbrauchen kann. Man mißbraucht heute die Wissenschaft zur Manipulation, zu einer gefährlichen Manipulation. Ich möchte als Beispiel nur die sehr geschickte wissenschaftlich-psychologisch fundierte Werbung und Reklame nennen. Zweifellos braucht die Welt die Wissenschaft wie nie zuvor. Nur mit ihrer Hilfe können große Probleme gelöst werden.

Mit Freuden sehen wir, daß die Wissenschaft einen besonderen Platz in diesem Budget und bei der Dotierung dieses Budgets einnimmt. Es werden die Kinder-, die Jugend- und die Altenbetreuung, die Kranken- und die Gesundenpolitik, sowie die Vorsorge-medicin, also alle diese gigantischen Aufgaben nur mit ihrer Hilfe zu lösen sein. Aber mit all den großartigen Forschungsergebnissen ist nichts gemacht, wenn sie nicht der Masse der Menschen zugute kommen. Dieser Umsetzungsprozeß von einer kleinen privilegierten Gruppe zur Allgemeinheit wird Geld kosten. Das wird in Zukunft, in vielen Jahren, noch immer viel Geld zu kosten haben.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Krankenanstalten zum ersten Mal, also 1973, Gelder für die Investitionsförderung bekommen; ich glaube, eine Viertelmilliarde steht da zur Verfügung. Wir sind heute schon

Anneliese Albrecht

sehr weit mit dem Einrichten von modernen und teilweise automatisierten Krankenhäusern, aber das kostet eben sehr viel.

Wir werden begrüßen, daß die Altenversorgung besser dotiert ist. Die Menschen werden älter. Ich habe am vergangenen Samstag eine Rundfahrt mit Pensionisten meines Bezirkes gemacht, und da waren 94jährige und 95jährige darunter. Die wirkten wie recht rüstige Siebziger. (*Ruf bei der ÖVP: Bravo!*)

Es ist schon so: Obwohl uns die Medien schon einige Zeit hindurch immer vorgaukeln: Ihr lebt nun in einer Welt der Jungen, der sehr Jungen!, ist die Wahrheit anders. Es wird ein großes Problem sein, die älteren und die alten Menschen nicht nur zu betreuen, sondern sie irgendwie auch in unser gesellschaftliches Leben einzubeziehen.

Aber weil die Medien hier bei den Alten und bei den Jungen verzeichnet sind, so möchte ich da noch ein Wort über die Medien fallen lassen, nämlich die Verzeichnung des Rollenbildes der Frau in den Medien. Ich glaube, wir knüpfen die Hoffnung an eine Medien-Reform, daß auch hier einmal etwas geschieht und man die Frau beziehungsweise die Welt der Frau doch wenigstens annähernd so zeigt, wie es der Wahrheit entspricht.

Auch hier also gesellschaftspolitische Überlegungen, die auf allen anderen Gebieten wirksam werden müssen, wie zum Beispiel auf dem so gewaltigen Gebiet des Umweltschutzes. Es sind 2 Milliarden Schilling für Umweltschutzmaßnahmen vorgesehen. Diese 2 Milliarden Schilling — das ist ja ebenso wichtig — gehen mit dem Bestreben, mit der Warnung einher, daß ein Industriestaat kein Opfer ungezügelter Industrialisierung sein darf. Hohes Haus! Aus Überlebensgründen und nicht nur deswegen, meine Damen und Herren, weil wir es in allen sozialistischen Programmen nachlesen können, werden wir überall den Menschen in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen haben! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daher — das habe ich beim Anhören und beim Studieren dieser Budgetrede sehr wichtig gefunden — ist nicht nur ein Wirtschaftsdenken, sondern auch eine Wirtschaftsgesinnung notwendig. Meine Damen und Herren! Es geht halt nicht ganz ohne Gesinnung. Nicht nur deswegen, weil wir so gute und humane Menschen sind — obwohl es ja auch keine Schande ist, sich zu bemühen, gut und human zu sein —, sondern weil die Welt nicht zusätzlichen Zündstoff brauchen kann, begrüßen wir es, daß wir nun den Entwicklungsländern mehr helfen. Ich

glaube nicht, daß man hier von einer Verschwendung reden kann. Im vorliegenden Budget sind die Ansatzposten für die Entwicklungshilfe um 70 Prozent gestiegen, und die Gewährung eines Kredites, einer Entwicklungsmilliarde, wird erwogen. Ich kann hier nur das wiederholen, was ich von Experten gehört habe, die behaupten, daß dieser Kredit auch währungspolitisch zu empfehlen wäre.

Österreich hat einen guten Platz in der Welt. Es hat durch die Erschließung neuer Märkte im europäischen Raum neue Möglichkeiten bekommen. Es hat nach seiner so gut wie einstimmig erfolgten Wahl in den Sicherheitsrat erhöhte internationale Bedeutung, eine Bedeutung, die vor allem in seiner strikten Neutralität begründet liegt.

Daher werden alle Anstrengungen dahin gehen müssen, daß die ungestörte, besonnene und fortschrittliche Entwicklung in unserem Land weitergeht. Wir werden sehr wachsam sein müssen gegen den Mißbrauch jeder Art, gegen den Mißbrauch und gegen die Mißachtung der Demokratie, gegen die Verletzung der Wirtschaftsdisziplin und gegen die Verletzung der Umweltdisziplin.

Das vor uns liegende Budget soll den Menschen in einem Land des inneren und des äußeren Friedens bessere Lebensbedingungen schaffen. Es ist bemüht, diese besseren Lebensbedingungen zu schaffen, und es ist bemüht, vor allem ein Budget im Dienste des Menschen zu sein. Aus manchen anderen Gründen auch, aber vornehmlich aus diesen verdient es unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Mock. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Hohes Haus! Ich möchte zunächst auf einige Bemerkungen von Vorrednern der Regierungspartei eingehen.

Herr Abgeordneter Tull! Ich möchte nur sagen: Über alle politischen Grenzen hinweg habe ich halt wirklich ein gewisses Mitgefühl für Ihre schwere Situation gehabt, denn ich würde mich auch sehr schwer tun, diese Wirtschaftspolitik hier im Nationalrat zu verteidigen. Ich habe daher durchaus verstanden, daß Sie sich in einer sehr schwierigen Situation befunden haben, und werde mir erlauben, später auf einige Ihrer Bemerkungen einzugehen.

Eine echte Überraschung war die Mitteilung des Zentralsekretärs der Sozialistischen Partei Österreichs, also eines Spitzenfunktionärs, daß man von der Mehrheit hier im Hause

Dr. Mock

nicht Gebrauch machen wird. Er hat ja den früheren Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Vizekanzler Withalm, zitiert, der am Beginn der Periode der Alleinregierung die Aussage machte, daß man sehr wohl auch in entsprechender Weise von der Mehrheit Gebrauch machen wird. Herr Abgeordneter Marsch hat gemeint: Wir werden diese Methoden nicht anwenden. — Ich hoffte, vom Gesicht des Herrn Vizekanzlers eine freudige Überraschung ablesen zu können. Dadurch ergeben sich durchaus neue Aspekte zum Beispiel für die 29. ASVG-Novelle. Vielleicht kommen wir doch noch in dieser Frage zusammen, wenn Sie von diesem Recht nicht Gebrauch machen. Ich stelle mir vor, daß der Zentralsekretär der SPÖ eine so bedeutende Aussage nicht leichthin macht, sondern daß das sehr überlegt ist.

Zu einer zweiten Bemerkung, bei der er sich auch mit den Bundesbahntarifen beschäftigt hat. Ich möchte da nicht ins Detail gehen. Sie haben festgestellt, in der Alleinregierungszeit der Volkspartei seien die Tarife der Bundesbahn viel stärker angehoben worden. Jetzt könnte ich wieder antworten: Und gerade die Tarife der Kurzfahrstrecken sind in Ihrer Zeit teilweise bis 80 Prozent angehoben worden.

Das wäre vielleicht alles Kleinkram, Herr Abgeordneter! Tatsache ist, daß vier Jahre hindurch die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei gezeigt hat, was sie unter Stabilität versteht, und daß seit dem Jahre 1970 eine permanente Aufwärtsentwicklung bei den Lebenshaltungskosten festzustellen ist. Das ist das Entscheidende, das spürt der Mensch draußen (*Beifall bei der ÖVP*) und nicht, daß man sich hier im einzelnen in Details verliert.

Wenn man die Dinge mit der Inflation wiederholt, wird man gelegentlich sehr böse, so war es auch heute beim Herrn Finanzminister — ich habe momentan nicht das Vergnügen seiner Anwesenheit; das soll nicht abwertend gemeint sein, Herr Bundesminister für Inneres —, man ist sehr empfindlich und beklagt sich, daß man Irreführung vorgehalten erhält und ähnliches. Das geht so weit, daß man dann versucht, bei jeder Gelegenheit Kritik und Kritikmöglichkeiten einzuschränken. Mich wundert immer, daß gerade von seiten der Sozialisten doch von unserem Bildungssystem die Erziehung zum kritikfähigen Menschen verlangt wird. Wenn dann in der demokratischen Auseinandersetzung Kritik geübt wird, dann geht das sofort unter die Haut, dann ist man beleidigt und böse. Dann sieht man den Herrn Bundeskanzler, wie er einmal mehr eine Angriffswelle gegen den ORF startet. Daß die eigenen Leute mit Maulkorb-

erlassen wie der Herr Landesverteidigungsminister ausgestattet werden, ist ja Ihre Sache, vielleicht hat das seinen Grund. Man könnte vielleicht sogar sagen, man hätte Verständnis dafür in Anbetracht dessen, was so gelegentlich von ihm an Aussagen gemacht wird. Das geht dann so weit, daß auch einzelne Journalisten einem gewissen Druck ausgesetzt werden. Sie erinnern sich noch alle sehr genau, wie einmal einer es gewagt hat, die Frage zu stellen, wie es denn mit der Preisprognose von 7 Prozent sei, was die Regierung machen wird, und die Reaktion des Herrn Bundeskanzlers eine sehr ungewöhnliche und sehr raue war.

Meine Damen und Herren! Das kann hier nie zu oft gesagt werden; denn die freie Meinungsäußerung ist eine der wertvollsten Einrichtungen: Wer im öffentlichen Leben steht, ob im Parlament oder in der Regierung, der hat natürlich ein Recht, mit besseren Argumenten gegen die Argumente des politischen Gegners anzukämpfen, er muß sich aber der Kritik stellen. Und wenn er versucht, der Kritik auszuweichen, oder versucht, die Kritikmöglichkeit einzuschränken, dann darf er sich nicht wundern, wenn das demokratische Selbstverständnis einer solchen Persönlichkeit in Frage gestellt wird.

Der Herr Bundeskanzler hat sicher auch ein Anrecht darauf, daß seine persönliche demokratische Überzeugung respektiert wird. Aber wenn er gegen den ORF so agiert, gegen einzelne Journalisten, ja man kann auch sagen, wenn er Leute in seiner Regierung duldet, die erklären, Personalvertreter seien nur die Beschützer der Dummen und Faulen, wie das der Landesverteidigungsminister gemacht hat, der sich die Frage gestellt hat, was überhaupt Abgeordnete in Landesverteidigungssachen mitsprechen, die haben ja keine Generalstabsausbildung, dann darf sich auch der Herr Bundeskanzler nicht wundern, daß man sein Demokratieverständnis einem gewissen Zweifel aussetzt. Das scheint mir eine sehr entscheidendes Element der Demokratie zu sein.

Herr Abgeordneter Sekanina! Sie haben sicher mit Ihren Argumenten die Möglichkeit, Ihren Standpunkt hier und woanders klar darzulegen. Aber Sie müssen Verständnis haben, daß wir ein Anrecht haben, alles das aufzuzeigen, was in dieser Alleinregierung darauf abzielt, die Kritikmöglichkeit in unserem Land einzuschränken. Tatsache war, daß über einen Antrag Ihres alter ego, Ihres Rechtsanwaltes, eine Rechtswidrigkeit Platz gegriffen hat. Wir haben nie dem Richter unterstellt, daß er nicht unabhängig sein soll, daß wir ihn einem Druck aussetzen wollen. Sie haben das sehr geschickt so gedreht: Sie ver-

Dr. Mock

teidigen die Unabhängigkeit des Richters. Das ist gar nicht notwendig, kann ich Ihnen sagen. Sie sollten sich vielmehr um Ihren Rechtsanwalt annehmen. Was wir hören wollten und was Sie hier gesagt haben, das anerkenne ich: daß Sie seinen Standpunkt nicht teilen. Wenn Sie das früher gesagt hätten, wäre die Debatte im Nationalrat in dieser Form vielleicht nicht notwendig gewesen. Wir würden es auch sehr begrüßen, wenn man dann auch Konsequenzen aus dieser falschen, aus dieser rechtswidrigen Position Ihres Mandanten ziehen würde, zumindest von der Gebietskrankenkasse aus. Das war der Zweck, warum wir das hier zur Sprache gebracht haben. Denn eines darf hier nicht Platz greifen: der alte Spruch von Pascal, daß man den Eindruck hat: Es ist die Macht, die die Meinungen macht. Das wird der Herr Bundeskanzler hoffentlich auch im Zusammenhang mit seinem Verhalten gegenüber dem ORF feststellen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bei der gegebenen wirtschaftspolitischen Situation muß man das Budget natürlich unter dem Gesichtspunkt analysieren, wieweit es geeignet ist, einen stabilitätsorientierten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten. Denn die Budgetpolitik ist nun einmal das wichtigste oder eines der wichtigsten Instrumente bei den Bemühungen um Preisstabilität. Der Herr Finanzminister hat vorhin von der Regierungsbank verkündet, es sei wirtschaftstheoretisch falsch, wenn man sagt, daß Stabilitätspolitik allein vom Budget her gemacht wird. — Das hat niemand behauptet. Aber was wir behaupten, ist, daß die Budgetpolitik von großem, von entscheidendem Gewicht für die Preisstabilität ist.

Übrigens möchte ich hier ein Zitat bringen, worin es heißt: „Unter den Instrumenten der Konjunkturpolitik ist die Budgetpolitik besonders wichtig, weil die öffentlichen Haushalte direkt und mit großem Gewicht in den Wirtschaftskreislauf eingreifen.“ — Dieses Zitat ist aus dem Finanzbericht „Bericht über die Lage der Finanzen der Republik Österreich“, der ja vom Herrn Finanzminister herausgegeben worden ist. Niemand hat gesagt, allein die Budgetpolitik sei entscheidend, aber er selbst hat auch einen Bericht herausgegeben, worin es heißt, daß die Budgetpolitik ein entscheidendes Instrument ist.

Wenn man nun dieses Budget ansieht — hier sind eine ganze Reihe von Zahlen schon genannt worden, die ich nicht wiederholen möchte —, so handelt es sich um ein sehr expansives Budget. Es ist hier vor allem 5 Milliarden inlandwirksames Budgetdefizit genannt worden. Ich frage mich in diesem

Zusammenhang, meine Damen und Herren, welchen Sinn eine 15prozentige Bindung in einer solchen konjunkturellen Entwicklung hat, wo es eher um eine Dämpfung der Konjunktur geht, um eine Dämpfung des Preisauftriebes, wobei heuer der Finanzminister bewiesen hat, daß er trotz einer Überhitzung die 15prozentige Bindung mit Ende dieses Jahres fast vollumfänglich, nämlich im Ausmaß von 1200 Millionen, aufgelöst hat. Das trotz der Überhitzung, die wir in unserer Wirtschaft haben.

Der Herr Finanzminister war auch vorhin sehr beleidigt, als man von halben Wahrheiten gesprochen hat. Ich möchte hier von seiner Rede nur drei Beispiele zitieren. Wenn er auf Seite 5 die Summe der Löhne und Gehälter aufzählt, wie sie 1971 um 15,3 Prozent und heuer voraussichtlich um 12 Prozent steigen, so wäre es auch gut, wenn man die Einnahmen aus der Lohnsteuer zitieren würde, das würde das Bild etwas abrunden. Die Steigerung der Lohnsteuer liegt nämlich zwischen 25 und 30 Prozent. Wenn Sie, Herr Finanzminister, hier die Höhe der Spareinlagen zitieren und erwähnen, die Spareinlagen erreichten Ende August einen Gesamtstand von 163 Milliarden Schilling, so wäre es auch sehr wertvoll, wenn Sie dazu sagen würden, daß die Zuwachsraten der Spareinlagen laufend zurückgehen. Die Zuwachsrate der Spareinlagen ist von 1969 auf 1970 noch von 7,8 auf 8,7 gestiegen. Wenn man jetzt die Zeit überspringt, so ist die Sparrate in den ersten acht Monaten des Jahres 1972 die niedrigste seit vier Jahren.

Ich wollte nur folgendes sagen: Ich verlange nicht, Herr Finanzminister, daß Sie das ganz groß hervorstellen, aber Sie könnten wenigstens Ihrer Sorge Ausdruck geben über diese Entwicklung. Dann wäre das, was Sie hier bringen, nicht so halb.

Und wenn ich am Schluß noch Ihre Anführungen über die Entwicklung des Preisindex, des Bruttonationalproduktes zitiere, so möchte ich dazu sagen: Es wäre eben auch gut, wenn Sie hier nicht nur davon reden, wie die Entwicklung 1970 und 1971 war, sondern auch wie sie im Jahre 1972 ist. Und was die Graphik anbelangt, hat Kollege Koren das hier schon vorgebracht. Das sind eben halbe Wahrheiten.

Herr Finanzminister! Ich muß Ihnen leider folgendes sagen: Sie sind vorhin hier aufgestanden und haben in Ihrer Replik auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Withalm sozusagen seine Aussage widerlegt, daß es sich bei dem OECD-Bericht um ein Papier handle, dessen Unterlagen seitens der Regierung geliefert werden.

Dr. Mock

Ich muß Sie daran erinnern, daß zur Erstellung des Jahresberichtes der OECD ein Österreich-Memorandum ausgearbeitet wird, das natürlich die Ziffern des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Experten des Finanzministeriums, des Bundeskanzleramtes und anderer einschlägiger Fachstellen verwendet. Dieses Memorandum geht als Papier der Regierung an die OECD nach Paris. Und dort wird die Situation auf der Basis dieses Papieres analysiert, und der Jahresbericht, der von der OECD ausgearbeitet wird, kann und wird nur mit Zustimmung der österreichischen Bundesregierung beschlossen. Das ist ein einstimmiger Beschluß im Rat der OECD. Das muß man auch dazusagen. Das heißt, was dort drinnenstand, hat und muß Ihre Zustimmung erfahren. Das haben Sie halt so rasch wieder einmal weggelassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe das deswegen so ausführlich gebracht, weil auch der Herr Bundeskanzler mich vorhin eingeladen hatte, ich könnte ja dazu Stellung nehmen. Man darf, wie gesagt, nicht empfindlich sein, wenn es heißt, hier ist nur die Hälfte eines Problems aufgezeigt worden. Und übrigens, wenn Sie heute schon zweimal so geflissentlich auf das Budget 1970 verwiesen haben — es wäre wirklich einmal Zeit, daß Sie dieses Rückverschieben der Verantwortung bleiben lassen. Wissen Sie, das wird so unterschwellig angedeutet: Na ja, das Budget 1970 war auch eine Mitursache für die heutige negative Entwicklung, nämlich den Preisauftrieb. Das erinnert mich daran, als der Herr Bundeskanzler vor kurzem bei Hinweis auf die Misere beim Bundesheer gemeint hat: Na, und dann darf man auch nicht vergessen, daß das noch auf die Verteidigungsminister Prader und Schleizer zurückgeht. Bitte, im Jahre 1962!

Auf der anderen Seite flüchtet man wieder in die Zukunft. Bei der Verwaltungsaufblähung, bei der Steigerung der Dienstpostenanzahl um über 3000 — rund 3500 — hat in einem Interview der Herr Staatssekretär im Bundeskanzleramt — leider haben wir nicht das Vergnügen — gemeint: Ja, was man machen müsse, ist eine langfristige, zehnjährige Planung, eine Bedarfsplanung für den öffentlichen Dienst! Da kann ich nur sagen: Es ist schon recht, so etwas zu machen. Aber eine Regierung muß sich in der Gegenwart bewähren. Nicht immer ausweichen in die Vergangenheit oder in die Zukunft. Mir kommt die SPÖ als eine Partei so vor — ich muß es hier einmal offen sagen —, die dauernd von der Zukunft redet, mit der Gegenwart nicht fertig wird und sich dabei auf die Vergangenheit ausredet, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das haben Sie eben heute hier auch versucht.

Sie haben beim Budget 1971, in Ihrer damaligen Budgetrede, Herr Finanzminister, gemeint, das sei eine Wende. Ich stimme Ihnen zu. Wir sind hier einmal einer Meinung — es war eine Wende, aber zu einer einmalig neuen inflationären, andauernd inflationären Wirtschaftspolitik!

Meine Damen und Herren! Seit der Schillingstabilisierung des Jahres 1953 hat Österreich im internationalen Durchschnitt eine relative Stabilität halten können. Das heißt, die jährliche Inflationsrate betrug zwischen 1954 und 1971 3,1 Prozent und — wenn ich die sechziger Jahre nehme — zwischen 1960 und 1969 3,4 Prozent. Diese stabile österreichische Inflationserfahrung konnte trotz großer Schwankungen in den umliegenden und wichtigsten Partnerstaaten durch die damalige Wirtschaftspolitik gehalten werden. Durch die Wirtschaftspolitik eines Kamitz, eines Klaus, eines Schmitz, eines Koren, und wie die anderen Finanzminister hießen. Das zeigt, meine Damen und Herren *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, das zeigt, Herr Kollege, daß man trotz starker Schwankungen im Ausland die notwendige Autonomie im Inland durchaus bewahren kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der dauernde Hinweis, den hier auch heute der Finanzminister gebracht hat — wir sind halt so ein unendlich kleines Land, so wie das Burgenland in Österreich liegen wir da im Herzen Europas und können uns überhaupt nicht helfen —, hat zumindest für die vergangenen zwanzig Jahre nicht gegolten. Da konnten wir uns helfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir verlangen ja nicht, daß Sie mehr machen, als wir selbst zusammengebracht haben. Ich habe das ja sowieso nie geglaubt. Aber Sie werden verstehen, daß die ÖVP wenigstens das gleiche verlangt. Wobei ich ja hier mit dieser Feststellung nur eine Feststellung wiederhole, die Professor Streisler vor kurzem getroffen hat ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Herr Abgeordneter! Ich lade Sie sehr herzlich ein, dann hier zu replizieren. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich weiß schon, das tut halt weh. Aber das müssen Sie Ihrer eigenen Regierung sagen! Sie werden jetzt immer wieder von uns das hören, was Sie prophezeit haben, was Sie an Illusionen vorgegaukelt haben, und was jetzt eingetreten ist. Sie sind doch angetreten mit „3 Prozent sind genug!“ *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Der Herr Bundeskanzler hat am 15. Februar 1970 gemeint: Das wichtigste in der neuen Bundesregierung ist, die Preise in den Griff zu bekommen. Meine Damen und Herren! Ich habe mir das „Die Preise in den Griff zu bekommen“ anders vorgestellt. Also im Jahre

Dr. Mock

1971 ist eine Wende eingetreten. (*Ruf bei der ÖVP: Ausgerutscht!*) Mir macht es nichts, wenn sie ausrutschen, aber nicht auf Kosten der Öffentlichkeit und der Bevölkerung!

Im Budget 1972, Herr Finanzminister, haben Sie dann davon gesprochen, daß dieses Budget im klaren Gegensatz zur konservativen Philosophie steht, wonach die Budgetpolitik die Kunst ist, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.

Selbst wenn diese Aussage richtig wäre, wäre sie mir noch immer lieber als Ihre jetzige Politik. Sie verteilen nämlich die Enttäuschungen ungleichmäßig, vor allem zu Lasten der schwachen Einkommensschichten, der Rentner, der Pensionisten und der großen Familien. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und für den Bundesvoranschlag 1973 sagen Sie, daß es weder mit dem Budget vergangener Jahre zu vergleichen ist, noch wird man künftige Budgets mit gleichen Maßstäben messen können. Es wurde heute schon aufgezeigt, daß dieses Budget wirklich unvergleichlich ist: es hat das größte Defizit. Es ist vor allem das Budget, das bei einer so starken andauernden Inflation die geringste stabilitätsorientierte Auswirkung hat. Das ist sicher ein Unikat, wie es hier genannt wurde. Aber dabei sprechen Sie siebzehnmal — ich habe mir einmal den Spaß gemacht, das durchzublättern — von Stabilität, von Stabilitätsorientiertheit, von stabilitätspolitischen Maßnahmen; obwohl gerade diese Stabilität ja immer mehr verlorengeht. Herr Finanzminister! Quantität in Worten ist kein Ausgleich und keine Alternative für die Qualität Ihrer Wirtschaftspolitik! Ich fürchte sehr, obwohl es nicht meine Sorge sein soll, daß Ihre Popularitätskurve bei dieser Inflationskurve einmal nicht mehr mithalten kann.

Jetzt, Herr Finanzminister, im September 1972 überraschen Sie die Öffentlichkeit mit einem Stabilisierungskonzept. Jetzt, meine Damen und Herren, nachdem das Inflationstempo Kreisky-Androsch zweieinhalb Jahre unbekümmert und selbstbewußt durch die wirtschaftspolitische Landschaft gefahren ist, gibt es ein Stabilisierungskonzept. Wo waren Ihre Überlegungen, Herr Finanzminister, in den vergangenen zweieinhalb Jahren?

Sie haben heute gesagt, wir bieten keine Alternativen an. Ich nehme an, daß Sie aufmerksame Pressemitarbeiter haben. Am 18. Juni 1971 hat es ein Stabilisierungskonzept der Volkspartei gegeben. Nicht Sie haben erst eines erstellt, wir haben es Ihnen angeboten. Wir haben es gefordert. Sie konnten es in den Zeitungen lesen. Der Bundesparteiobmann, der Klubobmann hat es hier wiederholt vorgetragen; Sie haben ja gemeint, Sie

halten nichts von „hochgestochenen Stabilisierungsprogrammen“. Ich zitiere 27. 11. 1971. Das war eine Alternative.

Eine andere Alternative, Herr Finanzminister, weil Sie die Frage gestellt haben, wir bieten keine Alternativen an. Monatlang, jahrelang wurde der Abschluß mit der EWG verhandelt. Jeder hat gewußt, wir stehen jetzt vor einem Abkommen, das zwar ein Minimalabkommen ist, aber doch eine vollkommen neue Konstellation für unsere Unternehmen bringen wird, wo die Sicherheit der Arbeitsplätze ein besonderes Anliegen sein wird. Wer hat ein EWG-Begleitprogramm gefordert und vorgeschlagen? Es war die Opposition, und nicht die Regierungspartei, obwohl diese ja die Ministerien hat, die Fachleute hat, die zusätzlichen Experten hat: 1500, die zusätzlich als Vertragsbedienstete eingestellt wurden. (*Ruf bei der SPÖ: 1400!*) Herr Abgeordneter, 1400, bitte. Ich revidiere: Es waren nicht 1500, sondern 1400 waren es zusätzlich.

Herr Finanzminister! Hier haben Sie Alternativen. Ein Stabilisierungsprogramm vom 18. Juni 1971. Ein EWG-Begleitprogramm von diesem Jahr, und als wir über die Durchführung des EWG-Begleitprogramms verhandelt hatten, kamen von den neun Maßnahmen, die im Abschlußprotokoll vorgeschlagen und fixiert wurden, acht aus dem Vorschlagspaket der Oppositionspartei. Hier sieht man, ob wir Alternativen gebracht haben, ob wir es uns leicht gemacht haben, nur zu kritisieren, oder ob wir in der Lage waren, auch politische Alternativen vorzuschlagen. In diesen Chor hat ja der Abgeordnete Tull auch frohgemut eingestimmt, er hört es zwar jetzt nicht. (*Abg. Libal: Aber ja!*) Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Libal, wenn Sie sagen „aber ja“. Ich nehme an, Sie werden es ihm berichten, denn das scheint mir sehr wichtig zu sein.

Wenn ich nachdenke, Herr Finanzminister, daß Sie im September 1972 nach zweieinhalb Jahren ständiger Aufwärtsentwicklung groß ein Stabilisierungskonzept ankündigen oder verkünden, dann frage ich mich: Wie werden Sie jenen das zurückgeben, was sie auf Grund Ihrer inflationären Politik in den letzten zweieinhalb Jahren verloren haben. Allein das Sparguthaben der Arbeitnehmer hat, wie Ihnen ja bekannt ist, im Jahre 1971 einen Kaufkraftverlust von 2,5 Milliarden Schilling erlitten. Das ist nicht von der ÖVP ausgerechnet worden oder sonst von irgendeinem unabhängigen Fachmann, Ihr Genosse Karl Aush ... (*Abg. Blecha: Was heißt sonst?*) Herr Abgeordneter Blecha, es täte Ihnen gar nicht schaden, wenn auch Sie sich auf das Wesentliche konzentrieren würden.

Dr. Mock

Wenn man das jetzt fortschreibt, meine Damen und Herren, so kommt man darauf, daß das Sparvermögen der Arbeitnehmer in Österreich in diesem Jahr einen Kaufkraftverlust von rund 3,5 Milliarden Schilling erleiden wird. Werden Sie denen das zurückzahlen, Herr Finanzminister? Nur weil Sie zweieinhalb Jahre geschlafen haben; denn in dieser Hinsicht haben Sie geschlafen, oder Sie waren zu überheblich, ein Konzept für die Stabilisierung der Entwicklung auszuarbeiten.

Ich glaube, es schadet gar nicht in der Demokratie, wenn man auch einmal eine Idee der Opposition akzeptiert, und es hätte vor allem breiten Kreisen der Bevölkerung genützt, wenn auch Sie seinerzeit über das Stabilisierungskonzept der Volkspartei wenigstens gesprochen hätten. Aber das war ein „Blattl Papier“, um das man sich nicht angenommen hat. Im Gegenteil. Man hat uns in großen Aussprüchen verkündet: Ich persönlich halte nichts von großartig aufgemachten Stabilisierungsprogrammen.

„Die Inflation“ — schreibt auch Ihr Genosse Karl Autsch — „ist wahrlich kein Kavaliersdelikt.“ Herr Finanzminister! Der, der die Inflation verniedlicht, macht sich in jeder Hinsicht mitschuldig, und ein Budget, das so expansiv ist, das sich in seinen Ausgaben explosionsartig entwickelt, zeigt, daß Sie die Situation noch immer völlig verkennen, daß Ihr Bekenntnis zur Stabilität ein reines Lippenbekenntnis ist.

Man spricht sehr laut und immer öfter von Stabilitätspolitik und ist eigentlich in Wirklichkeit eine Art Stabilitäts-Klau. Man spricht von der Erhaltung des Geldwertes und macht dabei aus dem stabilen Schilling einen Schwundschilling. Man wird wahrscheinlich eines Tages auch einmal von einem Kreisky-Schilling und von einem Androsch-Schilling sprechen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat geglaubt in seiner Antwort auch den Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds Pierre Schweitzer zitieren zu müssen, der auf die starke inflationäre Entwicklung auch international verwiesen hat und gemeint hat, wir müssen eben hier heruntersommen. Sie haben dann auch das Communiqué der Pariser Gipfelkonferenz zitiert. Bei der europäischen Gipfelkonferenz am Ende voriger Woche wurde einhellig festgestellt, daß man die Frage der Inflation als ein Hauptproblem Europas ansieht. Herr Finanzminister! Die Herren, die für die Politik in vielen anderen europäischen Ländern verantwortlich sind, sind eben früher daraufgekommen, die Inflation zu bekämpfen, als das bei uns der Fall

ist. Wir haben, was die Inflationsrate anbelangt, diese Länder bereits überholt. Aber diese beginnen früher Stabilitätspolitik zu machen, als wir das tun.

Und mit einem sollte auch einmal Schluß sein, mit dem ständigen Verweisen auf das Ausland, mit dem ständigen Hinweis, unsere Inflation sei importiert. Ich darf hier daran erinnern, daß es im Wirtschaftsbericht der OECD (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) — nein, nicht im Wirtschaftsbericht über Österreich, sondern in einer Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung im OECD-Raum vom Juli 1972, heißt: „Mitte 1972 werden sich die Preise mit einer Durchschnittsrate von 4 bis 4½ Prozent im gesamten OECD-Raum entwickeln.“ Das heißt, Herr Finanzminister, daß das beträchtlich unter der österreichischen Preissteigerungsrate liegt.

Und was die EWG anbelangt, so kann ich nur aus den „Finanznachrichten“ zitieren, worin es gleichfalls heißt: Ob wir die EWG als Sechsergemeinschaft oder als Zehnergemeinschaft nehmen — die österreichische Preisentwicklung mit 6½ Prozent im Juni dieses Jahres lag bereits deutlich über dem EWG-Niveau. Die Wahrheit, Herr Finanzminister, ist nichts anderes, als daß wir bezüglich der Preisentwicklung schon seit Monaten auf der Überholspur sind, aber nicht auf der Überholspur, von der hier die Abgeordneten der Regierungspartei dauernd sprechen.

Unsere Haupthandelspartner Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und USA, von denen rund 60 Prozent unserer Einfuhren kommen, haben alle ein niedrigeres Preisniveau. Meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß wir heute die Stabilität importieren, die Stabilität aber, die wir importieren, an unseren Grenzen durch die inflationäre Wirtschaftspolitik der Regierung zunichte gemacht wird. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Wodica: O Logos!*) O Logos! Wenn das ein bißchen schwer für Sie ist, Herr Abgeordneter, so bin ich gern bereit, Ihnen auch die nötigen Statistiken zu geben, weil Sie einen so schweren Seufzer machen.

Und noch eines, Herr Finanzminister: Wenn Sie nicht der halben Wahrheit bezichtigt werden wollen, dann müßte man auch einmal anerkennen, daß die Inflation — und das ergibt sich schon aus dem, was ich vorhin gesagt habe — eben primär hausgemacht ist. Sie haben das für das Jahr 1971 in den Monatsberichten des Instituts für Wirtschaftsforschung von Professor Nemschak, wo es heißt: ... verlagerte sich 1971 das Schwergewicht des Preisauftriebes zu den binnenwirtschaftlichen Ursachen.

Dr. Mock

Sie haben es neuerdings in dem zitierten OECD-Bericht auf Seite 17 vorgefunden, wo es heißt:

Da die ausländische Nachfrage zurückgegangen ist und die Außenhandelspreise die Tendenz haben, bedeutend weniger als 1970 zu steigen, ist der inflationistische Druck in den letzten eininhalb Jahren hauptsächlich inländischen Faktoren zuzuschreiben. — (Abg. E. Hofstetter: Wer macht die?) Das macht die OECD, Herr Abgeordneter Hofstetter (Ruf bei der SPÖ: Das ist ja ein Regierungsbericht!), und das mußte auch die Zustimmung des Regierungsvertreters finden. Also die Argumentation der Experten der OECD muß schon sehr stark gewesen sein, daß selbst die österreichische Bundesregierung hier zustimmen mußte. Das zeigt ganz klar ihre Verantwortung, die Verantwortung dieser Bundesregierung. Man soll endlich einmal aufhören, dauernd das Ausland zu strapazieren und für diese wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich zu machen. Konzentrieren Sie Ihre Kapazität nicht so sehr — das wäre vor allem auch wichtig für den Herrn Bundeskanzler — auf das Finden neuer Ausreden, sondern darauf, daß Sie wirklich einmal diese Wirtschaftsentwicklung in den Griff bekommen!

Der Herr Bundeskanzler hat doch am 15. Februar 1970 gemeint: Das erste, was eine neue Bundesregierung machen muß, ist, die Preisentwicklung in den Griff zu bekommen. — Ich habe vorhin schon erwähnt: das war nach vier Jahren pro Jahr 3 Prozent Preissteigerung. Also ich habe mir das anders vorgestellt, meine Damen und Herren!

Ich habe mir auch die Europareife anders vorgestellt. Gerade in dem Zeitpunkt, wo wir zum Gemeinsamen Markt stoßen (Zwischenruf bei der SPÖ), wo die schützenden Zollbarrieren abgebaut werden, erleben wir (Ruf bei der SPÖ: Mut zur Mehrwertsteuer!) die seit 20 Jahren stärkste Preissteigerung. Das ist Ihre „Wettbewerbsfähigkeit“, die Sie herstellen, Herr Abgeordneter, das ist Ihre Verantwortung! Und damit sind Sie konfrontiert.

Wenn Sie die Mehrwertsteuer hier in den Raum stellen, so wissen Sie genau, warum wir die Mehrwertsteuer abgelehnt haben (Ruf bei der SPÖ: Sie hätten 17 Prozent haben wollen!); weil ein unberechtigter Satz von 16 Prozent außerdem preisauftriebfördernd wirkt, weil der Zeitpunkt, zu dem Sie die Mehrwertsteuer einführen, völlig falsch gewählt war.

Der Herr Finanzminister mußte selbst ebenso wie der Herr Gewerkschaftsbundpräsident seine Prophezeiungen über die Auswirkungen der Mehrwertsteuer revidieren. Kein Mensch hat uns vorgeschrieben, am

1. Jänner 1973 die Mehrwertsteuer einzuführen. Italien war Gründungsmitglied der EWG und hat das bis jetzt nicht eingeführt. Das war doch nur eine Ausrede, um die Öffentlichkeit glauben zu machen ... (Abg. Steininger: Die ist schon beschlossen! Am 1. Jänner!) Ist beschlossen, aber die versuchen, einen konjunkturpolitisch besseren Zeitpunkt zu erreichen. Und darum ist es uns auch gegangen. Daher haben wir gesagt: Der Zeitpunkt ist falsch! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Also mit der Mehrwertsteuer zeigen Sie nur neuerdings einen Fehler in der Wirtschaftspolitik auf! (Abg. Horr: Reden Sie von den Arbeitslosen in Italien dann auch!) Ja, können wir durchaus reden! Wir haben nämlich gezeigt, Herr Präsident Horr, daß man Vollbeschäftigung und eine relative Stabilität, wo Sparen noch einen Sinn hat, durchaus vereinbaren kann; weil das von Ihnen dauernd in Abrede gestellt wird. Hier wird dauernd gesagt: Entweder Arbeitslosigkeit oder Inflation! (Abg. Skritek: In Italien ist doch die Zahl der Beschäftigten um 100.000 zurückgegangen! — Zwischenruf des Abg. E. Hofstetter.) Herr Abgeordneter Hofstetter! (Abg. E. Hofstetter: Wenn wir da nicht eingegriffen hätten im OGB, wären mehr geworden! Das nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis!) Herr Abgeordneter Hofstetter! Ich darf Ihnen vielleicht folgendes vorlesen (Abg. Wodica: 100.000 Arbeitsplätze in der Zeit der ÖVP in zwei Jahren weniger!): Im vorjährigen OECD-Bericht, heißt es hier, wurde auf die eindrucksvolle Verbindung von raschem Wachstum, verbesserter Zahlungsbilanz und relativer Kosten- und Preisstabilität während des Konjunkturaufschwunges 1968 und 1970 hingewiesen.

Das ist das Urteil über die ÖVP-Wirtschaftspolitik, Herr Abgeordneter Hofstetter! Im OECD-Bericht ... (Ruf bei der SPÖ: Das ist ja ein Regierungsbericht, Herr Kollege!) Ist ein Regierungsbericht, durchaus, ja, Herr Abgeordneter, und das findet sich ... (Ruf bei der SPÖ: Ich verstehe nicht, auf was Sie sich da berufen!) Es ist verständlich, daß man sich ein bißchen schwertut. Wissen Sie, wo das steht? Das steht im Wirtschaftsbericht des Herrn Bundeskanzlers! Mehr kann ich ihm nicht wünschen, als daß der Herr Bundeskanzler über die ÖVP-Wirtschaftspolitik ein solches Urteil abgibt! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin sicher nicht qualifiziert, dem Herrn Abgeordneten Tull wirtschaftstheoretischen Unterricht zu erteilen, aber da hat der Herr Abgeordnete Tull gemeint, es ist daher ein Unsinn, wenn in dem Land Leute herumziehen, die eine optimale Lösung des Magischen Dreiecks verlangen, nämlich Zahlungsbilanz,

Dr. Mock

Preisstabilität und Vollbeschäftigung. In diesem Papier haben Sie es! Da muß man eben ein bißchen warten mit den Zwischenrufen, dann können solche Sachen nicht passieren.

Karl Ausch, um das einmal mehr zu zitieren, schreibt in seinem jüngst erschienenen Buch, er, nämlich Ausch, will vielmehr seiner Befürchtung Ausdruck geben, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge des letzten Vierteljahrhunderts durch die immer rascher werdende schleichende Inflation ernstlich gefährdet werden.

Er schreibt weiter:

„Beschwichtigungshofräte“ — bitte, Herr Finanzminister, das bin nicht ich, der diesen Ausdruck erfunden hat, das ist Karl Ausch — „weisen darauf hin, daß in dem oder jenen Land die Inflationsrate höher sei als im eigenen. Als ob die Hausfrau“ — ich erinnere daran, was hier Abgeordneter Withalm gesagt hat — „mit statistischen Tabellen in der Hand einkaufen gingel!“ — Und da hat der Herr Abgeordnete Fischer gemeint: Sie begeben sich auf das Hausfrauenniveau!

Das ist für uns kein unteres Niveau, sondern das sind sehr wesentliche Interessen für die Wirtschaftspolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen doch noch ein drittes Zitat bringen:

„Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Inflation werden abgelehnt, weil, so lautet der Einwand, die Gefahr bestehe, daß dadurch die Konjunktur abgewürgt, die Vollbeschäftigung gefährdet und Arbeitslosigkeit ausgelöst werden könnte. Wer so argumentiert“ — bitte wieder Genosse Karl Ausch! — „gleicht einem Mann, der sich dagegen sträubt, daß ein Hochwasser bekämpft wird, aus Besorgnis, es könnte Wassermangel entstehen. Diese Argumentation ist jedoch unbegründet.“ *(Abg. Dr. Withalm: Wer hat das geschrieben?)* Karl Ausch, Generalrat der Nationalbank, meine Damen und Herren! *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.)*

Mehr können Sie ja von uns nicht verlangen, als daß Sie, wenn Sie schon unsere eigenen Argumente, obwohl es in der Demokratie der Fall sein soll, nicht akzeptieren, wenigstens Ihren eigenen Experten glauben! Aber Ausch war offensichtlich bei der Konzipierung Ihrer Wirtschaftspolitik nicht dabei. *(Abg. Graf: Experte ist einer nur, wenn er sagt, was der Regierung paßt! Sonst ist er kein Experte!)*

Der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes — er hat dankenswerterweise vor kurzem festgestellt, daß seine politischen Aussagen auch während seines Vorsitzes hier

durchaus diskutiert werden könnten — zitiert ja bei jeder Gelegenheit, wie das heute auch geschehen ist, die reale Einkommenssteigerung.

Er — das schreibt wiederum Karl Ausch — hat allerdings nicht hinzugefügt, daß diese 3 Prozent Realeinkommenssteigerung verschiedentlich erreicht werden könnte. Man kann zum Beispiel Löhne und Gehälter um 6 Prozent erhöhen. Gehen davon 3 Prozent für eine bescheidene Geldentwertung und höhere Steuern ab, so bleiben die restlichen 3 Prozent real übrig. Man kann hingegen auch die Bezüge nominell um 16 Prozent erhöhen, aber darf sich nicht wundern, wenn bei einer Geldentwertung von 13 Prozent auch 3 Prozent Realeinkommen bleiben.

Aber was dann mit der Wirtschaft passiert, das ist ja wohl jedem klar. So einfach darf man es sich eben auch nicht machen.

In der von mir vorhin erwähnten OECD-Studie hat Walter Heller, der frühere Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates von Präsident Kennedy, festgestellt:

Eine Wirtschaftspolitik darf keine Mühe scheuen, alle wichtigen Zielsetzungen gleichzeitig zu verwirklichen, um nicht nur einfach auf ein Ziel loszusteuern, nämlich entweder nur Vollbeschäftigung oder nur Preisstabilität.

Das, Herr Finanzminister, was Sie und vor allem der Herr Bundeskanzler immer wieder zitieren, nämlich entweder Inflation und Vollbeschäftigung oder Stabilität und Arbeitslosigkeit — zumindest deuten Sie das immer wieder an —, ist kein wirtschaftspolitisches Konzept. Hier unterscheiden wir uns ganz wesentlich! Eine Regierung, meine Damen und Herren, die nichts anderes als Inflation oder Arbeitslosigkeit anzubieten hat, hat meiner Auffassung nach wirtschaftspolitisch abgedankt! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hier hat sich ja der Herr Abgeordnete Doktor Tull heute bitter beklagt, daß nicht einmal Wirtschaftstheoretiker dieses Problem schon gelöst hätten. Herr Abgeordneter! Ich bin nicht qualifiziert, Ihnen Nachhilfestunden zu geben in diesem Bereich *(Abg. Dr. Tull: Sie können es auch nicht!)*, aber ich darf Ihnen vielleicht Experten zitieren, die anderer Auffassung sind und deren Werke ich Ihrer werthen Lektüre empfehle.

Zum Beispiel stellte der bekannte Schweizer Nationalökonom Werner vor kurzem fest:

Jedenfalls liefern weder die Wirtschaftsgeschichte noch die theoretische Betrachtung überzeugende Argumente für die Aufrechterhaltung der These, eine leicht inflatorische Tendenz bilde das schmierende Fluidum des

Dr. Mock

Wirtschaftswachstums. Eine an einem optimalen Wachstum orientierte Politik wird gut daran tun, den Preisauftrieb zu dämpfen.

Ein zweites Zitat könnte ich Ihnen von Gottfried Bombach bringen.

Und bitte ein drittes Zitat, falls diese beiden Herren aus dem Ausland für Sie nicht maßgebend sind: Es hat ja der heutige Herr Staatssekretär Dr. Veselsky in „Arbeit und Wirtschaft“, in der Nr. 12/1966, festgestellt, daß ein Preisanstieg von 4 Prozent das Überschreiten der Unbedenklichkeitsgrenze darstellt. Wo sind wir denn heute, Herr Abgeordneter Doktor Tull? (Abg. Dr. Tull: Wann hat er das gesagt?) Das hat er — bitte, wenn Sie nachlesen; ich nehme an, daß Sie als informierter Abgeordneter „Arbeit und Wirtschaft“ immer ausführlich studieren; ich mache es — in der Nr. 12/1966 gesagt. Ich stelle Ihnen die Nummer auch zur Verfügung, falls Sie das näher interessiert. (Abg. Dr. Tull: Eben! Andere Verhältnisse waren damals als heute!)

Übrigens hat der jetzige Herr Staatssekretär — bitte in der Opposition — in der gleichen Nummer eine Belebung des Wirtschaftswachstums unter gleichzeitiger Dämpfung des Preisauftriebes verlangt. Es war eben dazumal alles anders, da hat man es sich etwas leicht gemacht. (Abg. Dr. Tull: Jedenfalls war es schlechter! Schlechter war es!) Heute sind diese Zitate eben sehr unangenehm. (Abg. Doktor Tull: Schlechter war es, Herr Kollege! — Abg. O f e n b ö c k: Damals hat den Hausfrauen das Einkaufen noch Freude gemacht!)

Meine Damen und Herren! Eine Aussendung der „Sozialistischen Korrespondenz“ aus dem Jahre 1968 lautete bei einem Preisauftrieb von 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr: Es kommt eine neue Preiswelle auf uns zu! Zucker wird teuer, die Verbrauchsteuern steigen, wir sind am Tiefpunkt angelangt!

Das war bei einer Preissteigerung von 2,1 Prozent. — Dort war man schon am Tiefpunkt, und heute sind wir bei 6 Prozent noch nicht einmal am Höhepunkt angekommen!

Nun wurde die Frage gestellt — auch der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat ja dieses Wort elegant in die Debatte hineingeworfen (Abg. Libal: Wenn der Tull nicht wäre! — Abg. Dr. Tull: Jawohl!) —: Wir erwarten die Anträge, wo man sparen solle.

Herr Abgeordneter Dr. Tull! Bei der Aufblähung des Verwaltungsapparates! Natürlich könnten Sie nicht so viele neue, geschätzte Mitarbeiter einstellen. Hier haben Sie schon längst das verspielt, was die ÖVP-Regierung seinerzeit an Dienstposten eingespart hat. (Abg. Dr. Tull: Wollen Sie weniger Lehrer,

weniger Professoren, weniger Justizbeamte?) Herr Abgeordneter Dr. Tull! (Abg. Dr. Tull: Was wollen Sie? Sagen Sie, was Sie wollen!) Ja, Herr Abgeordneter Dr. Tull.

Die Österreichische Volkspartei und die ihr verantwortliche Bundesregierung (anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ — der Präsident gibt das Glockenzeichen) haben 5217 Dienstposten absolut eingespart. Mit diesem Budget haben Sie die Dienstposten seit 1970 um 6500 ausgeweitet. Trotzdem haben wir zum Beispiel — um nur aus dem letzten Budget zu zitieren — dazumal um fast 1000 Lehrer mehr eingestellt. Die Dienstposten im Bereich der Gerichtsbarkeit und des Sicherheitswesens am Gerichtssektor haben zugenommen. Wir haben durchaus aufgestockt. Aber in anderen Bereichen haben wir so entscheidend gespart — das Wort scheint Ihnen doch weitgehend unbekannt zu sein —, daß es uns noch immer möglich war, für die Exekutive, für die Sicherheit im Gerichtsbereich und für die Bildung mehr Dienstposten vorzusehen.

Das, was dazumal eingespart wurde, ist jetzt binnen 2½ Jahren verspielt worden!

Sie erinnern sich noch, Herr Abgeordneter Dr. Tull, wie anlässlich der Gründung des neuen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ... (Abg. Dr. Tull: Was würden Sie reden, wenn ich nicht vorher gesprochen hätte, wenn ich nicht da wäre?) Bitte, ich kann nicht auf jedes Vorargument eingehen. Ich glaube aber, daß der politische Gegner ein gewisses Anrecht darauf hat, daß man sich mit seinen Feststellungen auseinandersetzt. (Abg. Dr. Tull: Gut, reden Sie weiter!)

Damals hat auch der Herr Abgeordnete Blecha die Gründung des neuen Ministeriums sehr lebhaft befürwortet und verteidigt. Das ist durchaus natürlich. Die Frau Bundesminister hatte uns ja die Mitteilung gemacht, daß es keine Zunahme an Dienstposten geben wird, weil man nur die Beamten vom alten Ministerium nimmt. Heute sind wir im neuen Ministerium schon bei der doppelten Anzahl von Dienstposten des Standes 1970/71 angelangt.

Da können Sie sparen, meine Damen und Herren! Da können Sie sparen! Wenn ich mir nur die Entwicklung der Bundestheater hernehme ... (Abg. Dr. Tull: Wo ist der Gasperschitz? Gasperschitz soll her! — Abg. Haas: Während Ihrer Regierungszeit ist ja nichts geschehen! Aber jetzt geschieht etwas!) Moment, Herr Abgeordneter Haas.

Wenn ich mir die Bundestheater hernehme, meine Damen und Herren: Der Herr Bundeskanzler ist ja mit den Gagen einiger prominenter Schauspieler im Wahlkampf 1970 durch die

Dr. Mock

Lande gezogen. Wenn man das mit der richtigen Betonung darstellt, so provoziert das natürlich den normalen Einkommensbezieher, wenn er ohne Erklärung hört, was eine Spitzenkraft verdient. Da hat man Stimmung gemacht.

Wenn vom Jahre 1970 bis zum Jahre 1973 das Bundestheaterdefizit um mehr als 50 Prozent gestiegen ist, so bin ich überzeugt davon, Herr Bundeskanzler, daß Sie das draußen heute nicht verkünden. Nur zeigt sich eben wieder, wie man seinerzeit gesprochen hat und wie man die Dinge jetzt von der Regierung sieht. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Zitieren Sie, was ich gesagt habe! Wörtlich! Zitieren Sie das noch einmal!)* Herr Bundeskanzler! Jawohl, ich kann Ihnen auch das genau schicken. Mir wurde es zum Beispiel bei einer Versammlung in Grieskirchen vorgehalten: Eine über 50prozentige Steigerung des Bundestheaterdefizits! *(Abg. Libal: In Grieskirchen hat man das gewußt?)*

Um noch ein Beispiel zu nennen: Die Bundesbahntarife, meine Damen und Herren, hat man ganz stark angehoben. Man hat damit auch einen Druck auf die inflationäre Aufwärtsentwicklung ausgeübt. Das Defizit ist jetzt höher als vor der Tarifierhöhung: Von 3,9 Milliarden Schilling ist es auf 5,3 Milliarden Schilling gestiegen!

Hier, Herr Finanzminister, fangen Sie sich eben schon in der eigenen Inflationspolitik, denn auch für Ihre Bereiche steigen die Kosten ganz beträchtlich an.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben ja die angenehme Möglichkeit, wenn man eine Zusammenfassung der Wirtschaftspolitik dieser Regierung bringt, nur auf dieses Dokument greifen zu müssen. *(Der Redner zeigt ein Schriftstück vor.)*

Hier hat uns der Herr Bundeskanzler am 6. Juli 1972 im Hohen Hause mitgeteilt, daß das Wirtschaftswachstum im Jahre 1970 um 7,8 Prozent, ein Jahr später um 5,5 Prozent gestiegen ist und daß es im Jahre 1972 auf 4 bis 4,5 Prozent beziehungsweise nach der Budgetrede des Herrn Finanzministers auf 5 Prozent steigen wird. Das heißt: Trotz des Wachstumsfetischismus ist mit jedem Jahr, seitdem diese Bundesregierung im Amte ist, das Wirtschaftswachstum gefallen. *(Abg. Doktor Tull: Das haben Sie aus dem ägyptischen Traumbuch gelesen! — Widerspruch bei Bundeskanzler Dr. Kreisky. — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich verbessere: Ist die Zuwachsrate mit jedem Jahr gefallen. Herr Bundeskanzler! Ich hoffe *(Abg. Dr. Tull: Da wird der Klaus sagen: Lois! Das wird doch nichts! — Heiterkeit)*, ich hoffe, daß Sie — Sie

haben es gelegentlich schon bewiesen — in Ihrem Köcher stärkere Argumente haben als das Argument, daß sich der Sprecher hier am Rednerpult einmal verspricht.

Meine Damen und Herren! Dann lese ich die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers vor, was die Preise anlangt: Im Jahre 1970 sind die Preise um 4,4 Prozent, 1971 um 4,7 Prozent gestiegen, jetzt steigen sie um 5,7 und über 6 Prozent. Nach einem Dokument des Regierungschefs sind seit dem Zeitpunkt der sozialistischen Alleinregierung die Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums gefallen und die Preise permanent gestiegen. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)* Was will man mehr, Herr Abgeordneter Haas, als sich auf die Ausführungen des Regierungschefs hier im Hohen Haus abstützen zu können. Mehr können Sie von der Opposition wirklich nicht verlangen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ob die österreichische Wirtschaft europareif ist, das haben wir bereits bei den Integrationsabkommen diskutiert. Die Wirtschaftspolitik ist jedenfalls nicht europareif.

Nun noch ein letztes Wort zur Diskussion in der letzten Woche. *(Unruhe bei der ÖVP. — Abg. Libal, auf die Bänke der ÖVPweisend: Die horchen nicht zu bei Ihnen!)* Herr Abgeordneter Libal! Ich unterhalte mich viel lieber mit dem politischen Gegner. Mit meinen eigenen Kollegen bin ich ohnedies einer Meinung. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Ich dachte, daß Sie dort nichts zu reden hätten, daher reden Sie mit uns!)* Damit wir nicht aneinander vorbeireden, bin ich auf die Argumente des Herrn Abgeordneten Dr. Tull und auf die Zwischenrufe des Herrn Abgeordneten Hofstetter, soweit es möglich ist, eingegangen. *(Abg. Dr. Tull: Der Hofstetter war ruhig!)* Wir wissen schon, wo wir wirtschaftspolitisch stehen. Da können Sie ganz beruhigt sein.

Nun hat der Sekretär des SPÖ-Klubs vorige Woche verkündet, man werde an Härte nicht nachstehen, wenn die Opposition zur Zusammenarbeit nicht bereit ist.

Herr Bundeskanzler! Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich glaube, bei aller politischen Auseinandersetzung muß immer die Möglichkeit bestehen, daß auch zwischen politischen Gegnern ein Dialog vorhanden, eine Gesprächsmöglichkeit gegeben ist. Aber jetzt tragen Sie die Hauptverantwortung dafür, daß die Gesprächsmöglichkeit hier und außerhalb des Nationalrates gewahrt ist. Sie tragen die Hauptverantwortung! Sie haben ja die Alleinverantwortung angestrebt. Sie haben gesagt: Wir wollen die absolute Mehrheit. Das war Ihr legitimes Recht. „Laßt Kreisky und sein

Dr. Mock

Team arbeiten!" Sie haben jetzt die Alleinverantwortung. Bekennen Sie sich doch auch dazu. (*Abg. Dr. Tull: Ja, ja! Das tun wir gerne! Mit Freude!*)

Zum Gespräch gehören zwei. Aber die Hauptverantwortung liegt heute bei Ihnen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Er ist heute schwach! — Abg. Graf: Aber noch lange besser wie Sie!*)

Wir können heute ohne Überheblichkeit darauf verweisen, daß dieses Gespräch, das in der Demokratie so wichtig ist, in den Jahren 1966 bis 1970 möglich war. (*Abg. Libal: Wir sind nie fortgegangen, aber Sie sind davongelaufen! — Bundeskanzler Dr. Kreisky: War nicht möglich!*) Herr Bundeskanzler! Ich möchte jetzt nicht die Diskussion wiederholen, wieweit man ... (*Abg. Dr. Tull: Auch beim Prader sind wir dageblieben! — Neuerlicher Zwischenruf des Bundeskanzlers Doktor Kreisky. — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt mehrmals das Glockenzeichen.*)

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, die Geschäftsordnung und auch Ihr Status als Abgeordneter gibt Ihnen genügend Möglichkeit, zu sprechen, damit Sie nicht immer von der Regierungsbank herunter die Zwischenrufe machen müssen.

Wir haben in der Praxis den Beweis erbracht, daß gesprochen werden konnte. Ich und Sie waren Zeugen dafür. Sagen Sie hier nicht etwas wider besseres Wissen und Gewissen. Sie müssen den Beweis, daß dieses Gespräch auch in der Zeit Ihrer Alleinregierung aufrecht bleibt, erst erbringen. (*Bundeskanzler Doktor Kreisky: Heute erbracht!*) Diesen Beweis müssen Sie erst erbringen. Herr Bundeskanzler! Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir darüber weiterreden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Zur Frage der Bereitschaft, Gespräche zu führen, darf ich Sie erinnern, daß Sie der Herr Bundeskanzler in Ihrer Eigenschaft als Obmann des OAAB am 17. Mai 1972 zu einem Gespräch eingeladen hat. Sie haben ihm am 25. Mai einen ablehnenden Antwortbrief gegeben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Eine kurze Feststellung ... (*Abg. Dr. Prader: Gegenseitig ausspielen! Das ist etwas ganz anderes! — Abg. Libal: Ihr wollt nicht reden! — Abg. Dr. Kreisky: Wir haben heute gesprochen und sogar unterschrieben! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Hohes Haus! Zur Frage des Dienstpostenstandes und seiner Entwicklung im Bereiche des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung möchte ich nur zwei Zahlen nennen. Der Stand der Hochschullehrer betrug 1969 4279 und er wird 1973 5677 betragen. Wir bekennen uns zu dieser Erhöhung. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Das war bei uns!*)

Herr Abgeordneter! Sie haben gemeint, Sie könnten an irgendeinem Beispiel nachweisen, daß ich eine Halbwahrheit gesagt hätte. Sie haben dann die Sparentwicklung angeführt und haben von einer Zuwachsrate im Jahre 1970 von 7,8 Prozent gesprochen, die inzwischen zurückgegangen sein soll.

Ich darf Ihnen die Zuwachsraten bei den Spareinlagen von 1966 an vorlesen (*Abg. Dr. Tull: Schreiben Sie es mit!*): 1966 14,5 Prozent, 1967 11,7 Prozent, 1968 11,8 Prozent, 1969 15,4 Prozent und 1970 — das Jahr, das Sie genannt haben — 15,9 Prozent. Sie haben also die Hälfte nicht erreicht. 1971 betrug sie 15,8 und im September 1972 im Verhältnis zu September 1971 betrug sie 15,1 Prozent. (*Abg. Dr. Withalm: Immer weniger: 15,9, 15,8, 15,1 Prozent! — Weitere Zwischenrufe.*)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Sie haben in den vier Jahren nie eine so hohe Zuwachsrate erreicht wie wir. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie haben in vier Jahren 44,5 Milliarden Schilling Zuwachs an Spareinlagen erreicht; wir in zweidreiviertel Jahren 51 Milliarden. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Aber schlechteres Geld! — Abg. Dr. Withalm: Das ist weniger als bei uns! Der Schilling ist doch nicht mehr das wert als zu unserer Zeit!*)

Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Ich möchte, wie ich vorhin bei meinem Votum gemeint habe, nur ein paar nüchterne und nackte Zahlen vortragen.

Der durchschnittliche Beschäftigtenstand betrug 1966 2,386.000, er betrug 1967 2,359.000, also das sind bereits um 27.000 weniger (*Abg. Dr. Withalm: Da war eine Rezession, das wissen Sie; mit der mußten wir fertig werden!*), 1968 2,339.000, da waren es bereits um 50.000 weniger. Wir haben im Durchschnitt 1971 2,454.000 und im August 1972 2,558.000. Diese Zahlen wollte ich nennen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nur eine kurze Bemerkung zur Mehrwertsteuer noch. Sie haben die Einführung für 1. Jänner 1968, 1. Jänner 1969, 1. Jänner 1970, 1. Jänner 1971 — das war schon Prognose — in Aussicht genommen. Offenbar hatten Sie

Bundesminister Dr. Androsch

auch die Einschätzung, daß es notwendig wäre. Allerdings ist es nicht dazu gekommen, außer definitiven Terminzusagen.

Sie wissen genau, daß nun auch Italien — das ein ganz anderes Steuersystem hat als Österreich — zum 1. Jänner 1973 die Mehrwertsteuer einführt — allerdings meiner Information nach bisher ohne jegliche Vorbereitung — und daß England, weil es ein abweichendes Fiskaljahr hat, am 1. April des kommenden Jahres das tun wird. Nur ist zwischen Österreich und Italien ein ganz wesentlicher Unterschied: Italien hat nicht dieses Umsatzsteuerrückvergütungssystem, das wir nur mehr mit größter Mühe halten konnten. Wir haben im Februar 1971 die verbindliche Erklärung abgegeben, um internationale Verfahren im Rahmen der EFTA abzuwehren, das mit 1. Jänner 1973 zu tun. Ich lehne es ab, daß man solche Erklärungen sozusagen mit Augenzwinkern und Mentalreservation abgibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schließlich bin ich gern bereit, Ihnen zuzugestehen, daß es ganz beträchtliche Teile des Preisauftriebes gibt, die hausgemacht sind. Es ist sicherlich der Fleisch- und Wurstpreis vom Sommer dieses Jahres ein hausgemachter gewesen. *(Abg. Dr. Mussil: Herr Minister! Nur bei den hausgemachten Würsten vielleicht, aber sonst nicht!)* Es ist sicherlich der Brotpreis ein hausgemachter, es ist sicherlich die Zuckerpreiserhöhung eine hausgemachte *(Rufe bei der ÖVP: Bahnpreiserhöhung! Die gesamten Tarifierhöhungen!)*, und es wird, wenn es dazu kommen sollte, sicherlich der Milchpreis ein hausgemachter sein. Aber ich frage Sie, wer diesen verlangt und wer ihn macht. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Withalm: Die Zigarettenpreise und die Bahn tarife haben Sie vergessen!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Dipl.-Vw. Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPO): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was mich persönlich in Erstaunen versetzt, ist die Tatsache, daß bis jetzt außer Herrn Dr. Tull lediglich der Herr Bundesminister für Finanzen sein Budget verteidigt hat. *(Rufe bei der SPÖ: Marsch! Sekanina!)* Vielleicht kommt noch jemand, Herr Bundeskanzler, das kann ja sein. Was Herr Sekanina gesagt hat, hat doch zweifellos nicht zum Budget gehört, und das, was Herr Marsch vorgelesen hat, war sicher auch interessant, aber es ist doch sehr weit abgewichen. Ich stelle also noch einmal fest: Eine echte Budgetverteidigung habe ich nur vom Herrn Finanzminister und von Herrn Dr. Tull gehört.

Es drängt sich natürlich die Frage auf, warum das so ist. Es könnte natürlich sein, daß die einen oder anderen Herren, die dazu etwas zu sagen hätten, nicht wider besseres Wissen und Gewissen hier sprechen wollen. *(Abg. Libal: Aber gegen die bisherigen Ausführungen hat das genügt, was der Abgeordnete Dr. Tull gesagt hat!)* Herr Kollege! Sie haben heute schon so oft gesprochen. Wenn man das alles zusammenhängen würde, was Sie an Zwischenrufen praktiziert haben, wäre das schon eine Zweistundenrede. Sie halten also nur den Betrieb auf, stelle ich fest. *(Abg. Libal: Ich nicht, aber Sie!)*

Meine Damen und Herren! Ich habe voriges Jahr anlässlich der Budgetrede des Herrn Finanzministers Androsch aus einer Zeitung zitiert und habe dabei gesagt, in dieser unabhängigen Zeitung steht: „Der beste Androsch, den es je gab.“ Es gab donnernden Applaus bei den Sozialisten, weil man mich nicht ausreden ließ. Ich habe dann versucht, etwas an dem Image des Herrn Bundesministers herumzukuratzen; ich hoffe, es ist mir auch gelungen.

Aber eines steht auch fest: Heute würde nicht einmal eine sozialistische Zeitung, geschweige denn eine unabhängige Zeitung so etwas ausdrücken, denn selbst Uneinsichtige müssen doch heute feststellen: Von dem „besten Androsch, den es je gab“ sind wir weit entfernt. *(Abg. Skritek: Er ist ein noch besserer geworden! — Abg. Ing. Häuser: Bis jetzt noch nichts zum Budget!)* Es kommt schon, es kommt schon.

Ich darf Ihnen sagen, Herr Bundesminister: Von unserer Warte aus gesehen — und wir haben des langen und breiten in unserem Kreis diskutiert — treiben Sie mit Ihrem Budget ein gefährliches Spiel, denn dieses Budget ist in seinen Dimensionen und in seiner Wirtschaftsgesinnung ausgesprochen katastrophal. Dieses Budget wird der österreichischen Wirtschaft im kommenden Jahr die größten Schwierigkeiten bereiten. Es ist heute schon so oft gesagt worden, aber ich wiederhole es, weil man es nicht oft genug sagen kann: Es treibt uns weiter hinein in die Inflation!

Man könnte auch sagen: Es ist im ganzen zu groß und im einzelnen zu klein. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Sie können nicht folgen. Sie können deshalb ruhig lachen. Das klingt im ersten Moment wie ein Widerspruch, ist aber sicher keiner, wenn Sie zuhören und mit mir feststellen, daß schwerpunktmäßig in dem Budget überhaupt nichts drinnen ist. *(Abg. Dr. Fischer: Zeillinger hat gesagt: Zuviel Schwerpunkte!)* Das verstehe ich eben unter Schwerpunkten, Herr Dr. Fischer. Ich brauche

Dipl.-Vw. Josseck

doch Ihnen nicht zu definieren, was ein Schwerpunkt ist. Wenn ich zwanzig Schwerpunkte habe (*Abg. Dr. Fischer: Nicht zwanzig!*) oder so viele Schwerpunkte wie Minister, dann gibt es doch nach meiner Sprachregelung keinen echten Schwerpunkt mehr.

Sie führen in Ihrer Erklärung aus, Herr Bundesminister, daß Ihnen diesmal jede Vergleichbarkeit fehlt. Das ist durchaus richtig. Sie sprechen auch von einer ungewissen Zukunft. Auch das ist richtig. Aber ich meine — und hier darf man nicht den Unschuldengel spielen —, daß dieses Risiko doch zweifellos von Ihrer Regierung kalkuliert wurde. Sie mußten doch mit dem Schritt zur EWG, mit der Einführung der Mehrwertsteuer, mit dem Finanzausgleich, mit der kommenden Einkommensteueränderung diese Übergangsschwierigkeiten herankommen sehen und damit rechnen.

Ich darf sagen: Es gefällt uns Ihr Weg nicht. Es ist in Ihrem Budget nicht ein einziges Mal von einer Dämpfung die Rede. Wenn Sie Sportwagenfahrer wären — vielleicht sind Sie es, ich weiß es nicht —, dann hätte ich noch Verständnis dafür. Sie geben ununterbrochen Gas, und an Bremsen denken Sie nicht. Ich führe das aber auf Ihren jugendlichen Elan zurück.

Was mir auch an Ihnen fehlt — ich habe das voriges Jahr auch schon einmal ausgeführt —: Sie haben nicht den Mut, harte und klare Worte zu sprechen. Ich stelle mir vor, daß Sie, so wie zum Beispiel vorgestern oder vorgestern der Herr Generaldirektor Geist, auch einmal harte Worte aussprechen, wenn es darum geht, Unpopuläres zu sagen, etwas was nicht unbedingt gerade gut zu verkaufen ist.

Ich finde es aber geradezu lächerlich, wenn von sozialistischer Seite bei der heutigen Beschäftigungslage dauernd mit dem Slogan gedroht wird — meine Damen und Herren, es wird nämlich gedroht! —, lieber Inflation in Kauf zu nehmen als Arbeitslosigkeit zu haben. Auch darüber ist heute schon sehr viel gesprochen worden. Ich kann aber doch nicht dauernd dieses Gespenst der Arbeitslosigkeit herbeizitiieren, wenn der Teufel der Inflation schon im Zimmer sitzt.

Von Ihnen, Herr Bundesminister, kommt kein einziges konkretes Wort, wie Sie uns aus dieser Geisterbahn herausführen werden. Die Politik der Regierung Kreisky mit der Vollbeschäftigung um jeden Preis, nicht aber, wie es die Situation erfordern würde, Stabilitätspolitik zu betreiben, wird durch Ihr Budget noch unterstützt, anstatt mit allen Mitteln,

und seien es auch einmal unpopuläre Maßnahmen, energische Stabilitätspolitik zu betreiben. Das fehlt uns hier ausgesprochen.

Wir Freiheitlichen haben vor etwa vier Monaten der Mehrwertsteuer zugestimmt und dabei auch eine Anzahl von Erleichterungen und Verbesserungen im Rahmen dieses Gesetzes erreicht, aber doch in der sicheren Annahme, Herr Bundesminister, daß diese Bundesregierung eine maßvolle Tarifpolitik betreiben wird. Das hätte sich schon im Budget zeigen können. Aber nichts von all dem geschieht.

Die unvermeidlichen Auftriebstendenzen mit der Einführung der Mehrwertsteuer wären doch hintanzuhalten gewesen. Das haben wir von Ihnen erwartet, und Sie versäumen das! Sagen Sie aber jetzt ja nicht, wenn Ihnen die Dinge entgleiten und letztlich die Preise auf den Kopf fallen: Na ja, bei der Mehrwertsteuer haben ohnehin die Freiheitlichen mitgestimmt!

Ich darf hier im Namen meiner Parteifreunde ausdrücklich feststellen, daß wir uns von so einer Argumentation energisch distanzieren müssen. Es ist sicher auch die Inflation — so haben ich und meine Parteifreunde das Gefühl — ein kalkulierter Bestandteil der sozialistischen Politik, denn die Erhöhung des Ausgabenrahmens ist doch keine Stabilisierungspolitik! Dieses Budget zeigt, daß es nur die Grundlage ist, die finanziell ... (*Abg. Ing. Häuser: Jetzt liest er auch!*) Herr Vizekanzler! Wenn ich mir einen Satz aufschreibe, erlauben Sie, daß ich den hier genau herunterlese, weil es mir auf jedes Wort ankommt!

Dieses Budget zeigt, daß es nur die Grundlage ist, die finanziellen Mittel bereitzustellen, damit das rein sozialistische Regierungsprogramm erfüllt wird.

Herr Bundesminister! Ich muß feststellen: Sie haben zwei echte Stiefkinder in Ihrem Budget. Das eine der Stiefkinder wurde heute schon einmal erwähnt und es wird sicher noch zur Sprache kommen. Sie dürfen nur einmal raten, meine Damen und Herren, welches das Stiefkind sein kann. Es wundert uns überhaupt nicht: Es sind wieder einmal die Bauern, die in diesem Budget zum Handkuß kommen! (*Abg. Ing. Häuser: 300 Millionen den Bauern!*) Ich frage Sie: Ist das Absicht? (*Die Läutanlage tritt in Funktion.*) — Bei diesem Budget bricht sogar die Technik zusammen!

Herr Vizekanzler! Es ist der Budgetansatz fast gleich geblieben wie in den Vorjahren. Wenn man nun die Preissteigerungen vergleicht ... (*Abg. Ing. Häuser: Auch im Sozialen?*) Sie haben etwas mehr bekommen,

Dipl.-Vw. Josseck

während die Bauern fast gleich geblieben sind. Ich sage, daß es das in einem Budget der Nachkriegszeit in Österreich noch nie gegeben hat.

Wenn wir das zweite Stiefkind hernehmen, so darf man sich auch nicht wundern. Es handelt sich dabei um die Landesverteidigung. Man darf sich dann nicht wundern, wenn man unlängst gesehen hat, daß selbst der Bundeskanzler über seinen Minister Witze erzählt. Das sei ihm unbenommen, aber nach meiner Meinung ist es nicht ganz plaziert, wenn man sich über einen seiner Ministerkollegen, der ohnehin schon im Kreuzfeuer steht, Witze erzählt. Aber wo wirkt es sich aus? Offensichtlich dann auch beim Budget, denn entsprechend schwach hat man nun das Verteidigungsressort dotiert. Aber es gibt sicher einige, die sich lachend die Hände darüber reiben werden, nämlich von den Jungen, ganz Linken, ohne Namen zu nennen.

Auf der anderen Seite aber wiederum erleben wir eine Beamtenexplosion sondergleichen, wie sie noch nie da war, die dem österreichischen Steuerzahler zusätzlich rund 6,5 Milliarden Schilling kosten wird. Meine Äußerung richtet sich keinesfalls gegen die Herren Beamten, sondern sie ist lediglich ein Vorwurf an die Bundesregierung, die nichts, aber auch schon gar nichts zu einer Verwaltungsreform beigetragen hat.

Ich frage also: Wo bleiben die echten Reformen? Wir haben gehört: Außer der neuen Umsatzsteuer gibt es keine Reform. Bei der Einkommensteuer ist es zweifelhaft, ob das eine Reform ist. Abgesehen davon steht sie ja noch immer im Raum. (*Abg. Ortner: Das ist schon eine Reform!*) Herr Kollege Ortner! Sie sind sicher Fachmann, aber es ist doch keine Reform, wenn ich Steuersätze ändere oder senke oder wenn ich im ganz konkreten Fall hergehe und statt Steuerfreibeträge fixe Beträge absetze! Ich sehe da keine echte Reform. Das ist ein rein sozialistisches Denken, aber unter „Steuerreform“ stelle ich mir etwas anderes vor. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Na das verlange ich ja gar nicht, Herr Kollege, aber unter „Reform“ verstehe ich etwas völlig anderes.

Daß die Sozialisten eine Progressionsmilderung propagieren, sei ihnen völlig unbenommen. Das muß man dem Steuerzahler aber sagen, daß es doch in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Abfangen der bisherigen Geldwertverdünnung. Der kleine Mann glaubt, weiß Gott was ihm nun der Finanzminister geschenkt hat. Daher kann man das nicht oft genug aussprechen, damit er weiß: Das ist kein Geschenk, das steht mir ja schon längst zu!

Die Frage taucht auch auf, ob dieses Budget konjunkturgerecht ist und ob wir damit die Zukunft bewältigen können. Nach meiner Meinung ist es unmöglich, wenn immer wieder — heute auch schon mehrmals erwähnt — die drei Faktoren Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und stabiler Geldwert gleichzeitig zu bewältigen versucht werden. Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Welchen Zielen geben Sie den Vorrang? Ich glaube, wenn wir die hausgemachte Inflation, unser Selbsteingekochtes, nicht in der Lage sind selbst zu erledigen, dann können wir auf keinen Fall eine importierte Inflation lösen.

Ich darf Sie aber auch darauf hinweisen, Herr Bundesminister, daß in Ihrem Budget einige offensichtliche Irreführungen drinstecken. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung und rühmen sich damit, daß Sie eine Verschuldung übernommen haben und diese stabilisiert und abgebaut haben. Ich weiß nicht, nach welchen Ziffern Sie dies berechnet haben. Ich habe mir herausrechnen lassen — andere gibt es, die lassen sich sogar alles aufschreiben —, daß die tatsächliche Verwaltungsschuld gegenüber der gesamten Staatsschuld vor 1953 um 11 Prozent, 1969 um 25 Prozent und 1971 um 23 Prozent gestiegen ist. Ich habe das Gefühl, Sie bedienen sich hier eines Tricks, weil Sie offensichtlich die Verwaltungsschulden rein um der Optik willen, um ja im Kreditrahmen zu bleiben, als längerfristige Schulden ausgewiesen haben. Aber dort gehören sie eindeutig nicht hin, sondern es sind doch kurzfristige Lieferantenschulden. Ich finde: Das ist bedenklich!

Das zweite, das ich als einen Trick bezeichnen möchte, ist die Frage der Personalkosten. (*Weitere Zwischenrufe.*) Sie wollen optisch unbedingt unter 50 Milliarden Schilling bleiben und machen sich das ganz einfach, indem Sie hergehen und die Bezüge der Lehrer von 6,4 Milliarden Schilling einfach in den Sachaufwand verlagern. Hier wird es bedenklich, wenn Sie Budget- und Tagespolitik so verquicken.

Herr Bundesminister! Ich brauche Ihnen nichts zu sagen zu dem Thema Budgetwahrheit und Budgetklarheit. Aber von einem Punkt sei mir doch erlaubt, daß ich ihn auch positiv erwähne — leider ist der Herr Bundesminister Fröhbauer nicht herinnen —, das ist die Frage der Bundesbahnen. Wir müssen uns klar sein, daß wohl die Erhöhung des Budgetansatzes positiv zu erwähnen ist, daß aber auf der anderen Seite von den derzeit zirka 37.000 Güterwaggons in wenigen Jahren 24.000 nicht mehr den internationalen Bedingungen entsprechen werden. Wenn man hier einen

Dipl.-Vw. Josseck

Schwerpunkt setzt — schon wieder ein neuer Schwerpunkt, aber das ist vielleicht ein echter Schwerpunkt — und nach jahrelangen Forderungen endlich einmal den Nachholbedarf feststellt, so wird man mit 1500 Güterwaggons trotzdem nach unserer Meinung einer EWG-gerechten Verkehrspolitik noch nicht entsprechen.

Vielleicht noch ein Wort von Mann zu Mann, Herr Bundesminister! Ich kann mir vorstellen, daß dieses Budget in einigen wenigen oder vielleicht auch in mehreren Punkten nicht ganz Ihren Vorstellungen entspricht; das soll es ja geben. Wir haben schon einmal bei einer EWG-Debatte erlebt, daß man beim Herrn Handelsminister Staribacher aus seinen Reden gemerkt hat, eine Anregung der Oppositionsparteien würde ihm genehm sein, aber dann hat er erklärt: Ich habe dazu keinen Regierungsauftrag. Es könnte natürlich nun sein, Herr Bundesminister, daß auch sie nun in Zweifel geraten und daß gewisse Vorstellungen in dem Budget nicht ganz Ihren Intentionen entsprechen. Aber dann gäbe es doch dank dem Vorbild Ihres Amtskollegen in der Bundesrepublik Deutschland ein sehr probates Mittel, dieses Problem zu lösen. Ich sagte: von Mann zu Mann, und darf das noch einmal sagen; ich schaue Sie dabei auch an: Mir ist ein Mann mit persönlichem und sympathischem Charme und mit telegenem Äußeren für einen österreichischen Finanzminister, der sich nicht durchsetzen kann, leider etwas zuwenig. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Zingler: Jetzt hat er ihm's hineingesagt!)* Das ist nicht „hineingesagt“, Herr Vizekanzler. Von Mann zu Mann, das verträgt man. Der Herr Finanzminister ist, glaube ich, nicht so leicht in der Höhe wie Sie. *(Neuerlicher Beifall bei der FPÖ. — Abg. Ing. Häuser: Ich habe jetzt überhaupt nichts gesagt! — Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Zum Schluß ein Satz noch, der die ganze Bundesregierung umreißen soll; Herr Vizekanzler, das betrifft jetzt vielleicht auch Sie:

Voriges Jahr schloß ich mit einer Anekdote. Es war sogar eine Tatsache, die sich in Oberösterreich abgespielt hat. Da hat ein Schullehrer den Schülern ein Aufsatzthema gegeben: Jedes Land hat die Regierung, die es verdient. — Ich darf hier sagen: Diese Bundesregierung hat der Österreicher wirklich nicht verdient! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Herr Abgeordneter Dr. Mock hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß er nach § 49 nur fünf Minuten Redezeit hat.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Hohes Haus! Der Finanzminister hat vorhin festgestellt, daß

ich eine Einladung des Herrn Bundeskanzlers zu einem Gespräch anläßlich der Verhandlungen über das Preisbestimmungsgesetz abgelehnt hätte. Das ist unwahr. Ich habe in dem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler mitgeteilt, daß ich durchaus zu einem solchen Gespräch bereit bin, nur werden Parteiengespräche geführt zwischen den Parteiohmännern der beiden Parteien. Ich bin gerne bereit mitzukommen, er soll mit dem Büro des Bundesparteiohmannes Dr. Schleinzner einen Termin vereinbaren. Ich habe auf dieses Schreiben nie eine Antwort bekommen und habe daher an den Gesprächen dann nicht teilgenommen. Das heißt, meine Antwort war grundsätzlich eine positive.

Im übrigen möchte ich sagen, Herr Bundesminister für Finanzen, daß Sie meine Feststellung, daß die Sparrate in den ersten acht Monaten des Jahres 1972 die niedrigste seit vier Jahren war, nicht widerlegt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Minister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Abgeordneter! In Ihrem Schreiben vom 25. Mai haben Sie die Einladung, die an Sie in Ihrer Eigenschaft als Obmann des ÖAAB seitens des Herrn Bundeskanzlers ergangen ist, abgelehnt beziehungsweise an den Parteiohmännern und an das Büro des Bundesparteiohmannes Schleinzner abgetreten. *(Abg. Doktor Withalm: Ah, jetzt sagen Sie „beziehungsweise“! „Beziehungsweise“ ist besser, das schaut anders aus! — Abg. Graf: Das ist die ganze Wahrheit! — Abg. Dr. Mussil: „Leise, leise, langsam und beziehungsweise“! — Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.)*

Die Einladung ist an Sie ergangen als ÖAAB-Bundesobmann, und Sie haben geantwortet, damit das ganz klargestellt ist ... *(Abg. Dr. Withalm: Und Dr. Mock hat dann geantwortet, er ist bereit, aber gemeinsam mit dem Bundesparteiohmännern!)*

Präsident Dr. Maleta: Also bitte, tatsächlich berichtigten kann immer nur einer!

Bundesminister Dr. Androsch *(fortsetzend)*: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 17. Mai 1972, das ich mit Interesse gelesen habe. Es freut mich, daß die Beratungsergebnisse des Arbeiter- und Angestelltenbundes der ÖVP auch Ihre wertvolle Aufmerksamkeit gefunden haben.

Diese wurden der Bundesparteileitung vorgelegt und verlangen sowohl einen Stabilisierungsplan der Bundesregierung als auch die

Bundesminister Dr. Androsch

Prüfung der Möglichkeit einer verstärkten temporären Preiskontrolle.

Die grundsätzliche Bereitschaft der Österreichischen Volkspartei, an geeigneten Stabilisierungsmaßnahmen auch anlässlich der Einführung der Mehrwertsteuer teilzunehmen, ist in dem an Sie gerichteten Schreiben des Bundesparteiobermannes Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner vom 4. Mai 1972 neuerlich zum Ausdruck gekommen. Ich würde mich daher freuen, wenn es möglichst rasch zu einer Terminvereinbarung zwischen Ihrem Büro und dem Büro des Bundesparteiobermannes Dr. Schleinzner käme." (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Na also!*)

„Im Einvernehmen mit dem Bundesparteiobermann Dr. Schleinzner bin ich gerne bereit, Ihrer Einladung dahin gehend Folge zu leisten, daß ich im Rahmen dieses nächsten Parteiengesprächs auch zu den in Ihrem Schreiben vom 17. Mai 1972 aufgeworfenen Fragen Stellung nehme." (*Abg. Graf: Diese Argumentation geht schief, Herr Minister! — Abg. Dr. Withalm: Das Einvernehmen mit dem Bundesparteiobermann wurde nicht hergestellt!*)

Präsident Dr. Maleta: Also bitte jetzt den Herrn Minister aussprechen zu lassen!

Bundesminister Dr. Androsch (*fortsetzend*): Also darf ich bitten, das vorlesen zu dürfen! Ist das zuviel verlangt? Es ist sonst nicht ganz leicht ... (*Abg. Graf: Das ist Ihr Problem!*) Ich bin der Meinung, Herr Abgeordneter Graf, daß es zum Gedankenaustausch gehört, daß man wechselweise zuhört. (*Abg. Graf: Sie können Zwischenrufe nicht verhindern! Sie haben es auch gemacht! Seien Sie nicht so empfindlich! — Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, meine Damen und Herren, jetzt ist der Herr Bundesminister am Wort!

Bundesminister Dr. Androsch (*fortsetzend*): „Es wird von der Erstellung eines Stabilisierungskonzeptes der Bundesregierung und in dessen Rahmen von der Art der vorgeschlagenen verstärkten Preisregelung abhängen, ob die von Ihnen gewünschte breite Mehrheitsbildung im Parlament zusammen mit den Stimmen der ÖVP möglich ist.

Mit den besten Grüßen ..."

Die Gespräche haben stattgefunden, Sie haben nicht teilgenommen, weder im Rahmen der ÖVP noch als Obermann des ÖAAB. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Jetzt haben Sie nachgewiesen, daß wir schon lange ein Stabilisierungsprogramm verlangt haben!*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ulbrich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ulbrich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Im Laufe der heutigen Diskussion steht Meinung gegen Meinung, Auffassung gegen Auffassung. Doch eines ist mir in der Debatte um die Fragen der Demokratie, des Anstandes und des gegenseitigen Verhaltens im besonderen aufgefallen: Ich muß feststellen, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei an dieses Pult herantreten, ohne dem Präsidenten die entsprechende Reverenz mit der Ansprache „Herr Präsident" zu erweisen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Ja, ja. Sagen Sie nicht nein. Einige Ihrer Herren gehen ruhig heraus, ohne zu sagen: Herr Präsident! Hohes Haus!, sondern ihre einzige Anrede ist: Hohes Haus! (*Abg. Dr. Withalm: Der Präsident gehört ja auch zum Hohen Haus!*) Herr Vizekanzler Withalm! Sie müssen uns eines zugestehen: daß wir jedesmal, wenn wir an dieses Pult gehen, den Präsidenten begrüßen, das Hohe Haus begrüßen und dann die Ansprache halten. Ich mache das immer. (*Abg. Dr. Withalm: Ich habe es nie gemacht!*) Sie haben es eine Zeitlang auch gemacht. (*Abg. Dr. Withalm: Wenn Sie das machen, müssen doch wir es nicht auch machen!*) Nur jetzt fehlt es. Lesen Sie Ihre Protokolle nach. (*Abg. Dr. Withalm: Ich habe es nie gemacht!*)

Präsident Dr. Maleta: Also bitte, lassen wir die Protokollprobleme!

Abgeordneter Ulbrich (*fortsetzend*): Tut mir leid, daß Sie das nicht tun. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*) Das ist ja keine Debatte, aber die Ansprache wäre von Ihnen anständiger gewesen. Reden Sie nicht so herum und suchen Sie keine Ausrede!

Herr Dr. Withalm! Stellen Sie sich nicht da her und halten Sie uns Vorträge über das Verhalten und Benehmen in diesem Haus und machen dann aus der Sache einen Spaß. Nehmen Sie eines freundlich entgegen: Sie — Sie! — werden in Ihrer ganzen Art und Weise niemals in diesem Hause ein Dr. Gorbach werden mit seiner Aussage und mit seiner Bedeutung! Sie versuchen es zu werden, aber Chance haben Sie keine dazu, denn dazu haben Sie schon viel zuviel verdorben! (*Abg. Dr. Schwimmer: Ein Ulbrich wird er sicher nicht!*) Ich bin froh, aber ein Doktor Schwimmer auch nicht. Wenn ich Sie wäre, wäre ich nicht so arrogant. Wegen Ihres promovierten Körpers brauchen Sie sich nichts einzubilden! (*Heiterkeit.*)

Ich muß mich beim Herrn Dr. Mock bedanken, weil er mir einige Möglichkeiten geboten hat im Laufe der Diskussion; auf Wienerisch sagt man: „De Wiesen war ohgmaht." Sie waren der Botaniker, der wieder

Ulbrich

„Bleamerln gsetzt“ hat, an denen ich meine Freude haben kann. Sie sagten zu den Worten unseres Freundes Marsch: Werden Sie wirklich in der Form und Weise, wie Sie sagten, auch Ihre Politik führen? Werden Sie diese Mehrheit nicht anwenden? — Sie vergessen ganz auf eines: daß mein Kollege Marsch in Fragen der Mehrheitsanwendung gemeint hat, wir werden sie in bestimmter Hinsicht nicht so anwenden wie Sie. Wir werden grundsätzlich keine Anträge auf Schluß der Debatte stellen, wie Sie sie gestellt haben (*Abg. Kern: Fristsetzungen!*), um die Diskussion abzuwürgen und Ihr politisches Programm durchzuführen. Das steht Ihnen nach der Geschäftsordnung zu. Das meinte mein Freund Marsch, nicht aber meinte er damit, von der Mehrheit als sozialistische Fraktion dieses Hauses nicht Anwendung zu machen. Das möge einmal klargestellt werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Kollege Ulbrich! Was ist denn Fristsetzung?*) Eine Fristsetzung ist ein Beschluß, und der gilt nach der Geschäftsordnung. (*Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Argument!*) Ja, wir haben manches Argument.

Wenn Sie dann zum Beispiel ununterbrochen auf den ÖBB-Tarifen herumreiten: Steigen Sie herunter von dem Pferd, es könnte sich wieder einer von euch den Fuß brechen, und das wollen wir ja wirklich nicht haben. Wer hat denn den Österreichischen Bundesbahnen die kaufmännische Gebärung mit Gesetzesbeschluß auferlegt? Waren das nicht Sie? Waren das nicht Sie mit dem Bundesbahngesetz 1969 mit dem § 2 Abs. 2, wo das klar und deutlich drinnen steht? — Und wenn nun die Bundesbahnen entsprechend dem Gesetzauftrag handeln, dann kommen Sie und argumentieren über Tarifierhöhungen, Preissteigerungen und dergleichen. (*Abg. Dr. Keimel: Kaufmännisch heißt rationell und nicht Preise hinauf!*) Ja, ja, das ist wirklich nicht von Ihnen! Aber mit der Rationalisierung allein werden Sie wahrscheinlich den Betrieb auch nicht führen können, Sie werden Preise ebenfalls irgendwie berücksichtigen müssen, Herr Keimel!

Herr Dr. Mock hat hier von der Stabilität gesprochen. Er hat weiter erklärt, er sei mit seinen Freunden innerhalb der ÖVP in den verschiedensten Fragen einig. Ich habe hier einen Auszug, er nennt sich: Stabilisierung; Bundeswirtschaftskammer zu ÖAAB-Vorschlägen; Stabilisierungspolitik ohne Gefährdung der Marktwirtschaft. Da heißt es:

Zu dem Stabilisierungsprogramm des Arbeiter- und Angestelltenbundes stellt die Bundeswirtschaftskammer in einer ersten Stellungnahme fest, daß einige Forderungen, wie Sen-

kung der Ausgaben im Budget, durchaus zu begrüßen sind. Vereinzelt werden jedoch Auffassungen vertreten, die überholt und volkswirtschaftlich nicht realisierbar sind.

Lieber Herr Dr. Mock! Das ist das Urteil Ihrer eigenen Partei zu den Stabilisierungsvorschlägen. (*Abg. Dr. Prader: Na, na, der Bundeswirtschaftskammer!*) Was heißt na, na? Das heißt ja, ja! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Hier haben Sie dann einen Finanzkommentar. Da heißt es:

„Nationalökonomie für Anfänger, Politik für Fortgeschrittene.“ Und da schreibt man: „Ein — hoffentlich mißlungener — politischer Selbstmordversuch des ÖAAB.“

So schaut es also wirklich aus mit Ihrem Stabilisierungsprogramm, von Ihren eigenen Leuten nicht akzeptiert, nicht realisierbar. Aller Wahrscheinlichkeit nach geht zuwenig ins Profitsackel, und das paßt der anderen Seite nicht. Sie vertreten ja nur Arbeiter und Angestellte. Oder ist es irgendwie anders geworden? — Sie sind abhängig von dem, was in Ihrer Partei Gültigkeit hat. Ich mache Ihnen keinen Vorhalt, aber dann sprechen Sie nicht von einem Stabilisierungsprogramm, das Sie selbst nicht haben. (*Abg. Dr. Schwiemer: Erzählen Sie lieber was von der Werkstätte in Linz!*) Wenn ich Ihnen was von der Werkstätte in Linz erzähle, ist das eine unnötige Rederei, denn verstehen werden Sie das nie! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

In der Blüte Ihrer Rede haben Sie Ausch zitiert. Sie haben gesagt, daß in der Budgetrede des Finanzministers zum Ausdruck kommt, Löhne und Gehälter seien um 15,3 Prozent erhöht worden und sie wachsen im heurigen Jahr auf 12 Prozent — ja, aber die Inflationsrate! Hätten Sie aber die 6 oder 7 Prozent von den 12 Prozent abgezogen, dann bleibt auch nach Ausch noch immer eine reale Steigerung um 6 Prozent bestehen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Ohne Steuern!*) Ohne Steuern? — Nehmen Sie die Steuern auch noch weg, bleiben noch immer 4 Prozent. Das heißt also: Eine reale Steigerung ist gegeben, und der Erfolg innerhalb der Lohn- und Gehaltspolitik bestätigt sich also.

Dann sagte Herr Dr. Mock: Schaut doch nach Italien, die haben das bis heute nicht eingeführt. — Herr Dr. Mock! Ich habe hier einen Auszug der Zeitschrift „Der Volkswirt-Aktionär“ von Frankfurt am Main. Er beschäftigt sich mit den zwölf bedeutenden Handelspartnern und Weltkonkurrenten der Bundesrepublik Deutschland. Unter den zwölf ist auch Österreich angeführt. Ich glaube, das ist

Ulbrich

etwas Besonderes, auf das man hinweisen darf. Da heißt es über Italien: Eine Arbeitslosenziffer von drei Prozent, das sind rund 1,6 Millionen Menschen. Da heißt es, daß es im Jahr 1972 wenig Aussicht auf wirtschaftliche Besserung gibt. Wollen Sie wirklich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Italiens mit Österreich tauschen? Wollen Sie das? Oder sind Sie nicht so wie ich froh, in Österreich zu leben und nur hie und da an der Grenze mit der Eisenbahn stehenbleiben zu müssen, weil sich drüben harte soziale Auseinandersetzungen ergeben?

So kann man nicht argumentieren. Und wenn Sie uns hier mit der Erzählung von den Volkswirten Werner, Bomber und unserem Kollegen Veselsky kommen, dann beantworten Sie mir die Frage, ob einer dieser drei Herren in seinen Lehren und Theorien das magische Dreieck gelöst hat, ob es einen Volkswirt gibt — Sie können von mir aus bei Adam Smith anfangen und über Keynes und Robinson, Schumpeter bis zu Samuelson wandern —, der das magische Dreieck lösen konnte oder kann? — Man kann es nicht lösen. Deswegen sitzen wir ja beisammen und unterhalten uns darüber.

Wenn Herr Dr. Withalm erklärt hat, es hat eine Zeit der Stabilität und Vollbeschäftigung gegeben — bitte schön, wann? Wissen Sie, wann es die gibt, Herr Doktor? Ich bin nicht so gstudiert wie Sie, verzeihen Sie: Diese Stabilität gibt es in einer Kriegswirtschaft und in einer Diktatur. Stabilität und Vollbeschäftigung hat es in Österreich nie gegeben, es hat nur etwas anderes gegeben. (Abg. Dr. Withalm: Sie wären glücklich, wenn Sie drei Prozent hätten, wie wir es gehabt haben von 1966 bis 1970!) Suchen Sie keine Ausrede, bleiben Sie dort, wo Sie hingehören. Stabilität gibt es in der modernen Volkswirtschaft nicht. Wenn Sie das Glück hatten, über die Nachkriegsjahre hinwegzukommen, dann sprechen Sie doch nicht nur von Raab und Kamitz, deren Leistungen wir gar nicht bestreiten, dann sagen Sie doch dazu, wer die Belastungen getragen hat: der ÖGB unter dem Präsidenten Böhm mit den Lohn- und Preisabkommen. Und von dort heraus kommt dann erst die Paritätische Kommission. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Mir ist vollkommen klar: Die Budgetfrage ist ein Streit um die Verteilung des Bruttonationalproduktes, des gesamten Einkommens. Sie wollen Ihren Anteil, wir wollen den unseren. Nichts für ungut. Das Budget steht zur Debatte, und am Schluß wird, so wie üblich, mit der Abstimmung parlamentarisch abgeschlossen. Ich glaube, ich muß Ihnen nicht sagen, daß wir dafür sind. Das ist ja logisch.

Sie sind dagegen. Einverstanden. Es ist Ihr gutes Recht, in der parlamentarischen Auseinandersetzung Ihre Standpunkte zu bringen.

Aber wenn Sie es so machen wie bisher — wenn ich mir nur die Rede des Herrn Professors Koren anhöre, da fängt es bei der Inflation an: Parlamentsverdruß, syndikalistische Tendenzen und so fort. Stimmt denn das? Sind das vielleicht die syndikalistischen Tendenzen, die Sie hier zum Ausdruck bringen? Keinen Gewerkschaftsstaat Österreich?! Sind Ihnen in Ihrer Profitpolitik die Gewerkschaften eventuell im Wege, meine Herren? Hier schreibt man (der Redner zeigt ein Exemplar der „Furche“ vor) über den ÖGB — und da sitzen Ihre Leute genauso drinnen —:

„Die in Österreich geplante Betriebsrätegesetz-Novelle ist also eine sehr folgenschwere Weichenstellung mit dem Ziel einer Umstrukturierung der Gesellschaft und in weiterer Folge des ganzen Staates. Sie läuft letzten Endes auf nichts anderes als auf eine Umwandlung der Demokratie in eine Syndikokratie, einen Gewerkschaftsstaat hinaus, in dem die letzten Entscheidungen nicht mehr in den Parlamenten, sondern in den Gewerkschaftszentralen fallen.“

Und das wagen Sie der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu sagen, aus deren Reihen Hunderte von Männern dafür starben, daß wir hier reden können (Abg. Hahn: Ist das eine ÖVP-Zeitung?), daß wir hier eine Debatte haben, daß wir hier den Streit haben? — Das steht hier in Ihrer Zeitung! (Zwischenrufe.) Ist das eine unsrige? — Also gut. Wir wissen, worum es geht. (Abg. Hahn: Haben Sie noch nichts von Pressefreiheit gehört? Die werden doch etwas schreiben dürfen!) Aber lieber Freund, das ist ja köstlich. Wir sagen ein herzliches Dankeschön, denn wir können nun den Standpunkt der christlichen Gewerkschafter und der ÖAAB-Politiker zu Fragen des ÖGB einschätzen. (Abg. Anton Schlager: Vor zwei Tagen hat der Pittermann in derselben Zeitung geschrieben!) Na ja, gut. (Abg. Lanc: Aber sicherlich nicht so einen Unsinn!) Aber nein, der Pittermann hat doch deswegen in der Zeitung geschrieben, Schlager, damit sie sich besser verkauft! (Abg. Anton Schlager: Vielleicht stammt das eh vom Pittermann! — Abg. Dr. Schwimmer: Warum ist in der Eisenbahnwerkstätte Linz gestreikt worden? — Weitere Zwischenrufe.) Warum sie in Linz gestreikt haben? — Na, weil sie ein Problem haben. Das Brot in der Kantine ist teurer geworden. Das Brot ist deswegen teurer geworden, weil Sie und die Brotindustrie das gewollt haben. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Ulbrich

Ich möchte noch zu einigen Dingen sprechen, die sich im Laufe der letzten Tage ergeben haben. — Aber vorerst noch etwas anderes.

Es wurde hier über die Verwaltungsreform gesprochen, die unter der ÖVP abgelaufen ist. Ich habe mir den Dienstpostenplan hergenommen. Ich lese hier: Dienstpostenstände der Bundesbediensteten im Jahre 1966: 276.951. Ich habe die Zahlen des Dienstpostenplanes 1970 noch in Erinnerung: 276.955. Ich habe hier im Hause einige Male erklärt: Erzählen Sie dieses Märchen niemandem. Es sind ja in der Gesamtzeit nur vier Dienstposten echt erspart worden. Das andere war eine geschickte Manipulation am Dienstpostenplan, mit Hinauf und Hinunter, damit Sie einen Nachweis über eine Verwaltungsreform gehabt haben, aber mir brauchen Sie das nicht erzählen. Ich sitze mit Ihren Freunden im Verwaltungsausschuß beisammen. Ich kenne Ihr Denken und unser Denken in der Frage der Verwaltungsreform. Machen Sie daher nicht soviel Wind, wenn etwas nicht stimmt. Wenn Ihnen die gegenwärtigen Dienstpostenstände nicht passen, dann sagen Sie uns bitte, wo Sie Abstriche wünschen, damit wir den Beamten dann sagen können, unter Ihrem Beamtenschutz ist alle Sicherheit für sie gegeben. — So schaut es aus.

Wenn heute über die Frage der Verwaltungsreform gesprochen wird, dann erklären Ihre Gewerkschaftsvertreter dazu: Da muß man sich wirklich noch sehr, sehr überlegen, was wir tun.

Jetzt komme ich zu meinem Freund Doktor Kohlmaier. Mir tut ja nur leid, daß er nicht da ist. (*Abg. Dr. Lanner: Ich werde es ihm sagen!*) Werden Sie es ihm sagen? — Ich bezeichne ihn als politischen Sonntagsjäger, viel Krach und keine Treffer! (*Heiterkeit.*) Er schießt in der Gegend umher, und dann geht er da heraus und entschuldigt sich. Wenn man da hört, wie er ganz aus sich herausgeht, und daß er gesagt hat: Es ist ein Skandal, was Sie hier aufführen!, dann frage ich mich eines: Die Geschäftsordnung hat doch ihre Gültigkeit in diesem Haus. Sie basiert doch auf demokratischem Recht in der Anwendung der Minderheiten und der Mehrheiten. Sie haben uns mit einer wirklich eleganten Tour, muß ich sagen, am Mittwoch mit den zwei Dringlichen überholt. Auf einmal warn's da, zwei zu Null ist die Partie gstandn. Und was war dann? Wie's auf einmal zwei zu zwei gstandn is, habn S' a Schnoferl gmacht und san von der Debatte davongelaufen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Sie können der österreichischen Bevölkerung nicht erklären: Das ist eine Frage, die

unter den Nägeln brennt!, und dann sind Sie fort, anstatt daß Sie beim Löschen helfen. — Das geht nicht. Ich glaube schon, daß es wert gewesen wäre, die Beantwortung Ihrer Fragen anzuhören. Ich sage es noch einmal. Darf ich die Worte des Herrn Dr. Withalm verwenden? (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Ich sage es deshalb, weil ich weiß, Sie sind ein Mann, der dazu steht. Da heißt es folgendermaßen — horch zu, da oben —:

„Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß die Geschäftsordnung des Nationalrates undemokratisch ist?“ — Aber Sie haben sich aufgeregt, weil man Ihren Angriff mit Hilfe der Geschäftsordnung gestoppt hat, und Herr Dr. Kohlmaier hat das sogar als einen Skandal bezeichnet. (*Abg. Dr. Withalm: Warum habe ich das damals gesagt, Herr Kollege?*)

Ja, aus folgendem Grund — darf ich das vorlesen? — Bitte. Da gab es also eine Diskussion um einen Antrag im Ausschuß. Ich glaube, es war Kollege Kern. Da haben Sie gesagt:

„Und was haben wir getan? Wir haben gar nichts anderes getan, als Sie getan haben. Sie haben von den Möglichkeiten der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht. Sie haben geredet. Wir haben gleichfalls von den Möglichkeiten der Geschäftsordnung dadurch Gebrauch gemacht, daß Kollege Kern den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt hat ...“

Kenn ma uns aus? — Sie haben also hier immer wieder heute an dem Pult erklärt: Diskussion, parlamentarische Debatte und Aussprache. Wir wollen mit Ihnen reden, Herr Bundeskanzler, haben Sie die Bereitschaft, mit uns zu reden? (*Abg. Hahn: Der ist sehr selten da, der Herr Bundeskanzler!*) Ob selten oder nicht selten, Hauptsache ist, wir haben dich da. (*Heiterkeit.*) Des is viel wichtiger. Du bist doch die Ia-Figur in diesem Haus!

Dann heißt es weiter:

„Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß die Geschäftsordnung des Nationalrates undemokratisch ist? Der Gesetzgeber muß sich doch irgend etwas gedacht haben, als er seinerzeit in die Geschäftsordnung die Bestimmung über den Schluß der Debatte eingebaut hat. Der Gesetzgeber hat sich doch dabei sicherlich etwas gedacht.“

Ich bring das nicht so klassisch wie Sie, weil mir da die ganze Figur dazu fehlt. (*Heiterkeit.*)

Aber es geht dann weiter:

„Jetzt eines, meine Damen und Herren“ — und das gilt auch gleich weiter auf Ihrer Seite, damit Sie sich auskennen —: „Der

Ulbrich

Nationalrat ist kein Kindergarten, und wie der Präsident des Hohen Hauses einmal gesagt hat, wir sind hier kein Mädchenpensionat."

Das geht in Ordnung. Ich glaube, darüber gibt es ja keine Debatte. (Abg. Dr. Prader: Dagegen sind wir!) Ja, ich auch. — Soviel zu den Erklärungen des Herrn Dr. Kohlmaier.

Zur Frage der Inflation, die Sie mit so viel Nachdruck hier vertreten, ein ganz ernstes Wort. (Ruf bei der ÖVP: Ah, wir nicht! Sie vertreten das!) Wir vertreten es nicht. Sie propagieren die Rede um die Inflation. Heute hat Herr Dr. Schwimmer gesagt: Öl kann man ja erst hineinschütten, wenn das Feuer brennt. Des Brandl haben aber Sie gelegt. Des Brandl um die Inflationsdebatte in Österreich haben Sie gelegt! (Abg. Hahn: Das kommt vom Ausland!) Lieber Kollege Hahn, horch doch zu, da lernst a bisserl was. Begreifen tust doch eh nix. (Anhaltende Heiterkeit. — Abg. Hahn: Der Brandt kommt aus Deutschland!)

Jetzt möchten wir folgendes sagen: Ist die Diskussion um die Inflation soviel wert, wie ihr Sie in die Höhe spielt? Wissen Sie nicht, daß in der Frage der Inflation in den Lehrbüchern für Volkswirtschaft ein bestimmter Hinweis lautet: Das ernsteste Problem bei der Inflation ist die Inflationspsychose. Wenn Sie heute oder morgen imstande sind, durch Ihre Argumente und unterstützt von verschiedenen Medien in Österreich die Angst um die Inflation Wirklichkeit werden zu lassen, dann nehmen Sie zur Kenntnis: Es nimmt Ihnen die Verantwortung niemand mehr ab. Dann geht es nicht mehr um Arbeiter und Angestellte, dann geht es um die Wirtschaft, und geht es um diesen Staat! (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: 11,4 Prozent sind keine Psychose, sondern eine Tatsache!) Sie kriegen noch eine Antwort auf die Tatsache. (Abg. Lanc: Der Inflations-Schwimmer! — Abg. Dr. Schwimmer: Mit dem Psychiater werden Sie die Inflation nicht wegbringen!) Nein, denn als Inflationskasperl treten ja Sie auf in diesem Theater. (Abg. Dr. Keimel: Mit einem Kasperltheater kann man die Inflation nicht wegbringen!) Das ist lieb; Keimel, du bist der Beste da oben!

Aber da habe ich etwas Interessantes in der Hand, ein Zitat aus dem Wirtschaftsjournal „Economy“. Ich darf Ihnen das vorlesen. Da heißt es auf Seite 30:

„Wie ein Irrer in seiner Zelle. Die Inflationsursachen.“

„... Tausende Spitzen-Ökonomen beschäftigten sich seit Jahrzehnten mit dem Phänomen

Inflation. Alte und neue Erkenntnisse, naive Annahmen und mathematische Lösungsvorschläge, Fakultätsfeindschaften und unbeirrtes Klammern an einmal aufgestellte Thesen zeichnet die Nationalökonomien dieser Welt aus ... Nur wenige Theoretiker, die sich mit gesunder Selbstironie über den Stand und Fortschritt ihrer eigenen Wissenschaft Gedanken machen — die Tatsache vor Augen, daß es wohl keine Schwierigkeiten mehr gäbe, hätte irgend jemand die Inflation, das Weltproblem Nr. 1, völlig durchschaut ...“

In Paris ist Europa beisammengesessen im Zusammenhang mit dieser Frage, und Sie behaupten, wir können das von uns aus allein meistern! — Dann heißt es da weiter:

„Freilich gibt es immer wieder Männer, die die Wurzel des Übels längst geortet haben und es schaffen, das komplexe Thema auf eine Primitivformel zu bringen.“

„An der Inflation“, so beispielsweise der ÖVP-Abgeordnete Wolfgang Blenk, „ist die falsche Regierungspolitik schuld.“

Das ist zuwenig! Das ist primitiv, das ist nicht wissenschaftlich bewiesen.

Dazu können Sie sich alle zählen, die hier so klug und weise über die Inflation reden. Ich habe hier wieder einen Ausspruch von unserem geschätzten Herrn Vizekanzler der Vergangenheit, ein Zitat vom 27. Oktober 1967:

„Was wir ... von der Opposition — das gilt für beide Parteien —“ — da hat er die FPÖ und uns gemeint — „erwarten, ja was wir von ihr verlangen müssen, ist, daß sie uns bei der Durchführung der volkswirtschaftlich notwendigen Maßnahmen nicht aus rein parteitaktischen Gründen behindert.“ (Abg. Dr. Withalm: Das haben wir heute schon gehört!) Also dann macht es ja nichts! Zweimal hält besser als einmal! (Abg. Dr. Withalm: Ich höre gerne das, was ich gesagt habe!) Ich glaube, das ist in Ordnung.

Vielleicht kommen Sie dann drauf, daß Ihr Propagandagerede um die Inflation doch mehr Schaden ist als Nutzen. Ich muß mich noch einmal mit Ihrem Obmann beschäftigen. (Abg. Dr. Schwimmer: Sie kann man nicht hindern! Sie tun nichts dagegen! Sie wollen nichts dagegen tun! Sie sagen es selbst!) Ach Gott! Bitte, weiter in der „Dicken“; was Dümmer habe ich heute noch nicht gehört!

Ich habe hier noch einmal das Plakat von Ihrem Finanzgenie, Klubobmann und seit neuester Zeit Wetterfrosch des Parlaments. Hier spricht er davon, daß ein gutes Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren unbe-

Ulbrich

dingt notwendig ist. Wir brauchen es also. Obwohl dieses Wirtschaftswachstum, durch das Budget forciert, entsprechend garantiert wird, ist man hier in der Diskussion dagegen.

Man spricht von den Schulden: „Die Staatsschuld ist also kein Ausdruck der staatlichen Geldverlegenheit, sondern Mittel zur aktiven Konjunkturpolitik.“

Weiter heißt es hier:

„Österreichs Wirtschaft setzt zu einem Überholmanöver an. Wir alle sollten dazu beitragen, daß es gelingt.“

Was tragen Sie dazu bei? — Gar nichts tragen Sie dazu bei! Sie versuchen zu hemmen, wo es nur möglich ist, um dann für Ihre Partei zu einem Erfolg zu kommen. Und jetzt wiederhole ich schlicht und einfach folgendes:

„Das Tempo“ bei der Abwicklung der Budgetdebatte und der Durchführung des Regierungsprogramms „bestimmen wir! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!“

Wir werden versuchen, mit Ihnen in diesen Fragen zu Lösungen zu kommen. Aber wenn Sie glauben, durch Obstruktionspolitik unsere Arbeit verhindern zu können, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß es in Österreich gegenwärtig eine politische Mehrheit der Sozialistischen Partei im Parlament gibt und daß unsere Fraktion ihre Regierung in allem unterstützen wird, was zum Vorteil und zum Nutzen der österreichischen Bevölkerung und unserer Wirtschaft geht! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Professor Koren hat am Mittwoch erklärt: Hängt nicht an dieser heiligen Kuh der Vollbeschäftigung! — Nehmen Sie zur Kenntnis: Für uns ist die Frage der Vollbeschäftigung eine der entscheidendsten Fragen überhaupt! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*) Und tun Sie nicht so, als wäre das bei Ihnen immer der Fall gewesen! — Das stimmt ja nicht.

Wir haben Sie gezwungen, zur Vollbeschäftigung beizutragen, denn nach Ihren Gedanken, nach Ihren Überlegungen braucht man sie ja nicht, denn da wäre die verkehrte Richtung viel günstiger. Denn man könnte ja der Arbeiterschaft diktieren, wenn auf dem Arbeitsmarkt entsprechend viele Arbeitslose vorhanden wären. (*Abg. Dr. Keimel: Wir verlangen seit Jahren von Ihnen ein Gastarbeitergesetz! — Abg. Dr. Prader: Wir sind dafür, daß alle stempeln gehen! Das glauben Sie ja selber nicht!*) Hören Sie nur ein bisserl zu! Es war Kollege Josseck, der gesagt hat: Nicht drohen!, das gibt es ja gar nicht. — Irgendwie so ähnlich drückte er

sich aus in dieser Frage „Inflation oder Arbeitslosigkeit“.

In Belgien haben wir das Jahr der Stagflation. Das heißt Stagnation der Wirtschaft, inflatorische Tendenzen und Arbeitslosigkeit. In Holland haben wir das gleiche Bild. Von Italien habe ich es Ihnen bereits erzählt. In Großbritannien wiederholt sich dieses Spiel. In Amerika haben wir es ebenfalls. (*Abg. Hahn: Schweden!*) Auch in Schweden gibt es eine Arbeitslosenzahl. Aber Ihre Behauptung hier, in der Debatte, Arbeitslosigkeit, Stagnation und Inflation gebe es nur in sozialistisch regierten Ländern, ist damit, glaube ich, hinreichend widerlegt.

Nehmen Sie zur Kenntnis: Für uns Gewerkschafter ist die Frage der Vollbeschäftigung ein sehr ernstes Problem. (*Abg. Dr. Wirthalm: Für uns genauso!*) Bitte, das ist Ihre Auffassung, sie hat sich also gewandelt.

Wenn wir heute sagen, wir haben 2.558.000 Beschäftigte, dann nehmen Sie zur Kenntnis, daß es zu einer Zeit, als Sie die politischen Stärkeren waren, in diesem Lande mehr als 100.000 Arbeitslose gegeben hat! Wenn man nicht davon betroffen ist, dann spielt das sicherlich keine Rolle. Aber wenn man davon betroffen ist, dann ist das ein anderes Lied. (*Abg. Dr. Mussil: Das war im Jänner! Und wenn der Bautenminister mit seinem Bautenstopp so weiter macht, werden wir es bald auch so weit haben!*) Ja, ja, ja, na freilich, jetzt ist wieder die heilige Kuh heraußen! (*Heiterkeit.*)

Ich sage Ihnen in aller Freundschaft: Die gegenwärtige Situation in Österreich ist ja nicht so, wie Sie sie schildern. (*Abg. Doktor Keimel: Dafür sind wir gegen die Baubremse!*) Das ist ja a Stuß, was Sie plaudern! Gegen das Bauen ist kein Mensch. Aber Sie werden doch zugeben müssen: Wenn hier in Österreich ein Bauverlangen da ist, das mit der Baukapazität nicht in Einklang kommen kann, dann treibt das die Preise in die Höhe!

Jetzt sage ich Ihnen etwas: Bei einer Ausschreibung der Bundesbahnen für ein Stellwerk an der Ostbahnstrecke haben zwölf Firmen geboten, haben ihre Offerte vorgelegt, haben einen Kostenaufwand von 8 Millionen Schilling erstellt. Die haben so um 50.000, 60.000, 80.000 S differiert. Zufälligerweise kommt eine andere Firma dazu, kennt die Absprache nicht, legt das Angebot, und der Bauauftrag kommt mit dem Betrag von 4 Millionen Schilling zur Vergabe.

Da sagen Sie: Baukosten muß man decken! — Übergewinne wollen wir zurückschrauben! Es geht nicht um die Deckung von Baukosten.

Ulbrich

(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Wodica: Mussil, was sagst du dazu? — Abg. Dr. Mussil: Das können Sie nicht aufrechterhalten!) Das können wir auch weiter halten.

Herr Generalsekretär! Ich werde Ihnen beweisen, daß es stimmt. Glauben Sie, daß sie im Chor um das Geld gesungen haben? Das ist abbesprochen! Sagen Sie nicht: Das gibt es nicht! (Abg. A. Schlager: Verleumdung!) Wegen einer Verleumdung! Da haben Sie schon viel mehr gebracht.

Wir werden Ihnen noch etwas sagen, weil Sie so freundlich sind und immer wieder sagen, wir hätten keine Bereitschaft zur Diskussion, und weil heute der Herr Dr. Withalm meinen Freund Haas beschuldigt hat, er sei einer der gehässigsten Zwischenrufer. (Abg. Steiner: Das stimmt ja auch!) Das stimmt nicht! Im Politischen gibt es Zwischenrufe — Sie, ich und auch jeder andere — und ich glaube, man darf sie nicht auf die Waagschale legen. Haas ist bestimmt kein gehässiger Mensch.

Ich werde Ihnen etwas sagen. Was würden Sie dazu sagen, wenn Sie folgendes lesen:

„Schärfste Attacke der Beamten-gewerkschafter“ — der Rittmeister, mein Freund Gasperschitz, ist nicht da, ich hätte ihn ganz gerne da gehabt —: „Lang aufgetauter Unmut der Beamten gegenüber der Regierung entlud sich am Donnerstag abend, als der Vorsitzende der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten Alfred Gasperschitz dem Kanzler ein kategorisches Nein zum Plan eines Personalvermittlungsgesetzes entgegengesetzte. Da beißt er auf Granit.“

Im selben Pressegespräch beschuldigt ein hoher Beamter des Bundeskanzleramtes den Regierungschef, auf dem Weg zu einem faschistoiden Staat zu sein. Das sagen christliche Gewerkschafter, ÖAAB-Funktionäre zu einem Mann, der für diese Demokratie wesentlich mehr eingebracht hat, wesentlich mehr eingestanden ist als der Herr Dr. Gasperschitz und sein Freund Regierungsrat Karl Bocek! (Zustimmung bei der SPÖ.) Das möchte ich einmal klar und deutlich aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.) Das sind die Verdächtigungen, die von Ihrer Seite immer wieder kommen.

Und nun schauen wir uns doch einmal die Personalfrage an, über die so viel gelästert wird. Es tut mir nur leid, daß mein Kollege Gasperschitz nicht da ist, denn der müßte da heruntergehen und vor dieser Regierung sich zehnmal niederknien und Danke schön sagen. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Hahn: Das fehlte noch!) Ja, Danke schön sagen! — Jetzt habe ich etwas auf der Zunge gehabt,

aber es würde der Würde des Hauses nicht entsprechen. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Schreien kannst du nachher, wenn ich fertig bin oder wenn ich etwas Unrechtes sage oder wenn du, lieber Freund, in dieser Frage etwas Besseres weißt. Dann gilt es. Einverstanden? — Niederknien müßtet ihr euch! (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die Heiligen sitzen schon da herüber. Gebt eure Ruhe!

Ich bitte um Entschuldigung, meine Herren und werten Damen: Ich habe hier das Protokoll der 2. Sitzung des Nationalrates vom 1. April 1966. Es ist der Kollege Gabriele, der hier folgendes sagt:

„Auch jetzt können wir dies feststellen“ — es geht um die Gehalts- und Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst —, „denn auf Grund der im Juli 1965 erhobenen Forderung der Gewerkschaften kam es wohl zu sporadischen Verhandlungen zwischen dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Bundesregierung, doch kam es erst am 18. Jänner 1966 zu einem vorläufigen Abschluß.“ — Und der endgültige Abschluß dieser Frage wird wirksam mit dem 1. Oktober 1968!

Das sind immerhin dreieinviertel Jahre Lohn- und Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst unter der „beamtenfreundlichen“ Mehrheit der ÖVP, unter der „beamtenfreundlichen“ Führung des ehemaligen Herrn Bundeskanzlers Klaus und des Herrn Finanzministers Schmitz.

Wie lange haben wir mit der Regierung Kreisky in diesen Fragen verhandelt, meine Herren? (Abg. Dr. Prader: Da war schon alles da!) Na ja freilich, die haben das nur mehr nehmen brauchen und herschenken. Alles war da. — Es war gar nicht alles da!

Ich kann mich zum Beispiel erinnern, daß die christlichen Gewerkschafter in den Verhandlungen und im Gespräch — Bocek, Gasperschitz und Kollegen; ich sage nicht Genossen, sonst glaubt ihr, ich mache aus ihnen Rote — sagten: 12 Prozent müssen wir Erhöhung kriegen! (Zwischenruf bei der ÖVP.) 12 Prozent Realloohnerhöhung muß innerhalb der nächsten vier Jahre herauskommen! Und wenn wir die nicht kriegen, dann gibt es gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen! (Abg. Hahn: Sie haben das gleiche gesagt wie Präsident Benya!) Laßt den Präsidenten Benya in Ruhe! Kannst ja mit mir reden!

Wir haben es durchgesetzt. Und als wir die 12 Prozent realisiert gehabt haben, da habt ihr wieder einmal dreingeschaut wie gestern. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Da ist von

Ulbrich

euch überhaupt niemand da gewesen, der im ersten Moment gewußt hat, was er sagen soll. (*Abg. W e d e n i g: Das war schon fixiert seit 1968!*) Die 12 Prozent? (*Abg. W e d e n i g: Auf vier Jahre!*) Aber lieber Freund, ich rede ja schon von 1971 auf 1975! Du bist in der Vergangenheit sitzengeblieben, Karl! Komm hervor! Komm! Komm! Wir reden über das, was neu vereinbart worden ist. Mit Schmitz haben wir drei Jahre und drei Monate verhandelt, bis wir ihn so weit gehabt haben; drei Jahre und drei Monate! Und jetzt nur vier Monate!

Wir haben im Mai mit der Regierung eine Vereinbarung getroffen. (*Zwischenruf des Abg. H a h n.*) Lieber Kollege Hahn, du verstehst doch von dem Geschäft nichts! Du bist nie dabei und redest in einer Tour.

Wir haben am 11. Mai 1971 Verhandlungen mit der Regierung geführt und haben am 2. September 1971 abgeschlossen. Und Sie erzählen nirgends von diesem Übereinkommen! Sie reden nur von der Sorge und von der Not. Sie sagen der Bevölkerung nicht, daß der gesamte öffentliche Dienst auf die sich bewegende Preisentwicklung eine Vorschußzahlung von zweieinhalb Prozent hat, jetzt sogar dreieinhalb Prozent. Sie sagen nirgends, was mit diesen Übereinkommen noch vereinbart worden ist.

Jetzt darf ich Ihnen wieder etwas sagen, damit Sie einmal ein Gefühl dafür kriegen, wie das bei euch schnell geht. Im gleichen Sitzungsprotokoll vom 1. April 1966 — ich könnte fast sagen: das war ein Aprilschmäh — habe ich ebenfalls zu der Frage Lohn- und Gehaltspolitik gesprochen. Da habe ich folgendes geltend gemacht:

„Eine zweite Sache, deren Behandlung, wie die Ausführungen eines Vorredners gezeigt haben, akut wird, ist die Frage der Anrechnung von Nebengebühren für die Pension.“

Und jetzt eine Frage: Im Jahr 1965 ist vom Verwaltungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Forderung auf Anrechnung der Nebengebühren für den Ruhegenuß gestellt worden, und wann, Herr Kollege Hahn, wird denn das verwirklicht? Wissen Sie es? — Der weiß es wirklich nicht! Ich sage es Ihnen: Am 1. Dezember 1972! In einem Übereinkommen mit der „so schlechten“ Bundesregierung Kreisky! Jetzt schau'n S' drein.

Vom Jahre 1966 bis zum Jahre 1972, sechs Jahre lang, haben Sie das Verlangen der öffentlich Bediensteten nicht erfüllt! Sie hätten es machen können, Sie hatten doch die politische Mehrheit, Sie haben den Finanzminister

von Ihrer Partei gestellt. Sie hätten doch die Chance gehabt, das Verlangen Ihrer Freunde zu verwirklichen. Gemacht haben Sie gar nichts. (*Abg. W e d e n i g: Die größte Gehaltsbewegung war während der Regierung Klaus für den öffentlichen Dienst! Das ist nachweisbar!*) Ach Gott!

Ich habe noch eine Frage an die Kollegen des OAAB. Wie war denn das mit der Abgeltung der Sonn- und Feiertagsarbeit bei der Bundesbahn und im öffentlichen Dienst? Was hat Ihre Regierung dazu gesagt? — Törisch, taub waren Sie! Nicht einen Schilling haben Sie für sie gehabt! Eingelöst wird die Frage der Abgeltung der Sonn- und Feiertage wann? — Am 1. Dezember 1972! (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen noch etwas. Wer regelt denn die Abgeltung der Mehrleistungen für den gesamten öffentlichen Dienst? Bis jetzt wurde das nicht geregelt. Erst mit 1. Dezember 1972 erfolgt die Abgeltung der Mehrleistungen entsprechend der privaten Wirtschaft in Neuordnung der zuständigen Bestimmungen des Gehaltsgesetzes und dergleichen.

Und wer macht letzten Endes die Neuordnung der Dienstpragmatik in bezug auf § 28, die Arbeitszeitregelung? Hat das Ihre Regierung gemacht? Sie haben durchaus die Möglichkeit gehabt, diese sozialen Forderungen zu erfüllen. Sie haben sie nicht erfüllt. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Aber dann hergehen und sagen: Die Beamtenexplosion! Die schlechte sozialistische Regierung löst ja nicht ein, was sie versprochen hat ... (*Abg. S t o h s: Wer hat die Dynamik eingeführt?*) Wer sie eingeführt hat? — Unter dem Druck des Verwaltungsausschusses Schmitz. (*Ah!-Rufe bei der ÖVP.*) Ja wer hat das denn abgestritten? (*Abg. S t o h s: Du mußt auch ehrlich sein!*) Aber Kollege Stohs! In aller Ehrlichkeit: Wie lang hat es gedauert von der ersten Besprechung bis zur Einlösung? (*Abg. S t o h s: Na ja ...!*) Na ja! (*Heiterkeit.*) 3 Jahre und 3 Monate! Das ist das Entgegenkommen gegenüber den öffentlich Bediensteten gewesen! (*Abg. Doktor P r a d e r: Das war erstmalig, daß es das überhaupt gegeben hat!*) So schaut die Sache aus!

Ich glaube also, man kann in der Frage des Personalaufwandes keine Explosionen sehen, sondern die Erfüllung berechtigter Ansprüche der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Das sollten Sie aussprechen. Aber dazu haben Sie nicht die Courage, eine Bekenntnis zu dem können Sie nicht ablegen. (*Rufe bei der ÖVP: Haben wir!*) Du stehst eh in der Zeitung! Du bist ein naiver Volkswirt! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Das steht da drinnen, lieber Freund! Ich kann nichts dafür.

Ulbrich

Es ist gefragt worden, was wir zu dem Budget sagen. Ich habe Ihnen einmal die Personalsituation, den Personalaufwand geschildert. In dem „schlechten Budget“ steht das drinnen.

Ich darf zur Frage Bundesbahnen sagen: Wann haben die Bundesbahnen unter der Ära von ÖVP-Ministern jemals eine Erfüllung ihrer Forderungen gehabt? — Wir haben in den Jahren 1966 bis 1970 ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Laß dir Zeit! Von 1966 bis 1970 wurde von Ihrem Parteifreund Weiß 2,3 Milliarden Schilling für die Brutto-Investitionen angemeldet, also für Investitionen und Erneuerungen. Erhalten hat er 1,8 Milliarden. Das heißt: innerhalb der Zeit, wo Sie regiert haben, in fünf Jahren, um 2,5 Milliarden Schilling zuwenig!

Heute hat der Kollege Josseck 100prozentig recht, wenn er sagt: Ihr mit euren alten Greibern auf der Güterwagenseite, wie wollt ihr das leisten? (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Ich habe es ein bisserl feiner gesagt!*) Ich habe ja nicht gesagt, daß du meine Sprache sprichst, ich spreche auch nicht die deine! (*Heiterkeit.*) Da täten sie in Wien zu mir was anderes sagen, aber ich sage es zu dir nicht. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Wir haben das Jahr 1971 mit einem Erfordernis von 2,3 Milliarden Schilling und erhalten von der sozialistischen Regierung 2050 Millionen. Erinnern Sie sich: Wir haben doch die Diskussion um das Bundesbahngesetz geführt und dazu einen Minderheitsbericht gemacht, und in diesem Minderheitsbericht haben wir die Forderungen auf eine jährliche Mindestbrutto-Investitionsrate von 2,4 Milliarden Schilling erstellt. Im Jahre 1972 erreichen wir sie bereits! Und wenn wir vorerst nur 1,8 Milliarden Schilling im Budget hatten, wurde die Fremdfinanzierung von 500 Millionen Schilling akzeptiert. Es wurden 100 Millionen Schilling im 1. Budgetüberschreitungs-gesetz 1972 für die Bundesbahnen freigegeben wegen der Anrechnung der Nebengebühren für den Ruhegenuß, es werden im 2. Budget-überschreitungs-gesetz 1972 125 Millionen für E-Lokomotiven bewilligt, 20 Millionen für Autobusse, 120 Millionen für sonstige Belastungen, für Personenwagen, 20 Millionen für Wohnhausbau, 45 Millionen für Oberbau, Bedeckung höheren Aufwandes. (*Abg. Hahn: Schwedische Lokomotiven!*) Was haben Sie denn so viel gegen die schwedischen Lokomotiven? Sind das die Maschinen, wo die Fische dann nicht schwimmen können? (*Heiterkeit.*) Das habe ich im Fernsehen gehört: wie eine schwedische Lokomotive über den Tauern gefahren ist, haben sie beim Fischen keinen

mehr erwischt, denn da waren Strömungen. Genügt das?

Was haben Sie gegen die schwedischen Lokomotiven? Es werden ungefähr sechs ins Laufen kommen, und dann kommt aber der Großauftrag, da kann unsere Industrie ebenfalls ... (*Rufe bei der ÖVP: Vollbeschäftigung!*) Vollbeschäftigung? In Österreich sind ja Sie dagegen! Sie haben ja was gegen die Vollbeschäftigung in Österreich!

Das heißt also: 1972 ... (*Zwischenrufe der Abg. Helga Wieser.*) Liebe Frau! Bleiben Sie bei Ihren Leisten, und ich bleibe bei meinen! (*Abg. Graf: Hohes Haus!*) Also 2740 Millionen Schilling für die ÖBB. Und im Jahr 1973 2569 Millionen Schilling als Brutto-Investitionen für die ÖBB, bereits eingebaut in eine Investitionsplanung von 1973 bis 1975.

Im Verwaltungsrat der ÖBB ist der Vorsitzende der Herr Generaldirektor Weiser. Er ist nicht unser Parteifreund, sondern er ist der Ihre, und die Mehrheit dort ist ebenfalls die Ihre und noch nicht die unsere. Wir haben uns ein bisserl Zeit gelassen mit der Änderung des Verwaltungsrates. Sie haben im sechsund-sechziger Jahr schneller geschaltet als wir. Sie waren kaum an der Regierung und haben alles umgedreht, damit Sie die Mehrheiten überall gehabt haben. Wir haben das bestehen lassen. — Dort zeigt sich also, daß hier wirklich eine echte Leistung für die Bundesbahnen kommt.

Jetzt fragen wir Sie: In wessen Interesse liegen letzten Endes die gesamten Investitionen der ÖBB? Im Interesse der Eisenbahner, oder im Interesse der österreichischen Bevölkerung und ihrer Wirtschaft? — Daher, glaube ich, kann man nicht so diskutieren, wie Sie das tun.

Es hat eine derartige Investitionspolitik zugunsten der ÖBB noch nicht gegeben, und das ist einer der Schwerpunkte, um die heute schon so viel gefragt worden ist. ÖBB und Verkehrspolitik. Versäumnisse und Fehler, die sich unter Ihrer Patronanz entwickelt haben! Da können Sie nicht verlangen, daß einer unserer Minister in drei Jahren das aufholt. Schuld an der ganzen Misere, die wir kennen, ist letzten Endes Ihre Partei, Ihre Finanzpolitik seit 1945, die niemals den Bundesbahnen das gegeben hat, was vonnöten war. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Grund: „Eine rote Eisenbahn kann man nicht finanzieren!“

Und nehmen Sie es mit heim: Wir werden uns in der Durchsetzung unseres Programms von Ihnen nicht hindern lassen. Ganz sicher nicht. Wir werden das realisieren, was wir

Ulbrich

der Bevölkerung versprochen haben, und wir werden vor diese Bevölkerung hintreten und ihr sagen, was wir machen, und neuerlich um die Mehrheit ersuchen. Und wenn eine neue Regierung antritt, dann können Sie sicher sein: Es wird eine sozialistische sein! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht, bevor ich zu meinen Ausführungen komme, doch feststellen, daß Belehrungen aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Ulbrich über das Verhalten hier im Parlament wirklich sehr erheiternd wirken. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Er hat es wirklich notwendig. Wenn er den Abgeordneten Kohlmaier als „Sonntagsjäger“ bezeichnet, dann dürfen wir ihn, glaube ich, als billigen Komiker oder als Kasperl oder als Hofnarren der Regierung Kreisky bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: Das fällt ausgerechnet dem Zittmayr ein! Du Kas-Tandler!)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter! Ich bitte, sich mit derartigen Ausdrücken zurückzuhalten, sonst muß ich den Ordnungsruf erteilen!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Ich nehme das gerne zur Kenntnis *(Abg. Mondl: Ist doch ein Akademiker!)*, aber ich glaube, es war notwendig, auf die Ausführungen, die hier vom Herrn Abgeordneten Ulbrich gemacht worden sind, doch mit einigen wenigen Worten einzugehen. *(Abg. Libal: Sehr billige Worte!)* Es ist leider so, Herr Abgeordneter Libal, daß ich nicht der Auslösende war, sondern der Herr Abgeordnete Ulbrich! Sie haben seine Feststellungen sehr erheiternd gefunden. *(Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen. — Abg. Skritek: Doch nur auf Ihre Zwischenrufe!)* Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das Verhalten hier im Hohen Haus wirklich nicht durch den Herrn Abgeordneten Ulbrich irgendeiner Berichtigung oder Belehrung unterzogen zu werden braucht. *(Ruf bei der SPÖ: Gib die Hand aus der Tasche! — Abg. Ulbrich: Laß sie ihm drinnen, sonst erfriert er!)* Lieber Herr Abgeordneter! Wie ich mich verhalte, das ist meine Sache!

Präsident Dr. Maleta: Also ich würde das Hohe Haus, alle: vom Rednerpult bis in die Bänke, ersuchen, sich doch ein bißchen zurückzuhalten! *(Ruf bei der ÖVP: Eine solche Aussprache!)*

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr *(fortsetzend)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mich freut es sehr, daß die sozialistischen Abgeordneten so reagieren. *(Abg. Libal: Ein „Gebildeter“!)* Es zeigt, daß sie wirklich mit zweierlei Maß messen. *(Abg. Libal: Da sollte man von einem Akademiker Niveau verlangen!)* Herr Abgeordneter Libal, Sie haben es gerade notwendig! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Ich bin kein Akademiker!)* Das merkt man aber sehr deutlich! Bei jedem Wort! Das brauchen Sie gar nicht zu sagen!

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, meine Damen und Herren, sich jetzt etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr *(fortsetzend)*: Bei jedem Wort merkt man das! *(Abg. Libal: Bei Ihnen auch!)*

Präsident Dr. Maleta: Also Schluß mit den Zwischenrufen jetzt!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr *(fortsetzend)*: Ich darf also jetzt zu meinen Ausführungen kommen.

Präsident Dr. Maleta: Jawohl!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr *(fortsetzend)*: Herr Präsident, ich bitte zu entschuldigen, daß wir zuerst auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ulbrich eingehen mußten, aber ich glaube, die österreichische Bevölkerung hätte kein Verständnis dafür, wenn man das unwidersprochen hingenommen hätte.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede am vergangenen Mittwoch den Bundesvoranschlag für das Jahr 1973 als Spiegelbild einschneidender Reformen bezeichnet, der unter strengster Beachtung stabilitätspolitischer Bemühungen erstellt worden sei. Gerade diese Behauptung trifft wie so viele Aussagen unseres Herrn Finanzministers bei diesem Budget nicht zu. Es wurde heute bereits mehrmals darauf hingewiesen. Es geht vom Budget 1973 ein verstärkter Auftriebseffekt aus. Zu dem veranschlagten Defizit in der Höhe von 11,1 Milliarden Schilling kommt ja die zusätzliche Finanzierung in der Höhe von 9 Milliarden Schilling für die Mehrwertsteuer, sodaß also praktisch 20 Milliarden Schilling zusammenkommen. Wenn man das inlands-wirksame Defizit in der Größenordnung von rund 6 Milliarden Schilling und die 9 Milliarden Schilling zusammenzählt, so wirken sich praktisch auf das Preisniveau rund 15 Milliarden Schilling aus. Unter diesem Gesichtspunkt von stabilitätspolitischen Bemühungen zu sprechen, ist, glaube ich, eine Zumutung für alle, die das Budget nur halbwegs lesen können.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

In den Kommentaren der Journalisten und der Wirtschaftsfachleute, und zwar auch jener, die der Regierungspartei nahestehen, wird mit größten Befürchtungen und Besorgnis die Entwicklung der kommenden Jahre beurteilt. Der Herr Finanzminister selbst hat ja für 1973 eine Preissteigerungsrate von 7 Prozent bekanntgegeben, und Fachleute des Wirtschaftsforschungsinstitutes sagen sogar 8 bis 9 Prozent voraus.

Eine solche Entwicklung — das wurde heute ebenfalls bereits mehrmals erwähnt — ist einfach für die österreichische Volkswirtschaft eine wahnsinnig große Belastung, es ist aber auch eine Bankrotterklärung der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung. Jetzt rächt sich, Herr Finanzminister und Herr Bundeskanzler Kreisky, die von Ihnen in den letzten zwei Jahren, seit April 1970, betriebene Politik der Sorglosigkeit, der wirtschaftlichen Unfähigkeit und der sozialistischen Verteilungsmethoden, deren Sieg die Erringung der absoluten Mehrheit im Oktober 1971 gewesen ist. (*Ruf bei der ÖVP: 1970!*) Im Oktober 1971. Denn damals wurde ja keine einzige Maßnahme in stabilitätsmäßiger Hinsicht getroffen, damit ja nicht irgendeine Verärgerung der Bevölkerung eintritt und die absolute Mehrheit gefährdet ist.

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei haben in den abgelaufenen Jahren immer wieder auf das Versagen des Herrn Finanzministers und auf die wirtschaftspolitischen Fehler hingewiesen und Vorschläge für eine Stabilisierung der Entwicklung gemacht. Alle diese Vorschläge des vergangenen Jahres haben Sie, wie mein Kollege Mock ja bereits festgestellt hat, in den Wind geschlagen. Sie glaubten, mit leichter Hand das Geld der Steuerzahler ohne Beachtung der Grundsätze eines ordentlichen Kaufmannes ausgeben zu können, ohne die Folgen einer solchen Vorgangsweise zu bedenken.

Die Krönung ist die Verschwendungswirtschaft, bei der rund eine Milliarde Schilling Familienbeihilfenmittel für die Wegwerfschulbuchaktion eingesetzt werden.

Ich darf darauf hinweisen, daß ich schon vor einem Jahr im Rahmen der Preisdebatte am 8. Juli und bei der ersten Lesung des Budgets 1972 am 17. November 1971 auf die besorgniserregende Preisentwicklung seit April 1970 hingewiesen habe. Damals habe ich dem Herrn Bundeskanzler einen traurigen Weltrekord in der Preissteigerung vorhergesagt. Leider ist meine Prognose Wahrheit geworden, ja sie wurde sogar durch massive Tarifierhöhungen noch übertroffen. Der Verbrau-

cherpreisindex liegt in den letzten Monaten um 6,2 bis 6,4 Prozent über der Vergleichszeit des Vorjahres.

Für die Beurteilung der Entwicklung sind jedoch weniger einzelne Monate aussagekräftig, sondern eine längere Zeitspanne. Von April 1970, der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Bundeskanzler Kreisky, bis September 1972 ist der Verbraucherpreisindex um 14,6 Prozent gestiegen und der Pensionistenindex um 16,4 Prozent erhöht worden. Der Baukostenindex hat sich um 28 Prozent erhöht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind beträchtliche Steigerungen des Index. Es sind höhere Steigerungen, als in den vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung festzustellen waren.

Es wurde heute auch schon mehrmals darauf hingewiesen, daß diese besorgniserregende Steigerung der Lebenshaltungskosten besonders die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen trifft und daß diese Geldentwertung und Geldwertverschlechterung zutiefst unsozial ist. Im vorigen Budget, im Budget 1972, hat der Herr Finanzminister noch hineingeschrieben: Die Geldentwertung ist unsozial. Heuer hat er es gar nicht mehr hineingeschrieben.

Diese Geldentwertung trifft aber besonders auch den Berufsstand der Land- und Forstwirtschaft und solche Berufsgruppen, deren Preisentwicklung der amtlichen Preisregelung unterliegt und die im Nachziehverfahren in langwierigen Verhandlungen die gestiegenen Betriebskosten durchsetzen müssen.

In dem Zusammenhang darf ich doch darauf hinweisen, daß die Preiserhöhungen, die durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ausgelöst werden, von einzelnen Berufsgruppen selbstverständlich vorgenommen werden müssen, weil die höheren Kosten, die eben durch die verfehlte Wirtschaftspolitik gestiegen sind, angerechnet werden müssen.

Der Begriff Inflation hat voriges Jahr noch eine sehr harte Kritik ausgelöst. Er war von der Regierung unerwünscht. Ich habe damals diese Dinge hier angezogen. Es wurde sehr negativ beurteilt. Leider habe ich mit meinen Prognosen, wie ich schon ausgeführt habe, recht behalten.

Es wurde auch schon festgestellt, daß die Importe nicht so sehr die Ursache für die Entwicklung der Preise in Österreich waren, denn der Index der Importprodukte war im Juni 1971 mit 105,6 Punkten höher als im Juni 1972 mit 105,3 Punkten. Diese Tatsache wurde ja auch, wie schon besprochen, im OECD-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Bericht erwähnt, und verschiedene Zeitungen und Kommentatoren haben diese Tatsache sehr eingehend besprochen.

Eine besondere Belastung für die gesamte Bevölkerung, im besonderen aber für die Wohnungsuchenden, für die Eigenheimbauer und für die Landwirtschaft stellen die enorm gestiegenen Baukosten dar. Der vom Wirtschaftsforschungsinstitut ausgewiesene Baukostenindex, der in der Praxis noch übertroffen wird, weist seit April 1970 eine Baukostenerhöhung von 28 Prozent auf.

Auf meine Anregung im vergangenen Jahr, die Überhitzung des Bausektors durch eine entsprechende Koordination der öffentlichen Bauaufträge, durch eine Schwerpunktbildung und durch eine Rangordnung zu vermeiden, ist die Regierung Kreisky überhaupt nicht eingegangen. Auch Bautenminister Moser hat sich über meine Vorschläge sehr abfällig geäußert. *(Zwischenruf des Abg. Horr.)* Herr Präsident Horr, lesen Sie das im Protokoll über die vorjährige Debatte nach, dort können Sie das bestätigt finden. *(Abg. Horr: Lesen Sie nicht das Falsche herunter! Passen Sie auf, daß Sie nicht stottern!)* Herr Präsident, wenn Sie da herunterkommen, dann werden wir sehen, ob Sie stottern oder nicht. *(Abg. Horr: Ich werde Ihnen etwas sagen: So herunterzulesen wie Sie, das kann nicht ein jeder!)* Bitte, das können Sie jederzeit tun. Herr Horr, kommen Sie nur herunter!

Präsident Dr. Maleta: Also ich glaube, es wird gut sein, wenn man sich gegenseitig keine Zensuren erteilt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr *(fortsetzend)*: Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit besser, die Dinge möglichst konzentriert vorzubringen und nicht stundenlang hier zu reden. *(Abg. Horr: Das wird gut sein! Bravo!)*

Wir haben bei der Behandlung der Frage der Mehrwertsteuer die Voraussätze auch erwähnt. Ich darf hier im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft doch noch erwähnen, daß gerade die Einführung der Mehrwertsteuer mit 1. Jänner 1973 sehr viele Voraussätze auf dem Sektor der Bauwirtschaft ausgelöst hat. Viele Bauherren und viele Eigenheimbauer benützen jetzt noch die Zeit, möglichst rasch fertig zu werden. Das hat dazu geführt, daß die Baupreise sehr gestiegen sind und daß eine Überbeschäftigung der Professionisten eingetreten ist. Inflation, steigende Baupreise, 12 Prozent Investitionssteuer für Bauten im Jahre 1973 sind Faktoren, die mit zu dieser Überhitzung beigetragen haben. Dabei hätte es der Finanzminister bei einigem wirt-

schaftspolitischen Verständnis und einer gewissen Kenntnis der Praxis leicht besser machen können. Wenn die Investitionssteuer für Bauten und sonstige unbewegliche Wirtschaftsgüter nicht mit 12 Prozent für 1973, sondern zum Beispiel nur mit 6 Prozent festgelegt worden wäre, hätten viele Unternehmer die Fertigstellung ihrer Bauvorhaben auf 1973 hinausgeschoben. Damit wäre ein wesentlicher Dämpfungseffekt im heurigen Jahr eingetreten, ohne daß man von einer Baubremse hätte sprechen müssen. Aber es ist so, daß leider der Herr Bundeskanzler und auch andere Regierungsmitglieder sich nicht durch eine besondere Fähigkeit zur wirtschaftlichen Vorausschau auszeichnen und daher nur kurzfristig geplant wird.

Das Versagen der SPO-Regierung und eine völlige Hilflosigkeit in der Wirtschaftspolitik wird jetzt auch solchen Österreichern offenbar, die bei der letzten Wahl dieser Partei noch ihre Stimme gegeben haben.

Im Jahre 1973 gehen vor allem von der Mehrwertsteuer wegen des zu hohen Mehrwertsteuersatzes von 16 Prozent, der zu hohen Investitionssteuer von 12 Prozent, der zu geringen Vorratsentlastung und der zu starken Mehrwertsteuerbelastung für viele Güter des täglichen Bedarfs, wie insbesondere Benzin, sowie des konjunkturpolitisch falschen Einführungszeitpunktes am 1. Jänner 1973, weitere erhebliche inflationistische Tendenzen aus.

Nun möchte ich doch noch zu einzelnen Punkten kommen, die die Landwirtschaft im besonderen betreffen. Ich muß feststellen, daß bei diesem Budget für die Land- und Forstwirtschaft eine besonders stiefmütterliche Behandlung besteht. Obwohl sich der Herr Bundeskanzler und einzelne seiner Minister immer wieder sehr agrarfreundlich in Worten geben und auch in den verschiedenen Publikationen, wie im „Agrarjournal“, die Leistungen der sozialistischen Regierung hervorgehoben werden, sind die Ansätze beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft sowie beim Grünen Plan unzureichend und unverändert geblieben. Das bedeutet bei einer geschätzten durchschnittlichen Preissteigerung von 8 Prozent im Jahr 1973, daß mit diesem Geldbetrag weniger Förderungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft durchgeführt werden können.

Insbesondere sind beim Kapitel 60, Land- und Forstwirtschaft, im Jahre 1973 Ausgaben in der Höhe von rund 3 Milliarden Schilling, das sind 20 Millionen Schilling mehr als 1972, und Einnahmen von 744 Millionen Schilling, das sind 53 Millionen Schilling mehr als 1972, vorgesehen. Das heißt mit anderen Worten: Die Nettoausgaben für die Land- und Forst-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

wirtschaft betragen daher bei gestiegenen Personalkosten 2,255.000 S, das sind um 33 Millionen Schilling weniger als 1972.

Herr Finanzminister Androsch hat im Rahmen seiner 113seitigen Budgetrede ganze zwei Seiten der Land- und Forstwirtschaft gewidmet und darin sein „Interesse“ an diesem Zweig der Volkswirtschaft bekundet. Dabei stellt er fest, daß im Budget die gleichen Ansätze wie im Vorjahr vorgesehen seien. Lediglich beim Grünen Plan wäre eine Umschichtung von 46 Millionen Schilling für Agrarinvestitionskredite erfolgt.

Die Methode der SPÖ-Regierung, dem Grünen Plan 1080 Millionen Schilling zuzurechnen und nachher noch vom Bergbauern-Sonderprogramm in der Höhe von 300 Millionen zu sprechen, ist die bewußte Irreführung der bäuerlichen Bevölkerung, denn es entsteht der falsche Eindruck, daß neben 1080 Millionen Schilling noch die 300 Millionen Schilling Bergbauern-Sonderprogramm dazukommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider ist dies nicht der Fall, obwohl die Aufstockung der Bundesmittel sachlich gerechtfertigt und volkswirtschaftlich richtig wäre. Auf stillem Wege wurden 20 Millionen Schilling für das Beratungswesen, Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, die bisher im ordentlichen Agrarbudget enthalten waren, nunmehr in den Grünen Plan hinübergegeben, das heißt: Der Grüne Plan wurde um diese 20 Millionen Schilling gekürzt. Außerdem wurden 46 Millionen Schilling der Regionalförderung und dem Wirtschaftswegebau entzogen und umgewidmet als Zinszuschüsse für die Agrarinvestitionskredite. Nun könnte der Eindruck entstehen, daß damit wesentlich mehr Agrarinvestitionskredite gegeben werden könnten. Das ist aber leider nicht der Fall, denn der Agrarinvestitionskreditrahmen bleibt in diesem Budget und in diesem Grünen Plan mit 1,5 Milliarden Schilling leider auch unverändert, obwohl die Baukosten gewaltig gestiegen sind.

Ich möchte doch zurückblenden auf das Jahr 1968. Damals standen im Rahmen des Grünen Plans 814 Millionen Schilling; das war rund ein Prozent des damaligen Ausgabenrahmens. 1973 sind es nur 0,56 Prozent. Auch unter Einrechnung des Bergbauern-Sonderprogramms sind es nur 0,8 Prozent. Die niedrigen Mittel für die Landwirtschaft stehen in krassstem Widerspruch zu den steigenden Kosten für den Stall- und Wirtschaftsgebäude, für den Wegebau, für die Elektrifizierung sowie für die Grundzusammenlegung. Derzeit liegen Ansuchen in der Größenordnung von 800 Mil-

lionen Schilling für Agrarinvestitionskredite der Landwirtschaft vor, die bisher wegen Geldmangels nicht erledigt werden konnten.

Ein krasser Widerspruch besteht auch zu den Beteuerungen der SPÖ-Regierung, den ländlichen Raum zu fördern. Tatsache ist, daß mit den vorhandenen Geldmitteln und den vorgesehenen Geldmitteln weniger für den ländlichen Raum geleistet werden kann als in den vergangenen Jahren. Dabei leistet die österreichische Landwirtschaft durch die Erhaltung der Kulturlandschaft in den extremen Zonen und durch die jährliche Abgabe von rund 20.000 Arbeitskräften an andere Berufe rund 2,9 Milliarden Schilling für die österreichische Volkswirtschaft. Das geht aus den Monatsberichten des Agrarwirtschaftlichen Institutes, Heft Nr. 7 aus 1972, die vom Landwirtschaftsministerium herausgegeben werden, hervor. Im Verhältnis zu dieser Leistung der Land- und Forstwirtschaft nehmen sich die zur Verfügung gestellten Bundesmittel sehr bescheiden aus.

Keine ausreichende Vorsorge ist im Budget für die Mehrbelastung der Land- und Forstwirtschaft durch die überhöhte Mehrwertsteuer für Dieselöl und Handelsdünger getroffen. Dadurch entsteht bei Dieselöl für die österreichische Landwirtschaft eine Mehrbelastung von rund 130 Millionen Schilling und bei Handelsdünger von rund 200 Millionen Schilling. Wenn keine Abdeckung dieser ungerechtfertigten Belastung erfolgt, so entsteht eine Einkommensminderung für die Bauern im Ausmaß von 330 Millionen Schilling. Es ist daher richtig, wenn dieses Budget von verschiedenen Vertretern des bäuerlichen Berufsstands als ein Verlustbudget für die Bauern bezeichnet wird.

Vollkommen unbefriedigend sind im Budget 1973 auch die Preisausgleiche veranschlagt. Für den Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch sind nur 993 Millionen Schilling veranschlagt, obwohl auf Grund der geschätzten Milchlieferleistung im Jahre 1973 insgesamt ein Betrag von 1223 Millionen Schilling erforderlich wäre. Damit ist die zweckwidrige Verwendung von Mitteln zur Absatzförderung, die heuer bereits begonnen hat, offensichtlich beabsichtigt. Die Unehrlichkeit der Regierung Kreisky geht daraus hervor, daß der österreichischen Landwirtschaft im Rahmen der Begleitmaßnahmen zum EWG-Vertrag die Verwendung dieser Geldmittel für die Absatzsicherung am England-Markt zugesagt wurde.

Im Budget 1973 fehlen auch die entsprechenden Ansätze zu einer EWG-konformen Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Das waren nur einige wenige Punkte. Ich möchte das, was Abgeordneter Josseck über die stiefmütterliche Behandlung der Land- und Forstwirtschaft gesagt hat, nochmals unterstreichen, weil wirklich mit den vorgesehenen Mitteln nur mehr ein Bruchteil jener Maßnahmen durchgeführt werden kann, die noch vor einigen Jahren möglich waren.

Ich darf zusammenfassend und zum Schluß kommend zum Budget 1973 feststellen:

1. Durch das überhöhte Budgetdefizit von 11,1 Milliarden Schilling und die Zwischenfinanzierung der Mehrwertsteuer von 9 Milliarden Schilling wird eine enorme zusätzliche Preissteigerung ausgelöst.

2. Die stabilitätspolitischen Bemühungen sind beim Budget 1973 nicht feststellbar.

3. Im Jahre 1973 ist mit einer Preissteigerung von rund 8 Prozent zu rechnen. Der Finanzminister hat die Inflation bereits ins Budget einkalkuliert.

4. Die seit 1970 betriebene Politik der Sorglosigkeit und Gefälligkeit und die wirtschaftspolitische Unfähigkeit führten zu einer Steigerung des Verbraucherpreisindex seit April 1970 um 14,6 Prozent, des Pensionistenindex um 16,4 Prozent und des Baukostenindex um 28 Prozent.

5. Die Inflation ist in Österreich nicht importiert, sondern weitgehend durch massive Tarifierhöhungen und sonstige wirtschaftspolitische Fehlleistungen von der SPÖ-Regierung verschuldet.

6. Die Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1973 löst wegen des hohen Steuersatzes, der überhöhten Investitionssteuer und der zu geringen Vorratsentlastung weitere erhebliche inflationistische Tendenzen aus.

7. Die Land- und Forstwirtschaft wird im Budget 1973 sehr stiefmütterlich behandelt. Trotz der stark steigenden Preise bleiben die Ansätze der Land- und Forstwirtschaft unverändert. Daher ist die Kaufkraft dieser Mittel abgesunken. Die Mittel für den Wegebau im Rahmen des Grünen Planes wurden unverständlicherweise gekürzt. Der Rahmen für die Agrarinvestitionskredite bleibt trotz enormer Steigerung der Kosten für Hochbauten und Straßenbau unverändert und reicht bei weitem nicht aus.

8. Die landwirtschaftlichen Preisausgleiche 1973, besonders beim Erzeugermilchpreis, sind ungenügend dotiert. Für die Belastungen im Zusammenhang mit dem EWG-Vertrag ist nicht vorgesorgt.

9. Für die Mehrbelastungen der Land- und Forstwirtschaft im Zuge der Einführung der

Mehrwertsteuer bei Dieselöl und Handelsdünger im Ausmaß von rund 330 Millionen Schilling ist keine Bedeckung vorgesehen.

Dieses Verlustbudget im wahrsten Sinne des Wortes ist für die Österreicher im allgemeinen und für die Bauern im besonderen eine Zumutung und wird daher von unserer Fraktion abgelehnt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über das Budget des kommenden Jahres und damit über das grundlegende Instrument der Regierung schlechthin, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Schließlich ist das Budget eigentlich das Gesetz, das einer Verwaltung, nämlich der Regierung, die Möglichkeit gibt, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Es ist daher verständlich, daß es im Blickpunkt der Opposition steht und daß sich gerade am Budget das Interesse der Kontrolle durch die Abgeordneten besonders deutlich bemerkbar macht.

Was will nun eine Opposition von einem Budget wissen? Worauf kommt es der Opposition an? Wir Freiheitlichen glauben, daß man aus einem Budget ganz klar und deutlich ersehen sollte, welche Prioritäten sich die Regierung für das nächste Jahr gesetzt hat. Weiters glauben wir, daß es wesentlich wäre, zu wissen, wie diese Prioritäten dargestellt werden, und zuletzt, ob wir uns mit ihnen einverstanden erklären können.

Was zeigt sich nun, wenn wir dieses Budget betrachten? Die Prioritäten sind nicht erkennbar, im Gegenteil! Schon in der Budgetrede werden auf Seite 49 eine ganze Reihe von Schwerpunkten angeführt. Ihre Liste beginnt bei der Bildung, setzt sich über Wissenschaft, Verkehrspolitik, Wirtschaftsförderung, Sozial- und Familienpolitik fort; auf Seite 59 mit Gesundheitswesen und Umweltpolitik, und zu guter Letzt ist heute noch zusätzlich angeführt worden, daß eine Dämpfung des Preisanstieges mit zu den Prioritäten zählt.

Wenn ich nun einen Blick auf diese Liste werfe, dann muß ich ehrlich fragen: Bitte, wo ist jetzt wirklich die Priorität? Bei dieser Fülle von Zielen, die da gesteckt werden, kann es nicht verwundern, daß man nicht mehr weiß, wohin die Regierung wirklich will, was sie wirklich anstrebt, was ihr im Augenblick und für das kommende Jahr als zentraler Punkt erscheint. Von echten Prioritäten ist also keine Rede, es ist ein Budget von lauter Schwerpunkten, von lauter Versprechungen

Dipl.-Ing. Hanreich

und von lauter Gefälligkeitsdemokratie. Man hat ja schließlich den billigsten Erfüllungshelfen, den Landesverteidigungsminister, besonders bescheiden abgefertigt.

Die Tatsache, daß wir diese Prioritäten nicht erkennen können, weder aus der Budgetrede noch aus dem Inhalt des Budgets, führt dazu, daß uns Freiheitliche die ernste Sorge erfüllt, wohin denn dieser Nachtmarsch der Sozialistischen Partei führen wird. Es wird nicht klar gesagt, daß unser zentrales Problem in der Inflation liegt und daß dagegen jetzt ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden. Nein, es wird versucht, auch die Ansätze zu einzelnen Schwerpunktbildungen, die sich abzeichnen, noch möglichst gut zu dekorieren! Vor allem aber wird demonstriert, daß man keinerlei Förderungsmaßnahmen für die Inflation setzt, obwohl das Budget als solches eine Fülle von Förderungsmaßnahmen beinhaltet, genau im Gegensatz zu dem, was wir eigentlich erwarten würden.

Wir Freiheitlichen haben daher das Gefühl, daß hier zu einem Blindflug angesetzt wird, bei dem man die Fülle der Instrumente, die Hinweise auf die schwierige Situation ergeben, einfach nicht beachtet, einfach zur Seite schiebt und tarnt, indem man sich vorwiegend damit befaßt, wie man nach außenhin dieses Budget sehr dekorativ und erfreulich gestalten könnte. Man betreibt, wie das die Amerikaner nennen, „window dressing“, was man vielleicht mit einem Auslagendekorieren oder Blumen-in-die-Fenster-Stellen, mit einer Fassadenfärbelung, übersetzen könnte.

So schaut dann auch das aus, was Herr Kollege Dr. Tull als ein Modernerwerden darstellt.

Im Zusammenhang mit dem Nach-außenhin-Zeigen, daß man ja so gut ist und daß man auch so erfolgreich arbeitet, muß doch auch erwähnt werden, daß die Reduktion der Finanzschuld nur sehr äußerlichen Charakter trägt. Wenn man genauer hinschaut, dann zeigt sich, daß die erstaunliche Reduktion der Finanzschuld im vorigen Jahr nicht unwesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die Oesterreichische Nationalbank die gesamte Quote, die Österreich beim Internationalen Währungsfonds stellt, übernommen hat, womit die Finanzschuld des Bundes um 1,9 Milliarden Schilling gesenkt wurde. Natürlich nur optisch und natürlich nur für den, der nicht genauer auf die Tatsachen sieht und der sich von dem „window dressing“ der Regierung einfach Sand in die Augen streuen läßt.

Dasselbe gilt für die Verharmlosung der Bedeutung der Verwaltungsschuld. Man spricht immer nur von der Finanzschuld, die

ja auch im Budget ausgewiesen ist, und erst eine Betrachtung des Rechnungsabschlusses zeigt dann, wie sich bei uns die Verwaltungsschuld entwickelt hat und welche starke Impulse auf der Nachfrageseite von den Budgets in den letzten Jahren ausgegangen sind. Wie wäre es sonst zu erklären, daß wir im Jahr 1953 eine Verwaltungsschuld von 1,4 Milliarden Schilling gehabt haben — das waren damals etwa 11 Prozent der Gesamtschuld des Bundes —, daß wir im Jahre 1969 15,1 Milliarden Schilling Verwaltungsschuld gehabt haben — Anteil an den Gesamtschulden schon 25 Prozent — und daß wir nach dem Rechnungsabschluß des Jahres 1971 auf die respektable Summe von 22,4 Milliarden Verwaltungsschulden blicken können. Damit werden bereits 32 Prozent der Gesamtschuld nicht mehr in der Form ausgewiesen, in der sie dem Parlament, nämlich im Vorhinein, im Budget gezeigt werden sollten.

Das ist eine Methode der Verschleierung und der Täuschung, die durch die Tatsache vervollkommen wird, daß man davon spricht, wir seien auf der Überholspur. Ich kann mich nicht des Gefühls erwehren, daß wir auf einer Fahrt sind, die in etwa mit dem schönen Spruch charakterisiert werden kann: „I waß zwor no net, wo i hinfahr, oba dafür bin i gschwinda dort.“

Das erweckt bei mir und bei den Kollegen in der Fraktion die Sorge, die wir Freiheitlichen hier ganz deutlich zum Ausdruck bringen: daß man den Weg der Inflation auf der Überholspur nimmt, daß man eine Überholspur im Bereich der Überbeschäftigung und des Kostenauftriebes nimmt, daß man aber vor lauter Freude an dieser Überholspur nicht sieht, welchen Konsequenzen man dabei entgegengeht, und daß man die Gefahr des Unfalles nicht genügend vor Augen hat.

Aber das ist schließlich eine Mentalität, die wir auf breiter Basis in den letzten Jahren vorgeführt bekommen haben und gerade jetzt von der sozialistischen Regierung in Sachen Bundesheer immer wieder präsentiert bekommen: Wir sind zwar auf der Überholspur, aber wir brauchen keine Versicherung gegen den Unfall, der uns zustoßen wird, wenn wir weiterhin so ziellos auf der Überholspur bergab rasen.

Eine besonders raffinierte Form, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und zu sagen, wie sparsam doch die sozialistische Regierung wirtschaftete, finde ich in der Budgetrede des Finanzministers durch den Hinweis, daß die Abgabenbelastung zurückgegangen sei: nicht mehr wie noch beim

Dipl.-Ing. Hanreich

Bundesvoranschlag 1972 37,4 Prozent, sondern nur mehr 37,1 Prozent betrage die Belastung des Staatsbürgers durch den Staat!

Das ist eine grundlegend falsche Aussage, eine falsche Betrachtungsweise. Warum?

Erstens hat der Herr Finanzminister in derselben Budgetrede gesagt: Die Einmaligkeit dieses Budgets der Vielzahl der Umstellungen ermögliche nur eine sehr unsichere Prognose, mit dem Effekt, daß ein Fehler von 0,3 Prozent ja drin sein könnte. Trotzdem stützt er sich auf eine so präzise angegebene Ziffer!

Und zum weiteren wird dabei geflissentlich verschwiegen, daß ja im Bereich der Krankenversicherung beträchtliche Beitragserhöhungen durch Anhebung der Obergrenzen bevorstehen und daß damit natürlich der Staatshaushalt, das Budget entlastet wird, daß aber die Belastung des Staatsbürgers keineswegs geringer wird. Im Gegenteil: sie wird jetzt auf den anderen Bereich der Sozialversicherung verschoben.

Es ist betrüblich, daß alle diese Täuschungsmanöver so gut verpackt werden, daß — wie ich das Gefühl habe — selbst die eigenen Abgeordneten der SPÖ diesen Täuschungen zum Opfer fallen. So zum Beispiel hat Kollegin Albrecht sehr schön ausgeführt, nachdem sie sich zu meinem Bedauern gegen poetische und dichterische Formulierungen ausgesprochen hatte — ich empfinde diese nämlich als eine Bereicherung der parlamentarischen Tätigkeit —, daß die Steuerreform eine so wesentliche Verbesserung bringe, weil sie jedes Kind gleich bewertet.

Ist Ihnen schon aufgefallen, meine Herren Kollegen von der Sozialistischen Partei, daß das nicht so ist, daß diese Vorstellung nur von der Annahme ausgeht, daß der Absetzbetrag auch von jedem Steuerpflichtigen lukriert werden kann? Dafür aber ist Voraussetzung, daß er mindestens so viel Steuer zahlt, wie der Absetzbetrag ausmacht. Sollte er mit mehreren Kindern in der unglücklichen Lage sein, nur so wenig zu verdienen, daß er die drei- oder vierfachen Absetzbeträge von seiner Steuer gar nicht mehr absetzen kann, dann wird er echt benachteiligt.

Daß Sie so etwas, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, dann noch als Förderung jedes Kindes im gleichen Ausmaß bezeichnen, finde ich schon eher seltsam. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Mühlbacher: Das ist beim Freibetrag nicht!*) Das ist beim Freibetrag auch.

Wir haben uns sehr nachhaltig für einen vermehrten Ausbau der Kinderbeihilfen über den Familienlastenausgleichsfonds ausgespro-

chen, und dort ist das nicht der Fall. Im übrigen: solange die Steuergesetzgebung vorsieht, daß Erhaltungsverpflichtungen des einzelnen auch bei seinem Steueraufkommen zu berücksichtigen sind, wird man nicht davon abkommen können, das eben in allen Bereichen zu tun, also auch in der günstigeren Gestaltung des Tarifs bei denjenigen, die Kinder haben.

Wenn ich mir also das Budget vor Augen führe und mir vorstelle, wie es im nächsten Jahr weitergehen wird, dann muß ich Ihnen sagen: Ich habe das Gefühl — der Vergleich mit dem Segelschiff ist jetzt sehr aktuell geworden —, daß das Staatsschiff im Augenblick auf der Inflationsdrift dahinschlingert, und die sozialistische Regierung heißt, statt das Ruder fest in die Hand zu nehmen, eine Flagge nach der anderen, um die Zusehenden von der Tatsache abzulenken, daß das Schiff des Staates mit der Inflationsdrift davongeschwemmt wird.

Diese Ablenkungsmanöver, meine Damen und Herren, werden aber nicht verfangen! Früher oder später wird das österreichische Volk rot sehen! Und das österreichische Volk sieht bereits rot. Damit ist sicher, daß es sich von seiner bisherigen Entscheidung abwendet, in der Erkenntnis, daß es sich damit nichts Gutes eingewirtschaftet hat. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Sandmeier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Sandmeier** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sozialistischen Ankündigungen ein gesundes Maß an Skepsis entgegengebracht werden muß. Die Ankündigungen in den bisherigen Budgetreden des Finanzministers bilden dabei keine Ausnahme.

Diese Ankündigungen wurden dann aber meist durch die Wirklichkeit widerlegt. Wir erinnern uns noch genau an den Kernsatz aus der Budgetrede 1971. Der Herr Bundesminister für Finanzen sagte damals: „Der Bundesvoranschlag 1971 markiert eine Wende.“

Bis heute ist die Frage, worin man eine Wende hätte erblicken können, nicht beantwortet, es sei denn, Sie betrachten die seither exorbitant steigenden Preise als eine Wende. Dann allerdings haben Sie recht gehabt.

Das zweite Budget, also das Budget des Jahres 1972, wurde als Budget der Konsolidierung bezeichnet. Das konnte es wohl schwerlich sein, weil es in der Budgetrede hieß:

Sandmeier

„Die Bundesregierung ist sich des außerordentlich unsozialen Charakters einer inflationären Entwicklung bewußt, weil dadurch die Bezieher von kleinen Einkommen am stärksten betroffen werden.

Die Eindämmung des Preisauftriebes“ — so sagten Sie, Herr Bundesminister, in der damaligen Budgetrede — „ist daher ... eine vorrangige wirtschaftspolitische Aufgabe.“

Jawohl, Herr Bundesminister, das wäre die Aufgabe gewesen. Leider war die Regierung nicht fähig, diese Aufgabe zu lösen.

Damals, als Sie das sagten, betrug die Preissteigerungsrate rund 4 Prozent, heute sind es 6,5 Prozent und für die Pensionisten bereits 7 Prozent.

Was ist also aus der angekündigten Konsolidierung geworden? Es blieb auch hier nur bei der Ankündigung. Man erwies sich als unfähig, diese Ankündigung zu verwirklichen.

Nunmehr hat der Herr Finanzminister versucht, dem vorliegenden Budget 1973 Glanz durch Formulierungen wie diese zu verleihen: „Das Budget 1973 ist ein Budget der Reformen.“ Das, was hier unter Reformen angeführt wird, sind zum Teil Dinge, denen die Bundesregierung kaum ausweichen könnte, wenn sie es auch wollte.

Sie reden von einem Budget der Reformen zu einem Zeitpunkt, in dem der konjunkturwidrige Einführungszeitpunkt der Mehrwertsteuer die Preise um weitere 2 Prozent und den Preisauftrieb möglicherweise bis auf 8 oder 10 Prozent hinaufschnellen läßt.

Sie reden von Reformen in einer Zeit, in der die Ärmsten unserer Bevölkerung Milliarden an einen der Hauptnutznießer der Inflation, nämlich an den Finanzminister, verlieren, in der durch die Einkommensteuerreform der Bevölkerung ein Bettel von dem rückerstattet wird, was vorher durch Sparverluste, Inflationslöhne und -einkommen kassiert wurde.

Sie zählen zu den Reformen dieser Regierung das Interimsabkommen mit der EWG, und das zu einer Zeit, in der angesichts der Versäumnisse dieser SPO-Regierung offensichtlich wird, daß die Integration Österreichs ohne die weitsichtigen Vorbereitungsmaßnahmen der OVP-Alleinregierung undenkbar wäre.

Sie reden von Reformen in einer Zeit, in der die Stabilitätsversäumnisse dieser Regierung nahezu chaotische Konsequenzen annehmen, in der das Bundesheer seine Einsatzbereitschaft verloren hat und von einer Schwächeperiode in die andere taumelt.

Wie kann man von Reformen reden, wenn die Verwaltungskostenaufblähungen noch nie dagewesene Wachstumsraten erreicht haben, wenn unbrauchbare, überholte, auf falschen Grundlagen basierende Schul- und Hochschulbauprogramme vorgelegt werden, wenn ein Forschungskonzept präsentiert wird, das bestenfalls den Namen „Forschungsbelletristik“ verdient und überdies von einem gefährlichen, weil Abhängigkeit schaffenden Zentralismus geprägt wird.

Ja es ist geradezu ein Hohn, von Reformen zu reden, wenn man an das Schulbuch-Chaos denkt, wo Millionen an Volksvermögen vernichtet werden. Keine Vorbereitung, keine seriöse Kostenschätzung, ein mehr als verschwenderisches Modell für die Durchführung!

Oder wenn man sich vor Augen hält, daß aus Mitteln des Familienlastenausgleiches auf dem Weg über die Schülerfreifahrten das Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe und nicht die Bildungshindernisse abgebaut werden, daß die Rationalisierungsversäumnisse der SPO bei den Österreichischen Bundesbahnen nunmehr teuer bezahlt werden müssen und schließlich, daß das Reformchaos durch Meinungsmache, Manipulation und bedenkenlosen Machteinsatz gegenüber nicht willfährigen Organisationen oder Kommunikationsträgern angeheizt wird.

Das Gerede von den sogenannten Reformen stellt also, wenn man es kritisch unter die Lupe nimmt, nur ein Bündel von Seifenblasen dar.

Denken Sie an den Umweltschutz. Welche naive Erklärungen mußten wir von der Frau Bundesminister in der Fernsehsendung „Horizonte“ hören. Nach einem Jahr ist man nun daraufgekommen, daß Daten erhoben werden müssen. Auf diesem Gebiet also überhaupt nichts Neues! Es braucht einen wirklich nicht zu wundern, daß im Budget für Umweltschutz praktisch keine Mittel eingesetzt wurden. Wo keine Ideen sind, braucht man auch nicht finanzieren!

Im großen und ganzen beziehen sich die Umweltschutzmittel, von denen der Herr Bundesminister für Finanzen geredet hat, auf die Aufstockung des Wasserwirtschaftsfonds, im Kapitel Bauten. Herr Bundesminister! Der Wasserwirtschaftsfonds wurde im Jahre 1959 durch einen OVP-Minister gegründet. Die Österreichische Volkspartei war sich damals schon bewußt, daß Umweltschutz notwendig ist. Was Sie getan haben, Herr Bundesminister, ist lediglich eine kleine Aufstockung dieses Fonds.

Sandmeier

Bereits vor der Wahl haben Sie landauf, landab verkündet: „Wir bauen das moderne Österreich.“ Dabei wurde das sozialistische Wirtschaftsprogramm sehr arg strapaziert.

Jetzt, wo man nicht mehr weiterkann, wo einem die Dinge auf wirtschaftspolitischem Gebiet über den Kopf wachsen, sucht der Herr Bundeskanzler Zuflucht bei einem sicherlich gut verkaufbaren, aber völlig falschen und irreführenden Slogan, nämlich: Entweder Inflation ist gleich Preissteigerung, oder Arbeitslosigkeit.

Ich glaube, man kann nicht oft genug vorbringen, welcher Unsinn dabei ausgesprochen wird. Die Alternative Inflation oder Arbeitslosigkeit ist umso sinnloser, da, wie die Geschichte bereits erwiesen hat, Inflation zu Arbeitslosigkeit führt. Damit erweist sich der Slogan von Bundeskanzler Kreisky — gelinde gesagt — als Vorspiegelung falscher Tatsachen, als Vernebelungstaktik für eine Politik, die mit der Inflation eben nicht fertig wird.

Die Alternative Inflation oder Arbeitslosigkeit ist keine Alternative. Denn wer wünscht sich Inflation, wer wünscht sich Arbeitslosigkeit? Genausogut könnte man die Bevölkerung fragen, was sie sich mehr wünsche: Hohe Steuern oder hohe Preise; ein Karzinom oder Tuberkulose. Eine Frage, die genauso sinnlos ist wie die Frage beziehungsweise die Alternative: Entweder Arbeitslosigkeit oder Inflation.

Umso bedauerlicher ist es, daß das vorliegende Budget wegen seines überdimensionalen Ausgabenrahmens als Inflationsbudget bezeichnet werden muß. Erhöhte Preissteigerungen werden zweifelsohne im nächsten Jahr nicht zuletzt auf dieses Budget zurückzuführen sein. Die Verteilungspolitik dieser Regierung muß unweigerlich in eine Sackgasse führen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist ein fataler Trugschluß anzunehmen, daß schleichende oder trabende Inflation das wirtschaftliche Wachstum fördere. Das Gegenteil ist richtig. Mangelnde Stabilität der Preise führt zur Fehlleitung von Produktivkräften, hemmt das Wachstum und engt den Spielraum für wirkliche Einkommensteigerungen beträchtlich ein. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Die Österreichische Volkspartei hat rechtzeitig Vorschläge zur Wiedergewinnung der Stabilität vorgelegt. Sie haben sie nicht beachtet. Auch sonst besteht ein ganz eigenartiges Verhältnis zwischen Regierung und Parlament. Der Mehr-Demokratie-Kanzler und seine Minister demonstrieren, wie wenig ernst es ihnen mit der wichtigsten demokratischen Institution, dem Parlament, ist.

Ich muß bei dieser Gelegenheit noch einmal auf die Fragestunde vom vorigen Mittwoch zurückkommen, in der Sie, Herr Bundesminister, auf meine dezidierten Fragen einfach keine Antwort gegeben haben. Man hat immer mehr den Eindruck, daß Sie sich der Kontrolle des Parlaments entziehen wollen. Meine seinerzeitigen Zusatzfragen, nämlich ob Sie Schritte und welche Schritte Sie unternommen haben, um die Veröffentlichungen von konkreten Budgetziffern in den Zeitungen zu unterbinden, bevor das Parlament mit den Beratungen beginnt, wie es im Bundes-Verfassungsgesetz verlangt wird, haben Sie mit keinem Wort beantwortet.

Es steht also weiter die Frage unbeantwortet im Raum, ob Sie dagegen etwas unternommen haben, was Sie von der Verfassung her hätten tun müssen. Sie haben — wie es bei dieser Regierung sehr häufig praktiziert wird — nach dem Motto: Diese Frage mag ich nicht beantworten, reden wir also von etwas anderem!, nur den Beleidigten gespielt und es als ungeheuerlich empfunden — das haben Sie heute auch wieder ausgesprochen —, daß ich auf die Verfassungsbestimmungen hinwies. Ich glaube, Herr Bundesminister, daß dies nicht nur ein Recht, sondern daß dies eine Pflicht der Opposition ist, der sie sich nie entziehen darf.

In diesem Zusammenhang muß ich einmal über den § 74 der Geschäftsordnung etwas sagen, weil es auf die Dauer für das Parlament untragbar ist, wie die Geschäftsordnung ständig mißachtet wird.

Im § 74 der Geschäftsordnung heißt es nämlich: „Jeder Abgeordnete kann in den Sitzungen des Nationalrates kurze mündliche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung richten.“

Dann heißt es im Absatz 2: „Das befragte Mitglied der Bundesregierung oder sein Vertreter ... ist verpflichtet“ — das ist keine Kann-Bestimmung, sondern eine Muß-Bestimmung —, „die Anfragen mündlich in der gleichen Sitzung, in der sie aufgerufen werden, zu beantworten oder Gründe“ — und so weiter — „bekanntzugeben.“

Es steht nicht in Ihrem Ermessen, Herr Bundesminister, ob Sie die Anfragen beantworten wollen oder ob Sie sie nicht beantworten wollen. Meist sagen Sie einfach etwas, aber das ist vielfach keine Antwort auf die Anfrage. Es heißt hier ausdrücklich: Sie sind verpflichtet, die Anfragen mündlich zu beantworten.

Ich glaube, wir werden auch einmal eine Bitte an die Präsidenten des Hauses, die ja

Sandmeier

letztlich verantwortlich sind, zu richten haben, daß die Geschäftsordnung auch von der Regie-rungsbank aus eingehalten wird.

Manches, Herr Bundesminister, riecht in diesem Budget — ich will nicht so hart sein und sagen: nach Manipulation — nach besserer Darstellung, als es die Wirklichkeit ist. Der Herr Klubobmann hat Ihnen ja bereits die Angelegenheit mit der Darstellung der angeblich nur fünfprozentigen Preissteigerung in Österreich vorgehalten.

Ich will nun zu einem anderen Thema sprechen, wo von Ihnen auch etwas darge-stellt wird, das der Wirklichkeit nicht ent-spricht. Ich habe aus Informationen fest-stellen können, daß Sie in einem Presse-gespräch behauptet haben — ich war selbst nicht dabei; ich sage ausdrücklich: aus Infor-mationen —, daß es im kommenden Jahr die niedrigste Steuerquote seit 1967 geben werde, und zwar wäre sie 35,5 Prozent des Nationalproduktes. Heuer beträgt sie noch 37,4 Prozent.

Nun hat die „Arbeiter-Zeitung“ Ihre Aus-sage — und ich nehme deshalb auch an, daß Sie sie wirklich gemacht haben — in der Überschrift, und zwar in der Ausgabe vom 19. Oktober 1972, wiedergegeben: „1973: Die niedrigste Steuerlast seit Jahren“.

Herr Bundesminister! Wenn man Ihre Bei-lage anschaut, dann sind es nicht 35,5 Prozent, sondern 37,1 Prozent. (*Bundesminister Doktor Androsch: Das ist überholt!*) Bitte, hier steht 37,1 Prozent.

Jetzt muß ich Ihnen noch etwas dazu sagen. Sie haben hier nur die Beträge im Budget in Relation gestellt, die für Sie eingehen; aber die Belastung der Bevölkerung ist größer. Sie hätten, wenn Sie ein korrektes Bild hätten entwerfen wollen, auch das Zwölftel der Mehr-wertsteuereinnahmen dazurechnen müssen, das wohl als Steuer von der Bevölkerung getragen werden muß, weil ja die Mehrwert-steuer auf die Preise aufgeschlagen wird, und das Sie — das ist richtig — erst im nächsten Jahr kassieren werden. Daher hätten Sie korrekterweise dieses Zwölftel auch in Rela-tion stellen müssen. Ich freue mich, der Herr Vizekanzler nicht beifällig. Er ist selbstver-ständlich auch dieser Meinung. (*Abg. Ing. Häuser: Mitnichten!*)

Daher — ich habe mir das ausgerechnet — wird die Belastungsquote im nächsten Jahr nicht 37,1 Prozent, sondern 37,6 Prozent sein, und das ist die höchste, die es jemals in diesem Land gegeben hat. Ich möchte dabei unberücksichtigt lassen, daß die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer an sich zu niedrig

geschätzt sein dürften, nämlich aus dem Grunde, um die Folgen des überhöhten Mehr-wertsteuersatzes wenigstens auf dem Papier etwas zu mildern.

Herr Bundesminister! Wirtschaftsfachleute haben in ihren ersten Kommentaren — Sie haben sie sicherlich auch gelesen — bereits zu erkennen gegeben, daß das vorliegende Budget einfach falsch konzipiert ist und daß das inlandswirksame Defizit von 5 Milliarden Schilling bei dieser Konjunktur einfach zu hoch ist. Das muß zu Preissteigerungen führen. Die Regierung geht aber sorglos darüber hin-weg. Damit scheint mir aber die Grenze des Erträglichen auch bei Anlegen eines groß-zügigen Maßstabes überschritten zu sein.

Die sozialistische Regierung taumelt von Tag zu Tag tiefer ins finanzpolitische und inflationistische Chaos. Jeder Tag, den diese Regierung im Amt ist, macht den Schaden noch größer. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Alles, was sich derzeit im finanzpolitischen Bereich, soweit es von der Regierung zu verantworten ist, abspielt, hat mit angemes-enem Bemühen um die Finanzen des Staates und damit um das Geld seiner Bürger nicht mehr das geringste zu tun. Inflation und Unsolidität sind Trumpf wie nie zuvor.

Wer durch völliges stabilitätspolitisches Versagen zur Enteignung der Sparer ebenso beiträgt wie zur Kaufkraftminderung der Ein-kommen aller, insbesondere der Rentner und Pensionisten, wer durch Anheizung der Infla-tion die gesunde Weiterentwicklung der Wirt-schaft und damit im Endeffekt auch die Arbeitsplätze gefährdet, muß sich den Vorwurf eines völligen wirtschaftspolitischen Versa-gens gefallen lassen und darf sich nicht wun-dern, wenn ein derartiges Budget von uns keine Zustimmung finden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Hauser. — Der Herr Abgeordnete Dr. Hauser befindet sich anscheinend nicht im Saal und verliert damit das Wort.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Abgeordnete Robert Weisz hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag ge-stellt, die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen.

Ich lasse über diesen Antrag abstim-men.

Präsident Probst

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig erfolgt.

Die Regierungsvorlage ist somit dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 25. Oktober, um 10 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (485 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (514 der Beilagen)

2. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (486 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (515 der Beilagen)

3. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über den Bericht der Bundesregierung (III-65 der Beilagen) zu den Globalabkommen zwischen der Republik Österreich und den Europäischen Gemeinschaften (516 der Beilagen)

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (499 der Beilagen): Bundesgesetz über die Durchführung der Zollbestimmungen des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Abkommens zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (EG-Abkommen-Durchführungsgesetz) (517 der Beilagen)

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (472 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1972 genehmigt werden (2. Budgetüberschreitungsgesetz 1972) (513 der Beilagen)

6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (394 der Beilagen): Abkommen der Republik Österreich und der Arabischen Republik Ägypten betreffend die Entschädigung österreichischer Interessen (490 der Beilagen)

7. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (433 der Bei-

lagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Anerkennung der amtlichen Punzen auf Uhrgehäusen aus Edelmetall (491 der Beilagen)

8. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (440 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend die unentgeltliche Übertragung von Bundesdarlehen gegen die Kupferbergbau Mitterberg Gesellschaft m.b.H. an die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (492 der Beilagen)

9. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (447 der Beilagen): Bundesgesetz über die Behandlung eines Vermögenswertes des Sondervermögens „Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Niederlassung Innsbruck in Liquidation“ (493 der Beilagen)

10. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (390 der Beilagen): Bundesgesetz über die Abgabe von Arzneimitteln auf Grund ärztlicher Verschreibung (Rezeptpflichtgesetz) (502 der Beilagen)

11. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (391 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Gehaltskassengesetz 1959 geändert wird (Gehaltskassengesetznovelle 1972) (503 der Beilagen)

12. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (417 der Beilagen): Bundesgesetz über die Einrichtung eines Sicherheitskontrollsystems zur Gewährleistung der friedlichen Verwendung der Atomenergie (Sicherheitskontrollgesetz) (504 der Beilagen)

13. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (322 der Beilagen): Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik samt Satzung (506 der Beilagen)

14. Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (377 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung (507 der Beilagen)

15. Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (378 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Norwegen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung (508 der Beilagen)

3940

Nationalrat XIII. GP — 47. Sitzung — 24. Oktober 1972

Präsident Probst

16. Bericht des Unterrichtsausschusses betreffend den vom Bundesminister für Unterricht und Kunst (III-45 der Beilagen) vorgelegten Kunstbericht 1971, 2. Teil (509 der Beilagen)

17. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (319 der Beilagen): Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (510 der Beilagen)

18. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (426 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend den Urlaub

für Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft (Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1972) (511 der Beilagen)

19. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 52/A (II-1328 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Leitner, Meißl, Wielandner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/66, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 310/71, geändert wird (494 der Beilagen).

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 15 Minuten